Donnerstag, 10. Februar 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 34 - 6.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Emnid: FDP und Grüne je 5 Prozent

gba/hey, Bonn

Rund drei Wochen vor der Bun-destagswahl stabilisieren sich die Ergebnisse der Wählerbefragungen durch das Bielefelder Emnid-Institut. Nach der jüngsten Befragung im Auftrag der Bundesregierung, die am 4. Februar abgeschlossen wurde, sprachen sich bei der „Sonntagsfrage" 48 Prozent für die CDU/CSU, 42 Prozent für die SPD und jeweils fünf Prozent für die FDP und die Grünen aus. Befragt wurden diesmal über 1000 Personen. Erst am Montag hatte der „Spiegel" die Ergebnisse einer in seinem Auftrag ebenfalls von Emnid unternommenen Befragung veröffentlicht. Dort hatten sich bis zum 25. Januar 49 Prozent für die CDU/CSU, 42 Prozent für die SPD, fünf Prozent für die Grünen und nur vier Prozent für die FDP ausgesprochen. In der letzten Umfrage der Bundesregierung, die am 18. Januar beendet worden war, hatte die CDU/CSU noch bei 47 Prozent und die SPD bei 43 Prozent gelegen. Auch damals schon lagen Grüne und FDP mit jeweils fünf Prozent gleichauf. In der jüngsten Erhebung spielen „sonstige" Parteien keine Rolle mehr.

Bevölkerung bereit, Opfer zu bringen

dpa, Allensbach

Rund die Hälfte der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland befürwortet zur Erhaltung von Arbeitsplätzen Opfer auf seiten der Arbeitnehmer. Dies geht aus einer gestern veröffentlichten repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach hervor, bei der 2071 Personen befragt wurden. Danach stimmten in der ersten Januarhälfte 51 Prozent der von den Demoskopen vorgegebenen Erklärung zu: „Wenn die Regierung ein Werk unterstützt, um Arbeitsplätze zu erhalten, dann kann man von den Arbeitnehmern schon verlangen, daß sie selbst ein Opfer bringen." 33 Prozent der Befragten wählten die Aussage: „Man kann in diesem Fall nicht einfach in bestimmte Tarifverträge eingreifen, weil dann die Gefahr besteht, daß auch in Zukunft von der Regierung in die Rechte der Gewerkschaften eingegriffen wird." Das Allensbacher Institut hatte die Umfrage mit Blick auf die Stahlindustrie im Saarland gestartet, wo die Bundesregierung ihre Hilfe von finanziellen Opfern der Arbeitnehmer abhängig gemacht hatte.

ZITAT DES TAGES



„Ich wünsche mir, daß sich auch heute bei der Lösung der schwierigen Probleme im Kohle- und im Stahlbereich die Überzeugung einer gemeinsamen europäischen Zukunft durchsetzt, die am Beginn der Montan-Union stand."

Johannes Rau (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, zum 30. Jahrestag der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. FOTO: POLY-PRESS

Kein Kommentar

rtr/AP, Lyon/Washington

Der ehemalige CIA-Mitarbeiter Erhard Dabringhaus, Professor an der Universität in Detroit, bestätigt die Anschuldigung, daß der ehemalige Gestapo-Chef von Lyon, Klaus Barbie nach Kriegsende vom amerikanischen Geheimdienst beschäftigt und geschützt worden sei. In der „New York Times" berichtete er, er sei 1948 beauftragt worden, Barbie in Deutschland zu verstecken und ihm monatlich 1700 Dollar für Informationen an die amerikanische Spionage-Abwehr zu zahlen. Die US-Regierung hat zu diesen Anschuldigungen keinen Kommentar abgegeben. Seite 5

„Mehr Gehorsam"

rtr, Berlin

Die vom Ostberliner Verteidigungsministerium herausgegebene Zeitschrift „Militärwesen" hat eine intensivere Erziehung der Jugend zum Gehorsam gefordert. In der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift wurde die Entwicklung des Wehrbewußtseins der Jugendlichen in der „DDR" als das „dringlichste" Problem der Wehrerziehung bezeichnet.

Start am 1. Januar 1984

dpa, Mainz

Den offiziellen Sendebeginn des Kabelpilotprojekts in Ludwigshafen am 1. Januar 1984 hat gestern der Chef der Rheinland-Pfälzischen Staatskanzlei, Hans-Eberhard Schleyer, in Mainz bestätigt. Die Anschlußgebühr für die Teilnehmer wird nach seinen Angaben rund [illegible] Mark betragen.

Weitere Nachrichten auf Seite 8: Regierung hält an ihren Wirtschaftsdaten fest – Investitionszulage bei Vorbehalt-Aufträgen?

WIRTSCHAFT

Pleitenrekord

dpa/VWD, Wiesbaden

Die schlechte Wirtschaftslage hat 1982 zu einem neuen Pleitenrekord geführt. Insgesamt wurden 15 877 Konkurse und Vergleichsverfahren eröffnet, die höchste Zahl an Insolvenzen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland und 36,2 Prozent mehr als 1981. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern berichtete, meldeten jeden Monat des vergangenen Jahres mehr als 1000 Unternehmen ihre Zahlungsunfähigkeit an; im Dezember mit 1676 sogar 40,5 Prozent mehr als im Vergleichsmonat 1981.

Milliarden-Überschuß

dpa/VWD, Frankfurt

Mit einem Zahlungsüberschuß von 3,08 Milliarden Mark erreichte die Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahr erstmals wieder seit 1979 ein positives Ergebnis. Im Dezember 1982 schloß die Zahlungsbilanz als umfassender Ausdruck der außenwirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik mit einem Aktivsaldo von 1,4 Milliarden Mark. Dies teilte die Deutsche Bundesbank gestern in Frankfurt mit.

Aktien uneinheitlich

DW. Frankfurt

Bei knapp behauptetem Gesamteindruck entwickelten sich die Aktienkurse uneinheitlich. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 112,3 (112,3). Dollarmittelkurs 2,4247 (2,4323) Mark. Goldpreis pro Feinunze 490,50 (497,25) Dollar.

Ehrung für die WELT

Ho. Düsseldorf

Die Ehrenmitgliedschaft der New York Chamber of Commerce and Industry ist gestern der WELT verliehen worden. Die Ehrung erfolgte auf einer Veranstaltung der Kammer in Düsseldorf in Anwesenheit ihres amerikanischen Präsidenten Joseph A. Healey und des früheren Bürgermeister New Yorks John V. Lindsay. Unter den deutschen Gästen war der NRW-Wirtschaftsminister Professor Jochimsen sowie führende Industrielle und Bankiers. Mit der Ehrung wurden zwei Auslandsbeilagen der WELT gewürdigt. In ihnen war die Stadt New York als Standort für Investitionen und als Platz zum Leben und Arbeiten vorgestellt worden.

WETTER

Überwiegend trocken

DW. Essen

Im Südosten noch zeitweise Schneefall, sonst stark bewölkt und niederschlagsfrei: Tagestemperaturen um minus 2 Grad. In der Nacht minus 3 bis 8 Grad. Im Süden schwacher, in Norden mäßiger Nordostwind.

Heute in der WELT

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser um Verständnis bei Verzögerung der Zeitungszustellung.

Genscher sieht Gefahr des Abdriftens in den Neutralismus

Bundesaußenminister: Spannungen in Europa würden zunehmen

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat mit großem Nachdruck vor einem Abdriften der Bundesrepublik Deutschland in Richtung auf einen Neutralismus zwischen West und Ost gewarnt. Eine solche Gefahr ergebe sich aus der Annäherung der SPD an die Grünen und Alternativen und zeige sich konkret in der Bereitschaft der SPD, ein sowjetisches Mittelstrecken-Raketenmonopol hinzunehmen, äußerte er in einem Interview der „Zeit".

Besonders gründlich befaßte sich der FDP-Chef mit dieser Problematik in einer Rede vor dem Wirtschaftsclub Rhein-Main in Frankfurt. Dort betonte er – ohne eine Partei namentlich zu erwähnen –, derzeit gehe es in der Diskussion nur vordergründig um Nachrüstung und Raketenzahlen. In Wirklichkeit stelle sich die grundsätzliche Frage, ob eine Entwicklung eingeleitet werden solle, die auch bei fortdauernder formaler Zugehörigkeit zur NATO und zur EG den außenpolitischen Standort der Bundesrepublik zunächst unmerklich, so dann immer deutlicher erkennbar verschieben und die Lage in Europa ändern würde.

Bezeichnenderweise werde die Neutralismus-Debatte meist verdeckt geführt, erklärte Genscher. „Nur kommunistische Gruppen und die Grünen fordern den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus dem Bündnis." Die eigentliche Neutralismus-Debatte drehe sich um Optionen der Sicherheitspolitik, beispielsweise eine begrenzte atomwaffenfreie Zone entlang der deutsch-deutschen Grenze oder über Zugeständnisse an die Sowjetunion bei den nuklearen Mittelstreckenraketen.

Diese Optionen bedeuten nach Meinung des Außenministers „nicht in sich selbst Neutralismus", müßten jedoch in ihrer Konsequenz zu einer zunächst sicherheitspolitischen und dann auch politischen Abkoppelung der Bundesrepublik oder Europas vom westlichen Sicherheitsverband führen. Ebenso gefährlich seien – von Sozialdemokraten häufig benutzte – Formulierungen wie: „Wir müssen unsere Interessen auch gegenüber den Amerikanern deutlich machen" oder „Wir müssen die beiden Supermächte zu diesem und jenem veranlassen". Daraus spreche ein „Hang zur Äquidistanz". Auch dies sei ein Schritt in Richtung auf Neutralismus.

Tatsächlich gehe der Gedanke, deutsche Interessen in größerer Distanz zum Westen vertreten zu können, in eine völlig falsche Richtung, fuhr Genscher fort. „Neutralismus würde uns nicht erlauben, unsere Interessen und insbesondere unser nationales Interesse als getrennt lebendes Volk besser wahrzunehmen. Deutsche Interessen lassen sich nur von der Basis unserer Einbettung in den Westen wirksam vertreten."

Der FDP-Vorsitzende: „Sowjetische Divisionen stehen mitten in Deutschland, an der innerdeutschen Grenze. Hier ist kein Platz für Wanderer zwischen zwei Welten. Eine bindungsfreie, neutralistische Bundesrepublik zwischen West und Ost könnte sich dem Sog der Weltmacht Sowjetunion nicht entziehen. Die auch nur innere – das heißt die geistige – Aufgabe unserer Bindung an den Westen würde unser Land geradewegs auf eine abschüssige Bahn und damit in immer größere Abhängigkeit von der Sowjetunion führen."

Eine isolierte, allein auf sich gestellte Bundesrepublik Deutschland wäre nicht mehr Subjekt, sondern Objekt, sie würde Spielball der Weltpolitik, sagte Genscher weiter. „Allein auf sich gestellt

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

West-Option

HERBERT KREMP

Eine lange Wahlkampfrede zu halten, ohne dabei den Namen auch nur einer einzigen Partei zu nennen, gehört sicher zu den Seltenheiten unserer Tage. Artistik oder tiefere Bedeutung? Hans-Dietrich Genscher gelang das Kunststück vor dem Wirtschaftsclub Rhein-Main in Frankfurt, indem er die hin- und hergewendete Frage unseres Engagements in der Verteidigungspolitik auf den Nenner brachte, der allein zählt: auf den politisch-historischen der Entwicklung Deutschlands im Rest des Jahrhunderts.

Hätte die Bundesrepublik eine Chance freier Entfaltung unter dem Vorzeichen des Neutralismus, des „gleichen Abstands" zu den Weltmächten, der waffentechnologischen Abstinenz zwischen Ost und West? Die Antworten der Parteien, die heute um die Wählergunst werben, sind bekannt, aber die Konsequenzen bestimmen über die Parteien hinaus, über deren Tages-Sieg hinaus die Zukunft. Es geht um die richtige Einschätzung unseres Eigengewichts in einer machtpolitisch aufgegipfelten Umwelt. Es geht um Realität oder Irrealität der alten deutschen Vorstellung, „Mitte" zu sein unter den tatsächlich obwaltenden Umständen. Es geht darum, ob wir „mehr bei uns" wären, distanzierten wir uns vom Westen, oder ob wir dann im fast mathematisch selben Maße schon der anderen Seite näher wären, sozusagen drei Werst tiefer im Einfluß- und Zugriffsbereich der Sowjetunion.

Die Raketen-Diskussion verengt das Blickfeld. Zwischen den Scheuklappen des Zahlenwerks und der Angst kann die Erkenntnis verlorengehen, daß die Fragen des Bündnisses und damit der grundsätzlichen Orientierung unseres Lebens aufgeworfen sind. Die Bundesrepublik Deutschland ist an der Seite des Westens frei und größer geworden – sie könnte an der Seite des Ostens so klein und unfrei werden wie die „DDR". So lautet die Wahl. Dazwischen liegt nichts.

Unser nationales Interesse ist heute ganz anders zu bestimmen als zur Zeit des Kaisers Wilhelm und als zu jener Zeit, bevor hybride Politik die Weltmächte an die dünne Silberlinie der Elbe rief. Wer daher unser Interesse mit freier Zukunft gleichsetzt, kann nur für den Westen optieren. Mit allen Konsequenzen, unter denen sich neben Annehmlichkeiten auch Unbequemlichkeiten befinden.

Bonn mahnt Stahlindustrie zur Eile

Lambsdorff: EG wird geplante Umstrukturierung positiv begleiten

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung dringt auf eine rasche Entscheidung der betroffenen Unternehmen über die Vorschläge der drei unabhängigen Moderatoren zur Gesundung der deutschen Stahlindustrie.

Nach der gestrigen Sitzung des Bundeskabinetts sagte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, die Minister-Runde habe erfreut zur Kenntnis genommen, daß sich bisher kein Unternehmen gegen das Konzept der Konzentration der deutschen Stahlindustrie auf zwei Gruppen „Rhein" und „Ruhr" ausgesprochen habe. Krupp und Klöckner hätten sich sogar ausgesprochen positiv geäußert. Die Bundesregierung schließe daraus, daß rasch mit den notwendigen Verhandlungen begonnen werde. Über die Einbeziehung Klöckners müsse noch gesprochen werden.

Gestern hat das Kabinett auch eine für den Stahl-Standort Dortmund wichtige Entscheidung getroffen: Die öffentlichen Mittel für den Bau einer Durchlaufglühe wurden freigegeben. Nach Angaben Lambsdorffs kann dadurch mit dem Bau begonnen werden. Hoesch sei aufgefordert worden, sich nach einem Partner für dieses Projekt umzusehen. Der Zuschuß belaufe sich auf jeweils zehn Prozent der Baukosten von Bund und Land, also auf zweimal 31 Millionen Mark.

Lambsdorff geht nach seinen Gesprächen in Brüssel davon aus, daß die EG-Kommission die geplante „Umstrukturierung positiv begleiten" werde, wenn diese mit einem weiteren Kapazitätsabbau verbunden sei. Der Minister forderte die EG-Kommission auf, jetzt für Preis- und Mengendisziplin auf dem EG-Stahlmarkt zu sorgen. Er erinnerte die Länder daran, daß sie 50 Prozent der staatlichen Hilfen zu tragen hätten. Bisher stünden Antworten zu den Vorschlägen der Moderatoren noch aus, auch aus Nordrhein-Westfalen.

Die Landesregierung in Düsseldorf hatte am Dienstag beschlossen, den Unternehmen Krupp und Hoesch jede gewünschte Unterstützung zu geben, falls die Firmen ihren Plan der Gründung einer Ruhrstahl AG wieder aufleben lassen würden. Bei der künftigen Landeshilfe sollen nach der Entscheidung des nordrhein-westfälischen Kabinetts die Gesichtspunkte der Sicherung der Arbeitsplätze, der regionalen Ausgewogenheit, der sozialen Flankierung und der langfristigen industriepolitischen Sicherung der betroffenen Wirtschaftsräume Vorrang vor rein betriebswirtschaftlichen Überlegungen haben.

Auf Versammlungen haben Stahlarbeiter die Überführung ihrer Werke in Gemeineigentum gefordert. Lambsdorff merkte jetzt dazu an, daß sich durch den Wechsel der Eigentümer überhaupt nichts bessere.

Der Vorstand der IG Metall hat gestern eine „Überlebensgarantie" für die deutsche Stahlindustrie gefordert. Überdies verlangte er Kurzarbeit mit Lohnausgleich anstelle von Entlassungen und Stillegungen.

Lambsdorff erneuerte die Bereitschaft der Bundesregierung jederzeit mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten zu sprechen.

Bonn: Partnerschaft mit den Arabern

Genscher-Erklärung wenige Stunden nach Abreise des israelischen Außenministers

BERNT CONRAD, Bonn

Zur Partnerschaft und Zusammenarbeit mit „unseren arabischen Freunden und Nachbarn" hat sich Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gestern in Bonn bekannt. Wenige Stunden nach der Abreise des israelischen Außenministers Yitzhak Shamir legte Genscher Wert darauf, vor der Deutsch-Arabischen Gesellschaft das „dichte Netz wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Beziehungen" zwischen Europäern und Arabern zu rühmen.

Allerdings betonte der Minister auch in diesem Kreis die deutsche „historische Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk". Er erklärte, im Nahen Osten stünden sich zwei Rechte gegenüber, die durch Verhandlungen in Einklang miteinander gebracht werden müßten: „Das Recht aller Staaten der Region einschließlich Israels auf Existenz in Frieden und in sicheren Grenzen und der Anspruch aller Völker auf Gerechtigkeit, der das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung einschließt. Dies ist der Kern der Erklärung von Venedig vom Juni 1980 und die Grundlage unserer Nahost-Politik", sagte Genscher.

Nur bei einem Verzicht aller Parteien auf Gewalt und auf Drohung mit Gewalt kann im Nahen Osten nach den Worten des Außenministers das für eine Lösung unentbehrliche Klima des Vertrauens entstehen. „Wir sehen daher einen unauflöslichen Zusammenhang zwischen dem Verzicht auf Gewalt und der Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts. Das Recht auf Selbstbestimmung wird sich, dies erkennen wir Deutsche auch für uns an, nur in einer Ordnung des Friedens verwirklichen lassen."

Genscher fuhr fort: „Das Recht Israels auf Existenz und Sicherheit hat in unserer Nahost-Politik einen festen Platz. Die Pflicht, dafür einzutreten, ist für uns eine politische Selbstverständlichkeit. Einen festen Platz in der Nahost-Politik hat für uns aber auch das Recht der arabischen Staaten auf territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit. Wir wenden uns gegen jeden Versuch, sie in ihrem Bestand oder ihrer Souveränität zu beeinträchtigen."

Die Europäische Gemeinschaft hat nach den Worten Genschers mit der Befürwortung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts anerkannt, „daß das palästinensische Volk eine eigene Identität besitzt" und damit das Recht habe, frei über sein Schicksal zu entscheiden. Dafür dürften den Palästinensern keine Vorschriften gemacht werden. „Ausschlaggebend ist dabei: Kein Recht darf zum Nachteil der Rechte anderer ausgeübt werden."

Der Bundesaußenminister versicherte: „Die Lage in Libanon kann trotz all ihrer Tragik eine neue Chance für den Frieden eröffnen. Sie kann genutzt werden, wenn es gelingt, die Basis des Friedensprozesses zu verbreitern." Die Europäer wollten in enger Abstimmung mit den Vereinigten Staaten und gemeinsam „mit unseren Partnern und Freunden in der Region" zur Lösung der Probleme beitragen. „Die europäisch-arabische Partnerschaft ist uns gerade heute besondere Verpflichtung."

USA prangern Schießbefehl der „DDR" an

DW. Washington

Unterdrückung von Regimegegnern und Verstöße gegen die Menschenrechte in Mitteldeutschland werden in dem Bericht des amerikanischen Außenministeriums an den US-Kongreß angeprangert, von dem Teile bereits am Dienstag bekannt geworden waren (WELT vom 9. 2.). „Das DDR-Regime erlaubt die Ausübung bürgerlicher oder politischer Rechte, die in Widerspruch zur staatlichen Politik oder Doktrin stehen, nicht."

Die Autoren weisen darauf hin, daß es zwar keine systematische, organisierte Art physischer Folter oder grausamer Bestrafung gebe und daß auch 1982 keine Hinrichtungen aus politischen Gründen bekanntgeworden seien. Aber: „Die Grenztruppen schießen auf Bürger, die das Land ohne amtliche Genehmigung zu verlassen suchen und treffen oft tödlich. In den Strafanstalten scheint es häufig zu Mißhandlungen und anderen Arten inhumanen Strafvollzugs wegen Geringfügigkeiten oder wegen aus den Fingern gesogenen Beschuldigungen zu kommen."

In Polen sei eine große Zahl von Häftlingen willkürlich mißhandelt worden. Es gebe zahlreiche Augenzeugenberichte über exzessives Vorgehen der Polizei bei Demonstrationen gegen das Kriegsrecht. Es gebe auch Berichte über eine höhere Zahl von Todesopfern bei polizeilichem Eingreifen, als das Warschauer Regime zuzugeben bereit sei.

Auch zur Lage in der Tschechoslowakei bemerkt der Bericht, daß die Ausübung der bürgerlichen und politischen Grundrechte „einschneidend beschränkt" sei.

Seite 2: Einheit in Freiheit

Lambsdorff an Vogel: Welche Aussage gilt?

HEINZ HECK, Bonn

Meldungen über die Ankündigung des SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel, im Falle einer Kapitalflucht nach dem 6. März zu Maßnahmen der Devisenbewirtschaftung zu greifen, hat SPD-Sprecher Wolfgang Clement gestern zumindest indirekt bestätigt. Zugleich hat Otto Graf Lambsdorff (FDP) auf Widersprüche in den Aussagen von Vogel und Manfred Lahnstein (früherer Finanzminister) hingewiesen.

Clement bestätigte eine Meldung der „Kölnischen Rundschau" vom 26. Januar. Danach hatte Vogel auf eine entsprechende Frage zwar erklärt, daß er im Falle seiner Wahl nicht mit Kapitalflucht rechne. Sollte es dennoch dazu kommen, sei er als Kanzler selbstverständlich zur Anwendung der entsprechenden Gesetze gezwungen.

Lambsdorff griff in einer Pressekonferenz die Äußerung Vogels auf und fügte hinzu: „Andere gesetzliche Mittel als Devisenkontrollen nach dem Außenwirtschaftsgesetz gibt es nicht." Demgegenüber habe Lahnstein noch am Dienstagabend in einer Fernsehdiskussion mit ihm versichert, „es werde unter keinen Umständen Devisenbewirtschaftung geben". Lambsdorff will ferner von Vogel erfahren, wie er das von ihm angekündigte, auf drei Jahre befristete Beschäftigungsprogramm mit etwa 50 Milliarden Mark finanzieren wolle, da die zugleich angekündigten Maßnahmen wie Ergänzungsabgabe, Einschränkung des Ehegatten-Splittings und Abschaffung des Kinderbetreuungsbetrages bestenfalls 20 Milliarden brächten.

Eppler greift Weinberger an

dpa, Esslingen

Ohne einen Rücktritt des amerikanischen Verteidigungsministers Caspar Weinberger wird es nach Ansicht des SPD-Bundesvorstandsmitglieds Erhard Eppler zu keinem „vernünftigen" Ergebnis bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen kommen.

Weinberger sei entschlossen, die atomaren Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren, sagte Eppler auf einer SPD-Veranstaltung in Esslingen. Falls die USA in ihrem bisherigen Stil weiterverhandeln sollten, dann werde es „kein sozialdemokratisches Ja" zur Stationierung der Pershing 2 in der Bundesrepublik geben. Er könne allerdings nicht seine „Hand dafür ins Feuer legen", daß die SPD nein sagen würde, wenn es zu der von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vertretenen „Zwischenlösung" kommen sollte. Er persönlich werde die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen aber auf jeden Fall ablehnen, bekräftigte Eppler.

Seite 2: Zittern im Pentagon

Paris: Sabbatjahr per Gesetz

AFP, Paris

Frankreich will das Recht auf ein „Sabbatjahr", auf unbezahlten Urlaub für ein bis zwei Jahre bei Sicherung des Arbeitsplatzes ab kommendem Frühjahr, gesetzlich verankern. Eine von Beschäftigungsminister Jean Le Garrec ausgearbeitete Gesetzesvorlage wurde gestern vom Ministerrat gebilligt. Ihre Verabschiedung im Parlament scheint im voraus gesichert. Laut Gesetzesvorlage sind zwei Arten von „Sabbatjahr" vorgesehen. Bei einem Mindestdienstalter von sieben Jahren kann der Arbeitnehmer einen unbezahlten Urlaub von sechs bis zwölf Monaten beanspruchen. Der Unternehmer muß für diese Zeitspanne die Sozialabgaben (ausgenommen die Altersrentenzahlung) weiter bezahlen und den Arbeitnehmer anschließend mit derselben Qualifikation wie vorher wieder einstellen. Eine besondere Art von unbezahltem Urlaub, dessen Dauer auf zwei Jahre bemessen wird, soll den Arbeitnehmern die Schaffung eines eigenen Unternehmens ermöglichen.

Eytan gab Befehl zum Durchgreifen

dpa/AFP/AP, Jerusalem

Israels Generalstabschef, Generalleutnant Eytan, hat gestern bestätigt, daß er 1982 die Militärverwaltung im besetzten Westjordanland angewiesen habe, mit „harter Hand gegen palästinensische Unruhestifter" vorzugehen, „weil das bei den Arabern gut wirkt".

Vor einem Militärgericht in Tel Aviv, bei dem sich sechs israelische Soldaten aus der Militärverwaltung von Hebron wegen Mißhandlung von Verdächtigen verantworten müssen, sagte Eytan, er habe in seinen Dienstvorschriften Anweisungen gegeben, „Internierungslager" einzurichten, Verdächtige „wiederholt festzunehmen" und auch Eltern von verdächtigten Jugendlichen zu bestrafen.

Das israelische Kabinett setzte gestern seine Beratungen über den Bericht der Kommission fort, die das Massaker in den Beiruter Flüchtlingslagern untersucht und den Rücktritt von Verteidigungsminister Sharon gefordert hatte.

Seite 2: Der Kahan-Bericht

Der Papst im Visier der sowjetischen Propaganda

Unterschiede in der Beurteilung seiner Rolle

dpa/DW. Rom

Papst Johannes Paul II. ist in das Visier sowjetischer Propaganda-Angriffe geraten. „Der Papst", sagte beispielsweise der Erzbischof von Lyon, Albert Decoutray, „stellt immer mehr eine Bedrohung der Machthaber in den östlichen Ländern dar, und die Ankündigung seiner Reise nach Polen stärkt nur diese Ansicht."

Mit Aufmerksamkeit wird dabei im Vatikan registriert, daß offenbar mit zweierlei Maß bei der Beurteilung der Rolle des Papstes in den Ostblockländern und bei der Einschätzung seines Einflusses auf die Friedensdiskussion im Westen gemessen wird. Während des Besuchs des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush bei Johannes Paul II. sprachen sowjetische Medien von einem „Druck aus Washington", damit sich der Vatikan den strategischen Überlegungen der USA unterordne.

„Katholiken und Nichtgläubige" – so ein weiterer Kommentar aus der UdSSR – „protestieren gegen die neuen amerikanischen Rüstungsanstrengungen, selbst die katholische Kirche in Rom hat sich für das Leben und gegen den Atomtod ausgesprochen." Ganz anders klangen dagegen vor wenigen Wochen die Kommentare aus Ostblock-Ländern bei der Beurteilung der Rolle des Heiligen Stuhls in verschiedenen Ländern des Ostens. Dem Vatikan wurde dabei sogar „subversive Tätigkeit" vorgeworfen. Vor allem die kirchlichen Initiativen in Polen, stärker werdende Friedensinitiativen aus Kirchenkreisen sowie Glaubensbekenntnisse von Bürgern in den kommunistischen Ländern waren Hintergrund für diese Angriffe.

„Der Papst ist nicht ‚gegen' jemanden, er ist vielmehr ‚für' alle da, zur Verteidigung jedes Menschen, jeder sozialen Gruppe und eines jeden Volkes", umschrieb jüngst der Oberhirte des italienischen Bistums Loreto, Loris Rapovilla, die schwierige Rolle von Johannes Paul „zwischen den Fronten". So hat der Papst bislang nie verschwiegen, daß jene Bischöfe mit seiner Rückendeckung rechnen können, die sich mit ihrer Autorität gegen die Rüstungspolitik ihrer Länder stellen, wenn sie dabei nicht in die Versuchung geraten, „einäugig" oder vordergründig politisch zu urteilen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Einheit in Freiheit

Von Ingo Urban

Nicht unerwartet ist das Fazit, zu dem der Jahresbericht 82 des amerikanischen Außenministeriums über die Lage der Menschenrechte in aller Welt kommt. Düster und erschreckend tun sich da die Abgründe fortwährender Unterdrückung auf. Auch das Kapitel über Mitteldeutschland macht nur den seit Jahrzehnten schon andauernden Zustand permanenter Gewaltausübung sichtbar, mit der allein das „*DDR*"-*Regime* seine Herrschaft behaupten kann.

Noch immer wird an der innerdeutschen Grenze gezielt auf Flüchtlinge geschossen, und noch immer detonieren da Todesautomaten. Gewaltausübung ist auch die zunehmende Militarisierung selbst privatester Lebensbereiche wie jene menschenverachtende Knebelung des Geistes, die in einem ausgefeilten System psychischer Torturen in den Zuchthäusern gipfelt.

Repression, von *linken Vielmäulern hierzulande* wie ein Fluch gegen alles und jeden im Establishment geschleudert – in der „DDR" zeigt sie ihr wahres Gesicht. Die Machthaber in Ost-Berlin wissen warum, denn dünn ist der Mantel, mit dem sie die Blößen ihrer Legitimation bedecken. Selbst die Töchter und Söhne ihrer Funktionäre sind nur mühsam bei der Stange zu halten. 60 Prozent der politischen Häftlinge stammen von Arbeitern und Bauern ab, sind also „Kinder des Proletariats". 45 Prozent *kommen* aus *Familien* von SED-Funktionären, von hohen Offizieren oder Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes.

Ein beredtes Zeugnis gibt schon die Zahl der politischen Häftlinge: Sie ist mit 3500 seit *nahezu* zwei Jahrzehnten annähernd konstant geblieben, obwohl Bonn jährlich rund 1000 Häftlinge freikauft. Alles nur eine Frage des Nachschubs.

Das System der Unterdrückung kommt die Volkswirtschaft der „DDR" *teuer zu stehen. Milliarden kostet* es jährlich, die Sehnsucht der Mitteldeutschen nach Men*schenrechten zu unterdrücken*. Aber das Regime weiß, daß der Ruf der Freiheit immer auch in den Ruf nach der Einheit des Vaterlandes mündet.

Ob es Arbeiter und Studenten in Jena, junge Christen in Dresden oder Künstler in Ost-Berlin sind, sie alle wissen – mehr als ihre Altersgenossen im Westen Deutschlands – daß nur über die Einheit die Freiheit erreicht werden kannn.

Zittern im Pentagon

Von Gottfried Grosse

Nun wissen wir es also genau, welches Schreckensgesicht das menschenfressende Untier der nuklearen Apokalypse trägt. Es trägt das Gesicht Caspar Weinbergers und speit seinen Feueratem in den düsteren Kasematten des Pentagon. Daß es endlich identifiziert werden konnte, verdanken wir der Wachsamkeit des Stu*dienrates und globalen Strategen Erhard Eppler, der das* schwäbische Wahlvolk darüber aufklärte, es werde in Genf nie zu einer „vernünftigen" Einigung über die Mittelstrecken-Raketen kommen, solange der Drache Caspar nicht erlegt sei.

Nun denn: Auf zum Kampf gegen den Drachen, wakkerer Schwabe! Bindet den Papphelm des Appeasement fester. Das Pentagon wird in seinen Grundfesten erzittern und Präsident Reagan schlaflose Nächte haben, weil sein Verteidigungsminister nicht den Beifall des weltkundigen Studienrates findet, der als Entwick*lungsminister zum Ziehvater des linken Chauvinismus* in der Dritten Welt wurde. Weinberger also muß weg – denn *sofern* die USA im „bisherigen Stil" mit den Sowjets weiter verhandeln, könne die SPD der Stationierung jener Pershing 2 in Deutschland nicht zustimmen, die ein SPD-Kanzler vorgeschlagen und als Beweis amerikanischer Solidarität dringend gefordert hatte.

Daß Eppler der bisherige „Stil" nicht behagt, in dem Amerika verhandelt, sagt alles. Er hat nun einmal eine Schwäche für den Kreml-Stil, der auf dem Prinzip beruhte: „Was mein ist, ist mein. Was Dein ist, darüber *können wir verhandeln.*" Da ist der Drache Caspar mit seinem schlichten Barzel-Grundsatz „Für nichts gibt es nichts" natürlich ein lästiger Kunde. Er will sich die Anerkennung der franko-englischen Raketen, die Moskau schon 1972 durch SALT I indirekt aussprach, nicht ein zweites Mal verkaufen lassen. Er hat etwas gegen das Geschäftsgebaren armenischer Händler, das den Verhandlungsstil der Sowjets prägt. Doch das fällt dem Genossen Eppler nicht auf, der doch sonst auf Stilfragen *so sensibel reagiert.*

Pantschen und Vermantschen

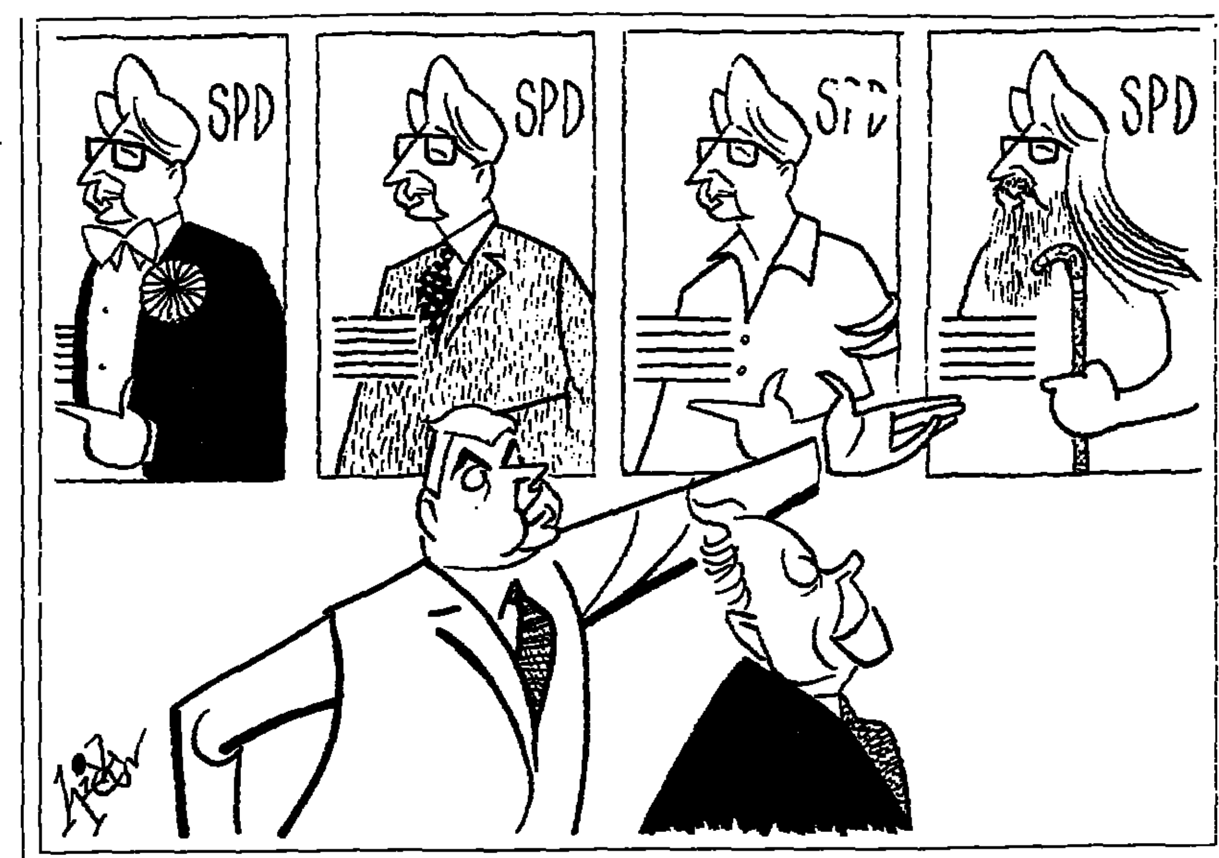
Von Joachim Neander

Das Problem der beflissen und meist engagiert (zu deutsch: gegen Gage) agierenden Funk- und Fernsehjournalisten auf Wahlveranstaltungen ist durch befristete Auftrittsbeschränkungen vor Wahlen, wie sie die Anstalten eingeführt haben, nicht zu fassen. Da müßten andere Dinge ins Spiel kommen wie Selbstverständnis, Selbstachtung.

In Rheinland-Pfalz hat nun, wie einer Regionalzeitung zu entnehmen ist, neulich ein Hörfunkmoderator auf einer SPD-Veranstaltung sogar den Parteikandidaten in peinliche Verlegenheit gestürzt mit der Frage: „Ist es nicht bezeichnend für die CDU, daß der größte Weinfälscher der ganzen Gegend Mitglied dieser Partei ist?"

Herbert Wehner hat in seinem parteiinternen Abschiedsbrief für den zum ZDF wechselnden SPD-Fraktionssprecher Knut Terjung merkwürdige Auffassungen offenbart: Er warf Kritikern dieses abrupten Sprunges aus der Parteiarbeit in den öffentlich-rechtlichen Journalismus eine Neigung zu „Berufsverboten" vor. Unmittelbar daneben rühmt er Terjungs jederzeit „leidenschaftliches Eintreten für sozialdemokratische Politik", um dann nahtlos zu diesem Schluß zu kommen: „Sozialdemokraten werden alle Bestrebungen für eine ausgewogene und demokratische Medienstruktur unterstützen. Damit eine gute Fortsetzung Ihrer Arbeit, Knut Terjung!"

Sie fühlen's eben nicht, sie begreifen es nicht. Aber den Heiner Geißler, wenn dem der Kragen platzt, den rücken sie neben Goebbels. Da möchte man doch den Hut ziehen vor den Kollegen der linken „Tageszeitung". Die lassen es beim halben Gehalt bewenden.



„Wir müssen schließlich auch die Grünen ansprechen!"
ZEICHNUNG: HICKS / COPYRIGHT: DIE WELT

Deutschland, deine Poujadisten

Von Heinz Barth

Den Poujadismus wird es immer geben. Es ist der Kampf der Kleinen gegen die Super-Großen, die uns erdrükken wollen." Also sprach Pierre Poujade, der Mann, der Mitte der fünfziger Jahre unter den Politikern Frankreichs Schrecken und Verwirrung angerichtet hatte. An der Spitze einer jäh aufkochenden Bewegung von vergrämten Einzelhändlern und kleinen Handwerkern hatte er eine Rebellion gegen die Steuerbehörden und die politischen Kräfte angezettelt, die man heute die „etablierten" Parteien nennen würde.

Damals zitterte die Vierte Republik vor dem Provinzdemagogen und Papierhändler aus St.-Céré im Departement Lot, der bald eine Gefolgschaft von einer halben Million Parteimitgliedern um sich scharte. Obwohl er selbst kein Mandat annahm, entsandte er 1956 ins Palais Bourbon 53 Abgeordnete. Steuerstreiks, handgreifliche Protestkundgebungen und ein diffuses Querulantentum waren die Kennzeichen der Partei, die von vornherein Schwierigkeiten hatte, ihre politischen Konturen zu definieren. Bald zeigte sich, daß es den Poujadismus nicht „immer" geben würde, wie er gehofft hatte. Als Pierre Poujade *Mitte der siebziger Jahre, lange* nach seiner Glanzzeit, noch einmal die Rückkehr in die aktive Politik anvisierte, erlebte er die fällige Enttäuschung. Es erwies sich, daß eine Bewegung, die weder politische Substanz noch ein näher umrissenes Programm besaß, den französischen Wählern nichts mehr zu sagen hatte.

Es scheint ein Gesetz zu sein: Wenn eine nicht durchgeformte Partei, deren Ideengut sich *auf wenige meist unerfüllbare* Forderungen beschränkt, einmal gescheitert ist, gibt es für sie keine zweite Chance mehr. Sicher nicht beim kritischen Wahlvolk Frankreichs, das ein empfindliches Organ für politischen Dilettantismus hat. Genau das ist das Problem, das den Grünen vor der Bundestagswahl vom 6. März zu schaffen macht. Es überrascht nicht, daß ihre demoskopische Kurve neuerdings nach unten zeigt. Der Poujadismus, der seinen Anhang südlich der Loire rekrutierte, war im Grunde *nichts anderes als ein lokales* Phänomen. Deutschlands Grüne, die bisher nur auf der Landes- und Kommunal-Ebene Erfolg hatten, müssen erst noch beweisen, ob sie *mehr* als ein lokales Phänomen sind.

Eins ihrer beherrschenden überregionalen Themata, der Umweltschutz, ist für sie kein Monopol mehr, seit es *ihnen* durch den neuen Bundesinnenminister entwunden wurde. Im Gegensatz zum Poujadismus haben die Grünen den entscheidenden Nachteil, sich nicht mit den materiellen Interessen einer eindeutig definierten Wählerschicht identifizieren zu können – sehr konkreten Interessen, ohne die bei den skeptischen Franzosen eine Protestbewegung nie auf die Beine käme. Die Grünen hingegen bieten ihren Anhängern nichts Verführerisches als die wolkige Verheißung, die Gesellschaft „*von unten* nach oben" umzupflügen. In ihrer sogenannten „Basis-Demokratie" sollte das erste und das letzte Wort über Arbeitslosigkeit, *Stahlsubventionen* und Nachrüstung am besten von den Gemeinderäten von Hintertupfing gesprochen werden.

Deutsche Wähler mögen eine Schattierung naiver als französische Wähler sein. Immerhin haben sie aber in über drei Jahrzehnten der Nachkriegs-Republik ein gewisses Wertgefühl für das Stehvermögen politischer Kräfte entwickelt. Es lag neben dem Wahlrecht auch an den Lehren, die sie aus dem Weimarer Vielparteienstaat gezogen hatten, daß Radikalismus und Querulantentum nur *eine sehr kurze Lebenserwartung* hatten. Das gilt für die Extremisten von rechts und links. Ob es auch für die Anti-Parlamentarischen gilt, die ins *Parlament drängen* und dabei die Demokratie in eine Anarchie verwandeln würden, wird sich am 6. März erweisen.

Denn ganz ohne ideologischen Unterbau funktioniert die Politik weder in der Bundesrepublik noch in einem anderen europäischen Land. Mit *einer Prise Vulgär-Marxismus*, mit Rebellion gegen das „System" und der Nacken-Massage für die vielen, die von der Neid-Arthrose verkrampft sind, ist es nicht getan. *Das* Grün welkt rasch auf den Marktständen des Parteienhaders. Noch ist es keine Dauerware. Seine Aussaat auf die Flächenstaaten ist ein schwieriges Anbau-Problem. Da hat Annemarie Renger recht: „Bundesebene ist nicht Landesebene." Provinziell ist dieses Phänomen nicht nur durch seine räumliche Beschränkung. *Provinzieller* ist noch die Ahnungslosigkeit, mit der frisch ins Kraut geschossene Grüne, als sei sie verknöcherte Stammtischler, über die Weltläufte reden, *von denen sie* keine Vorstellung haben.

Die Sorge, wie dieses Land überleben kann, würde es ihrem Rat folgen, den Sowjet-Raketen die ungeschützte Brust darzubieten, beschäftigt sie nicht näher. Wäre es nur weltfremder Idealismus, auf *dem diese Einstellung* beruht, es wäre schlimm genug. Schlimmer ist, daß nicht – ideale Gesinnung, sondern Ressentiments gegen alles, was *Erfolg hat, eine parasitäre Wut,* die Wurzel des Phänomens ist. Das können andere Völker unmöglich verstehen, die schon immer das Nebulöse, Unpräzise, Quallige und Verhuschte im deutschen Charakter fürchteten. „Wollen Sie uns Petra Kelly als Außenminister anbieten?" spottete neulich ein kluger Franzose. Es war gutmütig gemeint. Aber man vernahm einen Unterton des Grausens.



Lehrte Frankreichs Parteien das Fürchten: Pierre Poujade FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Bob Hawke

Populär, aber auch tüchtig

Von Manfred Neuber

Ginge es bei den Wahlen am 5. März in Australien nur um einen Popularitätstest der beiden Spitzenkandidaten, so hätte Bob Hawke (53) gute Aussichten, neuer Premierminister zu werden. Nach Umfragen aus jüngster Zeit ist der frischgebackene Oppositionsführer im Volke beliebter als Regierungschef Malcolm Fraser.

Hawke hat jedoch zwei Handikaps: Er kandidiert für die Labor Party, *die mit sich selbst zerstritten* ist; und er avancierte zu ihrem Führer just am selben Tage, da *Fraser vorzeitige Wahlen ansetzte*. So bleiben Hawke insgesamt 29 Tage für die Einigung der Partei *und den Wahlkampf.*

Seine Freunde wissen von einer weiteren Schwäche Hawkes – sein *manchmal unbeherrschtes Auftreten*. Als er im ersten Fernseh-Interview als Oppositionsführer gefragt wurde, ob er auf den Rücktritt seines Vorgängers Bill Hayden hingearbeitet habe, explodierte Hawke: „Wenn die Wähler zwischen Ihrer dummen Frage und meiner Integrität zu entscheiden hätten, wüßte ich sehr wohl, wie es ausgehen würde."

Hawke *hat* wie der ein Jahr jüngere Fraser in Oxford studiert – und zwar als Rhodes-Stipendiat. *Bevor er zu der jetzt vorzeitig* beendeten Legislaturperiode ins Repräsentantenhaus gewählt wurde, hatte Hawke als Präsident des Dachverbandes australischer Gewerkschaften viel Ansehen erworben.

Arbeitnehmer wie Arbeitgeber vertrauten auf sein Geschick, festgefahrene Tarifkonflikte zu bereinigen. Man nannte ihn damals „Mr. Fix it". Wird er als Oppositionsführer – *oder gar Premier* – *die oft* unmäßigen Forderungen einzelner Gewerkschaften mit den volkswirtschaftlichen *Realitäten in* Einklang bringen können?

Hawke stammt aus einem puritanischen Elternhaus: Sein Vater



Mann mit zwei Handikaps: Bob Hawke FOTO: CAMERA PRESS

Clem war Prediger, seine Mutt Ellie *gehörte einer christlichen* Ab stinenzler-Bewegung an. Dah hatte der Sohn einige Jahre mi dem Problem Alkohol zu kämpfe. Wie Bob Hawkes Biograph au zeichnete, führte er eines Tag dieses Selbstgespräch: „Nun gu Bursche, es wird Zeit, mit dem Saufen aufzuhören. Warum ve suchst du es nicht?" Von heute au morgen soll er es geschafft haben.

Selbst seine politischen Wider cher gestehen Hawke zu, daß e kompetent ist und sich wirklic um die Sorgen der Bevölkerun kümmert. Übelgenommen wi ihm – auch von Anhängern – se manchmal arroganter Umgang m Leuten, an denen er sich reibt wi die er mit kaltem Intellekt au punktet.

Um an die Regierung zu kom *men, müßte Hawke auf der* Grund lage des vorigen Wahlausganges ei nen Meinungsumschwung von nu *1,7 Prozent* zugunsten von Lab herbeiführen. Aber auch in Austra lien sind alle Prognosen durch di Grünen unsicherer geworden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Das Blatt befaßt sich mit der Konjunkturbelebung am Bau:

Wenn die von den Bausparkassen vorgelegten Zahlen stimmen – *wogegen nichts spricht – dann* hat die Bundesregierung mit ihrem Programm zur Förderung des Eigenheimbaus einen Treffer ins Schwarze getan. Mit Zinssubventionen von 550 Millionen Mark Bauinvestitionen in Höhe von 15 bis 20 Milliarden in Gang zu setzen, das ist schon eine beachtliche Leistung. Sie sollte gerade in diesen Tagen, da die Gegner der Bonner *Koalition sich in Gezeter* über den angeblichen „Investitionsstreik" erschöpfen, Beachtung finden. Denn hier ist nach den Prinzipien der Marktwirtschaft gehandelt worden, und der Erfolg hat sich eingestellt. Nun sollte man sich vor der Illusion hüten, der Baumarkt allein könne die lahme *Konjunktur* wieder auf Trab bringen. Das kann er nicht. Aber wenn irgendwo ein Hoffnungsschimmer aufkommt, besteht die Möglichkeit, daß er auch auf andere Wirtschaftszweige übergreift.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Die Heidelberger Zeitung merkt zur neuerlich tagenden KSZE-Konferenz in Madrid an:

Sicherheit und Zusammenarbeit sind die Kennworte für das Unternehmen, das seit Helsinki vorgibt, dem Frieden in Europa zu dienen. Die KSZE-Schlußakte war eine Art Grundgesetz der Staaten, die sich zur Entspannungspolitik bekannten. Die damit verknüpften Hoffnungen auf seiten des Westens gipfelten in der Vorstellung, es könne über Entspannung *im Rüstungsbereich* hinaus zwischen den Militärblöcken nun auch Freizügigkeit von Menschen und Ideen in beiden Richtungen geben. Aber weder das eine noch das andere Anliegen gedieh in Wirklichkeit – die Sowjetunion nützte die Phase mit vielem Reden von Entspannung und baute gleichzeitig ihren partiellen Rüstungsvorsprung zu bedrohlicher Stärke aus. *Nie zuvor in der Zeit* des Kalten Krieges hat die sowj sche Führung so entscheiden Fortschritte zur Rüstungspari und über dieses Limit hinaus e reicht wie durch diese Detente, d keine war.

Münchner Merk

Auch wenn der Bürger sparen muß - s nen Urlaub läßt er sich nicht vermies stellt die Zeitung fest:

Nach der jüngsten Statistik a dem Bundesarbeitsministeri hat jeder zweite in diesem Ja mehr Urlaub als noch im Jahr z vor. 38 Prozent aller Arbeitnehm bringen es heute auf sechs Woch Ferien. *Doch, was anfangen,* we zu einem Urlaub das nötige Kle geld fehlt, kommen die große U laubsverweigerung und d Balkonurlaub? Sicherlich nic Die Reiselust, das hat der Starnbe ger Studienkreis für Tourism festgestellt, ist den Deutschen k neswegs *vergangen. Finanziel* Engpässe beeinflussen die Rei lust kaum. 77 Prozent der Bund bürger messen dem Urlaub na wie vor eine große Bedeutung b Touristiker können das bestätige

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt befaßt sich mit dem Leistu standard der Hauptschulabsolventen der Bundesrepublik:

Die Bildungsreformer von ei haben ihr Klassenziel nicht reicht. Sie predigten Chanc gleichheit und entfachten eine B dungseuphorie, in der die Hau schule zum Bildungsplatz zweiten Garnitur degradiert w de. Paul Schnitker, Präsident d Zentralverbandes des Deutsch Handwerks, hat jetzt eine Refo der Hauptschulen gefordert. *spricht von Lernunwilligkeit* u Schulmüdigkeit, da die jetzig Methoden an den „Restschule die Lernbedürfnisse der *Mehrz* der Schüler ignorieren. Beglei scheinungen dieses „Null-Bo Verhaltens" sind mangelr Kenntnisse in Deutsch und Mat matik. Schnitker trifft mit sei Forderungen nach einer berufs zogenen Ausbildung den Nagel *den Kopf.*

Der Kahan-Bericht – ein Beweis demokratischer Reife

Die Schlußfolgerungen aus der Tragödie von Beirut sind allein Israels Sache / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Niemand, am wenigsten die Deutschen, hat den Israelis klugen Rat aufzudrängen, welche innenpolitischen Konsequenzen sie aus dem Bericht zu ziehen haben, mit dem die unabhängige Kahan-Kommission das Ergebnis ihrer Untersuchung jener Massaker vorlegte, die libanesische Milizen *im* September 1982 in Beirut angerichtet hatten. Ob Verteidigungsmini*ster Sharon zum Rücktritt gezwungen* ist, ob Begin, in der Erwartung seines Sieges, Neuwahlen anstrebt *oder nicht, das alles ist Sache Israels.*

Der Bericht selbst nötigt jedem Leser Respekt ab vor der Unerbittlichkeit und der Konsequenz, mit denen die vom Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Kahan, geleitete Kommission der Sache ohne Ansehen jeglicher Person auf den Grund gegangen ist. Mindestens zweierlei ist dazu anzumerken:

1. Die Tatsache, daß ein unabhängiges Gremium die politische Führung des Landes so schonungslos vor ihre Verantwortung stellen konnte, weist die Reife Israels als freiheitliche Demokratie *aus*. Mögen einige Politiker und Generale in vier Kriegen nationaler und staatlicher Selbstbehauptung eine Mentalität der Dickhäutigkeit entwickelt haben, das israelische Volk ist hellwach in seinem moralischen Empfinden. Es hat die strenge Untersuchung erzwungen.

2. Die unbestechliche *Kommission* hat nachgewiesen, daß kein Israeli direkt am Gemetzel in Sabra und *Shatila beteiligt war. Es gibt keine* unmittelbare persönliche Schuld eines israelischen Staatsbürgers. *Es gibt jedoch politische Schuld* im Sinn unheilvoller Verstrickung – im Fall Sharons mehr, bei Begin *und Shamir weniger.*

Es wäre höchst unfair und auch unpolitisch, über dem Sensations*gehalt der Affäre zu vergessen, aus* welchen Gründen israelische Politiker und Soldaten überhaupt in solche *Verstrickungen geraten* konnten. Seit 1948 sind die Israelis mit allen Konsequenzen vor die Frage des Überlebens *gestellt*. Wer sich die strategischen Gegebenheiten nicht in ihren Einzelheiten klar *macht*, der wird die Politik Israels niemals begreifen.

– Die Entfernung vom Jordan durch Judäa bis Jerusalem beträgt nur 20 Meilen. Gäbe Israel Judäa und Samaria auf, so wäre es kaum mehr als fünf Meilen von der neuen Grenze bis zur Agglomeration Tel Aviv.

– *Israel* braucht eine Warnzeit von 48 bis 72 Stunden, um die Reservisten zu mobilisieren, aus denen seine Armee zu über 70 Prozent besteht.

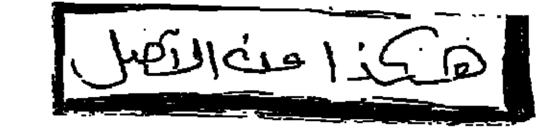
– Die Berge von Judäa und Samaria beherrschen die schmale Küstenebene. Wer auf diesen Höhen sitzt, der kontrolliert Israel.

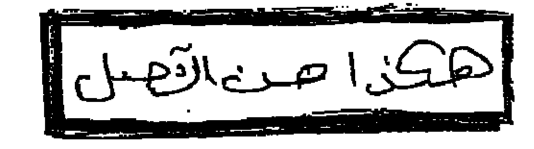
Aus den Gegebenheiten erklärt sich der außerordentliche strategische Vorteil, den Israel sich verschaffte, als es im Verteidigungskrieg von 1967 das Westjordanland besetzte. Der stellvertretende Botschafter Israels in Washington, Ben Netanyahu, hat den Sachverhalt überzeugend dargestellt. 1948 fielen fünf arabische Armeen in Israel ein. 1967 drohten drei arabische Armeen mit Angriff, darunter die jordanische. 1973 waren es nur noch zwei Armeen, die ägyptische *und die syrische. Unter dem* Eindruck, daß Israel die Höhen von Judäa und Samaria beherrschte, machte Jordanien nicht mehr mit. Als Israel 1982 die PLO in Libanon angriff, ließ sich nur noch Syrien *auf einen begrenzten Krieg ein.*

Dieser historische Ablauf ist eine existentielle Erfahrung der Israelis. Diese Erfahrung kann erklären, warum Jerusalem nicht bereit ist, die strategische Kontrolle des Westjordanlandes aufzugeben. Sie gewinnt um so mehr an Bedeutung, je relativer der Schutz wird, den der Friedensvertrag mit Ägypten noch gewährt. Mit der Räumung des Sinai hat Israel bewiesen, daß es sich nicht an besetzten Territorien festklammert, wenn es keine strategischen Gründe gibt, die dazu zwingen.

Alle, die Israel ungeduldig bedrängen, durch Verhandlungswillen eine schnelle Entschärfung des Pulverfasses Nahost zu ermöglichen, *ignorieren die harten* strategischen Tatsachen. Sie bleiben den Israelis auch die Antwort auf die *Frage schuldig*, wer die Sicherheit, ja, das nackte Überleben Israels inmitten einer unverändert feindlichen arabischen Umwelt garantieren wolle und könne. Israel weiß aus grimmiger Erfahrung, daß es sich auf sich allein verlassen muß, wenn es nicht verlassen sein w Dies ist der Kern des wachsen Zerwürfnisses zwischen Rea und Begin.

Es ist *offensichtlich*, daß s Bonn in der Nahost-Politik an shington orientiert. Dafür gibt gute Gründe. Aber die Regier Kohl zeigt eine wenig souve Haltung, wenn sie eine gerad ängstlich anmutende Ausge genheit des Verhältnisses zu Is und zu den arabischen Staaten stellen will. Dafür zwei Beisp Als Kohl ankündigte, er w nach der Bundestagswahl Is besuchen, beeilte er sich hinz fügen, er werde aber auch ara Staaten im Nahen Osten besu Kaum hat der israelische Au minister Shamir seinen Besuc Bonn beendet, da hält es Außenminister für geboten den arabischen Botschaftern Rede zu halten. Die Botsch sind von Genscher-Intimus mann via Deutsch-Arabische sellschaft zu einem zeitlich auf die gestimmtes Stelldich worden. Hat Bonn das hat Israel das verdient?





Englands Kirche nabelt sich vom Staat ab – wohin?

Von FRITZ WIRTH

Der Mann ist arm. Jahreseinkommen 5185 Pfund. Kanalarbeiter werden besser bezahlt. Dafür hat er studiert, lebt mietfrei und nahe am Arbeitsplatz. Für diesen Lohn betet er zum lieben Gott, predigt wider die Sünde, die Bombe und die Arbeitslosigkeit, tauft er Kinder, die er in der Regel Zeit seines Lebens in seiner Kirche nicht mehr wiedersehen wird, beerdigt er Leute aus der Nachbarschaft, von denen er viele zuvor niemals in seiner Kirche gesehen hat.

Er hat einen leichten Hang zur Exzentrik (kürzlich hielt einer seiner Kollegen eine Predigt als Bauchredner, mit einer Puppe auf dem Arm), hat eine stille Sehnsucht zur Stadt, weil seine Frau dort leichter ein Zubrot verdienen kann und findet nur noch begrenzte Zufriedenheit in seinem Job. Ihm läuft im wachsenden Maße die Kundschaft davon.

Beschreibung eines darniederliegenden Berufsstandes. Die Rede ist vom Klerus der „Church of England". Um die Jahrhundertwende gab es 25 000 Geistliche in dieser Kirche, heute sind es noch 10 680. Vor hundert Jahren hatte dieser Klerus noch das Monopol für die britische Schulerziehung. Heute liegt diese Erziehung in den Händen fast genauso schlecht bezahlter Lehrer, denen die konservativen Restbestände unter der Geistlichkeit nachsagen, daß sie ihre Weisheiten nicht aus der Bibel, sondern aus dem „Guardian" beziehen.

Um die Jahrhundertwende war ihr direkter Vorgesetzter, der Erzbischof von Canterbury, nach dem König und dem Premierminister der mächtigste Mann im Staate, und er wurde mit einem Jahressalär von 40 000 Pfund entlohnt. Heute kennen mehr als die Hälfte der Briten nicht einmal seinen Namen, und sein Salär ist seinem Machtverfall angepaßt. Er muß mit 18 610 Pfund zufrieden sein.

Vor hundert Jahren erschienen Sonntag für Sonntag mehr als fünf Millionen Briten zum Gottesdienst in diesen Kirchen, heute wird die Zahl auf 1,2 Millionen geschätzt. Die Gotteshäuser stehen leer. Viele von ihnen sind lange in Konzertsäle, Museen und Supermärkte umfunktioniert worden. Zwischen 1969 und 1982 wurden in England insgesamt 847 Kirchen geschlossen.

Das Bemerkenswerte an diesem Niedergang: Dies ist keine Kirche, die ungeschützt den Fährnissen der allgemeinen Säkularisierung dieser Welt ausgesetzt war. Sie operierte vielmehr in den letzten 450 Jahren unter den Fittichen und im Freigehege des britischen Staates, der der „Church of England" oft mit sehr rigorosen Mitteln die Konkurrenz vom Leibe hielt. Andersgläubig zu sein, hieß zumindest in den ersten drei Jahrhunderten nach Heinrich VIII. ein schlechter und unloyaler Brite zu sein. Das weltliche Oberhaupt dieser Kirche ist der jeweilige Monarch als „Verteidiger des Glaubens", doch selbst dieses Patronat hat den Niedergang nicht verhindern können.

Das macht die Frage nach den Ursachen dieses Niedergangs der „Church of England" noch verwirrender und interessanter zugleich: Stimmt etwas nicht mehr mit der Glaubenslehre dieser Staatskirche oder stimmt etwas nicht mehr mit dem Staat? Oder gar: Ist sie ein Opfer dieses Staatsschutzes geworden? Hat sie unter diesem Schutz das Gehen verlernt, und ist sie deshalb hinter der Zeit zurückgeblieben? Es gibt in der Kirche wiederum zahlreiche Leute, die genau das Gegenteil für richtig halten. Die Crux mit der „Church of England" sei, so behaupten sie, daß viele ihrer Geistlichen versuchen, der Zeit vorauszueilen und statt des Bibelwortes das „Sozial-Evangelium" predigen. Eine interessante, wenn auch kaum zu verallgemeinernde Ursache fügte kürzlich der Unterhausabgeordnete Julian Chritchley hinzu, der seine wachsende Indifferenz zum Worte Gottes damit erklärte, daß er „auf der Schule zu Tode gebetet" worden sei.

Genug Krisenstoff also, um die General-Synode der „Church of England", die am heutigen Donnerstag in London beginnt, zu einem Schlüsselereignis dieser Kirche zu machen, auf der fundamentale Existenzfragen zu beantworten sind. Es muß jedoch befürchtet werden, daß dies nicht geschehen wird. Die Veranstaltung dürfte statt dessen vom Thema „Die Kirche und die Bombe" überschattet werden, vom Thema des „gerechten Krieges" und des moralischen Stellenwerts der nuklearen Abschreckung.

Gewiß zeitgerechte und wichtige Probleme, bei deren Lösung die „Church of England" jedoch nur sehr bedingte Mitsprache-Möglichkeiten hat. Vor allem aber: Ihre Antworten auf diese Fragen würden sehr viel klarer, glaubwürdiger und wirkungsvoller ausfallen, wenn sie zuvor ihren eigenen religiösen Standort, ihr Verhältnis zum Staat und die Möglichkeiten ihrer Einflußnahme auf den Bürger abgeklärt hat.

Auf der Suche nach einem neuen Standort der „Church of England" ist eine Entscheidung bereits vor vielen Jahren gefallen. Sie ist entschlossen, sich vom Staat, der über 400 Jahre ihr Beschützer, zugleich aber auch ihr Vormund war, abzunabeln. Das hat ihr mehr Selbständigkeit gebracht, aber zugleich auch Macht und Einfluß genommen.

Diese wachsende Unabhängigkeit vom Staat läßt sich an zwei Beispielen verdeutlichen. Als die „Church of England" im Jahre 1928 ihr aus dem Jahre 1662 stammendes, offizielles Gebetbuch ändern und modernisieren wollte, mußte sie sich dazu die Zustimmung des britischen Parlamentes einholen. Seit 1974 ist diese Entscheidung Sache der General-Synode, also des „Parlaments" der Kirche. Bis zum Jahre 1977 war die Ernennung aller Erzbischöfe und Bischöfe dieser Kirche noch Sache der britischen Premierminister. Seither ist dieses Mitspracherecht der Regierung entscheidend eingeengt worden. Dem Premierminister werden heute von der Kirche nur noch jeweils zwei Namen vorgelegt, zwischen denen er sich entscheiden muß.



Nein, dies ist kein Weinlokal. Es sind die Gewölbe der Kathedrale von Durban. Darunter werden „tea and snacks" verkauft, Einnahmen, die wie in vielen anderen englischen Kirchen die Finanzen aufbessern sollen. FOTO: AP

Andererseits war dies niemals nur die offizielle Kirche des britischen Staates, sie war auch die Kirche des Establishments. Ihre Abnabelung vom Staat hat jedoch zugleich auch deutlich ihren Einfluß auf dieses Establishment reduziert. Dieser Einfluß der „Church of England" reichte im Jahre 1936 noch aus, den englischen König wegen einer Scheidungsaffäre seiner Frau aus dem Amt zu entfernen, 40 Jahre später dagegen duldete sie still und ergeben die Scheidung der Schwester der Königin. Es ist offenkundig: Die „Church of England" ist nicht mehr die unbestrittene moralische Anstalt dieses Staates.

Der Abnabelungsprozeß – die Engländer sprechen von „Disestablishment" – wurde zu keinem Zeitpunkt deutlicher als in den letzten neun Monaten seit dem Falkland-Krieg. Die „Church of England" distanzierte sich nicht von diesem Krieg, doch zahlreiche Bischöfe hatten Schwierigkeiten, ihn mit der Vokabel „gerecht" zu sanktionieren. Sie hielt den anschließenden Dank-Gottesdienst frei von allen „jingoistischen", chauvinistischen Bekundungen und erregte damit nicht nur den Zorn Frau Thatchers, sondern brachte auch die Königin in Verlegenheit und begann schließlich am über 250 Jahre alten Text der britischen Nationalhymne herumzudoktern.

Das hat zu Irritationen geführt. Offiziell bezeichnet sich jeder zweite Brite heute noch als Mitglied der „Church of England", ohne freilich ihr je näher zu treten, dennoch fragen heute zahlreiche Briten, ob dies noch ihre Kirche sei. Diese Kirche ist in den letzten 20 Jahren in Bewegung gekommen und geht eigene Wege. Die Frage nur ist: In welche Richtung soll sie sich bewegen?

David Sheppard, Bischof von Liverpool, ist Sprecher der „Sozial-Evangelisten" in der „Church of England". Er und seine Anhänger möchten die Kirche näher an die Arbeiterschaft heranführen. Volksverbunden und populär war Sheppard schon in den sechziger Jahren als Captain des englischen Cricket-Teams. Auch heute versucht er sich gelegentlich noch in seinem Sport. FOTO. CAMERA PRESS

Genau das ist zur Stunde der schwierige und schmerzhafte Diskussionsstoff in den Kulissen, der eigentlich auch die bevorstehende Synode beherrschen sollte. Er hat die Geistlichkeit in das Lager der „Traditionalisten" und der „Trendies" gespalten. Die „Traditionalisten" haben sich, wenn auch nicht gerade enthusiastisch, mit dem Disestablishment ihrer Kirche abgefunden. Sie drängen jedoch darauf, daß sie ihre neugewonnene Freiheit nutzen soll, sich ganz der Vertiefung ihres religiösen Auftrags zu widmen.

Die sogenannten „Trendies" dagegen sehen ihren Auftrag in einer Sozialreform. Sie wollen die „Church of England" ins 21. Jahrhundert hineinführen. Zentrum dieser Bewegung ist der Norden Englands, und das ist kein Zufall. In Liverpool und Umgebung sieht sich die „Church of England" in wachsendem Maße von der katholischen Kirche an die Wand gedrückt, die sich dort unter dem Einfluß des irischen Klerus stark der Sozialarbeit gewidmet hat.

Die „Sozial-Evangelisten" der „Church of England" haben ihren Sprecher in David Sheppard, dem Bischof von Liverpool, gefunden, der seinen Auftrag darin sieht, die „Church of England" nach 450 Jahren endlich klassenlos und damit auch zu einer Kirche für die unteren Stände zu machen. „Die Kluft zwischen unserer Kirche und der Arbeiterklasse ist erschreckend", stellte Sheppard in seinem soeben erschienenen Buch „Bias to the Poor" fest. Er selbst versteht sich nicht als ein „Trendy", sondern als eine „radikaler Christ".

Nicht nur die „Traditionalisten" der „Church of England" beobachten diesen neuen Trend mit Sorge. Zahlreiche konservative Politiker, die bisher die „Church of England" die „Konservative Partei im Gebet" titulierten, sind zu diesem neuen Trend auf Distanz gegangen und identifizieren „ihre" Kirche heute bereits als Vehikel der britischen nuklearen Abrüstungsbewegung (CND) und nennen sie „die CND im Gebet". Sie halten diese Entwicklung für so alarmierend, daß sie am Vorabend der General-Synode eine Konferenz unter dem Titel „Christentum und Konservativismus" einberiefen.

Sie brachte kaum den gewünschten Erfolg, denn der Hauptredner dieser Veranstaltung, Graham Leonard, Bischof von London und gewiß kein „Trendy", brachte sie mit diesen Sätzen in die Wirklichkeit zurück: „Es gibt keinen konservativen und keinen sozialistischen Gott. Gott ist Gott, und das muß der Startpunkt auf unserem Wege in eine neue Zukunft sein."

Wohin dieser Weg führt, bleibt weiterhin unklar. Bevor die Richtung bekannt ist, muß diese Kirche zunächst einmal, unabhängig vom Patronat des Staates und des Establishments, das Gehen lernen. Zur Stunde läßt sich der Zustand der „Church of England" nur mit jenem Satz beschreiben, den der einstige amerikanische Außenminister Dean Acheson vor über 30 Jaren der ganzen Nation mit auf den Weg gab: „Sie hat ein Empire verloren, aber noch keine neue Rolle gefunden."

Wenn Tiere leiden, wird der Kürschner zum Prügelknaben

Von INGE ADHAM

Schaufensterscheiben bei Kürschnern werden verschmiert. Redaktionen erstikken in Leserbriefen und Anrufen. Und der Präsident des Kürschner-Handwerks muß sich schreiben lassen: „Wir werden jedenfalls gegen den Kauf von Pelzmänteln etr. auf das heftigste protestieren, mit dem Ziel, daß alle Kürschner . . . bankrott gehen." Anderen bringt die Post den Wunsch ins Haus, „das Kürschner-Handwerk müßte vollständig ausgerottet werden". Kinder von Kürschnern müssen sich in der Schule anhören: „Dein Vater ist auch so ein Mörder."

Dies ist nur eine Auswahl vieler Proteste von Tierfreunden, die gegen das alljährliche Robbenschlachten im Nord-Eis protestieren. Proteste, die durch Berichte im Fernsehen, in Zeitungen und Illustrierten immer neue Nahrung erhalten. Doch nicht nur das abstoßende Schlachten der Robben-Babys bringt Tierschützer gegen Kürschner auf, sondern auch die Tierhaltung in Pelztierfarmen gerät zunehmend in ihr Visier.

Proteste sind nicht neu. Schon vor hundert Jahren empörte sich der Zoologe Alfred Brehm: „Jede Robben-Jagd ist ein gemeines und gnadenloses Abschlachten, bei dem sich Grausamkeiten mit Gefühllosigkeit verbindet." Freilich: So wenig wie Brehm erreichte, so wenig halfen auch die zahllosen Briefe an das Europa-Parlament und andere Proteste bisher den Robben-Babys. Auch in diesem Jahr, so ist zu befürchten, werden trotz europäischer Bemühungen, trotz freiwilligen deutschen Einfuhrstopps, die meisten der in diesen Tagen geborenen Robbenbabys erschlagen: Ihnen wird das Fell über die Ohren gezogen.

Die Kanadier haben bisher wenig Bereitschaft gezeigt, auf das Schlagen der Robbenbabys zu verzichten: Sie argumentieren mit Arbeitsmöglichkeiten für rund 10 000 Küstenbewohner und drohen, bei einem Einfuhrverbot der EG für Jungrobbenfelle mit Fangverboten für die europäischen Fischereiflotten. Das würde wiederum die deutschen Fischer erheblich treffen. 6000 Arbeitsplätze an der Nordsee wären gefährdet.

Die Politiker winden sich vor der Entscheidung

Vor diesem Hintergrund ist nur zu verständlich, wie sehr sich die Politiker vor einer Entscheidung winden; denn wie sie auch ausfällt, Prügel sind ihnen gewiß. Dabei wäre eine klare politische Entscheidung bitter nötig, um etwas Ruhe in die aufgeheizte, emotionsgeladene Diskussion zu bringen, in die inzwischen auch die Felle von Nerzen und Füchsen und auch der Breitschwanz einbezogen sind. Eine erhebliche Gefahr für die deutschen Pelztierfarmen. Ein alter Berufsstand, in dem über 35 000 Menschen arbeiten.

Einen ersten Schritt sehen die in der deutschen Pelzwirtschaft tätigen Verbände in einer gemeinsamen Vereinbarung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und dem Ernährungsministerium, in dem sich die deutschen Kürschner und Pelzverarbeiter verpflichten, keine Felle von Jungtieren der Sattelrobben (Whitecoats) und der Matzenrobben (Bluebacks) mehr zu verarbeiten. Überwacht werden soll die Einhaltung unter anderem von Vertretern des World Wildlife Fund und der Gesellschaft zum Schutz der Meeressäugetiere.

Der deutschen Pelzbranche ist nach Bekunden ihrer Vertreter der Verzicht leichtgefallen. Denn, entgegen der Behauptung der Kanadier, daß 60 bis 80 Prozent der Babyfelle in der Bundesrepublik verarbeitet würden, beteuern die Kürschner: In unseren Betrieben sind die Felle der Whitecoats seit Jahren nicht mehr verarbeitet worden. Dabei dürfte neben der engagierten Kampagne der Tierschützer auch handfeste wirtschaftliche Gründe eine Rolle gespielt haben: Das Whitecoatfell, als rohes Felle im Handel für rund 15 Mark das Stück zu haben, vergilbt sehr schnell und kann nur gefärbt verarbeitet werden.

Selbst die Zollbeamten sind schon „sensibilisiert"

Die deutsche Pelzbranche hofft, mit ihrem freiwilligen Einfuhr- und Verarbeitungsverzicht etwas Ruhe in die Diskussion gebracht zu haben. Denn die Kürschner vor allem mußten bisher ihren Kopf hinhalten, obwohl bei ihnen die Artikel aus Seehundfell, die vor einigen Jahren noch knapp ein Prozent vom Umsatz ausmachten, inzwischen nicht mal mehr ein halbes Prozent des gesamten Kürschner-Umsatzes in die Kassen bringen. Die potentiellen Käuferinnen haben den Mut verloren, im Seehundmantel durch die Straßen zu gehen, wo (wie mehrfach geschehen) fanatische Tierschützer lauern, um Pelze mit Sprühdosen zu verderben.

Die Kürschner und Pelzhändler am Frankfurter „Brühl", dem Zentrum der deutschen Pelzwirtschaft, inzwischen vertraut mit dem Vorwurf „ihr Mörder" spüren ein verändertes Kaufverhalten nicht nur bei Robbenfellen. Auch der Blaufuchs, mehrere Jahre lang besonders begehrt, findet nicht mehr so viele Liebhaber. Dabei ist freilich nicht zu bewerten, ob das eine direkte Folge von Berichten aus Zuchtfarmen ist, oder ob da eine Modewelle einfach ausrollt. Der Nerz rangiert nach wie vor mit an der Spitze der Beliebtheit.

Daß es der Pelzbranche ernst ist mit dem Artenschutz, beweist sie tagtäglich am Flughafen Frankfurt: Die Zöllner dort arbeiten mit ihrer Unterstützung an der Einhaltung des Washingtoner Artenschutzabkommens. Die Bundespelzfachschule, deren Vertreter zu den vom Bundesernährungsministerium berufenen Sachverständigen gehört, steht „Gewehr bei Fuß", wenn es darum geht, die versuchte Einfuhr von Fellen geschützter Tierarten aufzudecken und zu unterbinden. Daß dabei mit der Zeit Fortschritte erzielt worden sind, daß die Zollbeamten „sensibilisiert" sind, sieht man auch beim World Wildlife Fund, der in Frankfurt ein „WA-Büro" unterhält.

„Jedes in den Blick gerückte Töten ist scheußlich", meint Jürgen Thoror, Präsident des Verbandes der Deutschen Rauchwaren- und Pelzwirtschaft. Aber: „Der Mensch hat seit jeher Tiere gejagt und gezüchtet, unter anderem auch, um sie zu essen und sich mit ihren Fellen zu bekleiden. Niemand denkt beim Wurstbrot an das hygienisch abgestochene Schwein."

Ist ein farbiger Kohl nachts besser zu sehen?

Die Werbe-Aktivitäten der Bonner Parteien

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Wahlkampf im Winter, wie er in diesen Wochen abrollt, ist für die Wähler, die herumreisenden Politiker und die Organisatoren in den Parteizentralen ein Urerlebnis. Bei Eis und Schnee hat es in dieser Republik noch keinen Bundestagswahlkampf gegeben. Aber die Deutschen werden sich an diese Besonderheiten gewöhnen müssen, vorausgesetzt, der 6. März wird von den Verfassungsrichtern bestätigt und es bleibt künftig beim Vierjahres-Rhythmus einer Legislaturperiode.

Die organisatorischen Probleme, so scheint es, haben CDU, SPD, CSU und FDP in den Griff bekommen, obwohl es so aussieht, daß die CDU bei der Anmietung großer Hallen pfiffiger war als die SPD. Sie verdankt diesen Platzvorteil ihrem langjährigen Organisationschef *Karl Schumacher*, der Mut zum Risiko gezeigt hat und schon am 15. September, zwei Tage bevor Helmut Schmidt die Koalition mit der FDP aufkündigte, in 50 Hallen für alle Fälle rund 150 Termine alternativ reservieren ließ.

Keine Störaktionen

Die Werbemittel der großen Parteien sind in vielem ähnlich. Am auffallendsten wird die unterschiedliche Konzeption bei der Plakatierung: Die SPD verzichtet *bei Hans-Jochen Vogel auf Farbe*, die CDU präsentiert ihren Bundeskanzler Helmut Kohl farbig. Jede der Parteien hat dafür eine Begründung parat. Die SPD, deren Wahlkampfstrategie von dem früheren Dozenten an der Universität Erlangen, Gert Keil, entworfen worden ist, argumentiert, bei Dunkelheit verpuffe die Plakatwirkung ohnehin. Deshalb habe man auf Farbe verzichtet. Die Aussage der CDU ist genau umgekehrt. Gerade bei Schnee und in den „grauen Tageszeiten" komme Kohl in Farbe besonders zur Geltung. Farbig kleben auch CSU und FDP ihre Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß und Hans-Dietrich Genscher.

Schwere Unfälle hat es bisher glücklicherweise noch nicht gegeben. Die Organisatoren weichen auf Hubschrauber und Flugzeuge oder, wie die FDP und auch die SPD, auf Sonderzüge aus. Nur Fritz Zimmermann, der Bundesinnenminister, ist beim ersten Schneeeinbruch in der Eifel steckengeblieben. Bei der Union gibt es 1638 Wahlveranstaltungen bundesweit gestreut. Das sind 280 mehr als in den letzten acht Wochen des Wahlkampfes 1980. Bei der SPD werden es ebenso viele Termine sein. Vogel hat ein Mammutprogramm auf sich genommen.

Auf örtlicher Ebene hat die SPD das offizielle Wahlkampfprogramm durch phantasievolle Ideen ergänzt. Sozialdemokraten laden ein zu sogenannten „Nachbarschaftstreffen" – zum Glas Wein, zu Dia-Abenden und natürlich zum politischen Gespräch. Der Kandidat schaut dabei zu später Stunde noch vorbei. Die Parteien beklagen sich nicht über den Zulauf zu den Wahlveranstaltungen. Positiv ist, daß es bisher zu keinen größeren Störaktionen gekommen ist.

Unentschlossene Bürger

Es ist jedoch gewiß ein Handicap, daß bei Eis und Schnee meist *nur die eigenen Anhänger in die* Hallen kommen. Mit ausschlaggebend dafür ist wahrscheinlich auch, daß es an dem überragenden, mobilisierenden Wahlkampfthema fehlt. Immerhin sind noch 20 Prozent der wahlberechtigten Bürger über ihr Votum am 6. März unentschlossen. Das sind mehr als je zuvor und signalisiert den Parteien, daß der Wahlausgang in den nächsten Wochen entschieden wird.

Die Startpositionen vor allem der großen Parteien waren unterschiedlich. *Die Union, vor und nach dem Regierungswechsel* in der Demoskopie mit der absoluten Mehrheit bedacht, erlitt durch die Wahl in Hamburg einen empfindlichen Rückschlag. Gleichzeitig spielte die SPD, nachdem sie die Nachfolge von Helmut Schmidt diszipliniert gelöst hatte, durch Auslandsreisen von Vogel ihre Trümpfe aus. Die Bundesregierung war im Januar mit ihren Sparbeschlüssen in die Defensive geraten, zum Beispiel bei der Mietendiskussion. Inzwischen ist die „Oma CDU" (Helmut Kohl) aber in Schwung gekommen.

Die CDU setzt auf den Kanzler, dessen Amtsbonus und dessen Popularität auch bei den noch unentschlossenen Wählern. Die SPD hofft, daß noch das Macherbild Schmidts in den Köpfen der Wähler präsent ist, und sie versucht, Vogel als Mann darzustellen, der Vertrauen verdient. Dieser Begriff ist allerdings auch schon durch Kohl besetzt. Ein positiver Akzent dieses Winterwahlkampfes, so meinte ein Stratege, werde häufig übersehen: Er sei in Kürze vorbei.

Wörner will die Stellung des Generalinspekteurs aufwerten

Der Verteidigungsminister kritisiert Hans Apel: Es gab keinen „Planungsrhythmus"

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Die Vorarbeiten zu einer vorsichtigen, aber doch wirksamen Reorganisation des Verteidigungsressorts, die von Minister Manfred Wörner nach dem Regierungswechsel eingeleitet wurden, sind jetzt abgeschlossen. Der Minister gab gestern Einzelheiten dazu bekannt. Nach dem 6. März soll die Umstellung beginnen und in rund einem halben Jahr abgeschlossen werden.

Im Kern besteht die Reorganisation aus der beabsichtigten Einrichtung einer sogenannten *Planungskonferenz im Verteidigungsministerium*, in der viermal im Jahr unter Vorsitz des Ministers die Planung der Bundeswehr nach Soll und Ist überprüft wird und, falls erforderlich, korrigierende Entscheidungen getroffen werden. Gleichzeitig will Wörner die unter seinem Vorgänger Hans Apel verlorengegangene enge Verzahnung im Planungsprozeß zwischen Forderungen der Teilstreitkräfte, Finanzgegebenheiten des Verteidigungshaushaltes und der Beschaffung der Waffen und Ausrüstung in einem von *ihm* so *bezeichneten* „Planungsrhythmus" wiederherstellen. Dafür nannte es der Minister wichtig, den Generalinspekteur anders als unter Apel wieder voll in seiner uneingeschränkten Planungsvollmacht gegenüber den Teilstreitkräften einzusetzen und zu stärken.

Der Minister sparte in diesem Zusammenhnang nicht mit Kritik an der unter Apel üblichen Praxis. Unter seinem Vorgänger, so Wörner, gab es keinen Planungsrhythmus mehr. Planerische Grundlagen wie die verteidigungspolitischen Richtlinien und die militärstrategische Zielsetzung sowie die Konzeptionen für die Bundeswehr *als Ganzes wie die Teilstreitkräfte* seien nicht mehr oder nur teilweise vorhanden gewesen. Die Diskrepanz zwischen Rüstungsplanung und Finanzierungsmöglichkeiten seien immer krasser geworden. So habe der Haushaltsdirektor unter Apel eine „Notfallsentscheidung" nach der anderen getroffen nach dem Motto „was läßt sich am elegantesten streichen?".

Zwischen den einzelnen Fachgebieten der Hardthöhe habe es keine ausreichende Transparenz gegeben, und – was Wörner besonders herausstellte – die im „Blankeneser Erlaß", der von Helmut Schmidt stammt, festgelegten Planungskompetenzen des Generalinspekteurs seien unter Apel „nicht immer wirksam geworden". Wörner erläuterte, der Generalinspekteur sei immer so stark, wie ihn der Minister wollte. Er ließ keinen Zweifel daran, daß er vom neuen Generalinspekteur – am 1. April wird Wolfgang Altenburg, gegenwärtig an der Spitze des III. Korps in Koblenz, dazu ernannt werden – die volle Ausschöpfung seiner Vollmachten in der Bundeswehr-Planung erwartet. Dessen Kompetenz reiche von der Aufstellung der Planung bis zur Kontrolle *ihrer Verwirklichung*.

Der Minister machte deutlich, daß in einer Zeit knappen Geldes das zwischen Heer, Luftwaffe und Marine übliche Denken in festgefügten Quoten am Haushalt vorbei sein müsse. Der Generalinspekteur habe für die Beschaffung von Waffen und Ausrüstung die Prioritäten zu setzen. Wenn die Inspekteure der Teilstreitkräfte damit nicht einverstanden sein sollten, hätten sie das Recht des Vortrags beim Minister, der die endgültige Entscheidung treffe. Generell betonte Wörner, die Hardthöhe sei kein Wasserkopf, sein Ressort sei „regier- und führbar".

Neutrale reden in Madrid Klartext

Auf der KSZE streiten Irland und Schweden engagiert für die Menschenrechte

MANFRED NEUBER, **Madrid**

Die Deutschen, ob aus Ost oder West, demonstrieren gemeinsames Interesse an Sicherheit und Zu*sammenarbeit in Europa*. Zumindest können die 33 anderen Teilnehmerstaaten des Madrider KSZE-Folgetreffens diesen äußeren Eindruck gewinnen. Bei Wiederbeginn der Beratungen nach der Weihnachtspause haben die Delegationen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" als erste im Plenarsaal des Kongreß-Gebäudes ihre Plätze eingenommen.

Beide Allemagnas – im Spanischen mit RFA und RDA abgekürzt – sitzen Seite an Seite in der ersten Reihe. Botschafter Jörg Kastl, der Bonner Chefdelegierte, hält viel vom Aufeinander-Zugehen und begrüßt den Leiter der Ostberliner Gruppe, Peter Steglich. Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen in Madrid läßt sich die östliche Seite keine Kontaktscheu anmerken, auch wenn sie auf Abgrenzung programmiert ist.

Fast gleichzeitig sind die Amerikaner und die Sowjets vollzählig gekommen. Vom stillschweigenden *Zusammenspiel* der Supermächte wird es abhängen, ob bis Ostern ein Schlußdokument ausgearbeitet werden kann. Offenbar liegt ihnen etwas daran; denn der US-Chefdelegierte Max Kampelman stimmt mit einer behutsamen Rede die neue Runde auf Kompromisse ein. Überraschend verzichtet darauf der Sowjet-Unterhändler Kowaljow auf seine Wortmeldung.

Ist der Osten nun endlich zur ernsthaften Arbeit für die Vertiefung der KSZE-Ziele bereit? Mit Genugtuung kann der Westen bisher registrieren, daß Sprecher des Warschauer Paktes moderat nach Madrid zurückkehrten. So teilt der Pole dem Plenum die Einsicht mit, wie wenig „wechselseitige Angriffe" nützten. Und der CSSR-Botschafter widersteht der Versuchung, die *Prager* Deklaration des Ostblockgipfels noch einmal in voller Lautstärke hinauszuposaunen.

Legen sich die NATO-Mitglieder und die Staaten des Warschauer *Paktes zur Zeit in* Madrid große Zurückhaltung im Umgang untereinander auf, steht es den Neutralen wohl an, die Ursachen der Spannung in Europa deutlich aufzuzeigen. Irland und Schweden streiten engagiert für die Menschenrechte und lassen Polen nicht aus – wie der US-Chefdelegierte. Bis Mitte März hoffen die Neutralen auf konkrete Ergebnisse. Bleiben sie aus, könnte von ihnen eine Schuldzuweisung an die beiden Blöcke geschehen.

„Ein Scheitern in Madrid wäre ein schwerer Schlag für die europäische Zusammenarbeit", warnt der Chefdelegierte Frankreichs. Er stellt heraus, daß die westlichen Zusatz-Vorschläge zum Madrider Entwurf der Neutralen aus dem Verantwortungsgefühl für die volle Anwendung der Schlußakte von Helsinki diktiert sind.

Ein Beispiel für den Konsens von Demokrater

Ehemalige Parlamentarier leisten erfolgreiche Arbeit

G. GOETZENDORFF, **Bonn**

Von den Medien nahezu unbemerkt, in einer Art selbstgewollter „*splendid isolation*", schlossen sich vor einigen Jahren Bonner Altparlamentarier zu der „Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages" zusammen. Der ehemalige Bundestagspräsident Professor Eugen Gerstenmeier ist ihr Vorsitzender. Die Gründung geht auf die Initiative aller Fraktionen des Deutschen Bundestages zurück. Es sei wichtig, so 1977 der damalige Bundestagspräsident Professor Karl Carstens, daß in einer Zeit der parteipolitischen Gegensätze ein Gremium von ehemaligen Parlamentariern besteht, das ein lebendiges Beispiel für den Grundkonsens der Demokraten in diesem Lande gebe.

Nun, nach fünf Jahren, ist festzustellen, daß sich diese Erwartung *erfüllt hat. Das Zusammengehörig*keitsgefühl und wohl auch die Milde des Alters haben eine parteipolitische Polarisation innerhalb der Mitgliedschaft verhindert. Vorstandsmitglied Richard Jaeger, einst Bundesjustizminister und Vizepräsident des Bundestages, konstatiert mit Humor: Nachdem wir jetzt im Ruhestand sind, vertragen wir uns wesentlich besser. Daß der Kontakt zu den praktizierenden Kollegen nicht abreißt, dafür sorgt auch Bundestagspräsident Richard Stücklen, der die Altparlamentarier oft und gern besucht.

Kontakte im Ausland

Von einem winzigen Büro in der Bonner Fritz-Erler-Straße aus besorgt Vorstandsmitglied Hedwig Meermann aus dem schwäbischen Tuttlingen die Geschäftsführung mit Charme und großem Geschick. Mag auch ein wenig nostalgische Erinnerung dabei sein, so wird doch die Aktualität bei den regelmäßigen Zusammenkünften in Bonn großgeschrieben. Wechselweise werden hierzu profilierte Politiker zu Gesprächen eingeladen, so der Bundespräsident, der Bundeskanzler, die Fraktionsvorsitzenden, Bundesminister und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Bisweilen finden solche Sitzungen auch in den Bundesländern und in Berlin statt, meist auf Einladung des jeweiligen Parlamentspräsidenten hin.

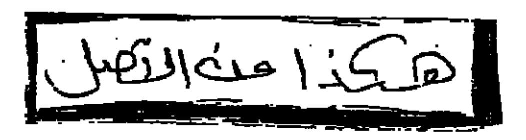
Aber nicht nur auf die Bundesrepublik sind die Aktivitäten der Ehemaligen beschränkt. Verbindungen zu den französischen und amerikanischen Kollegen sind schon dauerhaft geknüpft, ande befinden sich noch in den Anfä gen. Im vergangenen Jahr traf m sich auf Einladung der Franzose in Straßburg, mit den Amerik nern in Freudenberg. Mitte Febr ar reist die deutsche Delegation einem Erfahrungsaustausch m den Amerikanern nach der Pazifi insel Oahu, wo auch erste Kontak mit japanischen Altparlamenta ern aufgenommen werden solle Freilich müssen hierbei die Deu schen tief in die eigene Tasche gr fen, denn die Reisespesen trag sie selbst.

Zur Zeit gehören der Verei gung 401 Mitglieder an, das älte ist 94 Jahre alt, das jüngste gera 40 geworden, darunter 51 Frau 111 der Mitglieder tragen den Do torhut, 14 schmückt der Profess titel. 55 saßen schon im 1. Deu schen Bundestag von 1949 bis 19 63 sind seit Gründung der Verei gung verstorben, darunter Prof sor Walter Hallstein und Profess Carlo Schmid.

Erfahrungen nutzen

Aber nicht alle Mitglieder si Altenteiler. Viele sind aus de Bundestag ausgeschieden, um e anderes hohes Amt zu überne men. Unter ihnen Bundesprä dent Professor Karl Carstens, Mi sterpräsident Holger Börner, R gierender Bürgermeister Richa von Weizsäcker, der Präsident d Bundesverfassungsgerichts Pr fessor Ernst Benda. Andere si wieder in öffentlichen Ämtern t tig wie der Präsident des Rec nungshofes, Karl Wittrock, d Präsident der Bundesanstalt f Arbeit, Josef Stingl, Frankfu Oberbürgermeister Wallmann u der Berliner Polizeipräside Klaus Hübner. Zur „ersten Gar tur" zählen auch Altbundesprä dent Walter Scheel. Altbunde kanzler Kurt Georg Kiesinger s wie die starke Riege ehemalig Bundesminister.

Einen unmittelbaren Einfluß a die praktizierenden Kollegen i Bundestag will man nicht nehme Das gilt als heißes Eisen. Aber g nutzt werden sollen die großen E fahrungen der Altparlamentari doch. *Hierzu dienen verschiede* Dokumentationen, die zur Zeit e arbeitet werden. Professor Ge stenmeier: „Zwar sollten wir uns re Einwirkungsmöglichkeit nicht überschätzen, jedoch müss wir vor allem der Resignation w derstehen. Wir sollen unsere Staat dienlich sein."



Polen: Armee behält ihre führende Rolle

dpa, **Warschau**

Warschau hat eingeräumt, daß auch nach Aussetzung des Kriegsrechts in Polen die Armee eine entscheidende Rolle spielt. Der stellvertretende Verteidigungsminister und Chef der politischen Abteilung der polnischen Armee, General Jozef Baryla, erklärte zur Begründung: Polen befinde sich auf einer Brücke zwischen der Bedrohung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und der Chance einer wirklichen Stabilisierung.

Die Armee habe den Schutz auf dieser Brücke übernommen und sei der Garant für den Übergang vom Kriegsrecht zur Normalität. Nach der Zeit der „nationalen Rettung" während des Kriegsrechts sei jetzt die Periode der „Wiedergeburt" angebrochen, in der die Strukturen des Staates umgebildet und gestärkt werden.

Der oberste Politoffizier der polnischen Armee kündigte die Fortsetzung des Kampfes gegen die „Gegner des Sozialismus" an.

Kracht scheidet bei Springer aus

DW. **Berlin**

Die Axel Springer Gesellschaft für Publizistik KG hat gestern mitgeteilt: Der Verleger Axel Springer hatte Herrn Christian Kracht 1980 gebeten, ihm seine Dienste noch einmal zur Verfügung zu stellen; er übertrug ihm die Neuordnung des Finanzwesens der Springer-Holding und die Lösung von Beteiligungsfragen. Beide Aufgaben hat Herr Christian Kracht mit Erfolg abgeschlossen. Er kehrt jetzt – auf eigenen Wunsch und wie von vornherein vorgesehen – in die Schweiz und in die USA zurück, um dort die Wahrnehmung seiner eigenen Interessen, die zwischenzeitlich ruhte, wieder selbst in die Hand zu nehmen.

Stuttgart: Polizei hilft US-Armee

xhk. **Stuttgart**

Als erstes Bundesland hat Baden-Württemberg mit der US-Armee eine Vereinbarung abgeschlossen, die eine Mitwirkung der deutschen Polizei bei US-Militärtransporten regelt. Diese Absprache hat deshalb nach Angaben vom Staatssekretär im Stuttgarter Innenministerium, Robert Ruder (CDU), einen „Modellcharakter" auch für andere Bundesländer.

Ruder sagte, die zuständigen amerikanischen Offiziere sollten „intensiver" mit den deutschen Verkehrsverhältnissen vertraut gemacht werden. „Ab sofort" wird die Polizei von den US-Behörden über „alle wichtigen Militärtransporte und Marschbewegungen" unterrichtet.

Bei „besonders schwierigen und gefährlichen Transporten" wird künftig sogar eine deutsche polizeiliche Begleitung möglich sein, teilte Ruder mit.

US-Flugzeuge für Taiwan

AFP, **Washington**

Die Vereinigten Staaten haben eine neue Serie von Kampfflugzeugen F-104 an Taiwan geliefert. Das bestätigte das State Department, ohne Zahlen zu nennen. Ein Sprecher führte dazu aus, die Lieferung der Flugzeuge, die die amerikanische Luftwaffe schon seit einigen Jahren nicht mehr benutze, sei im „laufenden Programm" für Militärhilfe vereinbart gewesen.

Der unaufhaltsame Abschwung an der Ruhr

Von WILM HERLYN

In Bochum sind die Häuser der Industrie- und Handelskammer und des Arbeitsamtes nur durch eine Pizzeria getrennt. Deren Name scheint Sinnbild zu sein für die Wirtschaft des Ruhrgebiets und insgesamt des bevölkerungsreichsten Bundeslandes: „Mamma Mia". Die Aussichten sind so trübe wie nie zuvor, und das jetzt auch noch wissenschaftlich und analytisch untermauert. Professor Heinz Schaefer (Düsseldorf) zog mit seinem Team in mehr als einjähriger Arbeit eine erschreckende Bilanz: Der Aufschwung, den die Bundesrepublik nach dem ersten Ölschock 1973/74 erlebte, ging an Nordrhein-Westfalen vorbei.

In einer thesenartigen Zusammenstellung der „Pilotstudie zur Wachstumssituation Nordrhein-Westfalens", vom Düsseldorfer Wirtschaftsminister Professor Reimut Jochimsen in Auftrag gegeben, heißt es nüchtern: „Die Wachstumsschwäche Nordrhein-Westfalens und insbesondere der Teilregion Ruhrgebiet verschärft sich seit 1977/78. Während das Bundesgebiet ohne NRW seit 1976



ein Plus von 10,4 Prozent Wachstum zulegen konnte, ging der Aufschwung an NRW praktisch vorbei (plus 3,8 Prozent). Das Ruhrgebiet verzeichnete einen Rückgang der Nettoproduktion (minus 1,7 Prozent). Nordrhein-Westfalen ohne Ruhrgebiet erreicht mit 4,4 Prozent nicht einmal die Hälfte der Wachstumsrate der Gebieteinheit Bund ohne NRW."

Allerdings, erläuterte Jochimsen, sei das Ruhrgebiet für die wirtschaftliche Talfahrt des Landes, die in den vergangenen Jahren weitaus schneller als in anderen Bundesländern verlief, nicht allein verantwortlich: „Die verbreitete Auffassung, wenn wir das Revier nicht hätten, wären wir gesund, ist unzutreffend." In der Tat weist Nordrhein-Westfalen auch ohne das monostrukturierte Revier eine eigenständige Wachstumsschwäche vor allem im Bereich der Investitionsgüter auf.

Von der allgemeinen positiven Entwicklung im Vergleich zum Bund gab es eine „doppelte Abkoppelung":

- das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe als relativ starker Sektor entwickelte sich unterdurchschnittlich;
- der expandierende Bereich des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes (68 Prozent des gesamten Zuwachses 1976 bis 1981 im Bundesgebiet) mit einer Wachstumsrate von plus 16 Prozent im Bund ohne NRW entwickelte sich in Nordrhein-Westfalen nur mit 5,6 Prozent.

Die wirtschaftlichen Verluste haben auch zu „starken Beschäftigungseinbußen" geführt: Während in der Bundesrepublik ohne NRW die Zahl der Arbeitsplätze von 1976 bis 1981 um nur 0,1 Prozent schrumpfte, mußte NRW – ohne das Revier – den beträchtlichen Abbau von 7,7 Prozent verzeichnen. Im Ruhrgebiet betrug dieser Verlust sogar elf Prozent.

Vor allem aber werden die Aussichten pessimistisch beurteilt. Denn „da die konjunkturellen Aufwärtsbewegungen in Zukunft verstärkt durch den Investitionsgüterbereich eingeleitet und in ihrem Volumen bestimmt werden, ist zu befürchten, daß NRW im nächsten Aufschwung im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet weiter zurückfällt". Gerade Industrie und Gewerbe an Rhein und Ruhr – das macht die Studie überdeutlich – bieten lediglich in größerem Umfang Produkte an, deren Wachstumsrate unterdurchschnittlich ist.

„Keinen Grund zur Schlußlicht-Mentalität", sieht Jochimsen. Anders Oppositionschef Professor Kurt Biedenkopf (CDU): „NRW ist zum Schlußlicht des Wachstumszuges geworden." Er erkennt die Ursache in „einer kranken Wirtschaftspolitik" der SPD, die das Land seit knapp 15 Jahren regiert.

Jochimsen dagegen nennt „eine Reihe von Problemen durchaus hausgemacht". Er wirft die Frage auf, ob in allen Unternehmen rechtzeitige Management-Entscheidungen getroffen worden seien, mit zukunfts- und zuwachsträchtigen Produkten neue Märkte zu erschließen. Oder ob – auf der anderen Seite – *nicht* der Anschluß von den Unternehmen mitunter verpaßt wurde, weil man sich auf die frühere Wirtschaftsstärke der Kohle- und Stahlregion verlassen habe.

In diesem Schwarze-Peter-Spiel vermied Jochimsen allerdings zu erwähnen, daß es gerade seine Partei, die SPD, war, die im Revier auf Biegen und Brechen die Monostruktur verteidigte. Hinzu kamen die Eifersüchteleien unter den starken SPD-Oberbürgermeistern der Revierstädte, von denen keiner dem anderen Niederlassungen neuer Industrie gönnte.

Kein Wunder, daß die vor den Kopf gestoßene Wirtschaft – IBM zum Beispiel – die freundlichen Angebote von Baden-Württemberg annahm und dort siedelte.

„Angesichts des vorherrschenden Mißerfolgs ... ist nicht mehr auszuschließen, daß Nachdenken und die Orientierung an langfristigen Strategien hilfreicher ist als jener stolz zur Schau getragene Schweiß des Krisenmanagements", urteilte herbe kürzlich Erich Staudt, Professor der Betriebswirtschaft in Duisburg, über die Situation. Er fand heraus: Dem Revier – und damit auch Nordrhein-Westfalen – fehlt es an Gründer-Generationen, wie sie in den zurückliegenden Dekaden in Bayern oder in Baden-Württemberg moderne Industrien installierten. Zum Teil dieselben, die im Revier „abgewiesen" worden waren, als dort noch Stahl und Kohle florierten. Staudtes Vorschlag:

- Sterbehilfe in nicht mehr wettbewerbsfähigen Bereichen darf nicht an engstirniger Kirchturmpolitik und konzernpolitischer Taktik scheitern, sondern muß Kapazität für Innovationen freisetzen; und
- um Zukunftsperpektiven zu entwickeln, bedarf es aufnahmefähiger Adressaten, die in der Lage sind, technische Neuerungen in marktgängige Leistungen umzusetzen. Im Klartext heißt das: Politiker, Gewerkschafter und Unternehmer müssen langfristige Perspektiven entwickeln und durchsetzen.

Jochimsen gab jetzt die Marschrichtung der Landesregierung aus: „Wir wollen nicht gegen den Strukturwandel ansubventionieren, sondern mithelfen, neue zukunftssichere Produkte zu entwickeln." Das allerdings tut Düsseldorf schon – abgesehen von den irgendwo versickernden 5,1 Milliarden Mark des Ruhrprogramms – erfolglos seit Jahren.

Oslos Opposition will über die Nachrüstung wieder zu sich finden

Norwegens Sozialdemokraten verwässern frühere Aussagen zum NATO-Doppelbeschluß

REINER GATERMANN, **Oslo**

Es gehört zur Geschichte der norwegischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, von inneren Spannungen gerüttelt zu werden, die hauptsächlich von außenpolitischen Fragen ausgelöst werden. Sie führten 1961 zum Ausschluß des linken Parteiflügels, der daraufhin die Sozialistische Volkspartei bildete. 1972 gab die unterschiedliche Auffassung zum EG-Beitritt Anlaß zu einer größeren Abwanderung. Auch jetzt drohte der Partei wieder ein aufreibender interner Kampf, ausgelöst durch den NATO-Doppelbeschluß zur Nachrüstung in Mitteleuropa.

Die Parteiführung war jedoch wachsam. Sie erarbeitete ein Papier, das fast allen Auffassungen Rechnung trägt. Sie hofft, daß es auf dem Kongreß im April ohne größeren Widerstand angenommen wird. Die Partei könnte sich dann besser auf die politische Auseinandersetzung mit der konservativen Regierungspartei konzentrieren, und zwar in Fragen, die ihr beim Wähler größere Sympathien verschaffen könnten. Das sind der Arbeitsmarkt und die Wirtschaft.

In dem Bericht über einen „Vorschlag zur gemeinsamen Abrüstungsstrategie der Arbeiterpartei" fordern dessen Verfasser drastische Änderungen in der bisherigen Einstellung der Partei zur Verhandlungstaktik in Genf, wobei sie sich in erster Linie an die USA wenden. Die Parteivorsitzende und frühere Regierungschefin Gro Harlem Brundtland, sagte es in ihrer spontanen Art deutlich. US-Präsident Reagan zeige nicht die Bereitschaft zu einer ausgewogenen Lösung wie sein Vorgänger Carter, in dessen Amtsperiode der Doppelbeschluß 1979 gefaßt wurde.

Auf diese Kritik reagierte die amerikanische Botschaft in Oslo unmittelbar. Vermutlich auf eigene Initiative verteidigte sie Reagan mit einer Gegendarstellung. Sie bewirkte mit diesem diplomatisch ungewöhnlichen Schritt, daß sich die Reihen hinter Harlem Brundtland schlossen, obwohl auch dort nicht alle mit ihrem Angriff auf Reagan einverstanden waren.

Die Arbeiterpartei will während der Genfer INF-Verhandlungen bei beiden Großmächten keinen Stillstand bei der „Erforschung, Erprobung, Produktion und Stationierung neuer Waffen". Eine geeignete Überwachung sei kein Problem. Man plädiert bei der Suche nach einem militärischen Gleichgewicht für eine Berücksichtigung der britischen und französischen Kernwaffen und fordert ein Anknüpfen an die Verhandlungen über eine Begrenzung des strategischen Wettrüstens (START in Genf) und an die Verhandlungen über einen Abbau der Truppen in Europa (MBFR in Wien). Sollte sich in diesem Jahr in Genf kein konkretes Ergebnis abzeichnen, sollte weiter verhandelt werden, ohne daß weitere Mittelstreckenraketen aufgestellt werden.

Norwegen ist in dieser Frage Randstaat. Es ist weder für die Stationierungen von Pershing 2 noch von Marschflugkörpern vorgesehen, darüber hinaus lehnt Norwegen in Friedenszeiten die permanente Anwesenheit fremder Streitkräfte und atomarer Waffen auf seinem Territorium ab.

Aber auch die Sozialdemokraten sehen eine neue Gefahr für Norwegen aufziehen. Ihre stellvertretende Parteivorsitzende Einar Förde sagt: „Am besten wäre für uns eine Null-Lösung, aber was geschieht dann in der Nordsee, im Nordatlantik und auf der sowjetischen Kola-Halbinsel?" Man befürchtet, daß hier dann neue strategische Waffen in Stellung gebracht werden und somit der Druck auf den Norden Europas wächst. Deshalb die geforderte Anknüpfung der START an die INF. Die Sozialdemokraten wollen in ihrer neuen Position auf keinen Fall eine Abtrünnigkeit vom Inhalt des Doppelbeschlusses sehen.

Während der Abrüstungsvorschlag ein Mittel zur Einigung der Partei sein soll, war ein anderes Dokument offenbar zur Beruhigung der NATO-Partner gedacht. Am 3. Februar schickte die Regierung in Oslo ein Fernschreiben an die NATO, in dem es heißt: „Die Mehrheit des außenpolitisches Ausschusses erachtet es als notwendig, daß die Allianz am Doppelbeschluß festhält." Der Raketenbedarf solle anhand des „konkreten Verhandlungsresultates" festgelegt werden. Diese Stellungnahme wurde Mitte Dezember 1982 vereinbart. Gro Harlem Brundtland, Einar Förde und der frühere sozialdemokratische Parlamentspräsident Guttorm Hansen stimmten ihr zu. Als jetzt die Übermittlung nach Brüssel aktuell wurde, verzichteten sie auf Änderungen; als ihre Doppelzüngigkeit offenbar wurde, erklärten sie, zwischen Dezember und Februar sei so viel geschehen, daß das Fernschreiben gar nicht hätte abgeschickt werden sollen.

Barbie drängt sich in den Wahlkampf

Frankreichs Linke will aus dem Fall des Kriegsverbrechers politischen Nutzen ziehen

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Im nicht abreißenden Strom von Reaktionen, den das plötzliche Auftauchen Klaus Barbies mitten im Wahlkampf für die Gemeindewahlen in Frankreich auslöste, ist bisher erstaunlich wenig von der politischen Tangente gesprochen worden, die dem ganzen Fall anhängt. Zwar haben einige regierungsfeindliche Zeitungen schon am ersten Tage von einer „erbärmlichen politischen Ausschlachtung" der Affäre Barbie durch die augenblicklichen Machthaber gesprochen, aber das Thema wurde von den Oppositionsparteien noch nicht aufgegriffen. Schließlich geht es um eine Sache von nationaler Tragweite, um eine Art späte Genugtuung für den Widerstand im Zweiten Weltkrieg, der in Barbie einen der größten Widersacher sieht, und auf den sich sehr nachdrücklich der Gaullismus, etwas weniger freilich der Giscardismus historisch zurückführt. Barbie soll also, von dieser Seite wenigstens bis jetzt, nicht in die tagespolitische Auseinandersetzung hineingezogen werden.

Es ist andererseits nicht zu übersehen, daß die Abschiebung des Kriegsverbrechers von Bolivien nach Frankreich nicht ohne eine gewisse Komplizenschaft zwischen den Regimen in La Paz und Paris möglich war. Regierungskreise in Paris haben keinen Hehl daraus gemacht, daß der Umschwung in La Paz mit der Wahl des Sozialisten Silez Zuazo den Weg zur Ergreifung Barbies freimachte. Das Regime Zuazo wird parallel zum Fall Barbie in diesen Tagen ausgiebig in den Parteiblättern der Sozialisten vorgestellt.

Auf direkte Informationen aus dem Elysée-Palais hin verbreiten Zeitungen, wie es möglich wurde, daß Klaus Barbie in diesem neuen Paradies der Menschenrechte endlich gefaßt werden konnte und welchen Anteil daran führende Sozialisten in Paris hatten. So erfährt man, daß die Minister Claude Cheysson (Außen), Robert Badinter (Justiz) und Charles Hernu (Verteidigung) einen direkten, aktiven Anteil an den Verhandlungen über den Abschiebungsvorgang hatten und daß der Sonderberater des Präsidenten und „Südamerika-Spezialist" Regis Debray während der Haft Barbies zweimal in La Paz weilte, um Einzelheiten des Verfahrens zu regeln.

Der Prozeß Barbies wird noch lange auf sich warten lassen. Während man nichts erfährt über seine eigentlichen Vorbereitungen (Untersuchungsrichter, Verteidiger, Staatsanwaltschaft und Gefängniswärter operieren hinter den hohen Mauern des Montluc-Gefängnisses in Lyon), ist die Rede nur von einer Verlegung aus „Sicherheitsgründen" und um einen Selbstmord zu verhindern, wogt in der Öffentlichkeit die Debatte über Für und Wider des Prozesses leidenschaftlich hin und her.

Ein Fernsehfilm über die „Gespenster der 40er Jahre" zeigt den Marschall Pétain und seine Anhänger, wie sie den Hitlergruß entrichten. „Vichy (die Bäderstadt, in der Pétain residierte und die für alles Böse jener Jahre steht) war im Grunde die Herrschaft der Rechten", erläutert der Kommentator, „jener Rechten, die seit Jahrzehnten auf die Macht hatte warten müssen und sich nun austobte."

Man ahnt, was im Barbie-Prozeß auf Frankreich zukommen wird, und es mangelt nicht an Befürchtungen, das Ende könne schlimmer sein als der Anfang. Mitterrand, der vielleicht seine Hand beim Barbie-Transfer im Spiele hatte, läßt den Sturm erhaben an den Fenstern des Elysée vorbeiziehen. Schlägt die Summe der Erkenntnisse, die der Bürger aus den Enthüllungen zieht, seinen Parteigängern bei den Gemeinderatswahlen am 6. März zu Buche? Schon wird in verschiedenen Sendungen dem Gedächtnis des Bürgers nachgeholfen, indem man daran erinnert, daß Barbie mehrfach in Paris war und nicht verhaftet wurde, unter einem Rechts-Regime natürlich, und daß Edmond Giscard, der Vater des Expräsidenten, ein getreuer Anhänger des Marschalls in Vichy war.

Darauf werden andere antworten, daß der junge Mitterrand vor dem Kriege mit dem Rechtsextremismus flirtete und daß er noch im Vorjahre die Putschgenerale von Algier, Ausbund der Reaktion, überraschend rehabilitierte. Das steht im Widerspruch zu der Ideologisierung des Falles Barbie. Möglich ist daher, daß er – nach dem 6. März – sein Schweigen bricht und die Nation gebieterisch daran erinnert, daß hier allein die Justiz ein Urteil zu fällen hat.

Bonn verbietet Vereine türkischer Extremisten

AP/rtr, **Bonn**

Als ein Signal, daß die Bundesregierung den rechts- und demokratiefeindlichen Extremismus nicht dulden werde, hat das Innenministerium das Verbot des türkischen Ausländervereins „Revolutionäre Linke" und ihrer Unterorganisation „Volksvereine" bezeichnet.

In einer amtlichen Mitteilung hieß es, die Bundesregierung zögere nicht, alle rechtsstaatlichen Mittel einschließlich des Vereinsverbots auszuschöpfen, um eine Gefährdung der inneren Sicherheit abzuwenden. Die gewalttätige Austragung politischer Konflikte auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland könne nicht hingenommen werden.

Die Verbotsverfügung wurde gestern morgen dem Führer der Revolutionären Linken, Murat Aydin, sowie den Bevollmächtigten der „Volksvereine" (Halk Der) in Köln, Solingen und Hamburg zugestellt. Gleichzeitig wurden in einer koordinierten Aktion in Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein verdächtige Wohnungen durchsucht und das Vereinsvermögen beschlagnahmt.

Aydin und neun weitere Anhänger der „Revolutionären Linken" befinden sich in Köln in Untersuchungshaft wegen Beteiligung an der Besetzung des türkischen Generalkonsulats am 3. und 4. November vergangenen Jahres, bei der Konsulatsangehörige und Besucher mit Waffengewalt als Geiseln genommen worden waren.

Die Organisation, so das Innenministerium, gefährde durch ihre politische Betätigung die innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung sowie „sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland". In Bonn wird darauf verwiesen, daß sich die Agitation türkischer Extremisten zunehmend gegen die NATO-Partnerschaft der Bundesrepublik und der Türkei, gegen die deutsche Militär- und Wirtschaftshilfe an Ankara sowie gegen Ausländerrecht und Ausländerpolitik richte.

USA drohen Rumänien

dpa/DW. **Washington**

Zwischen den Vereinigten Staaten und Rumänien verschlechtert sich das Klima: Die USA wollen Rumänien die sogenannte Meistbegünstigungsklausel im Handel entziehen, wenn die Regierung in Bukarest eine Anordnung vom Oktober verwirklicht, daß Ausreisewillige ihre Ausbildungskosten zurückzahlen müssen.

Der stellvertretende Sprecher des US-Außenministeriums, Alan Romberg, sagte in Washington, es gebe Berichte der US-Botschaft und von Einzelpersonen, daß Ausbildungskosten bereits zurückgefordert worden seien. Eine Bestätigung durch die rumänische Regierung liege aber noch nicht vor.

Aufgrund der „Meistbegünstigungsklausel" werden Rumänien im Handel Zolltarife eingeräumt, die sonst nur mit den USA befreundete Staaten haben. Von den kommunistischen Staaten wird die Klausel zur Zeit auch Ungarn, Jugoslawien und der Volksrepublik China gewährt.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Rangun betreibt Politik mit Blick nach Peking

Von R. ALEXANDER

Wenn unsere Parlamentarier zu Besuch kommen, habe ich oft Mühe zu erklären, daß Birma zwar sozialistisch, aber neutral ist und seit einer Generation Krieg gegen die Kommunisten führt", klagt ein westlicher Botschafter in Rangun.

Zwanzig Jahre selbstauferlegter Isolierung haben bewirkt, daß dieses größte und potentiell sehr reiche Land auf dem südostasiatischen Festland (zweieinhalbmal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland) im Bewußtsein europäischer Politiker oft nur vage Konturen hat.

Der „birmanische Weg zum Sozialismus", Staatswirtschaft und ein Einparteiensystem, hat dazu beigetragen, daß Birma häufig als extrem links eingeordnet wird.

Doch gleichzeitig ist Birma in dem Maße „blockfrei", daß es die Vereinigung blockfreier Staaten verließ, die ihm unter dem Einfluß Kubas und Vietnams nicht mehr astrein erschien.

Die prochinesische Birmanische Kommunistische Partei (BKP) kämpft gegen Birmas sozialistisches Regime ebenso hartnäckig wie gegen dessen bürgerliche Vorgänger. Birmas starker Mann, General Ne Win, ergriff 1962 mit der Armee nicht zuletzt deswegen die Macht, weil er glaubte, die schwache parlamentarische Regierung könnte den Sieg der Kommunisten nicht verhindern.

BIRMA

Es gilt als Ne Wins Verdienst, daß er im Kampf gegen Kommunisten und acht verschiedene aufständische Stammesgruppen Birma zusammengehalten hat – ein Krieg allerdings, der ohne Ende zu sein scheint.

Diplomaten in Rangun glauben, daß die Rebellen flächenmäßig die Hälfte des Landes und ein Drittel der 35-Millionen-Bevölkerung kontrollieren. Ausgedehnte Gebiete entlang der 1500 Kilometer langen Grenze mit China sind fest in der Hand der Guerrillas der BKP, die oft besser bewaffnet sind als die reguläre birmanische Armee.

Es ist ein Krieg unter Ausschluß der Weltöffentlichkeit, über den auch von Rangun offiziell kaum berichtet wird. Nur gelegentlich hört man aus dritter Hand über Verwundeten-Transporte, oder es berichten Reisende über verminte Eisenbahnstrekken und Terroranschläge. Man schätzt, daß die 160 000 Mann starken Streitkräfte etwa hundert pro Monat verlieren – hohe Verluste für eine kleine Armee.

Pekings Beziehungen zu Rangun und zu den birmanischen Kommunisten sind zuweilen bizarr. Seit China eine pragmatischere Politik verfolgt und um Freunde in Asien wirbt, hat es auch seine zuvor erhebliche Unterstützung für die BKP eingeschränkt.

Peking regte sogar Waffenstillstandsverhandlungen zwischen BKP und Rangun an, die jedoch scheiterten: Die Kommunisten wollten ihre Armee und die Kontrolle über „befreite Gebiete" behalten; Rangun forderte eine Kapitulation.

„China treibt Politik mit Zukkerbrot und Peitsche", kommentiert ein asiatischer Diplomat in Rangun: „Wenn es Druck auf Birma ausüben will, dreht es den Hahn für die BKP wieder etwas mehr auf."

Mit einem so mächtigen Nachbarn im Nacken wird in Rangun Politik „stets mit dem Blick über die Schulter nach Peking" gemacht. Als Deng Xiao-ping zu Besuch kam, wurde er mit großem Aufgebot als Freund, und die Chinesen wurden als „unsere Vettern" begrüßt.

Trotzdem bleibt Rangun im Tauziehen zwischen Peking und Moskau und Peking und Vietnam neutral. Wenn abgestimmt wird, ob der prochinesische oder provietnamesische Vertreter Kambodschas einen UNO-Sitz bekommen soll, begnügt sich Ranguns Vertreter nicht mit Enthaltung – er verläßt den Saal.

Annäherungsversuchen Moskaus ist Rangun stets mit großer Skepsis begegnet. Stipendiaten aus osteuropäischen Ländern wurden zurückgeholt, als der Verdacht politischer Beeinflussung aufkam. Im übrigen kündigte General Ne Win kurz nach Amtsantritt fast die gesamte Auslandshilfe aus Ost und West. Eine Ausnahme war die Hilfe der Bundesrepublik.

Doch seit zwei Jahren öffnet Birma die Tür wieder ein wenig für internationale Zusammenarbeit. Es nimmt die Hilfe vornehmlich von der Weltbank, von westlichen Ländern und Japan an. Die USA lieferten unter anderem 27 Hubschrauber für Birmas Armee. Anscheinend befürworten gewisse Regimekreise eine Kurskorrektur. Denn offensichtlich ist nicht mehr zu übersehen, daß Isolierung und der „birmanische Weg zum Sozialismus" die Wirtschaft in eine Sackgasse geführt haben.

Aber nur wenige erwarten eine grundsätzliche Änderung, solange Ne Win lebt, der westlichen Einfluß für verderblich und den Kapitalismus für ein Grundübel hält. Obwohl der 71jährige sich vor einem Jahr vom Präsidentenamt und aus der Öffentlichkeit zurückzog, bleibt er Parteichef und starker Mann des Regimes.

Manche glauben, daß Ne Wins Nachfolger pragmatischer sein werden. Andere zweifeln daran. Als Ne Wins rechte Hand und möglicher Nachfolger profilierte sich in letzter Zeit der ehemalige Geheimdienstchef, General Tin Oo. Er hat sein Handwerk in der „DDR" und beim amerikanischen Geheimdienst CIA gelernt.

Der Zorn über vergangene Kriege setzte pazifistische Ideen frei

Vor 50 Jahren beschloß die Oxford Union, nicht mehr für das Vaterland zu kämpfen

FRITZ WIRTH, London

Der Rahmen war stilvoll: Der Gastgeber trug Frack. Das Thema war provokativ: „Dieses Haus ist unter keinen Umständen bereit, für Königin und Vaterland zu kämpfen." Der Anlaß: Er hätte von heißer Aktualität sein können, doch es war nichts als schiere Nostalgie und Erinnerung an Zeiten, als Oxford-Studenten noch in der Lage waren, das Establishment von den Sitzen zu heben.



Vor 50 Jahren bekannte sich Lord Beloff zu dem Beschluß der Oxford Union, nicht mehr für König und Vaterland kämpfen zu wollen. Inzwischen hat sich Beloff, Gründungsrektor der ersten britischen unabhängigen Universität, eher zu einer militanten Selbstverteidigung durchgerungen. FOTO: DPA

Die „Oxford Union" hatte zum „Remake" eines großen historischen Debattier-Spektakels gebeten. Denn auf den Tag genau vor fünfzig Jahren versammelten sich im holzgetäfelten Debattierclub dieser Union 428 Studenten, um am Ende einer schockierten Öffentlichkeit mitzuteilen, daß sie unter keinen Umständen bereit seien, ihren König und ihr Land mit der Waffe zu verteidigen.

Sechseinhalb Jahre später taten die meisten dieser Studenten genau das, was sie in Oxford so entschieden abgelehnt hatten, sie zogen in den Krieg. Sie hatten gelernt, mit der Wirklichkeit und der Bedrohung durch eine Diktatur zu leben. Dennoch ist diese Debatte des 9. Februar 1933 ein historisches, wenn auch oft fehlgedeutetes Ereignis geblieben. Denn diese „Verschwörung zum Pazifismus" ereignete sich genau zehn Tage nach der Machtergreifung Hitlers.

Eine Reihe von Historikern behauptete später, daß diese Weigerung der Oxford-Studenten vom 9. Februar 1933, für König und Vaterland zu kämpfen, für Hitler das Signal gewesen sei, daß aus Britannien mit keinem großen Widerstand gegen seine Eroberungspolitik zu rechnen sei. Einige Historiker irrten noch schlimmer, sie vermuteten in Oxford die Wiege des britischen „Appeasements". In Oxford habe die erste bedeutende Kapitulation vor Hitler stattgefunden.

Die Wahrheit aber ist, daß diese Debatte – so skandalös sie damals auch erschien – keinerlei Wirkung auf die neuen Machthaber in Berlin gehabt hat. Der Oxford-Historiker A. J. P. Taylor stellt fest: „Es gibt bis heute keinen dokumentarischen Beweis dafür, daß irgendeine ausländische Regierung diese Debatte zur Kenntnis nahm oder aus ihr den Schluß zog, daß man mit Großbritannien in der Welt nicht mehr zu rechnen brauche."

Wahrheit ist außerdem, daß diese Studenten nicht so sehr mit dem Blick in die Zukunft diskutierten. Vielmehr war diese Debatte eher eine Abrechnung mit der Vergangenheit und mit den Erfahrungen des letzten Krieges. Die Frage ist, warum es erst 15 Jahre nach diesem Krieg geschah. Die Zeit war zuvor einfach noch nicht reif für eine derartige rigorose Abrechnung mit diesem Ersten Weltkrieg. Tatsächlich hatte im Jahre 1927 die „Cambridge Union" genau den gleichen provozierenden Antrag debattiert, doch niemand nahm davon Kenntnis.

Den Wandel hatte nicht zuletzt eine Reihe von Büchern herbeigeführt, die zwischen 1928 und 1930 in England erschienen und einen besonders tiefen Eindruck auf die britische Jugend machte, beispielsweise Richard Aldingtons „Death of a Hero", Robert Grave's „Good-Bye to All That" und Erich Maria Remarques „Im Westen nichts Neues". Bücher also, die eines gemeinsam hatten: die Ent-Heroisierung des vergangenen Krieges.

Es waren dieser rückwärts gerichtete Zorn einer desillusionierten Jugend, das Aufkeimen eines neuen Pazifismus und der tiefe Ekel gegenüber allem Kriegswerkzeug und seinen Fabrikanten (gängiger Spottvers der frühen dreißiger Jahre: „Unseren täglichen kleinen Krieg gib uns heute"), die das Klima jener Jahre und das Denken der jungen Generation beherrschten.

Für wen sprachen die Studenten, und wer ist die „Oxford Union"? Sie ist mit Sicherheit nicht repräsentativ für die gesamte Studentenschaft Oxfords. Die Union stammt aus dem Jahre 1825 und ist ein Debattierclub, der seine gesamte Prozedur den Regeln des Unterhauses angeglichen hat.

Er war in den gut 150 Jahren seines Bestehens vor allem ein Hort britischer Exzentrik und zuweilen brillanter Rhetorik. Wenn es mit den Argumenten hapert, nehmen manche der Teilnehmer Zuflucht zu billigen Tricks. So ließ sich der Dramaturg Kenneth Tynan im Jahre 1964 zu einer Debatte zum Thema „Ich möchte lieber ein Müllkutscher sein als ein Don" in einer Müllkarre in den Debattierclub fahren.

Das hat nicht verhindern können, daß die „Oxford Union" bis auf den heutigen Tag als „Wiege zur Macht" überschätzt wird. Zahlreiche Briten sind bis heute davon überzeugt, daß der Weg ins Unterhaus, auf einen Ministersessel oder gar nach Downing Street 10 am erfolgversprechendsten in der „Oxford Union" beginnt. Tatsächlich haben sich zahlreiche einflußreiche Politiker als erstes in der „Oxford Union" profiliert, und das höchste Ziel eines Oxford Studenten ist nach wie vor, es zum Präsidenten der „Oxford Union" zu bringen. Die Liste ehemaliger Präsidenten der „Oxford Union" ist in der Tat eindrucksvoll: Gladstone, Harold Macmillan und Edward Heath machten sich in dieser Rolle ebenso einen Namen wie Lord Hailsham, Tony Benn und der ehemalige Labour-Außenminister Anthony Crosland.

Dennoch ist es nicht zwangsläufig ein Reservat des Establishments. Philip Toynbee war der erste kommunistische Präsident dieser „Oxford Union", und in den sechziger Jahren vermochte sogar der selbsternannte „Revolutionär" aus Pakistan, Tariq Ali, dieses Amt zu erobern.

Unverändert blieb über alle Zeitläufe hinweg der Hang zur Provokation und zur Publicity. Unter diesem Zeichen stand denn auch das „Remake" dieser Debatte am Mittwochabend. Man hatte eine Friedenskämpferin vom amerikanischen Raketenstützpunkt in Greenham Common, den Spätrevolutionär Tariq Ali und den 80jährigen Lord Soper eingeladen, um den Briten, neun Monate nach dem Falkland-Krieg, zu suggerieren, daß es immer noch nicht wert sei, für Königin und Vaterland zu kämpfen.

Die Gegenseite wurde angeführt vom Gründungsrektor der ersten britischen unabhängigen Universität, Lord Beloff. Bei der Debatte vor 50 Jahren focht Beloff noch auf der „Ohne mich"-Seite. Beloff zu seiner „Bekehrung" zur notfalls militanten Selbstverteidigung: „Diese Bekehrung fand nicht in jüngster Zeit statt, sondern schon wenige Jahre nach der damaligen Debatte. Ich bin sicher: Bereits im Jahre 1935 wäre dieser Ausgang der Debatte nicht mehr denkbar gewesen. Und heute? Heute zu behaupten, daß dieses Land nicht bereit sei, sich notfalls selbst zu verteidigen, wäre ein Affront gegen die Wirklichkeit."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel 0228/30 41, Telex 8 85 714

Kampfloser Untergang 1933

„Wir hatten stillschweigend kapituliert"; WELT vom 27. Januar

Der kampflose Untergang der sozialdemokratischen Gewerkschaften während der NS-Machtübernahme 1933 ist aus heutiger Sicht ein Lehrbeispiel dafür, wie sich eine demokratische Arbeiterbewegung nicht verhalten darf, wenn sie von einer Diktatur herausgefordert wird, gleichgültig, ob die Tyrannen sich auf Marx/Lenin oder „Rasse" berufen. Es gibt etwas in solch einem Ringen, was über der bloßen Existenz steht, nämlich das elementare menschliche Gefühl für Selbstachtung, Würde, Stolz. Früher nannte man das Selbstwertgefühl „die Ehre".

In der trügerischen Hoffnung, die bloße Organisation der Einheitsgewerkschaft erhalten zu können, hatten gleich nach dem 30. Januar 1933 die mit der Sozialdemokratie verbündeten Gewerkschaftsführer ihren Frieden mit den neuen Herren gemacht. Schon am 21. März 1933 leitete Gewerkschaftsvorsitzender Theodor Leipart einen am Vortag gefaßten Beschluß des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Hitler zu, der einer Loyalitätsversicherung gleichkam. Die Kernthese dieses Angebots einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten lautete, daß die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften erfüllt werden müßten, „gleichviel welcher Art das Staatsregime ist".

Am 5. April 1933 fand eine Konferenz statt: Gewerkschaftsführer und Sozialdemokraten, darunter Leipart und Wilhelm Leuschner (letzterer am 29. 9. 1944 hingerichtet), an einem Tisch mit Funktionären der Nationalsozialistischen Betriebs-Organisationen (NSBO). Am gleichen Tag beschloß der AFGB-Bundesausschuß, den Weg der Kooperation und Loyalität unbeirrt fortzusetzen. Am 19. April erfolgte ein vom ADGB-Bundesvorstand gebilligter Aufruf an die größtenteils sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder, sich an den Maifeiern der Nationalsozialisten zu beteiligen.

Am ADGB-Organ „Gewerkschaftszeitung" vom 22. April rühmte Franz Josef Furtwängler die „Reichseinheit nach dreihundert Jahren" als eine Errungenschaft auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt. Einen Tag vor den Feiern begrüßte Walter Pahl den 1. Mai als „Tag des Sieges". Die deutsche Arbeiterschaft erwarte, so Pahl in der Gewerkschaftszeitung vom 29. April 1933, daß die neue Regierung an diesem Tage einen Nationalisierungsplan der deutschen Gesamtwirtschaft verkünde. Die „sozialistische Tat" der Nationalsozialisten werden auch die noch mißtrauisch Abseitsstehenden überzeugen. Loyalitätsbekundungen wie diese nützen nichts. Am 2. Mai besetzte die SA die Gewerkschaftshäuser, die Spitzenfunktionäre sahen sich im Gefängnis oder KZ wieder.

Wolfgang Strauss, Furth i. Wald

Protest erhoben

„Er widerstand – deshalb wurde er gequält"; WELT vom 15. Januar

Diese Veröffentlichung befaßt sich mit dem Mißbrauch psychiatrischer Methoden zu politischen Zwecken in der UdSSR. Der Verfasser schreibt auch, die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde unterstütze nicht den Protest gegen diese Maßnahmen, nehme sich bei ihren Kongressen nur zögernd dieses Themas an, und sie habe sich nicht zu einer Stellungnahme durchgerungen.

Diese Ansichten sind nicht richtig. Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde (DGPN) hat bereits 1972 eine erste Stellungnahme gegen den Mißbrauch der Psychiatrie abgegeben und 1982 zwei Resolutionen verabschiedet. Bei der letzten Tagung der Gesellschaft haben ausländische und inländische Redner zu diesem Thema gesprochen, über das mehrere Stunden lang diskutiert wurde. Vor mehreren Jahren schon hat eine von der DGPN eingesetzte Kommission mehrere Personen, die wegen derartiger Maßnahmen bekanntgeworden ware[n] untersucht. In ständiger Zusa[m]menarbeit mit Amnesty Internati[o]nal hat die DGPN versucht, wei[te]ren derartigen Schicksalen nachz[u]gehen. Schließlich hat die DGP[N] am 2. November 1982 eine ausfü[hr]liche Dokumentation der Me[n]schenrechtskommission der UN und dem Auswärtigen Amt d[er] Bundesrepublik überreicht.

Im Hinblick auf das Unrecht, d[as] psychisch Kranken gerade in uns[e]rem Lande während der nation[al]sozialistischen Zeit geschah, fü[h]len sich die deutschen Psychiat[er] besonders verpflichtet, vor jeg[li]chem Mißbrauch der Psychiat[rie] zu warnen.

Prof. Dr. med. R. Tö[l]
Vizepräsident der DGP[N]
Münster/Westfal[en]

Fehleinschätzung

Sehr verehrter Herr Kremp,

die WELT befaßte sich aus ge[ge]benem Anlaß intensiv mit den [Er]eignissen um den 30. Januar 19[33], der Zeit davor, mit den Dingen, d[ie] den Aufstieg Hitlers erst ermö[g]lichten, und mit der Reaktion d[er] Parteien, Gruppierungen, Kirche[n,] Gewerkschaften etc. auf diese T[at]sache.

Alle kriegen unter dem Ti[tel] „Mitschuld" hierbei ihr Fett v[on] Ihnen mit – doch die entscheide[n]de Schuld der Konservativ[en] kommt bei Ihnen nicht vor. Dab[ei] waren es doch erst von Papen, H[u]genberg u. a., durch die Hitler qu[a]si hoffähig gemacht wurde. Die [so]genannte „Harzburger Front" [si]gnalisierte dem Reichspräsident[en] das Einverständnis der Deutschn[a]tionalen mit den Nationalsozi[ali]sten.

Das einzugestehen, verehrt[er] Herr Dr. Kremp, verbietet Ihn[en] wohl Ihr national-konservativ[er] Sinn. Deshalb wird dieser Bri[ef] wie alle nicht der WELT gene[h]men, auch nicht als Leserbr[ief] erscheinen.

Mit freundlichem Gr[uß]
Dr. Wilhelm Baum[...]
Hambur[g]

Zeichen der Wend[e]

Sehr geehrte Herren,

ich nehme Bezug auf den Ko[m]mentar „Hand am Puls" von [...] Hertz-Eichenrode (WELT vom [...] Februar) und andere Stellungn[ah]men. Wer die wirtschaftlichen I[...]ten der letzten Zeit verfolgt, ka[nn] sicher eine Menge herauslesen.

Ich vermute jedoch, daß die vi[...] Theorie und das Jonglieren [mit] Prozenten für die meisten Le[ser] bzw. Wähler ein Buch mit sieb[en] Siegeln bleibt. Es ist ja auch ei[ne] Erfahrung jedes alten Frontsol[da]ten, daß eine „Lage" vorne oft g[anz] anders aussieht als hinten bei d[en] Stäben.

Hier eine Kurzmitteilung aus d[er] Praxis: Ich bin seit Jahrzehnt[en] selbständiger Handelsvertre[ter] und der Bauwirtschaft. Mein Au[f]tragseingang im Januar 1983 b[e]trug gut das 3fache (in Worten: d[as] „Dreifache") vom Januar 1982. D[er] Aufschwung ist unverkennb[ar] und wenn es am Bau aufwärtsge[ht,] dann folgen bekanntlich die and[e]ren Branchen in einiger Zeit na[ch] (umgekehrt übrigens genauso). A[l]so bitte etwas Optimismus!

Ein Rückfall in SPD-Utopien a[m] 6. März wäre verheerend und wü[r]de bei vielen mittelständische[n] Unternehmen eine Talfahrt eink[lei]ten, die kaum noch zu bremse[n] wäre.

Mit freundlichen Grüß[en]
H. D. Peter[...]
Hamburg [...]

Wort des Tages

„Wo keine Gerechtigkeit ist, ist keine Freiheit, und wo keine Freiheit ist, ist keine Gerechtigkeit."

Johann Gottfried Seume, dt. Schriftsteller (1763–1810)

Die Redaktion behält sich das Rec[ht] vor, Leserbriefe sinnentsprechend [zu] kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, dest[o] größer ist die Möglichkeit der Verö[f]fentlichung.

Personalien

WAHL

Die Mitglieder des Direktoriums des „Zentralrats der Juden in Deutschland" wählten **Werner Nachmann** (Karlsruhe) zum achtenmal nacheinander zu ihrem Vorsitzenden. Seine Stellvertreter sind **Hans Rosenthal** (Berlin) und **Max Willner** (Offenbach).

GEBURTSTAG

Seinen 80. Geburtstag feierte gestern der Unternehmer **Hermann Georg Müller** in seinem Heimatort Gönnern in Hessen. Der Bauunternehmer hatte sich in den vergangenen Jahren an zahlreichen Großbauwerken beteiligt. Dazu gehören der Ausbau des Rhein-Main-Flughafens in Frankfurt und die Sauerlandlinie der Bundesautobahn.

EHRUNG

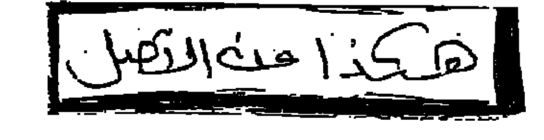
Alois Rummel, Chefredakteur der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur – Christ und Welt" erhielt die päpstliche Auszeichnung „Ritter des Gregoriusordens". Die Auszeichnung nahm der Kölner Generalvikar **Norbert Feldhoff** vor.

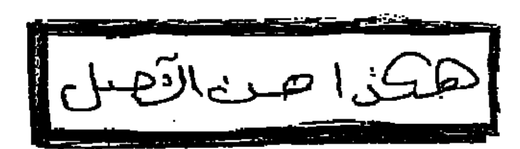
UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Günter Schäfer**, seit 1974 Professor für Graphik und Malerei an der Universität Marburg, wurde für die Dauer von zwei Jahren zum Vizepräsidenten der Universität Marburg gewählt. Professor Schäfer war bereits 1978/79 Dekan des Fachbereichs Neuere Geschichte und Kunstwissenschaften gewesen.

RUHESTAND

Der langjährige theologische Referent in der Westberliner Kanzlei der Evangelischen Kirche der Union (EKU), Oberkirchenrat **Alfred Burgsmüller** (68), wird am Monatsende in den Ruhestand treten. Burgsmüller stammt aus Oberhausen. Von 1952 bis 1960 war er Gemeindepfarrer in der Evangelischen Erlöserkirchengemeinde Essen-Altstadt und danach bis 1971 Leiter des Predigerseminars der Rheinischen Landeskirche in Essen. In Berlin hat sich unter der aktiven Mitwirkung von Burgsmüller die EKU in den letzten zwölf Jahren verstärkt der theologischen Arbeit gewidmet.





Jetzt gibt's neue Sessel in der Lufthansa Business Class. Lesen Sie, was sich dafür und dagegen sagen läßt:

Dafür:

Die neuen Sessel sind so schön breit, daß man es sich so richtig gemütlich machen kann.

Wenn die Lufthansa neue Sessel bei Recaro entwickeln läßt, weiß man, daß man besser sitzt.

2 oder 3 breite Sessel nebeneinander sind nun einmal bequemer als 4 schmale Sitze nebeneinander.

Besonders angenehm sind sie auch deshalb, weil die Rückenlehne weiter nach hinten reicht.

Sehr erfreulich ist der überdurchschnittlich große Sitzabstand – 94 cm, um es genau zu sagen.

Die Stoffbezüge sind nicht nur hübsch, sondern auch ausgesprochen sitzfreundlich. Deshalb fühlt man sich gerade auf langen Strecken darin besonders wohl.

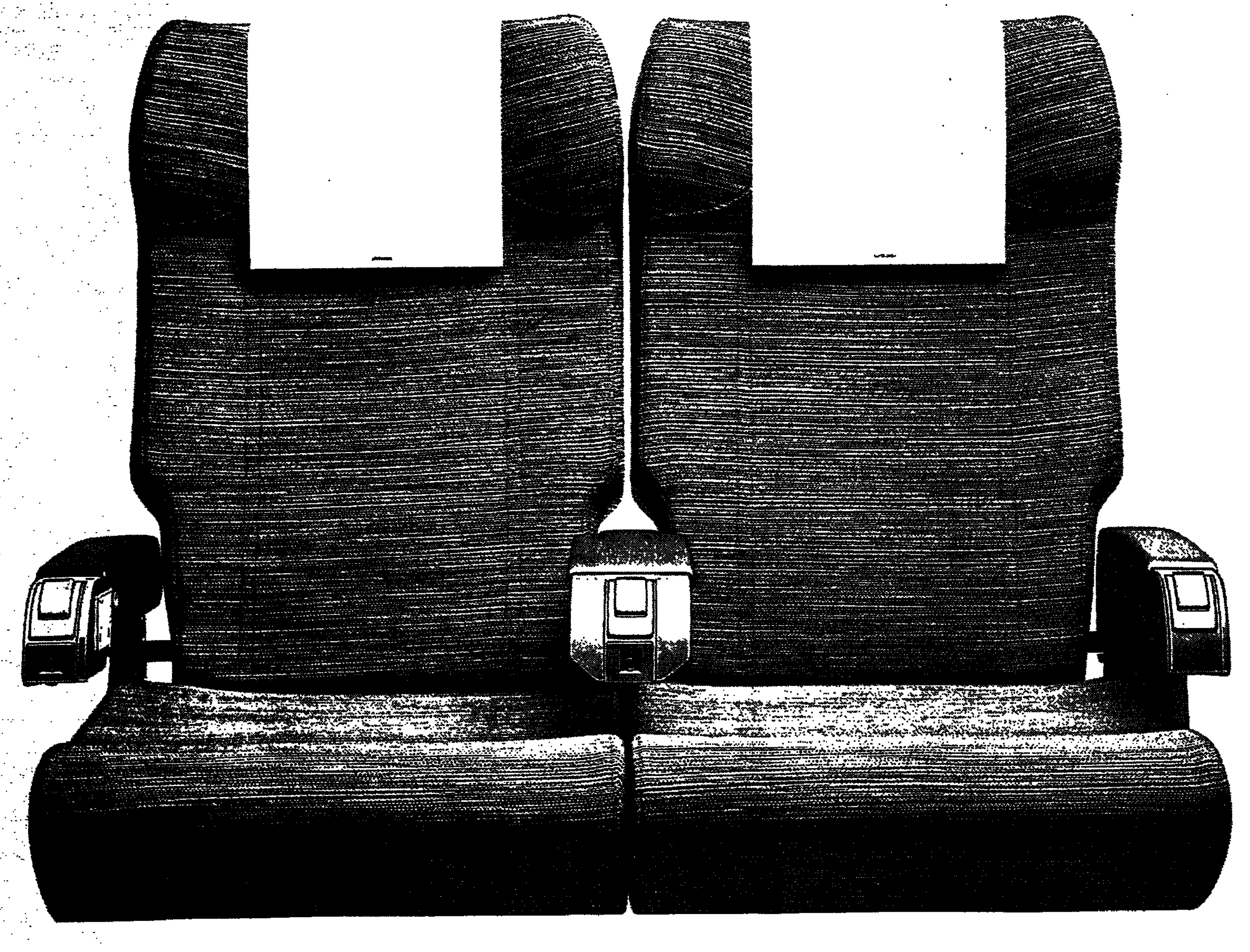
Daß diese Sessel auch noch in einer separaten Business-Class-Kabine zu Hause sind, ist ja wohl das Tüpfelchen auf dem i, oder?

Zu solch luxuriösen Sesseln passen die neuen Kopfhörer und all die anderen Serviceverbesserungen für Geschäftsreisende ausgesprochen gut.

Am meisten gefällt, daß man in diesen Fauteuils direkt zu 41 Zielen auf 4 Kontinenten fliegen kann.

Dagegen:

Komfortable Sessel sind nur dann gut, wenn sie nicht das einzige Argument für eine Fluggesellschaft sind.





Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reise- oder Frachtbüro mit Lufthansa-Agentur.

Will Moskau die Afghanen jetzt aushungern?

dpa, Bonn

Die sowjetische Kriegsführung in Afghanistan zielt offenbar zunehmend darauf ab, die Bevölkerung des Landes auszuhungern. Gestern berichtete eine Gruppe von fünf Kommandeuren afghanischer Mudjahedin-Freiheitskämpfer in Bonn, daß rund 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Afghanistans durch den Einsatz sowjetischer Waffen unbrauchbar gemacht worden seien. Deshalb stehe für die afghanischen Freiheitskämpfer die Hilfe gegen den Hunger jetzt im Vordergrund.

Die Widerstandskämpfer berichteten auch über den Einsatz chemischer Waffen durch die Rote Armee. „Nach einem lauten Knall in der Luft spürt man Nässe auf der Haut und wird dann bewußtlos", sagte der Kommandant Ghafur Yusufzai.

Die Gruppe, die zuvor in Washington von US-Präsident Ronald Reagan und in London von Premierministerin Margaret Thatcher empfangen worden war, sprach in Bonn mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger und dem außenpolitischen Experten der SPD-Fraktion, Peter Männing.

Preiserhöhungen in der Sowjetunion

AP, Moskau

Ohne offizielle Unterrichtung der Bevölkerung haben die sowjetischen Behörden in den vergangenen Tagen die Preise für zahlreiche Lebensmittel und Dinge des täglichen Bedarfs zum Teil drastisch erhöht.

Wie von sowjetischen Bürgern zu erfahren war, sind von den Preissteigerungen unter anderem alkoholfreie Getränke, einige Fleischsorten, Toilettenpapier, Nähgarn und Ersatzteile für Haushaltsgeräte betroffen.

Bereits im vergangenen Jahr waren in Moskau Gerüchte im Umlauf, wonach die Regierung in Kürze viele Nahrungsmittel, Bekleidung und andere Konsumgüter verteuern werde, um die Preise den Herstellungskosten anzugleichen. In der UdSSR werden zahlreiche Grundnahrungsmittel und Konsumgüter staatlich subventioniert und ihre Preise dadurch niedrig gehalten.

Die letzte größere Erhöhung war im September 1981 bekanntgegeben worden, als die Preise für Benzin verdoppelt und für alkoholische Getränke und Tabak um 17 bis 33 Prozent angehoben wurden.

Bush: Entschlossenheit führt zu Abrüstung

US-Vizepräsident beendet Europa-Reise in London

rtr, London

US-Vizepräsident George Bush sieht nach eigenen Angaben nur Möglichkeiten zur Verringerung der Spannungen der nuklearen Rüstung in Europa, wenn der Westen einig und entschlossen zum Doppelbeschluß der NATO steht. Bush *traf gestern in London, der letzten* Station seiner Europa-Reise, ein.

Noch bevor er für eine Stunde mit dem britischen Außenminister Pym konferierte, sagte Bush, die NATO habe eine Verpflichtung gegenüber künftigen Generationen, den Frieden zu bewahren. Sie sehe sich einer „beispiellosen und ungerechtfertigten" sowjetischen Aufrüstung gegenüber. „Wenn es uns gelingt, weiterhin Schulter an Schulter zu stehen, wenn wir unerschütterlich bleiben in dieser Entschlossenheit, kann es uns gelingen, die nukleare Spannung wie die nukleare Rüstung in Europa zu reduzieren."

Am Tag seiner Ankunft wurde in Großbritannien das Ergebnis einer Umfrage veröffentlicht, derzufolge die Mehrheit der Briten zwar gegen einseitige Abrüstung ist, zugleich aber *die im Doppelbeschluß* vorgesehene Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen ablehnt. Premierministerin Margaret Thatcher hat sich dagegen voll hinter den Doppelbeschluß gestellt.

Aus diplomatischen Kreisen war vorher verlautet, Pym wolle auf amerikanische Flexibilität bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen drängen. Bush betonte bei seiner Ankunft in London, die USA wünschten einen Rüstungsabbau und seien bereit, jeden konstruktiven sowjetischen Vorschlag zu prüfen.

Nach der Unterredung mit Pym und vor seiner Begegnung mit Premierministerin Thatcher traf er gestern auch mit Oppositionsführer Foot zusammen. Dieser hat angekündigt, bei einem Wahlsieg seiner Labour Party werde er die Kernwaffen aus dem Land verbannen und amerikanische Stützpunkte schließen. Die ab Jahresende vorgesehene Stationierung von Cruise Missiles wird vermutlich ein zentrales Thema der Wahlen sein, mit denen noch für dieses Jahr gerechnet wird.

Nord-Süd-Initiative

Brandt-Kommission fordert Erhöhung der Hilfe des IWF

HEINZ HECK, Bonn

Die „Nord-Süd-Kommission" hat den Internationalen Währungsfonds (IWF) zu einer „merklichen Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten mit besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsländer" und einer „Quotenerhöhung um mindestens 100 Prozent" aufgefordert.

Das ist der Kern eines Sofortprogramms, mit dem die Kommission der Verelendung in der Dritten Welt und dem von ihr gefürchteten Zusammenbruch der Weltwirtschaft vorbeugen will. Dem Internationalen Währungsfonds, dessen Interimsausschuß heute eine Tagung in Washington beginnt, wurde außerdem die erhöhte Kreditaufnahme bei Zentralbanken und auf dem Kapitalmarkt empfohlen.

Das Sofortprogramm wurde gestern in Bonn vom Kommissionsvorsitzenden Willy Brandt sowie dem früheren britischen Premierminister Edward Heath und dem Mitarbeiter im Sekretariat des Commonwealth, Shridath Ramphal, vorgelegt. Es sollte nach Ansicht der „Nord-Süd-Kommission" gemeinsam von den Regierungen der Industrie- und Entwicklungsländer und den internationalen Organisationen in die Tat umgesetzt werden.

Nach Meinung Brandts ist seit der Vorlage des ersten Kommissionsberichts 1980 die wechselseitige Abhängigkeit von Industrie- und Entwicklungsländern im öffentlichen Bewußtsein zwar klarer geworden, die Gefahren, die sich aus einer Abschottung der Märkte ergäben, hätten dagegen eher noch zugenommen.

Edward Heath erinnerte daran, daß zahlreiche Entwicklungsländer, darunter auch Ölexportländer, ihre Importe in den vergangenen Jahren erheblich hätten drosseln müssen. Mit einer Verschärfung dieser Importbeschränkungen sei zu rechnen, wenn die Weltliquidität nicht spürbar erhöht werde. Sie sei 1982 um rund 200 Milliarden Dollar zurückgegangen.

Ein wesentliches Problem der Entwicklungsländer sieht Heath darin, daß diese in internationalen Organisationen wie dem Währungsfonds nicht ausreichend repräsentiert seien.

Genscher: Gefahr des Abdriftens in den Neutralismus

● Fortsetzung von Seite 1

könnte die Bundesrepublik mit der Supermacht Sowjetunion nicht gleichberechtigt verhandeln." Ein deutscher Neutralismus würde – weit davon entfernt, die Spannungen in Europa zu vermindern – im Gegenteil die Konfrontation in Europa erhöhen.

„Unsere Nachbarn wissen dies sehr wohl, und dies erklärt die Besorgnis, mit der sie auf vermeintliche und auch wirkliche neutralistische und auch antiamerikanische Tendenzen in unserem Land blikken. Die Rede, die der französische Staatspräsident Mitterrand am 20. Januar im Deutschen Bundestag hielt, muß auch vor diesem Hintergrund gesehen werden", meinte der Bundesaußenminister.

In den gleichen Zusammenhang stellte Genscher die strategische Absicht der Sowjetunion, mit Hilfe ihrer allein Westeuropa bedrohenden Mittelstreckenraketen die Europäer von den Amerikanern abzukoppeln. „*Die SS 20 kann damit* zu einem Instrument der Spaltung des Bündnisses werden."

Der FDP-Chef begründete noch einmal die von den USA in Genf vorgeschlagene beiderseitige Null-Lösung und fügte hinzu: „Ist die Sowjetunion bis Ende 1983 nicht bereit, dieser Lösung zuzustimmen, beginnt bei uns und in den anderen Stationierungsländern die Nachrüstung, wie 1979 beschlossen."

Genscher machte jedoch klar, daß der Westen in Genf keine Position des Alles oder Nichts vertrete.

Mit Nachdruck wies der Außenminister darauf hin, daß die „DDR" zunehmend „eine Art Alleinvertretungsanspruch auf die besseren Epochen der deutschen Geschichte" erhebe. Darüber sollte man in der Bundesrepublik Deutschland nicht kleinmütig besorgt sein, sondern statt dessen das Interesse an deutscher Geschichte *auch bei uns stärken.*

Gesagt

„Amerikanische Soldaten stehen auch deshalb bei uns, *damit* es hier freie Gewerkschaften geben kann, und sowjetische Divisionen stehen auch deshalb in Polen, damit es dort keine Gewerkschaften geben kann"

Hans-Dietrich Genscher vor dem Wirtschaftsclub Rhein/Main in Frankfurt

Regierung hält an ihren Wirtschaftsdaten fest

SPD-Forderung nach Nachtragsetat zurückgewiesen

HEINZ HECK, Bonn

Der Bundeshaushalt 1983 ist gestern in die Wahlkampfdiskussion hineingezogen worden. In einer von der SPD-Fraktion beantragten Sondersitzung des Haushaltsausschusses hat sie Zweifel an den zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Annahmen angemeldet. Die Bundesregierung hält diese Daten „in vollem Umfang aufrecht".

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und der Parlamentarische Finanz-Staatssekretär Friedrich Voss sehen keinen Handlungsbedarf für einen Nachtragshaushalt 1983. Lambsdorff erklärte zur Begründung, die Erwartungen der Industrie, vor allem der Bauwirtschaft, hätten sich seit Herbst 1982 „erheblich verbessert". Als Beispiel nannte er die deutliche Steigerung der Investitionsgüternachfrage im November/Dezember (real plus zehn Prozent gegenüber September/Oktober). Hinzu kämen positive Zeichen aus dem Ausland, etwa die Erwartung einer konjunkturellen Besserung in den USA und weltweit sinkende Ölpreise, die im *Gesamtergebnis (Nachteile* für Ölexport- und Vorteile für Ölimportländer) für die Weltwirtschaft einen Entlastungseffekt brächten. Hierin stimme die Bundesbank mit der Bundesregierung überein. Vizepräsident Schlesinger erwarte sogar eine etwas günstigere Entwicklung als noch im Jahreswirtschaftsbericht angenommen.

Die SPD-Haushaltsexperten Rudi Walther und Helmut Wieczorek nannten demgegenüber die Zielvorgaben der Bundesregierung „insgesamt zu optimistisch". Die Belebung in der Bauwirtschaft sei „kein ausreichender Wachstumsmotor". Die neue Bundesregierung habe das von ihr propagierte Ziel, „einen soliden Haushalt einzubringen ..., verfehlt". Bezifferte die SPD noch am 10. Dezember das Haushaltsrisiko auf vier, so spricht sie inzwischen von etwa fünf Milliarden Mark. Dagegen erinnerte Voss daran, daß die Nettokreditaufnahme 1982 gegenüber dem Soll um insgesamt 2,5 auf 37,2 (1981: 37,4) Milliarden Mark vermindert werden konnte. Hiervon verspricht er sich „begrenzte Entlastungen" für 1983.

Lambsdorffs Zweifel

Investitionszulage bei Vorbehalt-Aufträgen?

HEINZ HECK, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) hat Zweifel *angemeldet, ob mit Vorbehalt* versehene Aufträge durch die Investitionszulage begünstigt würden. Das letzte Wort in dieser Frage, die mit Blick auf den 6. März Diskussionsstoff liefert, habe der Bundesfinanzhof.

Auf Fragen räumte Lambsdorff *zwar ein, daß bei der Konjunktur*zulage 1974 so entschieden worden sei, daß also Aufträge mit einer Rücktrittsklausel dann in den Genuß der Zulage kamen, wenn der Vorbehalt nicht in Anspruch genommen worden sei. Der Minister war sich jedoch „nicht ganz sicher", ob die Situation mit damals zu vergleichen sei.

Zugleich ist Lambsdorff den SPD-Vorstellungen zur internationalen Ankurbelung des Wirtschaftswachstums entgegengetreten. Von zusätzlichen Steuern und Schulden seien „keine langfristigen positiven Wirkungen zu erwarten". Die SPD habe „aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt". Es gelte vielmehr, den Zinssenkungsprozeß fortzusetzen. Mit der von der SPD geforderten Expansionspolitik werde dagegen eine weitere Entspannung an der Zinsfront verhindert.

Unterdessen hat die Industrie- und Handelskammer Koblenz zu der seit Tagen diskutierten Frage des Investitionsstreiks mehr als 1200 Industriebetriebe im nördlichen Rheinland-Pfalz befragt. Das *Ergebnis faßt sie in dem Satz zu*sammen: „Es gibt keinen Investitionsstreik."

Auch in Wahlzeiten seien für die mittelständischen Unternehmen Auftragseingänge und Absatzerwartungen für Investitionsentscheidungen „mit Abstand am wichtigsten". Von 369 Betrieben, die für dieses Jahr Investitionspläne hätten, machten fast drei Viertel die Verwirklichung ihrer Absichten von der günstigen Auftragsentwicklung abhängig.

Damit sieht die Kammer „die Behauptung widerlegt, daß Unternehmer Investitionen unterlassen, nur um einer bestimmten Partei zu nutzen oder zu schaden".

Bahr lehnt Zwischenergebni in Genf ab

rmc. B

Der SPD-Bundestagsabgeord te Egon Bahr hat seine Erwart gen an die Genfer Mittelstreck verhandlungen weiter in die H geschraubt. Wie andere führe Sozialdemokraten hatte er die NATO-Doppelbeschluß anvisie Null-Lösung (keine Stationier von US-Systemen gegen die V schrottung der entsprechenden wjetischen) abgelehnt. Jetzt spr er sich im „Vorwärts" auch ge ein „Zwischenergebnis" bei Verhandlungen aus. Jedes Z schenabkommen bedeute die S tionierung neuer amerikanisc Atomraketen in Westeuro schrieb Bahr.

„Das Gerede über das Zwisch abkommen ist der Versuch, Menschen an die Raketen in k nen Dosen zu gewöhnen." In chen Überlegungen liege die dankliche Abkehr von einer sung, die die Stationierung ne amerikanischer Mittelstreckenw fen überflüssig mache. Den Weg dieser Lösung hat Bahr zusamm mit dem Kanzlerkandidaten Vo bereits gewiesen. Er will wie M kau die britischen und franzö schen Raketen in der europäisch Kräftegleichung berücksich sehen.

Streit in Bonn über Tabatabai

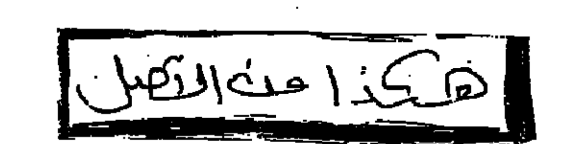
Co. B

Die diplomatische Immun des in Düsseldorf wegen Raus giftschmuggels beschuldigten ners Tabatabai hat zu einem St zwischen der *CDU/CSU-Bund* tagsfraktion und dem Auswärti Amt geführt.

Der stellvertretende Fraktio vorsitzende Benno Erhard schuldigte gestern das AA, scheine sich dazu herzugeben, nem diplomatischen Status für batabai zuzustimmen, um so d sen Großkriminellen dem G richtsverfahren zu entziehen". mit würde das laufende Straf fahren behindert.

Dazu erklärte ein Sprecher Auswärtigen Amtes, die iranis Regierung habe mit Schrei vom 31. 1. 1983 mitgeteilt, daß s Tabatabai als Sonderbotschafte Sondermission befinde.

Das AA habe dieses Schrei an den nordrhein-westfälisch Justizminister mit der Bemerk weitergeleitet, der Iraner falle u ter jenen Personenkreis, dem I munität zustehe. Der Vorwurf hards, das Amt „gebe sich zu et her", sei entschieden zurückzuw sen.



Namen nicht verschleudern

Py. – Es bedarf keiner großen Phantasie, um zu erkennen, mit welchem Aufatmen die Entlassung von Küppersbusch aus dem AEG-Konzernverbund durch die Abgabe der Mehrheitsbeteiligung und Einräumen des Vorkaufsrechts für den Rest an Küppersbusch oder Dritte begleitet worden ist. Jahrelang und bis zuletzt hat die „Mutter" AEG ein Produktions- und Vertriebskonzept durchgedrückt, das, oft gegen die Interessen von Küppersbusch, nur der AEG nutzte.

In Gelsenkirchen gebührt dem Vergleichsverwalter, dem Düsseldorfer Anwalt Dieter Zirpins, das Verdienst, die Weichen für einen Neubeginn bei dem Hausgeräte- und Großküchenhersteller entscheidend mitgestellt zu haben. Ohne totale Konfrontation mit der AEG wurde der Weg der Entflechtung gefunden. Mit neuen Kooperationspartnern, die mit neuen (Groß-)Aktionären identisch sein können, aber nicht sein müßten, soll der Neuanfang gewagt werden. Auf keinen Fall, und dafür macht sich auch der Vorstand stark, wird es wohl je wieder einen Mehrheitsaktionär geben. Wenn das traditionsreiche Unternehmen wieder Tritt gefaßt hat, könnte auch ein Teil der Aktien über die Börse breit gestreut werden.

Das ist aber nun Zukunftsmusik. Jetzt geht es darum, erst einmal das Unternehmen zu konsolidieren, sich bei geringerer Mitarbeiter- und Umsatzzahl mit dem Bild eines „Mittelständlers" zu identifizieren. Dazu kommt, einen zur Produktpalette passenden Kooperationspartner und einen sicheren Kapitalgeber im In- oder Ausland zu finden. Das ist schwer genug. Küppersbusch sollte dabei wählerisch sein. Von den Produktionszahlen und der Produktpalette her ist das Unternehmen als Spezialist allemal interessant. Und: Große Namen muß man nicht verschleudern.

Verdiente Ehre

Hdt – Die UNO ging mit gutem Beispiel voran: Sie kreierte das Jahr der Frau, das des Kindes und sogar das des Baumes. Jetzt ist auch das Europäische Parlament auf eine ähnliche Idee gekommen, die nichts kostet, aber sich bestens für unverbindliche Erklärungen eignet. Das Straßburger Gremium ernannte 1983 zum Jahr des Handwerks, wobei alle mittleren und kleineren Betriebe einbezogen sind. Diese haben eine solche Herausstellung eigentlich schon längst verdient. Ihre Leistungen und auch ihre Probleme werden zumeist von denen der Großen verdeckt, und dabei wird übersehen, daß rund 90 Prozent aller Unternehmen in der Gemeinschaft in die Kategorie der Handwerksbetriebe einzuordnen ist, was übrigens auch für die Bundesrepublik gilt. Sehen lassen kann sich aber auch die Produktionsleistung dieses Wirtschaftszweiges, die Summe der von ihm bezahlten Steuern, die Zahl der hier insgesamt beschäftigten Arbeitnehmer und nicht zuletzt gerade in unseren Tagen die Ausbildungsleistung, die hier zur Verfügung gestellten Lehrstellen.

Grundig und Berlin

Von HANNA GIESKES

Die Konfusion um den Verkauf der Mehrheitsbeteiligung an der Grundig AG wird immer größer. War die Absicht des französischen Konzerns, eine Beteiligung von 75,5 Prozent zu erwerben, bis vor einigen Tagen ebenso klar wie die Ablehnung durch das Bundeskartellamt wahrscheinlich, so ist nun wiederum alles offen, nachdem Grundig-Berater Ludwig Poullain ein neues „Denkmodell" präsentiert hat. Auf den ersten Blick läßt es zwar kaum wesentliche Unterschiede zum ursprünglichen Fusionsplan erkennen, es könnte das Kartellamt aber dennoch zu einer wettbewerbsrechtlich anderen Beurteilung veranlassen.

Tatsächlich gibt es wesentliche Unterschiede. Der ursprüngliche Plan sah vor, daß Thomson-Brandt 75,5 Prozent an der Grundig AG übernimmt – einer Grundig AG inklusive Telefunken, an der Philips, wie schon bisher, mit 24,5 Prozent beteiligt ist. Am deutschen Markt für Farbfernsehgeräte ergäbe dies einen Marktanteil von über 50 Prozent, der vollständig in der Hand von Thomson-Brandt und Philips wäre.

Das „Denkmodell" des Ludwig Poullain geht ebenfalls von einer 75,5prozentigen Beteiligung der Thomson-Brandt an Grundig aus – diesmal indes an einer „nackten" Grundig AG ohne Telefunken, an der auch Philips keine Anteile mehr besitzt. Der zusammengefaßte Marktanteil betrüge dann „nur" noch 37 Prozent, was freilich immer noch oberhalb der Grenze liegt, an der der Gesetzgeber Marktbeherrschung vermutet. Falls sich jedoch Thomson-Brandt dazu entschließen könnte, die geplante Beteiligung auf 75 Prozent zu reduzieren, dann bliebe Max Grundig eine Sperrminorität. Dieses und vor allem die Tatsache, daß Philips „draußen" wäre, erscheint den Kartellbeamten offenbar so bedeutsam, daß sie den Fall nun in einem anderen Licht sehen.

Verständlich ist das trotzdem nicht. Frühere Untersagungen des Bundeskartellamts – etwa der Fall der geplanten Übernahme der Holtschneider-Supermärkte durch die co op AG im Raum Mönchengladbach – waren eher durch beckmesserische Akribie bei der Ermittlung der Marktanteile geprägt, ganz zu schweigen von der Untersagung der Übernahme von Firestone-France durch Bayer-France, wo die angeblichen Auswirkungen auf den deutschen Markt kaum auszumachen waren. Dennoch läßt sich diese Haltung vom Standpunkt des Kartellamts begründen. Diese Begründung heißt „Jaumann-Plan".

Ziel dieses Plans ist ein europäischer Verbund in der Unterhaltungselektronik mit einem starken deutschen Anteil. Philips soll seine 24,5 Prozent an der Grundig AG behalten, Thomson-Brandt bekommt rund 40 Prozent, Siemens und Bosch übernehmen je zehn, und der Rest bleibt bei Grundig. Siemens und Bosch hat der bayerische Wirtschaftsminister offenbar eine Art Aufpasser-Rolle gegenüber Thomson-Brandt und Philips zugedacht –, um sie effektvoll zu spielen, müßten Hans Merkle, Karlheinz Kaske und Max Grundig ihre Stimmen poolen. Das wird jedoch kaum möglich sein, und darum werden die vier Beteiligten gemeinsam bei Grundig herrschen.

Daraus folgert das Amt, daß sie bei einem Anteil von 72 Prozent am Markt für Farbfernsehgeräte in der Bundesrepublik auch auf anderen Märkten gemeinsame Sache machen werden, und das ist sicher nicht abwegig. Diese Kröte will man in Berlin nicht schlucken. Verglichen damit hält Karttes Mannschaft das neue „Denkmodell" offenbar für einen eher zierlichen Frosch, den zu verdauen sie sich zutraut.

Auf politische Rückendeckung darf das Kartellamt dabei allerdings nicht hoffen. Keine Partei und keine Gewerkschaft wird unterstützen, daß ein traditionsreiches deutsches Unternehmen mit viel Know-how über den Rhein geschoben wird. Niemand kann garantieren, daß dann Arbeitsplätze nicht nach Frankreich verlagert werden. Vor allem aber kann niemand garantieren, was aus der staatlichen Thomson-Brandt wird, wenn sich die politischen Verhältnisse in Frankreich ändern.

Und noch etwas ist zu bedenken: Dieses Modell setzt voraus, daß erstens Philips sich von seiner Beteiligung an Grundig trennt – was, trotz entsprechender Dementis aus Eindhoven, wohl nur eine Frage des Kaufpreises wäre – und daß zweitens Grundig Telefunken nicht übernimmt. Dies könnte die Vergleichsquote bei AEG in Gefahr bringen; mit hoher Wahrscheinlichkeit bliebe Telefunken als Leiche zurück.

Also doch das Jaumann-Modell? Auch hier gibt es keine Garantie für die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Fusionen, auch wenn sie von den Beteiligten unter dem Stichwort „Arbeitsplatzerhaltung" verkauft wurden, haben bisher immer Arbeitsplätze gekostet. Das Ganze ist deshalb nur noch eine politische Entscheidung zwischen der Erhaltung eines maßgebenden deutschen Anteils an der Unterhaltungselektronik und dem Versuch, auf den Märkten ein Minimum an Freiheit zu bewahren. Was auch am Ende dabei herauskommt – unbefriedigend ist es allemal.

OSTHANDEL / Comecon-Länder kaufen weniger deutsche Erzeugnisse

Nur der Warenaustausch mit Moskau entwickelte sich 1982 dynamisch

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Im Warenaustausch mit den Staatshandelsländern wurde im vergangenen Jahr aus einem Überschuß ein Defizit von 839 Millionen Mark. Allein der Fehlbetrag im Handel mit den europäischen Ostblockstaaten hat sich auf nahezu eine Milliarde Mark vervierfacht. Während die deutschen Lieferungen in diesem Raum nur unterdurchschnittlich zunahmen, expandierten die Bezüge kräftig.

Die deutschen Gesamtexporte stiegen 1982 nominal um 7,8 Prozent und die Importe um zwei Prozent. Dagegen erhöhten sich die Einfuhren aus den europäischen und asiatischen Staatshandelsländern (ohne „DDR" und Jugoslawien) um 10,7 Prozent auf 21,349 Milliarden Mark. Die deutschen Ausfuhren in diese Staaten nahmen, verglichen mit dem Vorjahr, nur um 4,9 Prozent auf 20,510 Milliarden Mark zu. Während 1981 noch ein Überschuß von 261 Millionen Mark im Handel mit diesen Staaten registriert wurde, ergibt sich nach einer Zusammenstellung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft im vergangenen Jahr ein Defizit von 839 Millionen Mark.

Im Warenverkehr mit den europäischen Staatshandelsländern (einschließlich Albanien) kletterte das Defizit von 269 auf 924 Millionen Mark. Und zwar nahm die deutsche Ausfuhr in diesem Raum um sieben Prozent auf 18,340 Milliarden Mark und die Einfuhr um 10,6 Prozent auf 19,264 Milliarden Mark zu.

Ohne den Handel mit der Sowjetunion wäre der deutsche Export in die Staatshandelsländer im vergangenen Jahr sogar absolut gesunken. Der Warenaustausch mit der Sowjetunion entwickelte sich im vergangenen Jahr ungewöhnlich dynamisch. Die Einfuhren, die zu rund drei Viertel aus Brennstoffen bestehen, stiegen um 23,1 Prozent auf 11,357 Milliarden Mark. Allerdings profitierte die Sowjetunion auch im vergangenen Jahr noch von Preiserhöhungen in diesem Bereich.

Nach einem Rückgang der deutschen Exporte 1981 um vier Prozent kletterten die deutschen Lieferungen im vergangenen Jahr um 23,3 Prozent, wobei sich nicht nur die Zulieferungen für die Sibirien-Pipeline positiv auswirkten. Trotzdem erhöhte sich das deutsche Defizit von 1,6 auf fast zwei Milliarden Mark.

Diese Entwicklung hat dazu geführt, daß die Sowjetunion am deutschen Handel mit Osteuropa auf der Importseite bereits mit knapp 60 Prozent und bei den Exporten mit rund 51 Prozent beteiligt ist (Anteil am Gesamtaußenhandel: 2,6 Prozent). Noch vor einigen Jahren galt als Faustregel, daß auf den Handel mit der Sowjetunion nur rund ein Drittel des deutschen Osthandels fiel.

Die Verschiebung hat ihren Grund nicht nur in der Lieferstärke der Sowjets bei Rohstoffen aller Art, sondern auch in den Problemen der kleineren Ostblockstaaten. Um ihre Westverschuldung nicht noch weiter ausufern zu lassen, schränkten mit Ausnahme von Bulgarien und Albanien alle kleineren europäischen Staatshandelsländer ihre Käufe in der Bundesrepublik ein. Am kräftigsten schlug der Rückgang mit 39,5 Prozent auf 912 Millionen Mark der Exportrückgang bei Rumänien zu Buch. An dieser Entwicklung dürfte sich vorerst nichts ändern, da Bukarest mit seinen Zahlungsverpflichtungen weiter im Verzuge ist.

Der vielfach befürchtete Einbruch im deutsch-polnischen Warenaustausch, und dieses wird vom Ost-Ausschuß besonders herausgestrichen, blieb 1982 aus. Die deutsche Ausfuhr ging nur leicht um 0,8 Prozent auf 2,1 Milliarden Mark zurück, die deutsche Einfuhr nahm um 0,4 Prozent auf 1,4 Milliarden Mark zu. Wegen der Preissteigerungen bedeutet dieses zwar einen stärkeren realen Rückgang. Aber die Polen sind bemüht, ihre Energie- und Rohstoffexporte zu stabilisieren.

Der Handel mit China schrumpfte im vergangenen Jahr weiter. Die deutschen Exporte gingen um 9,6 Prozent auf 2,068 Milliarden Mark zurück, und die deutsche Einfuhr nahm um 1,7 Prozent auf 1,699 Milliarden Mark ab. Hier wirkte sich der wirtschaftspolitische Kurswechsel in Peking, der zu einer Zurückhaltung bei Auslandskäufen führt, aus. Wie auch andere Staatshandelsländer, so litt auch China beim Absatz von Fertigwaren unter der konjunkturellen Schwäche in der Bundesrepublik.

UMWELTSCHUTZ

Zimmermann: Belastung der Wirtschaft nur marginal

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

„Umweltschutz stellt keineswegs eine Kostenbelastung der Wirtschaft dar." Mit dieser Feststellung untermauert das Bundesinnenministerium ein „Arbeitsprogramm für die nächsten Monate", in dem die Belastung der Wirtschaft durch den Umweltschutz als „von Interessenseite häufig gewaltig übertrieben" geschildert wird.

Tatsächlich spiele dieser Kostenfaktor aber nur in wenigen umweltbelastenden Branchen eine Rolle, insgesamt sei er von „marginaler Größe". Der Anteil der Umweltschutz-Investitionen an den Gesamtinvestitionen der Unternehmen habe im Jahre 1980 rund 3,5 Prozent betragen, das heißt 2,7 Milliarden Mark von 76,8 Milliarden Mark.

Personalnebenkosten dürften die entscheidende Belastung für die Wirtschaft darstellen, insbesondere auch, wenn die internationale Wettbewerbsfähigkeit zur Diskussion stehe.

Bei Gesamtaufwendungen (Investitionen und Betriebskosten) von Staat und Wirtschaft von etwa 83 Milliarden Mark in den Jahren von 1977 bis 1981 für den Umweltschutz entsprächen diese Leistungen, so heißt es in der Schrift aus dem Bundesinnenministerium, 1,4 Prozent des Bruttosozialproduktes. Bei unterschiedlicher Berechnungsgrundlage würden in Japan für den gleichen Zweck 1,7 Prozent und in den USA 1,5 Prozent des Bruttosozialproduktes ausgegeben.

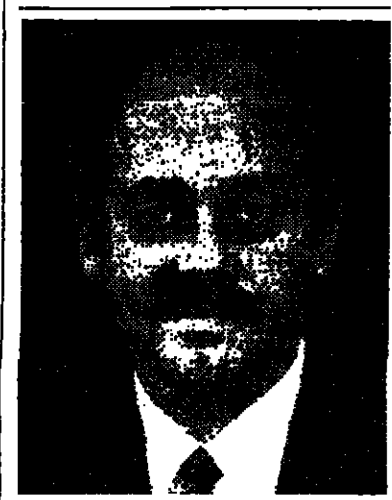
Durch ein frühzeitig hohes Niveau des Umweltschutzes in der Bundesrepublik habe sich eine bedeutende Umweltschutz-Industrie mit guten Exportchancen entwikkelt. Nachdem das Wissenschaftszentrum Berlin schon 1977 allein in den Bereichen der verarbeitenden Industrie, des Handels und der Dienstleistungsunternehmen Umsätze in Höhe von 21,39 Milliarden Mark auf diesem Sektor ermittelt habe, ergebe eine Projektion für das Jahr 1982 einen Umsatz von 28 Milliarden Mark, bei einem Exportanteil von acht Milliarden Mark.

Für eventuelle Einreden wird in der Schrift des Ministeriums die Parole ausgegeben: „Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten darf der Umweltschutz nicht zu kurz kommen. Versäumnisse von heute lassen sich morgen nicht wieder gutmachen – oder allenfalls zu wesentlich höheren Kosten."

Als „Schlüsselproblem" wird in der Auflistung des Arbeitsprogramms für die kommenden Monate die Einbeziehung der sogenannten Altanlagen in die Großfeuerungsanlagen-Verordnung bezeichnet. Hier werde das Mehrfache an Schadstoffen einer Neuanlage emittiert.

Trotz schwieriger internationaler Verhandlungen werde die Bundesregierung an dem Ziel festhalten, „bis Mitte der 80er Jahre" die Schadstoffemissionen an Kraftfahrzeugen auf ein Zehntel der Werte von 1969 zu senken. Die EG-Kommission zur Behandlung des deutschen Antrags habe eine Arbeitsgruppe gebildet, die bis zum 30. Juni 1983 berichten soll.

AUF EIN WORT



„Gerade die derzeitige konjunkturelle Situation erfordert es, der Gesamtwirtschaft möglichst viel Risikokapital für arbeitsplatzschaffende Investitionen zu belassen, die Kapitalmarktbelastung durch den Wohnungsbau möglichst gering zu halten. Statt dessen muß Eigenkapital mobilisiert werden, muß die sprichwörtliche Opferbereitschaft des Eigenheimbauherrn genutzt werden."

Hans-Dieter Fremann, Sprecher der *Geschäftsleitung der Landesbausparkasse*, Münster/Düsseldorf.
FOTO: WENDE

Zuversichtliche Zwischenbilanz

dpa/VWD, **Tokio**

Die Europäische Gemeinschaft sieht offensichtlich reelle Chancen für eine Teilbeilegung des Handelskonfliks mit Japan. „Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die japanische Seite versuchen wird, eine Lösung mit uns zu finden", sagte der Vizepräsident der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp, in Tokio in einer Zwischenbilanz seiner bisherigen Gespräche mit führenden japanischen Regierungsmitgliedern und Parlamentariern. Er schränkte jedoch ein, daß bei den Einzelheiten der von der EG gewünschten Vereinbarung über eine zeitweilige Exportbeschränkung für bestimmte japanische Produkte noch Meinungsverschiedenheiten über Umfang und Zeitdauer überbrückt werden müssen.

EG-FORSCHUNGSPOLITIK

Wieder keine Einigung über Reaktor-Versuchsanlage

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Völlig zerstritten haben sich die EG-Regierungen über den Beitrag der Gemeinschaft zur Forschungspolitik. Damit besteht zunehmend Gefahr, daß die rund 2000 Wissenschaftler und Techniker der europäischen Forschungszentren keine sinnvolle Arbeit mehr leisten können. Der Streit im Ministerrat ging erneut um das Schicksal des Großforschungsprojektes „Super-Sara", einer geplanten Anlage zur Simulierung von Reaktorunfällen nach Art des Unglücks von Harrisburg. Während sich Italien und die kleineren EG-Staaten für die Fortsetzung des Vorhabens stark machen, halten Großbritannien, die Bundesrepublik und Frankreich die Versuchsanlage für zu teuer.

Die Forschungsminister mußten schließlich öffentlich konstatieren, daß zur Zeit weder für „Super-Sara" noch für irgendein alternatives Vorhaben die nötige Einstimmigkeit im Rat zu erzielen war. Eine endgültige Entscheidung soll nun am 10. März erzielt werden, wobei ein Überleben von „Super-Sara" praktisch ausgeschlossen ist.

Bedenken gegen dieses Projekt haben inzwischen nämlich auch drei unabhängige Experten geäußert, die als Gutachter von EG-Vizepräsident Davignon benannt worden waren. Nach ihrem Bericht hat die Gemeinschaft durch die halbherzige Inangriffnahme bereits so viel Zeit verspielt, daß die erwarteten Forschungskenntnisse inzwischen billiger aus den USA zu beziehen sind. Gleichwohl hat die EG bisher 176 Millionen Mark in das Projekt gesteckt.

Die Bundesregierung forderte aus Anlaß der Sitzung des Forschungsrates die Kommission auf, ein europaweites wissenschaftliches Symposium zum Thema Luftverschmutzung und „Waldsterben" zu organisieren. Ziel dieser Veranstaltung soll es sein, die auf Gemeinschaftsebene und in den Mitgliedstaaten laufenden Forschungsanstrengungen zu überprüfen und festzustellen, wo noch thematische Lücken bestehen. Im Anschluß an das Symposium soll die Kommission Vorschläge für eine Verstärkung der laufenden Arbeiten machen.

KAPITALMARKT

Pfandbriefanstalt sieht das Zinsniveau weiter sinken

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Das Zinsniveau in der Bundesrepublik, das inzwischen bei weitgehender Normalisierung der Zinsstruktur auf dem Niveau vom zweiten Quartal 1979 angekommen ist, wird weiter zurückgehen. An diese Erwartung knüpft Ludwig Schorck, Präsident der Deutschen Pfandbriefanstalt in Wiesbaden, die Voraussetzung, daß die Inflationsrate den sinkenden Trend beibehält und die Notenbank im Laufe dieses Jahres „die konjunkturell erwünschten weiteren Restriktionslockerungen vornehmen kann".

Schorck bedauert die noch immer bestehende starke Abhängigkeit vom Zinsniveau in den USA. Die derzeitige Unruhe am deutschen Rentenmarkt sollte man seiner Meinung nach aber nicht überbewerten; denn eine solche Unruhe sei vor Wahlen durchaus üblich.

Den privaten Sparern bescheinigt Schorck wachsende Mündigkeit. Sie beobachten den Rentenmarkt offenbar genau und haben sich mit sinkenden Renditen wieder stärker anderen Anlageformen zugewandt, kommentiert Schorck die neue Zurückhaltung der Privaten am Rentenmarkt. In den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres nahmen sie noch 47,4 Prozent der Rentenwerte ab, im vergangenen Jahr waren es in der gleichen Zeit noch 79,6 Prozent.

Den gesamten Brutto-Erstabsatz inländischer Emittenten bezifferte Schorck für 1982 auf nominal 211,6 Mrd. DM und damit 13,6 Prozent mehr als der bisherige Rekordabsatz in 1981. Der Pfandbriefabsatz sprang um 10,4 Mrd. DM oder gut 67 Prozent auf knapp 26 Mrd. DM, ein neues Höchstvolumen, das die Pfandbriefanstalt als Indiz für den wiederanspringenden Wohnungsbau wertet. Am Rentenmarkt hat sich gestern die Durchschnittsrendite auf 7,75 (7,77) Prozent ermäßigt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

IW: Leistungsbilanz bleibt aktiv

Köln (dpa/VWD) – Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik wird nach einer Prognose des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), Köln, auch 1983 positiv abschließen. Der Überschuß werde aber nur um 2,5 auf zehn Milliarden Mark zunehmen und sich somit bei weitem nicht so stark verbessern wie 1982. Die Defizite bei den Dienstleistungen und Übertragungen würden sich 1983 nicht vergrößern, schreibt das Institut. Der größte Defizitposten, der traditionell bei den Auslandsreisen entsteht, könnte erstmals seit dem Rezessionsjahr 1967 absolut zurückgehen.

Leichter Lagerabbau

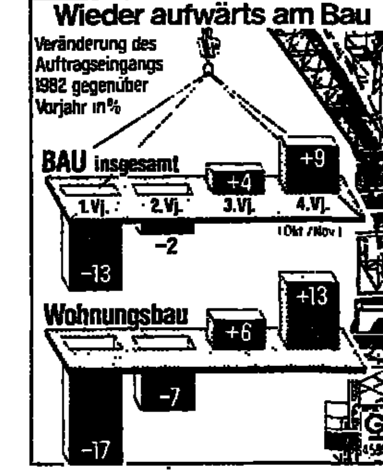
München (AP) – Eine deutliche Nachfragebelebung im Einzelhandel hat nach Feststellung des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in den letzten Monaten den Lagerdruck wesentlich vermindert. Der Anteil der Einzelhandelsunternehmen, die über zu hohe Warenbestände klagten, sei im Dezember nur noch wenig größer gewesen als im langjährigen Durchschnitt, berichtete das Institut. Diese Entlastung wirke sich bereits günstig auf die Gebrauchsgüternachfrage beim verarbeitenden Gewerbe aus.

Höhere Steuereinnahmen

Bonn (rtr) – Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bundesländer haben 1982 nach vorläufigen Berechnungen 350,652 Milliarden Mark an Steuern eingenommen. Das seien 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr, teilte das Bundesfinanzministerium am Mittwoch mit. Von den Gesamteinnahmen stehen dem Bund mit 184,575 Milliarden Mark 1,5 Prozent mehr zu als 1981. Die Länder bekommen 130,392 Milliarden Mark – 3,3 Prozent mehr als im Vorjahr. An die Europäische Gemeinschaft (EG) gehen 12,585 Milliarden Mark (plus 3,1 Prozent).

Mehr Förderanträge

Bonn (HH.) – „Eine kräftige Zunahme" verzeichnet das bayerische Wirtschaftsministerium bei den Förderanträgen zur Ansiedlung gewerblicher Produktionsbetriebe in wirtschaftsschwachen Gebieten. Nach Angaben des Ministeriums liegen den Bezirksregierungen zur Zeit 62 Anträge (15 mehr als im Oktober) mit einem Investitionsvolumen von rund 280 Millionen Mark vor. Dadurch würden etwa 2900 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Allein auf das Grenzland entfallen 22 Projekte mit rund 100 Millionen Mark und 636 Arbeitsplätzen. Das BMW-Projekt Regensburg sei darin noch nicht enthalten.



Die Baubranche hat besonders stark unter der Flaute gelitten. Und sie ist auch die erste, die wieder Aufwind verspürt. Zögernd im dritten und verstärkt im vierten Quartal 1982 nahmen die Aufträge wieder zu. Dies gilt besonders für den Wohnungsbau. QUELLE: GLOBUS

Auftrag von Irak

Wolfsburg (dos) – Die Volkswagen do Brasil SA hat jetzt einen Vertrag mit Irak unterzeichnet, der die Lieferung von 50 000 Fahrzeugen des Modells Passat vorsieht. Bereits im März dieses Jahres sollen die ersten Wagen ausgeliefert werden. Einschließlich der Ersatzteillieferungen beläuft sich der Gesamtwert des Geschäfts, das von der irakischen Regierung formell noch bestätigt werden muß, auf knapp 300 Millionen US-Dollar. Der Auftrag soll in einem Zeitraum von vier Jahren abgewickelt werden.

Praktikantenstellen

Bonn (HH.) – Praktikantenstellen für mehr als 5000 Wirtschaftsstudenten sollen auf dem 35. Weltkongreß der Internationalen Vereinigung der Studenten der Wirtschaftswissenschaften (Aiesec) in alle Welt vermittelt werden, der vom 26. Februar bis 5. März in St. Englmar stattfindet. Das deutsche Aiesec-Komitee erwartet rund 350 Studenten aus 59 Ländern zum Jahrestreffen im Bayerischen Wald, für das Bundespräsident Karl Carstens die Schirmherrschaft übernommen hat. Seit 1959 konnten durch Aiesec-Vermittlung über 100 000 Studenten an einem Auslandspraktikum teilnehmen.

MEXIKO

Zwischenkredit fast komplett

AP, Mexiko-Stadt

In einer bislang beispiellosen Aktion ist es dem mexikanischen Finanzminister Jesus Silva Herzog gelungen, bei zweiwöchigen Reisen rund um den Globus Kredite in Höhe von fast fünf Milliarden Dollar zu erhalten, die sein Land zur Überbrückung seiner Zahlungsschwierigkeiten dringend braucht. Wie das Finanzministerium in Mexiko-Stadt mitteilte, konnte Herzog Präsident Miguel de la Madrid davon unterrichten, daß über 500 Banken Kredite in Höhe von 4,8 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt hätten. Das Finanzministerium sprach in diesem Zusammenhang von einer Aktion, „die es in der bisherigen Finanzgeschichte noch nicht gegeben hat". Bis Ende Februar würden vermutlich auch die zu den benötigten fünf Milliarden Dollar noch fehlenden 200 Millionen Dollar zur Verfügung stehen.

In früheren Berichten hatte es geheißen, die Finanzierung des mexikanischen Kredits werde in den Händen von 25 europäischen und japanischen Banken liegen. Nach Brasilien ist Mexiko mit 83 Milliarden Dollar der zweitgrößte Schuldner der Dritten Welt.

Hitachi muß Geldstrafe zahlen

dpa/UPI, San Francisco

Die japanische Firma Hitachi Ltd. und zwei ihrer Angestellten sind von einem amerikanischen Gericht wegen Industriespionage zu Geldstrafen verurteilt worden. Die Firma und die beiden Angestellten, ein Ingenieur und ein Software-Experte, hatten sich vorher im Rahmen einer Vereinbarung mit der amerikanischen Regierung im Sinne der Anklage für „schuldig" erklärt. Im Gegenzug hat sich die US-Regierung verpflichtet, keine weiteren Anklagen gegen Hitachi zu erheben.

Die Firma wurde zu einer Geldstrafe von 10 000 Dollar verurteilt, die maximal vom Gesetz zugelassene Summe. Die beiden Angestellten müssen 10 000 beziehungsweise 4000 Dollar Strafe zahlen mit Bewährungsfristen von fünf beziehungsweise zwei Jahren, in denen sie in den USA nicht geschäftlich tätig werden dürfen.

Das Verfahren gegen Hitachi und 17 Personen war am 30. Juni 1982 eröffnet worden, nachdem Untersuchungen des FBI ergeben hatten, daß sie versucht hatten, beim US-Computerriesen IBM Teile von Computern zu stehlen und sie illegal nach Japan zu schaffen. Neun Hitachi-Angestellte in Japan sind nicht zur Eröffnung des Hauptverfahrens in die USA gekommen und stehen daher weiter unter Strafverfolgung.

Ein Amerikaner, Tom Yoshida, Präsident der NCL-Data Inc. (Santa Clara/Calif.), hat sich der Vereinbarung nicht angeschlossen und muß am 14. April vor Gericht erscheinen. Die Anklagen gegen zwei weitere Japaner sollen außergerichtlich beigelegt werden.

Hitachi selbst hat noch eine Zivilklage von IBM zu erwarten. Der Konzern fordert die Rückgabe von angeblich gestohlenen Dokumenten, die Industriegeheimnisse enthalten, sowie einen noch nicht bezifferten Schadensersatz, der nach Angaben der IBM-Anwälte in die Millionen gehen könnte. IBM und Hitachi haben allerdings eine Stillhalteperiode von 60 Tagen vereinbart, in denen sie versuchen wollen, sich außergerichtlich zu einigen.

JAPAN / Yen-Schwäche beeinträchtigt Unterstützung für Dritte Welt – Partner üben starken Druck aus

Die Entwicklungshilfe erreicht das Ziel nicht

FRED de la TROBE, Tokio

Die japanische Regierung hat im Staatshaushalt für das kommende Fiskaljahr (April 83–März 84) für öffentliche Entwicklungshilfe einen Betrag in Höhe von 968 Milliarden Yen (9,6 Milliarden Mark) festgesetzt. Das sind 2,8 Prozent mehr, als für das laufende Jahr angesetzt wurde. Die Zunahme für 1982/83 war auf 6 Prozent veranschlagt, doch befürchten Sprecher des Finanzministeriums, daß dieses Ziel nicht erreicht wird.

Angesichts starken Drucks seitens seiner westlichen Partner auf größere japanische Leistungen im militärischen und wirtschaftlichen Bereich ist der Regierung in Tokio die unbefriedigende Entwicklung der Wirtschaftshilfe peinlich. Vor zwei Jahren hatte Japan auf dem Wirtschaftsgipfel der führenden westlichen Industriestaaten fest zugesagt, es werde seine öffentliche Wirtschaftshilfe in dem Fünfjahresabschnitt von 1981 bis 1985 gegenüber den vorausgegangen fünf Jahren verdoppeln. Im Fiskaljahr 1981/82 nahm der geleistete Betrag aber zunächst um 4,1 Prozent ab.

Damit erreichte der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am japanischen Sozialprodukt nur 0,28 Prozent. Gemessen am Gesamtbetrag rangierte das Inselreich zwar auf dem vierten Platz hinter den USA, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, dem Anteil am Sozialprodukt nach stand es aber an 13. Stelle. Das von den Vereinten Nationen genannte Ziel ist ein Anteil von 0,7 Prozent am Sozialprodukt. Auch die Qualität der japanischen Leistungen verschlechterte sich: Der Anteil der liefergebundenen Kredite erhöhte sich, und die technische Hilfe erreichte nur 12 Prozent des gesamten Beistands.

Für die Abnahme der japanischen Hilfe war allerdings zu einem Teil die vorübergehende Schwäche des Yen verantwortlich. Die OECD berechnet die Leistungen in Dollar. Da sich der Wechselkurs des Yen von 220 zum Dollar 1981 auf 247 1982 verschlechterte, kam die im Staatshaushalt vorgesehene Erhöhung der Entwicklungshilfe um 12,7 Prozent nicht zum Tragen. Ferner führte Uneinigkeit über die Höhe der Beiträge an internationale Organisationen zu einer Abnahme dieser Leistungen um 32 Prozent.

Um das Versprechen einlösen zu können, die Hilfe bis 1985 zu verdoppeln, müßten in den verbleibenden drei Jahren die Leistungen je um etwa 20 Prozent aufgestockt werden. Angesichts der Tendenz zu expandierenden Defiziten im Staatshaushalt wird aber im Finanzministerium die Verwirklichung einer so großen Zunahme für ausgeschlossen gehalten. Die Zeitung „Asahi Shinbun" stellte dazu fest: „Unter diesen Umständen kann sich Japan nicht beklagen, wenn es kritisiert wird, es erfülle seine Verantwortung als große Wirtschaftsmacht nicht."

Von der öffentlichen Entwicklungshilfe Japans gingen 1981/82 rund 71 Prozent an asiatische Staaten. Mit dem japanisch-südkoreanischen Abkommen über eine Gesamthilfe von 4 Milliarden Dollar Tokios an Seoul wird Südkorea voraussichtlich an die Spitze der Empfängerländer aufrücken. Von dem Gesamtbetrag von 4 Milliarden, der über sieben Jahre geleistet wird, sollen 1,85 Milliarden auf ein öffentliches Entwicklungshilfe-Darlehen und der Rest auf Kredite der staatlichen Export-Importbank entfallen. Andere Hauptempfänger japanischen Beistands sind Indonesien, Thailand, die Philippinen und Bangladesch.

Da 45 Prozent der japanischen Exporte in Entwicklungsländer gehen und 59 seiner Importe von dort kommen – ein Anteil, der beträchtlich höher als in anderen Industrieländern ist –, würde Tokio unter einer Verschlechterung der Nord-Süd-Beziehungen mehr leiden als seine westlichen Partner. (SAD)

GROSSBRITANNIEN / Urteil gegen Restriktionen

Streit um Milch mit Brüssel

WILHELM FURLER, London

Der Streit zwischen London und Brüssel um die Einfuhr ultraerhitzter Milch (H-Milch) aus Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft nach Großbritannien hat sich zugespitzt. Nachdem der Europäische Gerichtshof entschieden hat, Großbritannien müsse seine Import-Restriktionen gegenüber der preiswerten H-Milch aus kontinentaleuropäischen EG-Ländern aufheben, hat London jetzt einen Totalstopp über die Milcheinfuhr vom Kontinent verhängt.

Wie der britische Landwirtschaftsminister Peter Walker erklärte, sei der „vorübergehende Bann" notwendig, um die Gesundheit seiner Landsleute sicherzustellen. Offiziell bezweifelt die britische Regierung, daß die in europäischen Molkereien verarbeitete Milch ihrem Gesundheits- und Hygiene-Standard entspricht.

Doch genau dieser Standpunkt war vom Europäischen Gerichtshof verworfen worden. London wende im vorliegenden Fall seine Gesundheitsregeln als versteckte Handelsbarrieren an. In der Tat lief die bisherige Handhabung genau darauf hinaus.

Hinter der Verschärfung dieser Restriktionen zu einem Total-Einfuhrstopp steht zweifelsohne die einflußreiche National Farmers Union. Sie versucht, unter den Verbrauchern Panikstimmung zu erzeugen. Sie malt das für britische Hausfrauen nicht vorstellbare Gespenst an die Wand, daß es mit der täglichen Lieferung von Frischmilch an die Haustüren vorbei sein könnte, wenn die Importe billiger H-Milch keinen Restriktionen mehr unterliegen.

Die britischen Milch-Produzenten behaupten, die europäische H-Milch sei nur deswegen so billig, weil sie aus EG-Überschüssen stamme. Die Differenz macht je pint (= 0,6 Liter) immerhin zwischen 19 und 23 Pfennig aus. Der Marktanteil europäischer H-Milch am britischen Milchverbrauch von insgesamt elf Milliarden pints pro Jahr lag bisher allerdings bei weniger als einem Prozent.

BBC / Grünes Licht für Umstrukturierung

Neue Tochter in Frankreich

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Industrieminister Chevènement hat jetzt den mehrfach revidierten Plänen der schweizerischen Brown, Boveri & Cie. (BBC) zur Umstrukturierung ihrer französischen Interessen zugestimmt. Danach soll insbesondere die zur verstaatlichten CGE (Compagnie Générale de l'Electricité) gehörende Alsthom-Atlantique von BBC deren 75prozentige Kapitalmehrheit an der Compagnie Electro-Mécanique (CEM) übernehmen.

Der Kaufpreis besteht unter anderem in einer 70 Mill. Franc betragenden Abfindung für den Verzicht auf einen Lizenzvertrag aus dem Jahre 1976, demzufolge die CEM für jeden der von ihr mit oder ohne BBC-Lizenz produzierten Turbo-Alternator noch acht Jahre lang Lizenzgebühren hätte bezahlen müssen.

Andererseits gründet BBC auf ausdrücklichen Wunsch der Pariser Regierung eine neue französische Tochtergesellschaft, welche die CEM-Aktivitäten auf dem Gebiet des Motorenbaus weiterführt. Es handelt sich dabei um Werke in Lyon und Décines. An dieser neuen Filiale soll Alsthom-Atlantique mit 30 Prozent beteiligt sein. Außerdem will BBC in Frankreich eine neue Verkaufsorganisation aufbauen.

Im vergangenen Jahr hatte die CEM einen Umsatz von 3,3 Milliarden Franc erwirtschaftet. Nach der Restrukturierung dürfte der auf BBC entfallende CEM-Umsatzanteil etwa 15 Prozent betragen. In den letzten Jahren hatte die CEM bedeutende Verluste verbucht, deren Finanzierung die Verschuldung der Gesellschaft auf 4 Prozent des Umsatzes brachten.

Die sozialen Konsequenzen der Umstrukturierung sind noch nicht zu übersehen. Die CEM beschäftigt 9200 und ihr neuer Mehrheitsaktionär Alsthom-Atlantique 42 000 Personen. In verschiedenen Produktionsbereichen und insbesondere bei den elektrischen Ausrüstungen ergeben sich Überschneidungen. Die Aufgabe von Arbeitsplätzen dürfte hier wie dort nicht zu vermeiden sein.

ANDENMARKT / Mitgliedsländer vereinbaren Denkpause von drei Jahren – Europäische Gemeinschaft war Vorbild

Bolivars Geburtstag verhindert einen sanften Tod

G. FRIEDLÄNDER, La Paz

Es klingt ein wenig nach komischer Oper: Als die bisher im Andenmarkt vereinten Regierungen in Santa Cruz de la Sierra (Bolivien) an seine formelle Auflösung als einzigen Ausweg aus ihrem Dilemma dachten, erinnerte man sich an den bevorstehenden 200. Geburtstag des Befreiers Simon Bolivar, der die ersten panamerikanischen Träume hegte. So beschloß man aus Respekt vor diesem Jubiläum, aber wohl auch, um die im Juli fälligen Festreden nicht ganz unglaubwürdig zu machen, auf die Ausstellung des Totenscheines der Marktgemeinschaft zu verzichten und eine auf drei Jahre berechnete Pause des Nachdenkens darüber einzulegen, was den Andenmarkt doch noch retten könnte.

Ausgangspunkt der weitgehend von Chiles Eduardo Frei und Kolumbiens Carlos Lleras Restrepo erdachten Marktgemeinschaft war der Fehlschlag des lateinamerikanischen Gemeinschaftsmarktes Alalc. Im Mai 1969 wurde der Andenmarkt mit dem „Abkommen von Cartagena" von Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru gegründet. Venezuela schloß sich ihm im Februar 1973 an, Chile verließ ihn im Oktober 1976. Die Idee wurde durch die Gründung der Europäischen Gemeinschaft inspiriert, aber Kritiker, zu denen damals Ludwig Erhard gehörte, sahen sofort einen folgenschweren Denkfehler: Die EG wurde auf der Basis eines bestehenden hohen Produktionsniveaus organisiert, das beim Andenmarkt nicht gegeben war.

Die Ländergemeinschaft fand auch niemals ein Gleichgewicht zwischen den drei Zielen, die sie der Marktgemeinschaft gaben:

- Abbau der Zollschranken zwischen den Teilnehmerländern, der 1983 zwischen Venezuela, Kolumbien und Peru, im Fall Boliviens und Ecuadors 1990 beendet sein sollte.
- Schaffung gemeinsamer industrieller Unternehmen, unter anderem für den Kraftwagenbau und die chemische Industrie.
- Ausarbeitung und Durchführung einer gemeinsamen Politik der Anden-Länder.

Mißerfolge auf einem dieser Gebiete pflegte man mit rhetorischen Übungen zu kompensieren, ohne den wirklichen Problemen zuleibe zu rücken. Die Wirtschaftssysteme Boliviens und Ecuadors waren so schwach, daß man im Gegensatz zur Ideologie der Marktgemeinschaft Schutzmaßnahmen für die Industrien der beiden Länder in das neue Sytem einbauen mußte. Venezuelas Interessen als Erdöl-Riese andererseits waren mit denen der anderen Länder meistens unvereinbar. Das führte denn auch die letzte, fatale Krise herbei, als Venezuelas Regierung unter dem Druck der Flaute auf dem Ölmarkt in Verletzung aller Spielregeln des Marktes Ecuador folgte und seine Grenzen für den Import aus Kolumbien schloß. Andererseits gab es ideologische Probleme. Bei der Gründung wurde Peru von einer revolutionären, nationalistischen Militär-Junta regiert, die zur Bedingung ihrer Teilnahme die Abwehr ausländischen Anlagekapitals machte. Das erwies sich als ein verhängnisvoller Fehler und führte schließlich zu Chiles Austritt.

Ideologen der Marktgemeinschaft machen für ihr Ende vor allem die EG verantwortlich, die 1980 wegen eines Staatsstreichs des bolivianischen Heeres Verhandlungen zwischen beiden Gruppen aussetzte. Für die Wiederaufnahme im vergangenen Jahr war es dann zu spät geworden. Andere beschuldigen die USA, eine Verständigung mit Europa hintertrieben zu haben, um den eignen Einfluß in Lateinamerika nicht zu schwächen. Einer der Hauptgründe aber dürfte sein, daß es keinen Mechanismus gab, Streitereien zwischen den Partnern beizulegen. Der hierfür geplante Anden-Gerichtshof blieb immer nur ein schöner Traum.

Der größte Leidtragende ist Kolumbien, das trotz all seiner Probleme wirtschaftlich gesündeste Land des Andenmarktes, das für seine große Produktion in den Anden-Ländern sein natürliches Absatzgebiet sah. Es muß nun nach anderen Märkten Ausschau halten. Das ist schwer in einem Augenblick, in dem eine Weltwirtschaftskrise den Trend verstärkt, die eigenen Märkte gegen Importe zu schützen. (SAD)

ROHSTOFFE / Ifo: Tiefe Rezessionsspuren

Erholung zur Jahresmitte?

dpa/VWD, München

Tiefe Spuren hat die Rezession in der Weltwirtschaft auf den internationalen Rohstoffmärkten hinterlassen. Vom letzten Höhepunkt im Oktober 1980 bis zum Tiefpunkt im Oktober 1982 hat sich das Preisniveau bei nichtenergetischen Rohstoffen nach einer Studie des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung auf Dollar-Basis um 32 Prozent ermäßigt. Bei Nahrungs- und Genußmitteln wurde die Baisse durch gute Ernten verstärkt: Die Preise gaben um 40 Prozent nach. Dagegen wurde der Preisverfall bei Industrierohstoffen durch Produktionseinschränkungen gebremst; hier betrug der Rückgang 28 Prozent. Nach einer Stabilisierung der Rohstoffpreise im Herbst 1982 hat sich das Niveau in den letzten drei Monaten insgesamt um zwei Prozent – bei Nahrungs- und Genußmitteln um fünf und bei Industrierohstoffen um ein Prozent – erhöht.

Als Gründe für den Preisrückgang nennen die Wirtschaftsforscher neben der konjunkturell bedingten Stagnation des Rohstoffbedarfs die noch immer hohen Zinsen und die umfangreichen Vorräte, die sich bei den Erzeugern gebildet haben. Trotz starker Drosselung der Produktion bei vielen Industrierohstoffen gelinge es nur langsam, den Überschuß auf den Märkten abzubauen. Die bei Nahrungsmitteln eingeleiteten Maßnahmen zur Verringerung der Anbauflächen würden vielfach erst in der Saison 1983/84 wirksam w den.

Überlagert wurde die Preise wicklung auf den Rohstoffmärk in den letzten zwei Jahren du ungewöhnlich starke Wechselku schwankungen. Die Abwertung genüber dem Dollar, die viele L der hinnehmen mußten, habe zusätzliche Bremse für die Ro stoffnachfrage gewirkt. A D-Mark-Basis mache die Verbil gung der nichtenergetischen Ro stoffe von Oktober 1980 bis Ok ber 1982 nur sieben Prozent a Auch die jüngste Preisbefestigu könne infolge der anhaltenden U ruhe an den Devisenmärkten ne nicht als deutliche Umkehr im Z klus gedeutet werden.

Impulse für eine nachhalti Preiserholung dürften frühest Mitte des Jahres von der Rohsto nachfrage – verstärkt durch e Wiederaufstockung der Lager kommen, da eine konjunkture Belebung nach Ansicht des M chener Instituts kaum vorher e setzen wird. Das Preisniveau Nahrungs- und Genußmitteln w de im Jahresdurchschnitt 1 auch bei festerer Tendenz späteren Jahresverlauf erneut etwa vier Prozent – nach je 16 P zent in den beiden Vorjahren unter dem Vorjahresstand bleib Die Preise der Industrierohsto könnten dagegen das Vorjahres veau nahezu erreichen. Möglic stärkere Wechselkursschwank gen im weiteren Jahresverlauf s dabei nicht berücksichtigt.

ITALIEN / Investmentfonds werden erlaubt

Anregung für Mailänder Börs

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Mailänder Wertpapierbörse hat im ersten Monat dieses Jahres den im gesamten Jahr 1982 eingetretenen Kursverlust (14,3 Prozent) bereits voll ausgeglichen. Seit drei Wochen weisen die Kurse fast konstant nach oben. In der vergangenen Woche wurden allein 155 Millionen Aktien im Wert von 140 Milliarden Lire (244 Millionen Mark) umgesetzt, dreimal soviel wie am Jahresanfang.

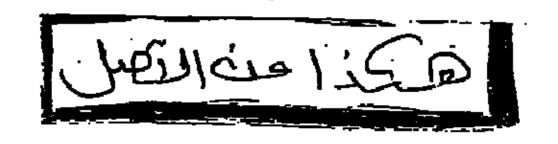
Anlaß für die neu belebte Geschäftstätigkeit sind vor allem die Erwartungen, die in die bevorstehende Verabschiedung zweier Gesetzentwürfe gesetzt werden, mit denen Investmentfonds auch in Italien zugelassen und die Unternehmen in die Lage versetzt werden sollen, ihre Anlagevermögen steuerlich den eingetretenen inflationären Veränderungen anzupassen. Diese steuerliche Anpassungsmöglichkeit hätte ursprünglich schon im vergangenen Jahr in Kraft treten sollen, war aber wegen der Regierungskrisen stets zurückgestellt worden.

Eine besonders starke Belebung erwarten Börsenbeobachter von der Zulassung italienischer Investmentfonds vor allem aus zwei Gründen: Erstens schafft sie neue Nachfrage, da zu erwarten ist, daß neben den zehn heute bestehenden Investmentfonds (sämtlich luxemburgischen Rechts), die 1982 ihr Fondsvermögen gegenüber dem Vorjahr um 7,7 Prozent (Inflationsrate 16,3 Prozent) auf 1944 Milliarden Lire erhöhten, eine Reihe neuer Fonds entstehen wird.

Zweitens wird sie dazu beitragen, Anlagemöglichkeiten für die Liquidität zu schaffen, die sich in den letzten Monaten bei den Banken angesammelt hat. Als beachtenswert gilt in Finanzkreisen in diesem Zusammenhang, daß sich die Einlagen der Banken im vergangenen Jahr um über 16 Prozent erhöht haben und damit real nach den während der zwei Vorja eingetretenen Verminderung nicht mehr weiter zurückgegang sind. Beobachter ziehen dara den Schluß, daß viele potentie Anleger den Erwerb von Schatz pieren zurückgestellt und die quidität geparkt haben in der Ho nung, daß sich am Markt neue u bessere Chancen auftun.

Zusätzlichen Auftrieb versch fen der Börse derzeit auch die sten bekannt werdenden Resul des abgelaufenen Geschäftsjah Das Interesse wecken hierbei nic nur die Industrieunternehmen, – soweit bisher bekannt – dur weg besser abschnitten als erw tet, sondern auch die Banken, ebenfalls besser über die Rund kamen, als Experten annahm Ein weiterer Faktor sind die Z sen. Zwar sind sie seit Woch unverändert, obwohl das Schà ministerium unaufhörlich die N wendigkeit einer Senkung predi Mittelfristig gilt es inzwischen al als sicher, daß es zu einem Abb kommen wird. Wie weit das Z der Regierung gesteckt ist, Schatzminister Giovanni Goria einem Interview vor wenigen gen bereits angekündigt: Abb des Schatzamtszinses von jetzt bis 18,5 Prozent auf 13 Prozent Jahresende.

Treffen alle diese Faktoren sammen, und kommt es nicht unvorhergesehenen neuen Ko junktureinbrüchen, rechnen die nanzexperten, wie der Finanzc des Fiat-Konzerns, Francesco P lo Mattioli, jetzt erklärt hat, einer neuen Hausse-Phase im J re 1983. Ein Risiko freilich ist M tiolo zufolge auch jetzt dabei, d nämlich der Aufschwung schon einmal vor zwei Jahren schnell und unkontrolliert erfol Um späterem Kurseinbruch vor beugen, sind die Banken aufgef dert worden, den Markt wach mer und verantwortungsbewuß zu pflegen als bisher.



ELEKTROINDUSTRIE / Hoffen auf Belebung

Unbefriedigende Ertragslage

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die Elektroindustrie in der Bundesrepublik rechnet zwar in der zweiten Jahreshälfte mit einer Anstiegstendenz der Auftragseingänge; eine „durchgängige Produktionsbelebung" sei aber noch nicht zu erwarten. Wie der Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI), Professor Rudolf Scheid, im Rahmen der Mitgliederversammlung der ZVEI-Landesstelle Niedersachsen erklärte, ergibt sich daraus für die Branche im laufenden Jahr nur eine Stagnation bei allerdings besser werdenden Erwartungen".

Die Besserungsimpulse, so Scheid, kommen voraussichtlich in erster Linie aus der wiederbelebten Investitionstätigkeit und aus lagerzyklischen Effekten. Ein spürbarer Abbau der Arbeitslosigkeit sei aber auch dann nicht zu erwarten, wenn sich die Hoffnungen auf eine konjunkturelle Tendenzwende erfüllen. Zunächst werde die Beschäftigung in der Elektroindustrie, die der allgemeinen Konjunkturentwicklung ohnehin immer mit einem zeitlichen Abstand von drei bis vier Monaten nachhinkt, weiter sinken. Als weiterhin sehr unbefriedigend bezeichnet Scheid die Ertragslage; immerhin zeige sie aber keine rückläufige Tendenz mehr.

Deutlich ungünstiger als im Bundesdurchschnitt verlief die Entwicklung der niedersächsischen Elektroindustrie im Jahre 1982. Nach Angaben von Erhard Falk, Vorsitzender des ZVEI Niedersachsen, mußte ein Produktionsrückgang von 8,1 Prozent gegenüber 1981 hingenommen werden, während bundesweit ein Anstieg von 0,9 Prozent erzielt wurde.

Die Umsätze der niedersächsischen Elektroindustrie allerdings schwächten sich mit einem Minus von real 1,1 Prozent weniger stark als die Produktion ab. Nominal ergab sich sogar ein Umsatzzuwachs um 2,4 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten lag 1982 mit durchschnittlich 60 882 um 5,6 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Wichtigste Sparte innerhalb der Branche blieb die Unterhaltungselektronik, wenngleich ihr Anteil am Gesamtumsatz seit 1975 zurückgeht (1981: 28,9 Prozent).

Für 1983 rechnet Falk in Niedersachsen nur im Bereich der „braunen Ware" mit geringen Wachstumsraten. Bei „weißer Ware" und im Investitionsgüterbereich sei ein weiterer Rückgang zu erwarten.

DEUTSCHE PFANDBRIEFANSTALT / Stabilisierung im Wohnungsbau

Hypothekenzusagen sind stark gestiegen

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Die Häuslebauer schöpfen wieder Mut. Das signalisiert die Zahl der Hypothekenzusagen bei der Deutschen Pfandbriefanstalt (Depfa), Wiesbaden. Allein im Dezember hat das öffentlich-rechtliche Institut für 529 Mill. DM Hypotheken zugesagt, was die Zusagen im letzten Quartal vergangenen Jahres auf insgesamt rund 1,5 Mrd. DM steigen ließ. Zum Vergleich: Im ganzen ersten Quartal 1982 waren es nur 616 Mill. DM.

Die privaten Bau-Investoren reagieren also deutlich auf die Normalisierung des Zinsniveaus, was sich bei der Depfa in Konditionen für Hypotheken niederschlägt, die mit einer Effektivverzinsung von 8,84 Prozent (für Zehnjährige) weit unter dem Höchststand vom August 1981 (12,02 Prozent) liegen. Auch zu Februar 1982 ist das noch ein Abstand von 1,9 Prozent.

Insgesamt stiegen bei den Pfandbriefinstituten die Zusagen für Hypotheken im letzten Quartal um knapp 70 Prozent über den entsprechenden Vorjahresstand, bei den Sparkassen machte das Plus 92 Prozent aus, und die Lebensversicherungen registrierten im dritten Quartal 1982 (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) ein Hypotheken-Plus von 23,5 Prozent.

Auch die Entwicklung der Baugenehmigungszahlen, so Depfa-Präsident Ludwig Schorck in einem ersten Überblick über die Entwicklung seines Instituts im vergangenen Jahr, bestätigen eine Stabilisierung im Wohnungsbau: Während die Zahl der Genehmigungen von Januar bis August die Vorjahreswerte noch um 9,4 Prozent unterschritt, stagnierten sie im September und Oktober und zeigen seit November (plus 11 Prozent) wieder steigende Tendenz. Analog haben sich die Auftragsbestände im Wohnungsbau positiv entwickelt, ihre Reichweite erhöhte sich von 1,9 Monate (September) bis auf 2,12 Monate zum Jahresende.

Schorck erinnerte freilich daran, daß sich die allmähliche Belebung im Wohnungsbau in einem sehr schwierigen Umfeld vollzieht: Im Bauhauptgewerbe gab es im vergangenen Jahr rund 2000 (1500) Insolvenzen; die Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe sank innerhalb von zwei Jahren um rund 180 000 (davon 100 000 im Wohnungsbau); die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter stieg von 40 000 auf 143 000.

Die Depfa, die insgesamt rund 120 000 Darlehensobjekte im Bestand hat und am Jahresende 574 (322) Zwangsmaßnahmen zählte, gab im vergangenen Jahr für 10 Mrd. DM neue Darlehenszusagen, ihr Darlehensbestand wuchs auf 43,4 (38) Mrd. DM, wovon 29,7 Mrd. DM auf das Kommunalgeschäft, und 13,7 Mrd. DM auf Hypotheken und sonstige Darlehen entfallen. Insgesamt wurden 19 504 Wohnungen mitfinanziert, davon gut zwei Fünftel Neubauten, wobei sich der Anteil der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern auf 48 Prozent fast verdoppelte.

Refinanziert hat sich das Institut durch den Verkauf von Kommunalobligationen (6,6 nach 7,4 Mrd. DM), sonstigen Schuldverschreibungen (346 Mill. DM nach 1,9 Mrd. DM) und Pfandbriefen (1,1 nach 0,85 Mill. DM). Bei einer auf rund 46,5 (40,6) Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme kennzeichnet Schorck die Ertragslage als „recht ordentlich". Auch die Tochter Deutsche Bau- und Bodenbank habe sich in 1982 „gut entwickelt"

HAVEMANN / Handelshaus besteht seit 250 Jahren

Immer dem Markt angepaßt

JAN BRECH, **Hamburg**

Das Lübecker Unternehmen Jost Hinr. Havemann & Sohn, Holzimporthaus, Hobel- und Beschichtungswerk, besteht in diesen Tagen 250 Jahre. Seit der Gründung am 9. Februar 1733 befindet sich das Unternehmen in Familienbesitz. In der Rechtsform einer KG leitet seit 1970 Karl-Wolfgang Eschenburg in achter Generation das Holzimporthaus als persönlich haftender Gesellschafter.

Die lange Geschichte des Hauses Havemann ist durch einen stetigen Strukturwandel und Anpassungen der Produktpalette gekennzeichnet. Der Gründer Jost Hinrich Havemann handelte zunächst mit Eisenwaren, später kam der Im- und Export eines umfangreichen Warenkorbs hinzu. Die Umstellung ausschließlich auf Holzimport und Holzhandel wurde Mitte des vergangenen Jahrhunderts vollzogen.

Bis heute hat sich Havemann auf den Import und die Bearbeitung von Holz spezialisiert. Bezogen wird das Rohmaterial aus Schweden und Finnland, aus Kanada und den USA sowie aus Ländern Südamerikas, Afrikas und Malaysia. Im Mittelpunkt des Verkaufsprogramms stehen Profilbretter für Wand und Decken. Havemann hat eine Produktpalette für den Innenausbau im Do-it-yourself-Verfahren entwickelt. Es reicht von Massivholzprodukten, Leisten, Glattkantbretter bis zu dekorativen Täfelbrettern auf Spanplatten- und Sperrholzbasis. Beliefert werden der Holzhandel, Baumärkte, industrielle Großabnehmer und Baugeschäfte. Der Umsatz erreicht rund 30 Mill. DM.

Das 250jährige Jubliläum, so betont Eschenburg, setze sicher einen Meilenstein, gleichwohl keinen Schlußpunkt. In den vergangenen Jahren habe die Firma rund 11 Mill. DM zur Umrüstung und Modernisierung investiert mit dem Schwerpunkt einer Produktionsstraße für endbehandeltes Profilholz in Wasserlack-Technik. Inzwischen seien fast ein Viertel aller von Havemann gelieferten Profilbretter endbehandelt.

Auch die weitere Entwicklung des Unternehmens mit etwa 80 Beschäftigten beurteilt Eschenburg zuversichtlich. Bauen nach der „Do-it-yourself"-Methode bleibe attraktiv. Allerdings werde der Wettbewerb zusehends härter. Am Markt gebe es weniger Mengen, dafür um so schärfere Preisprobleme.

HAFAG / Duisburger Häfen spüren Stahlflaute

Umschlag ist zurückgegangen

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Europas größter Binnenhafen hatte auch 1982 unter der anhaltenden Wirtschaftsflaute zu leiden, zumal das Wohl und Weh der Eisen- und Stahlindustrie entscheidenden Einfluß auf die Verkehrsbilanz der Massenguttransporte (90 Prozent) für die Montanindustrie und die Petrochemie nimmt.

Während die Duisburger Häfen insgesamt einen Rückgang des Umschlags um 5 Prozent auf etwa 51 Mill. t verzeichneten, fielen die Abweichungen des Güterverkehrs in den öffentlichen Duisburg-Ruhrorter Häfen AG (Hafag) mit minus 1,9 Prozent auf 20,5 Mill. t beim Schiffsgüterumschlag und mit minus 1,9 Prozent auf 9,3 Mill. t beim Eisenbahnverkehr geringer aus. Erze waren auch 1982 mit 7,6 Mill. t (plus 1,8 Prozent) vor Kohlen und Mineralöl (3,8 bzw. 3,2 Mill. t) die meistbeförderten Güter.

Gegenüber dem Vorjahr waren die Transportverluste ausschließlich im Verkehr mit den rheinabwärts gelegenen Hafenplätzen eingetreten, deren Verkehrsanteil auf knapp 76 Prozent zurückfiel. Weiterhin dominieren die Verkehrsbeziehungen mit den großen Rhein-Mündungshäfen Rotterdam (11,5 Mill. t), Antwerpen und Amsterdam.

Im Rhein-See-Verkehr wurde mit 1,24 Mill. t (plus 1,9 Prozent) ein neuer Höchststand erzielt. Das Ergebnis wäre hier sicher noch besser ausgefallen, wenn nicht die Stahlflaute in den letzten Monaten des Jahres zu einer Drosselung des Exports von Eisen und Stahl geführt hätte. Im Rhein-See-Verkehr überwiegen die Transporte von und zu Häfen Skandinaviens (56 Prozent) und Großbritannien (28 Prozent).

Die Hafag, deren Aktienkapital von 30 Mill. DM zu gleichen Teilen beim Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Duisburg liegen, hatte 1982 einen Umsatz von 30 Mill. DM, von denen 23 Mill. DM in Erneuerung und Unterhaltung der Hafenanlagen sowie Geländeankauf investiert wurden. Bis auf die Verkehrsanlagen ist das Hafengebiet verpachtet. Die Hafag (220 Mitarbeiter) arbeitet kostendeckend, von den Gesellschaftern erhält sie keine Zuschüsse.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Umsatz erhöht

Bonn (mk.) – Die Waren-, Verwertungs- und Dienstleistungsgenossenschaften der Raiffeisen-Organisation konnten 1982 ihren Umsatz nominal um 4,8 Prozent auf 79,5 Mrd. DM ausdehnen (real plus 0,3 Prozent). Die Genossenschaften profitierten dabei von der günstigen Entwicklung in der Landwirtschaft. Obwohl sich die Ertragslage verbessert hat, sank die Summe der Investitionen von 1,8 Mrd. DM deutlich unter 1 Mrd. DM. Der Strukturwandel in der Raiffeisen-Organisation hat sich verlangsamt.

Stahlverarbeiter besorgt

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die Arbeitsgemeinschaft der Eisen- und Metallverarbeitenden Industrie (AVI), Düsseldorf, der die großen deutschen Stahlverbraucher wie beispielsweise die Automobilindustrie angehören, steht „einer zu starken Konzentration des Stahlangebots" skeptisch gegenüber. Wie es in einer Stellungnahme zu den Vorschlägen der Stahlmoderatoren heißt, bestehe vor allem Sorge hinsichtlich der vorgesehenen Fusion zweier führender Edelstahlwerke (Thyssen und Krupp). Für die deutschen Stahlverarbeiter sei es von vorrangiger Bedeutung, daß ihre lebenswichtigen Interessen ausreichend berücksichtigt werden. Die Empfehlung der Moderatoren bei einer Fortdauer der Subventionspolitik anderer Länder innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eine Grenzausgleichsabgabe einzuführen, sei unannehmbar.

Mehr Bürgschaftsanträge

Hannover (dos.) – Eine deutliche Erhöhung bei den Antragseingängen verzeichnet die Nordwestdeutsche Bürgschaftsbank GmbH seit November 1982, sowohl für die Zahl der beantragten Bürgschaften als auch für die Summe. Da nur 15 Prozent des Volumens für langfristige Umschuldungen verwendet werden, während 85 Prozent neue Investitionsvorhaben betreffen, lassen diese den Schluß zu, daß „zahlreiche mittelständische Unternehmer" den Zeitpunkt für geplante Investitionen als günstig erachten.

Corsa-Verkauf ab März

Düsseldorf (Py.) – Die Adam Opel AG, Rüsselsheim, wird ab 4. März den Verkauf des neuen Corsa in der Bundesrepublik starten. Mit ihm wird Opel zum ersten Mal in den Wettbewerb der kleinen Kompaktwagen eingreifen. Die Grundausführung wird 11 650 DM (unverbindliche Preisempfehlung), die teuerste Version 14 825 DM kosten.

100 Mill. DM investiert

Düsseldorf (Py.) – Die Nürnberger Versicherungsgruppe wird 1982 100 Mill. DM in Grundstücke und Neubauten investieren und dadurch der Bauwirtschaft erhebliche Aufträge zukommen lassen. In den Baukonzepten sind sowohl öffentlich geförderte als auch frei finanzierte Wohnungen enthalten, daneben Läden, Arztpraxen und Büros. Darüber hinaus wird 1983 fremde Bautätigkeit mit 200 (170) Mill. DM finanziert.

HAAS + SOHN / 1982 „recht erfreuliche" Entwicklung

Neubeginn ist gelungen

VWD, **Frankfurt**

Über einen gelungenen Neubeginn berichtet die Geschäftsleitung des Ofen- und Kochgeräteherstellers Haas + Sohn Haus- und Kochtechnik GmbH, Sinn/Hessen, die als Auffanggesellschaft seit Dezember 1981 die Anlagen der in Konkurs gegangenen alten Haas + Sohn weiterbetreibt. Die Unternehmensleitung rechnet nach den vorläufigen Bilanzzahlen bereits für 1982 mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Im vergangenen Jahr konnte von der neuen Haas + Sohn bei einem Auftragseingang in Höhe von 50 Mill. DM ein Umsatz von rund 45 Mill. DM erzielt werden, während der Umsatz bei der Vorgängergesellschaft zuletzt bei etwa 80 Mill. DM lag. 1983 wird, wie auf der Domotechnica in Köln mitgeteilt wurde, eine Umsatzsteigerung auf 65 Mill. DM erwartet. Für 1982 wird über eine „recht erfreuliche" Entwicklung in allen Produktbereichen berichtet, vor allem bei Öfen und Herden (ein Drittel des Gesamtumsatzes). In den Bereichen Heizungs- und Großkochtechnik, bei Kompaktküchen, Hochdruckreinigern und im Drahtsektor habe die Entwicklung den Erwartungen entsprochen. Im Projektgeschäft habe man im zweiten Halbjahr 1982 eine Reihe von Großaufträgen buchen können. Rund 50 Mitarbeiter sind neu eingestellt worden.

Mit dem ausreichend bemessenen Stammkapital von 8,5 Mill. DM, von den 5 Mill. DM von der KEC Kneissel Energie Consult GmbH, München, und 3,5 Mill. DM von dem früheren Vorstandschef der Deutschen Anlagen-Leasing (DAL), Eberhard Kühl, gehalten werden, konnten bisher alle Finanzierungsprobleme aus eigener Kraft gelöst werden. Eine Aufnahme von Bankkrediten habe sich nicht als notwendig erwiesen. Lieferantenkredite seien nur in unbedeutender Größenordnung in Anspruch genommen worden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: D. S. O. Daten-Service- u. Organisations GmbH; **Bamberg:** Hans-Karl Kleindienst, Kaufm. Inh. d. Metallwarenfabrik Debring; **Bremen:** Prestige Werbeges. mbH; **Hamburg:** Werner Mittendorf, Rosengarten (Tötensen), Alleininh. d. Elektroinstallation; Ladstetter Verlagsbuchbinderei u. industrielle Papierverarbeitung GmbH; **Hamm:** Puelln-Kleider GmbH, Kamen; **Heidelberg:** Kühlturm-Keller GmbH; **Hochheim:** ATB Auto-Teile-Bedarf GmbH; **Köln:** Skyline Gaststätten-Betriebs GmbH; Früchte Knott GmbH, Großmarkt; **Meldorf:** KG i. Wulff u. Sohn Angora Werke GmbH & Co., Heide; **München:** Gumpelmann-Gaststätten GmbH; OSR Original-Synchron-Reproduktionen Becker GmbH & Co. Produktions-KG; **Norderstedt:** KG Jan-Peter Meyer KG Maschinenbau u. Schweißtechnik, Henstedt-Ulzburg; **Nürnberg:** Rex Plastic Max Ernst GmbH & Co. KG, Erasbach; Nachl. d. Norbert Meier, Oldenburg, Theodor Wirbel, Kaufmann und Schiffseigner; **Würzburg:** Peter Oehrlein, Blumengroßhandel KG, Hettstadt; **Wuppertal:** Christa Oetzbach, Velbert 1.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Hannover: Hansen Vermögensverwaltung GmbH; KG i. Hansens Gummi & Pakkungs-Werke Paul & John Hansen GmbH & Co.

Vergleich eröffnet: Bielefeld: Hans-Günther Eickhoff, Kaufm. Unternehmen der Gastronomie.

Vergleich beantragt: Braunschweig: Nachl. d. Dr. Karl-Dieter Huhold; **Eutin:** Sieger-Bau KG, Malente; **Leer:** Artur Loger GmbH, Baustoffe, Hoch- u. Tiefbau, Stahlbetonbau, Rhauderfehn; Artur Loger GmbH Baustoffe, Hoch- u. Tiefbau & Co, KG, Rhauderfehn; **Stuttgart-Bad-Cannstatt:** Schlager Textilwerk GmbH & Co. KG i. Liquidation.

MUSIKMESSE / Hersteller sind zufrieden – Preiszugeständnisse des Einzelhandels

Die neue Orgel mit Digitaltechnik

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Unzufrieden zeigten sich eigentlich nur die Leute, die mal so richtig in die Tasten greifen wollten: Dezent wiesen die Hersteller von 60 000 bis 70 000 Mark teuren Flügeln darauf hin, daß man das gute Instrument doch bitte gar nicht oder nur eben „anspielen" wolle. Zwar war die offizielle Begründung der Versuch, den Lärmpegel auf der gestern zu Ende gegangenen Musikmesse zu senken, aber diese Mühe war bei betreffenden Ausstellern sicher zum Teil auch aus Sorge um den Nach-Messe-Zustand der teuren Stücke diktiert; der letzte Tag war nämlich „Publikumstag" und füllte die Hallen mit Musikinteressierten aller Couleur.

Entgegen den Moll-Tönen, die vor Messebeginn aus dem deutschen Musikfachhandel gekommen waren, zeigte sich die Mehrzahl der 717 Aussteller, davon 432 aus dem Ausland, nach dem Verlauf der mit reichem Rahmenprogramm umgebenen Musikmesse in Dur gestimmt. Es wurde eingekauft, zum Teil freilich auch, wie zu hören ist, nur angebahnt.

Denn ohne Zweifel ist das Interesse an Musik groß; nur schlägt sich die öffentlichen Instituten durch leere Kassen auferlegte Zurückhaltung natürlich zum Teil im Geschäft der Instrumentenbauer nieder: Die Anschaffung eines teuren Flügels, der mit Begeisterung begutachtet wird, braucht Zeit, wenn der Etat nichts hergibt. Die Musikfachgeschäfte, die im vergangenen Jahr rund 80 Prozent ihres Umsatzes einbüßten, haben das durch ihren Sprecher unumwunden erklären lassen: Wo die angebotene Ware am wenigsten für den Alltagsbedarf benötigt wird, wurde im vergangenen Jahr am ehesten gespart. Das hat, mit regionalen Unterschieden – denn im Süden lief das Geschäft besser als im Norden –, zu scharfem Wettbewerb mit Preis- und Konditionszugeständnissen im Einzelhandel geführt.

Am Elektronikmarkt, der den Deutschen fast völlig von Fernost-Konkurrenz aus der Hand genommen worden war, sind die Hersteller offenbar zum Gegenangriff angetreten. So berichtet Hohner in diesem Bereich von einem Plus von 37 Prozent durch die neue Orgelgeneration in Digitaltechnik; die Produktion sei nach der Messe auf mehrere Monate ausgebucht. Auch die Hersteller „traditioneller" Instrumente berichten über Erfolge, vor allem, wie gehabt, im Export: Made in Germany habe bei Instrumenten weltweit noch immer einen ausgezeichneten Klang.

NAMEN

Gerd Schulz, Vorstandsvorsitzender des Bauindustrieverbandes Hamburg e. V. und stellvertretender Vorsitzender des Industrieverbandes Hamburg e. V., vollendet am 11. Februar das 60. Lebensjahr.

Hero Brahms wurde vom stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Hoesch-Werke AG, Dortmund, ernannt.

Dr. Regine Jebsen wurde zur Generalbevollmächtigten für Presse und Öffentlichkeitsarbeit der Drägerwerk AG, Lübeck, ernannt.

Karl-Heinz Hemmer, Vorstandsmitglied der Deutschen Texaco AG, möchte aus gesundheitlichen Gründen im Mai 1984 aus dem Vorstand ausscheiden. **Paul A. Mattmann,** Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Texaco AG Zürich, wurde per 1. April 1983 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt.

Dr. Heinz Küspert (51), Revisionsdirektor und Leiter der Prüfungsstelle beim Bayerischen Sparkassen- und Giroverband, wurde zum Stellvertreter des Geschäftsführenden Präsidenten des Bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes ernannt. Er ist Nachfolger von Dr. **Bodo Spiethoff,** der mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand tritt.

Karl-Heinz Rüsberg, bisher kaufmännischer Vorstand der Resita Renk S. A., Resita Romania, ist per 1. Januar 1983 zum Sprecher der Geschäftsführung der Jahnel-Kestermann Getriebewerke Bochum GmbH ernannt worden.

Andreas Riepen, alleiniger Inhaber der Firmengruppe Andreas Riepen ist in die Albert Wolter Immobilien GmbH & Co., Köln, als geschäftsführender Gesellschafter eingetreten. Ebenfalls zum 1. Januar 1983 hat Andreas Riepen die Hausbau-Treuhand GmbH übernommen.

Verunsicherung führte zur Rezession

Hersteller und Aufsteller spüren die Flaute der Konjunktur

Permanente Hochzinspolitik und anhaltende Überbewertung des Dollars haben mit dazu beigetragen, daß auch der deutschen Automatenindustrie, einer Branche mit immerhin mehr als 30 000 Mitarbeitern, der Wind derzeit kräftig ins Gesicht bläst. Die Zuwachsraten von einst sind in der Bilanz des vergangenen Jahres zur nostalgischen Wunschvorstellung geschrumpft. Darüber hinaus waren deutliche Trendverschiebungen zu verzeichnen.

Zum Teil starke Einbrüche zeigten sich 1982 im Bereich der Unterhaltungsautomaten ohne Gewinnmöglichkeit. In der Sparte „Flipper" betrug der Umsatzrückgang rund 25 Prozent, was vor allem auf den anhaltend hohen Dollarkurs zurückzuführen ist, der diese Geräte erheblich verteuert hat. Bei den Videoautomaten haben sich – nach dem Einführungsboom der Jahre 1979–1981 – die Einnahmen an der Basis auf ein Normalmaß eingependelt. Zurückhaltung übten die Aufsteller bei Neukäufen, die bei der schnellebigen Art dieser Spiele unbedingt erforderlich sind.

Die Gründe für diese Zurückhaltung sind vor allem in der Verunsicherung zu suchen, die durch die Kritik am Automatengeschäft hervorgerufen wurde. Dabei wird diese „Kampagne" in der Regel nicht mit rationalen Argumenten, sondern zumeist mit emotionalen Schlagworten geführt.

Die juristische Gleichsetzung von modernen Spielcentren (Spielhallen) mit Sex-Shops oder Peep-Shows, die Diskussion über das neue Jugendschutzgesetz, das ein generelles Aufstellungsverbot für elektronische Unterhaltungsspielgeräte außerhalb von Spielhallen und Gaststätten vorsieht, der vor gut einem Jahr geprägte Negativ-Begriff des „Killer-Automaten" – all dies zeigt, wie wenig sich uninformierte Meinungsmacher ernsthaft mit dieser Materie auseinandergesetzt haben, wie schwierig es ist, eingeprägte Vorurteile auszuräumen, die dank gewissenhafter Untersuchungen namhafter Kriminologen, Soziologen und Jugendpsychologen längst gegenstandslos geworden sind.

Anstatt weiterhin vom „grünen Tisch" aus über vermeintliche Mißstände einer Unterhaltungsbranche zu diskutieren, die längst zu einem wesentlichen Bestandteil zeitgemäßer bundesdeutscher Freizeitgestaltung und damit nicht zuletzt auch zu einem beachtlichen Faktor für die Volkswirtschaft geworden ist, sollten sich die staats- und medienpolitisch Verantwortlichen und teilweise selbsternannten „Jugendschützer" mehr an den *Publikationen anerkannter* Wissenschaftler orientieren und sich auf die Freiwillige Selbstkontrolle der Unterhaltungsautomaten-Wirtschaft verlassen.

Zudem haben namhafte Wissenschaftler in den vergangenen Monaten nachgewiesen, daß die früher so gerne vertretene These des „Aggressionsaufbaus" durch Videospiele nicht länger haltbar ist. Im Gegenteil: Das Spielen an Unterhaltungsautomaten, so wurde erkannt, schult gesellschaftlich wichtige Funktionen wie Realitätserkenntnis, Geschicklichkeit, Konzentration, Frustrationsabbau, das Erlernen und Variieren von Regeln. Mehr noch: Das Vertrautwerden mit Computern einfachster Art, wie sie Unterhaltungsautomaten darstellen, nimmt den jungen Menschen die Angst vor dem Computerzeitalter.

Gründe genug, um diesen positiven Freizeittrend durch die Entwicklung neuer, noch attraktiverer Videospiele zu fördern. Dazu benötigt jedoch die Automatenbranche die Sicherheit, daß nicht in naher Zukunft aus dem politischen Bereich *Entscheidungen* kommen, die alle diesbezüglichen Investitionsanstrengungen, die nicht zuletzt auch der Arbeitsplatzsicherung dienen, wieder infrage stellen.

PAUL GAUSELMANN

Der Autor ist 1. Vorsitzender der Fachabteilung Musik- und Unterhaltungsautomaten im VDAI



Aus Zilles Sicht

Unterhaltungsautomaten

au – Unterhaltungsautomaten sind Teil des Freizeitangebotes geworden – ob es einem nun passen mag oder nicht. Seitdem das Spielen wiederentdeckt und auch der psychologische Nutzen des Spielens besser erkannt wurde, ist das Automatenspiel gesellschaftsfähig geworden. Die zunehmende Attraktivität ließ die Branche eine Größenordnung und Bedeutung erreichen, die vor wenigen Jahren kaum jemand erwartet hätte. In der Bundesrepublik wurden im vergangenen Jahr mehr als drei Milliard[en] Mark am Spielautomaten ausg[e]geben; zwei bis drei Prozen[t] mehr als im Jahr zuvor. Währen[d] auf der einen Seite „Kriegsspie[l]automaten verrohende und a[g]gressionsfördernde Auswirku[n]gen nachgesagt werden, komme[n] wissenschaftliche Untersuchu[n]gen zu diesem Thema zu eine[m] ganz anderen Ergebnis: Das Sp[iel] am *Kriegsspielautomaten* ist [le]diglich ein Symbolspiel, das ke[i]nerlei soziale Schäden hervo[r]ruft.

Eine Wachstumsbranch[e] hat sich etabliert

Deutsche Musikautomaten sind weltweit gefragt

Die deutsche Unterhaltungsautomaten-Wirtschaft nahm in den vergangenen Jahren eine positive Entwicklung. Mit der zunehmenden Attraktivität der Unterhaltungsautomaten dank moderner Elektronik hat die Branche erheblich an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. Ebenso wie die Warenautomaten sind Unterhaltungsautomaten heute ein fester Bestandteil des gesellschaftlichen Alltags.

Noch im Jahr 1975 betrug die Zahl der in der Bundesrepublik aufgestellten Unterhaltungsautomaten insgesamt 350 000 Geräte. Innerhalb von sechs Jahren stieg die Anzahl der Automaten auf rund 433 000 im Jahre 1981. Diese Zahl scheint sich nach Schätzungen der Branche im Jahre 1982 nicht weiter erhöht zu haben, so daß die rasante Wachstumsphase von einer ruhigeren Konsolidierungsperiode abgelöst wurde. Eine erstaunliche Entwicklung verzeichneten die Video*automaten, deren Anzahl von rund* 5000 Geräten 1975 auf insgesamt 75 000 aufgestellten Automaten 1981 stieg. Die Gesamtzahl der 1982 aufgestellten Videoautomaten liegt wegen der Marktsättigung nur wenig über der Vorjahreshöhe.

Auch hinsichtlich des Umsatzes kann die Unterhaltungsautomaten-Wirtschaft beachtliche Zahlen vorweisen: Der Gesamtumsatz der Branchen stieg von 2,8 Milliarden Mark im Jahre 1975 auf 4,2 Milliarden Mark im Jahre 1981.

Die Zahlen des ersten Halbjahres 1982 belegen, daß auch für die Unterhaltungsautomaten-Wirtschaft die Zeit der zweistelligen Zuwachsraten vorerst vorbei zu sein scheint. So verzeichnen die in den *letzten Jahren stark* expandierenden Videoautomaten im Jahre 1982 einen Absatzrückgang von rund 45 Prozent gegenüber 1981; dafür wurden aber für die Nachrüstung über 30 000 Platinen (neue Spielsysteme) verkauft.

Dieses Ergebnis bestätigt die von der Branche selbst erwartete Normalisierung des Marktes, wie sie sich auf dem japanischen Markt schon vor zwei Jahren abzeichnete. Auch bei Flippern und Musikautomaten war der Markt – nicht zuletzt wegen des hohen Dollarkurses – leicht rückläufig, während bei den Sportgeräten (Billard und Fußball) ein leichter Zuwachs zu verzeichnen war. Nach wie vor ist der Markt der Unterhaltungsautomaten mit Gewinnmöglichkeit stabil. Der Jahresumsatz lag mit rund 61 000 Geräten etwa 9 Prozent ü[ber] den Verkaufszahlen von 1979 (I[n] liefen die 1979 verkauften Ge[räte] wegen des Dreijahresrhythm[us] aus).

Insgesamt wurden etwa 10[0 ...] Komplettgeräte verkauft ge[gen] über 115 600 Komplettgeräten [im] Jahre 1981. Die Gesamtzahlen [...] basieren auf einer Hochrechn[ung], da zu diesem Zeitpunkt die end[gül]tigen Meldungen für den Dez[em]ber noch nicht vorlagen. Rech[net] man für 1982 das neuentwick[elte] Platinengeschäft mit über 30[...] dazu, war der Gesamtmarkt ge[gen]über 1981 ausgeglichen.

Es gibt kaum eine Branche[, in] der Kreativität und Neuheiten e[ine] so entscheidende Rolle spielen [wie] in der Unterhaltungsautomat[en-] Wirtschaft. Die Spiele müs[sen] ständig neuen Trends ange[paßt] werden, um so attraktiv und a[ktu]nell wie möglich zu sein. Die A[uf]wendungen für Investitionen [und] *Innovationen* machen jähr[lich] mehr als eine halbe Milliarde M[ark] aus.

Das Vordringen der Mikro[pro]zessoren und Kleincomputer f[ührte] te zu einem immer perfekter [und] faszinierender werdenden Sp[iel]angebot. Die Umstellung von e[lek]tromechanischen auf mode[rne] elektronische Unterhaltungs[auto]maten stellt höchste Ansprüch[e an] die Wartung der Geräte, für [die] heute spezialisierte Fachleute [mit] aufwendigem Testgerät notwe[ndig] sind.

Für Produktion, Wartung [und] Betrieb der Unterhaltungsauto[ma]ten beschäftigen Aufsteller, G[roß]handel und Industrie in der B[un]desrepublik rund 30 000 tec[hni]sche und kaufmännische Mitar[bei]ter. Hinzu kommt die in den let[zten] Jahren ständig steigende Zahl [der] Aufsichtspersonen in den mo[der]nen Spielcentren (Spielhallen) [–] gut 10 000 Personen und die i[ndi]rekt Beschäftigten, deren Zahl [...] allein in der Zulieferbranche [auf] etwa 2500 berechnen läßt. In [den] vergangenen Jahren wurden v[iele] neue Arbeitsplätze in di[eser] Wachstumsbranche geschaffen.

Von der Unterhaltungsauto[ma]ten-W[irtsc]haft gehen wichtige [Im]pulse au[f] andere Wirtschaftszwe[ige] aus. So liefert beispielsweise [die] Schallplattenindustrie jähr[lich] mehr als acht Millionen Sin[gle-] Platten zur Bestückung der Mu[sik]*automaten.*

BERND ZA[...]

Der Geldbeutel soll nicht zu arg strapaziert werden

VDAI-Arbeit im Interesse der Hersteller und Importeu[re]

Der Verband der Deutschen Automatenindustrie e. V. (VDAI) ist ein auf Bundesebene tätiger Industrieverband. Er wurde im Oktober 1956 von acht führenden Herstellern der Unterhaltungsautomaten-Wirtschaft gegründet. Seit 1961 bestehen innerhalb des VDAI zwei Fachabteilungen: für Musik- und Unterhaltungsautomaten und für Waren- und Leistungsautomaten.

Neben den Herstellern sind auch die in der Bundesrepublik und West-Berlin tätigen Generalimporteure der überwiegend *in* Japan und den Vereinigten Staaten beheimateten Hersteller von Unterhaltungs- und Warenautomaten im VDAI organisiert. Dem VDAI gehören 33 Produktions- und Importfirmen an.

Zu der Gruppe der Unterhaltungsautomaten gehören neben dem Flipper und Sportgeräten wie Billard oder Tischfußball vor allem auch die Videoautomaten, die gerade in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen haben. Eine wichtige Rolle für die deutsche Unterhaltungsautomaten-Wirtschaft spielen die Geldspielgeräte – die sogenannten Unterhaltungsautomaten mit Gewinnmöglichkeit.

Im Gegensatz *zu den* reinen Glücksspielen wie beispielsweise den „slot *machines*" aus Las Vegas (in Deutschland nur in den Spielhallen-Dependancen anzutreffen) steht bei den Unterhaltungsautomaten mit Gewinnmöglichkeit die *Unterhaltung*, nicht der finanzielle Gewinn im Vordergrund.

Geringe Einsätze, kleine aber häufige Gewinne, dementsprechend geringe Verluste sind die typischen Merkmale dieser Gruppe. Rund 95 *Prozent* der in der Bundesrepublik aufgestellten Musik- und Unterhaltungsautomaten werden von Mitgliedsfirmen des VDAI geliefert.

Bei den Waren- und Leistungsautomaten liegt das Schwergewicht bei den Herstellern von Zigarettenautomaten, von denen in der Bundesrepublik und West-Berlin etwa 760 000 aufgestellt sind. Fast 50 Prozent aller Zigaretten werden durch Automaten abgesetzt, was bedeutet, daß jährlich mehr als zehn Milliarden Mark in Mün[z-] *allein in die Münzprüfer für* Zi[ga]rettenautomaten eingeworfen w[er]den.

Nach seiner Satzung gehört es [zu] den Aufgaben des VDAI, die all[ge]meine wirtschaftliche und tech[ni]sche Entwicklung des Münzau[to]matenwesens zu fördern und [die] gemeinsamen Interessen der H[er]steller und Importeure der Mü[nz]automaten-Wirtschaft wahrzun[eh]men. Dies geschieht insbesond[ere] durch die Zusammenarbeit mit [Be]hörden, *wirtschaftlichen* und an[de]ren Stellen und Einrichtungen [so]wie durch die Mitwirkung bei [ge]setzgeberischen Maßnahmen.

Als ein relativ kleiner Verba[nd] wahrt der VDAI seine Eigenst[än]digkeit. Die Fertigung und Aufs[tel]lung von Musik-, Unterhaltun[gs-] und Warenautomaten bringt e[ine] Vielzahl differenzierter rechtlich[er,] wirtschaftlicher und technisch[er] Probleme mit sich, die einer d[em] Wesen und der Funktion der Mü[nz]automaten entsprechenden S[on]derregelung bedürfen.

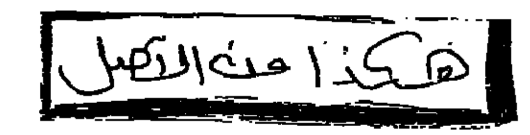
Der Verband gehört unter an[de]rem dem Arbeitsausschuß [des] Bundesministers der Finanzen [für] automatensichere Münzen u[nd] dem bei der Deutschen Elekt[ro]technischen Kommission gebil[de]ten Arbeitsausschuß für Münz[au]tomaten sowie dem Deutschen [In]stitut für Wirtschaftsforschung a[n].

Der VDAI hat Wettbewerbs[re]geln geschaffen, die 1966 in d[as] Register für Wettbewerbsreg[eln] *beim Bundeskartellamt* einget[ra]gen worden sind. Diese Regeln [ha]ben insbesondere in der Rec[ht]sprechung Beachtung gefunden.

Schließlich veranstaltet d[er] VDAI jährlich jeweils in der d[rit]ten Januarwoche in Frankfurt ei[ne] internationale Fachmesse Unt[er]haltungs- und Warenautomat[en] (IMA). 1983 informierten mehr a[ls] 100 ausstellende Firmen über d[as] vielseitige Angebot an Musik-, U[n]terhaltungs- und Warenautomate[n].

Zur deutschen Unterhaltungsa[u]tomaten-Wirtschaft gehören neb[en] den im VDAI zusammengeschlo[s]senen Herstellern und Importe[u]ren die Großhändler und die Aut[o]matenaufsteller, die ebenfalls [in] Fachverbänden organisiert sind.

HEINZ KUMME[...]



Kampf ums Überleben auf einer schiefen Ebene

Psychologische Aspekte / Traum und Spiel das gleiche?

Wer möchte das nicht? Einmal am Drücker sitzen, verschiedene Hebel in Bewegung setzen, etwas ins Rollen bringen, Risiken eingehen und in schwierigen Situationen die Kontrolle behalten. Was sich in der Wirklichkeit immer wieder als erstrebenswert und gar lebensnotwendig erweist, kann doch eigentlich im Spiel unmöglich für unsinnig, phantasielos oder sogar unmoralisch gehalten werden.

Genau in diese Richtung gehen aber die Vorwürfe, die sich letztlich die Akteure an den modernen Automatenspielgeräten anhören müssen: Wer an den einschlägigen Spielangeboten Freude habe, neige zu sinnlosem und stumpfsinnigem Tun, begebe sich mehr oder wenig ahnungslos in eine ihn pädagogisch verrohende Situation und verschwende sein Geld, da er keinen Gegenwert erhalte.

An der Kontroverse, die sich an den Automatenspielen entzündet hat, fällt auf, daß eifrig moralisiert und mit Thesen und Begriffen hantiert wird – nur den Spielenden selbst scheint niemand zu fragen. Dabei ist es doch recht naheliegend, sich zunächst einmal in dessen Stiefel zu stellen und zu versuchen, das Spielgeschehen aus dessen Sicht zu verstehen.

Da ist zum Beispiel der Flipperautomat. Ohne sonderliche Mühe kann man die Symbolik des augenfälligen Spielablaufes als „Kampf ums Überleben auf einer schiefen Ebene" begreifen: Wer flippert, treibt eine Kugel ständig bergauf, versucht geistesgegenwärtig und reaktionsschnell die Tücken und Fallen, die das Gerät bereithält, zu umgehen. Nur so kann er sich eine Weile auf abschüssigem Gelände halten, Punkte einheimsen oder gar zu einem Freispiel kommen.

Dem Risiko, daß die rasende Kugel vorzeitig „ausflippt", ist nur mit Gelassenheit, Überblick, Konzentration und der Fähigkeit zu schnellen und richtigen Entscheidungen zu begegnen – mit Merkmalen also, die zumindest sinngemäß in fast jeder Stellenanzeige zu finden sind.

Natürlich kann der Spielende anschließend die ergatterten Punkte nicht aufessen – und dennoch haben sie für ihn einen subjektiven Wert, den ihm kein Außenstehender madig machen sollte: Das Punktekonto „beweist", daß man sich auch auf schwierigstem Terrain zu halten versteht.

Das Spiel, meint der Psychoanalytiker Erik Erikson, dient der Durcharbeitung einer seelischen Thematik. Es macht spannungsreiche Ereignisse und Situationen verfügbar – was im Alltag ohnmächtig als verletzend und demütigend erlebt wurde, kann nachträglich „spielend" zurechtgerückt werden. Nichts anderes passiert nach psychoanalytischer Erkenntnis ja meist auch im Traum – nur den können wir weder willentlich gestalten, noch seinen Ausgang bestimmen. So kann man denn wohl getrost bereits Aristoteles zustimmen: Die Seele entschlackt und reinigt sich im spielerischen Tun.

Gilt dies alles denn nun auch für jene Videospiele, in denen zum Beispiel Außerirdischen der Kampf angesagt ist und möglichst viele feindliche Invasoren elektronisch zu bekämpfen sind? Das Geschehen, so die Kritiker, wird hier doch recht eindeutig durch Gewalt- und Kampfszenen markiert.

Unterzieht man sich jedoch der Mühe, einmal das Symbolhafte der verschiedensten Spielmöglichkeiten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, so muß man feststellen: Die Symbole passen sich den Zeiten an, das Thema bleibt dasselbe. Es ist noch nicht allzu lange her, da spielten Kinder „Brennende Stadt" und im Berlin der 50er Jahre hatte sich das Spiel „Länder klauen" eingebürgert oder „Schiffe versenken".

Alfred Adler ist da sicher noch heute aktuell: Kampf- und Gewaltspiele dienen der Befriedigung eines Macht- und Geltungstriebes und machen deshalb im realen Leben die Suche nach einem Schwächeren zwecks eigener psychischer Stabilisierung weitgehend überflüssig. Dies darf man nun nicht dahin mißverstehen, daß all jene, die nicht hin und wieder ein Raumschiff mit der Laserkanone verteidigen, darauf angewiesen sind, im Interesse ihres seelischen Gleichgewichts ihre Mitmenschen zu traktieren – aber man darf dem Jugendlichen, dem das Gefühl des Ausgeliefertseins in einer Welt der Erwachsenen sicher nicht fremd ist, durchaus das Erfolgserlebnis zugestehen, wenigstens im Video-Spiel „alles unter Kontrolle" zu haben.

Das ist es dann wohl auch: Die Faszination dieser Spiele besteht darin, daß der Spielende in verschlüsselter Form am Automaten den Elementen und Mechanismen seiner speziellen Erfahrungswelt begegnet – nicht mehr oder weniger hilflos, sondern als „Macher".

C. P. MÜLLER-THURAU



Spielplatz '83 FOTO: KLAUS MEHNER

Video gegen Hirnstörungen

Automatenspiele führen keineswegs zu schädlichem sozialen Verhalten, sondern spielen im Gegenteil eine wichtige Rolle bei der Entwicklung und Verstärkung verschiedener sensomotorischer Fähigkeiten und der Lernfähigkeit sowie bei der Bewältigung von Alltagsproblemen. Das ist das übereinstimmende Ergebnis mehrerer jüngster Studien und Untersuchungen, die in den USA veröffentlicht wurden. Bemerkenswert: Automatenspiele werden in Amerika bereits im Klinik- und Universitätsbereich für diagnostische und therapeutische Zwecke eingesetzt.

Nach Ansicht des Psychologen J. Sehulster von der Stamford-Universität sind Automatenspiele bei Jugendlichen äußerst nützlich, um Lernfähigkeiten heranzubilden, das Erinnerungsvermögen zu stärken und Strategien zur Lösung unterschiedlicher Lebensprobleme zu entwickeln. Kritikern der elektronischen Spiele wirft der renommierte Wissenschaftler „oberflächliches Denken" vor, das sich vor den Erkenntnissen wissenschaftlicher Analysen zu diesem Thema verschließe. Tatsächlich kann jetzt auf eine Vielzahl von Erfahrungsberichten der Forschung und Medizin zurückgegriffen werden.

So hat sich der Einsatz von Videospielen bei der Behandlung verschiedenartiger Gedächtnisstörungen und der Beseitigung von Koordinationsschwierigkeiten als sehr hilfreich erwiesen. Durch diese Erfolge ermutigt, sind in mehreren Kliniken und Universitäten der USA Langzeitversuche angelaufen. So setzt das Veterans Administration Medical Center in Palo Alto auch Videospiele ein, um die motorischen Fähigkeiten und die Koordination zwischen Hand und Auge bei gehirnverletzten Menschen wiederherzustellen beziehungsweise zu verbessern. Das Epilepsie-Zentrum der Johns-Hopkins-Universität benutzt die Spielautomaten, um den Wirkungsgrad krampflösender Medikamente bestimmen zu können. Die psychiatrische Klinik der Harvard Medical School in Cambridge erforscht, auf welche Weise Automatenspiele Motivation und Erinnerungsvermögen zu erhöhen und einen Beitrag zur Herausbildung sozialer Fähigkeiten bei geistig gestörten Patienten zu leisten vermögen.

In den USA diskutieren immer mehr Jugendpsychologen, Sozialarbeiter und Therapeuten die positiven Auswirkungen der Automatenspiele, wobei sich die Einsicht durchsetzt, daß abweichendes soziales Verhalten wie Aggressivität nicht dem Automatenspiel, sondern anderen Umweltfaktoren zuzuschreiben ist. Der Psychiater R. Weingarten vom Stamford Hospital: „Automatenspiele fördern Disziplin und Konzentrationsvermögen."

Eine weitere Untersuchung weist jetzt auch nach, daß die amerikanischen Jugendlichen trotz aller Begeisterung für Automatenspiele keineswegs einen großen Teil ihres Taschengeldes dafür ausgeben. Nach den Ergebnissen einer Marktforschungs-Studie verwenden junge Leute in den USA weniger als vier Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Videospiele.

DAVID LERNER

Rufen die Symbolspiele soziale Schäden hervor?

Freiwillige Selbstkontrolle sorgt für Jugendschutz

Videoautomaten mit grausamem Charakter, wie es sie beispielsweise in Japan und in den Vereinigten Staaten gibt, werden von den deutschen Importeuren aus Gründen der Selbstbeschränkung nicht importiert.

Eine ganze Reihe von Vorwürfen richtet sich jedoch auch gegen die sogenannten „Kriegsspielautomaten". Diesen Geräten werden „verrohende" und aggressionsfördernde" Auswirkungen nachgesagt.

Es gibt inzwischen aber auch wissenschaftliche Untersuchungen zu diesem Thema, die zu dem Ergebnis kommen: Das Spiel an „Kriegsspielautomaten" ist lediglich ein Symbolspiel, das keinerlei soziale Schäden hervorruft.

Dessen ungeachtet wurde Anfang 1982 vom Verband der Deutschen Automatenindustrie (VDAI) eine Freiwillige Selbstkontrolle der Automatenwirtschaft (ASK) eingerichtet. Hier beurteilt ein Kontrollgremium regelmäßig Videoautomaten unter dem Gesichtspunkt, ob sie für Kinder und Jugendliche geeignet sind, und vergibt dem Ergebnis der Prüfung entsprechend grüne („jugendfrei") und gelbe („nicht jugendfrei") Plaketten.

Die mit einer gelben Plakette versehenen Geräte werden dann nur noch an Plätzen aufgestellt, die Kindern und Jugendlichen nicht frei zugänglich sind. Die Freiwillige Selbstkontrolle läßt die Frage, ob Kriegsspiele für Jugendliche schädlich sind, durchaus offen. Aber sie trägt der öffentlichen Meinung Rechnung, daß nicht sein muß, was nicht sein soll.

Gutes Beispiel

Damit ist der VDAI mit gutem Beispiel vorangegangen. Im Gegensatz zu Heimvideo-Spielen oder Videofilmen, die von Jugendlichen jeden Alters völlig unkontrolliert genutzt werden können, besitzen Videospiele in Automaten einen wirkungsvollen Jugendschutz.

Der im vergangenen Sommer von der damaligen Bundesregierung vorgelegte Entwurf zur Novellierung des Jugendschutzgesetzes stößt allerdings beim Verband auf Kritik. Statt, wie ursprünglich vorgesehen, den Kindern und Jugendlichen einen ihrem Alter entsprechenden Freiraum zu gewähren, sieht der Novellierungsvorschlag scharfe Regelungen vor, die weit über die Belange des Jugendschutzes hinausgehen, meint der VDAI.

So werde in dem Entwurf ein totales Aufstellungsverbot für elektronische Unterhaltungsautomaten in der Öffentlichkeit gefordert. Dieses pauschale Verbot treffe nicht nur die Videoautomaten. Es schließt auch Geräte wie Flipper, Fußballspiele, Comic-Games und Fahrsimulatoren ein, an deren Harmlosigkeit wohl keiner zweifelt. Darüber hinaus werde nicht nur Jugendlichen, sondern auch Erwachsenen die Möglichkeit genommen, in der Öffentlichkeit an elektronischen Automaten zu spielen. Die Aufstellung werde praktisch auf Spielhallen und Gaststätten beschränkt. Außerdem soll es nicht Aufgabe des Staates sein zu bestimmen, wofür Jugendliche ihr Taschengeld ausgeben, meint der Verband. Kinder und Jugendliche müßten lernen, mit ihrem Geld verantwortlich umzugehen. Eine Verbotspädagogik schade hier mehr als sie nutzt.

Rechtliche Bedenken

Wie aus einem VDAI in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten hervorgeht, stoßen die staatlichen Vorschläge auf starke verfassungsrechtliche Bedenken. Sie schaffen durch unklare Formulierungen Rechtsunsicherheit und sind ein Eingriff in die freie Marktwirtschaft. Der VDAI schlägt daher vor, daß lediglich Kindern generell und Jugendlichen unter 14 Jahren ohne Begleitung eines Erziehungsberechtigten das Spielen an Videoautomaten in der Öffentlichkeit nicht gestattet wird. Mit 16 Jahren sei der junge Mensch heute so weit, selbst seine Entscheidung zu treffen, wieweit er sein Taschengeld fürs Spielen ausgibt, unterstellt der VDAI.

Die wirksamste Aufstellungsbeschränkung sieht der Verband in der Freiwilligen Selbstkontrolle. Bis Januar 1983 wurden von insgesamt 135 Videoautomaten 28 als „nicht geeignet für Kinder und Jugendliche" eingestuft. Dies zeige, daß die absolut harmlosen Spiele heute bei weitem überwiegen. Das sei ein erfreuliches Ergebnis für die Arbeit der ASK und mache deutlich, daß der VDAI den Belangen den Jugendschutzes beispielhaft gerecht wird.

R.H.

Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg

Gewinnmitnahmen drückten die Kurse

Bankaktien konnten noch kleine Gewinne erzielen

DW. – Bei erneut recht großen Umsätzen bröckelten die Aktienkurse an der Mittwoch-Börse überwiegend leicht ab. Nach den an den Vortagen vorausgegangenen Kurssteigerungen stellten Großanleger und Berufshandel, wie in der Vorwahlzeit nicht anders zu erwarten, Gewinne kurzfristig sicher und drückten damit die Notierungen leicht nach unten. Die Unternehmungslust der Tagesspekulation war außerdem gedämpft, weil die New Yorker Börse am Dienstag einen Kursrückgang verzeichnete. Es spricht jedoch für die Stabilität der deutschen Börse – trotz aller Unsicherheit –, daß die Tendenz nicht schwächer war.

Gewinne verzeichneten noch Bankaktien, unter denen die Großbanken bis um 1,80 DM (Deutsche) heraufgesetzt wurden. Die Farbennachfolger litten deutlich unter Gewinnrealisationen und gaben bis um knapp 1,50 DM nach. Das gleiche gilt für die BMW-Aktie, bei der der gute Zwischenbericht offensichtlich vorweggenommen worden war. Der Kurs sank um 3 DM. Elektrowerte konnten sich etwa halten. Auch Siemens schwankten um den Vortagswert. Im Maschinenbaubereich gab es Gewinne bis 2,80 DM, so bei GHH, Linde und MAN-Stämme. Das erneute Gerede des Hamburger SPD-Senats von einer eventuellen HEW-Verstaatlichung wurde an der Börse nicht ernst genommen, da eine solche Aktion für Hamburg ohnehin nicht bezahlbar wäre. Der Kurs hielt sich bei ca. 1,50 DM. Montane lagen uneinheitlich, Warenhäuser abbröckelnd.

Düsseldorf: Hochtief gaben um 5 DM auf 465 DM nach. Keramag erhöhten sich um 6 DM auf 156 DM, Rheintextil stiegen um 8 DM auf 175 DM, Allianz befestigten sich um 2,50 DM auf 486,50 DM und Colonia schlossen mit 1,50 DM auf 202 DM fester.

Frankfurt: Der Aktienmarkt war am Mittwoch behauptet. Steigenberger blieben 1100 DM plus 30 DM, Südzucker 279 DM plus 9 DM, Commerzbank-Restquoten bei Doppelplus 5,50 DM plus 0,70 DM und Dresdner Bank-Reste 7,55 DM (6,95 DM). Man spricht gerüchteweise davon, daß die Großbanken ihre Altbankenaktionäre abfinde wollen. Cassella konnten sich um 10 DM auf 290 DM verbessern, im Freiverkehr stiegen Wasag um 17 DM auf 135 DM, Korf blieben mit 70 DM minus 5 DM schwächer.

Hamburg: NWK Vz. gaben auf 155,10 DM minus 1,40 DM nach, HEW tendierten unverändert. Conti Gummi wurden mit 73,80 DM *minus 0,30 DM, Phoenix Gummi zu* 77,70 DM plus 0,70 DM gehandelt. Hypothekenbank Hamburg lagen erheblich fester mit 411 DM plus 5 DM, Vereins- und Westbank stiegen um 1 DM auf 287 DM. Die Hamburger Hochbahn gelangten mit 82 DM plus 1,50 DM zur Notiz.

München: Audi NSU erhöhten sich um 3,80 DM auf 149,80 DM, Dywidag zogen um 2 DM auf 265 DM an, Erste Kulmbacher stiegen um 50 DM auf 800 DM und Leonische Draht befestigten sich um 2,50 DM auf 269,50 DM.

Berlin: Forst Ebnath wurden um 100 DM und Vereinigte Aachen Berliner Versicherung Inhaber um 20 DM höher taxiert. DeTeWe verbesserten sich um 4 DM, Kempinski um 3 DM, ADCA und Orenstein um je 2 DM und BHF-Bank um 1,50 DM. Dt. Eisenhandel taxierte man um 4 DM niedriger.

Nachbörse: knapp behauptet

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München

Aktien-Umsätze

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate

Fremde Währungen

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Junge Aktien

9. 2. 83: BMW 235 bG; Bavaria 1[illegible]; GHH 150; GHH Vz. 150; Jute-Spinn[illegible] 136; Philips Komm. 250,5; VEW 119; He[illegible] St. 212; Herlitz Vz. 193. Freiverkehr: [illegible] 400 B. Bezüge: All. Vers. 45,60; Br[illegible] Vulkan 0,01 bG.

WELT-Aktienindex vom 9. 2.: 112,3 (112,3); WELT-Umsatzindex vom 9. 2.: 2349 (2636).

Ausländische DM-Anleihen

Düsseldorf

Ausland

New York · Toronto · London · Mailand · Amsterdam · Wien · Tokio · Kopenhagen · Zürich · Brüssel · Hongkong · Singapur · Madrid · Paris · Sydney

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 9. 2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–9⅛	5⅜–5⅝	2⅞–3
3 Monate	9¼–9⅝	5½–5⅞	2⅞–3¼
6 Monate	9½–9¾	5⅝–5⅞	3⅛–3½
12 Monate	9¾–10¼	5¾–6¼	3⅝–4

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 9. 2.: Tagesgeld 5,9–6,0 Prozent; Monatsgeld 5,6–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,65–6,0 Prozent.

Privatdiskontsätze am 9. 2.: 10 bis 29 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,80 G / 4,65 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 9. 2.: 5 Prozent; Lombardsatz: 6 Prozent.

Ostmarkkurs am 9. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,50 Verkauf 25,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,50 Verkauf 25,50 DM West.

Goldmünzen

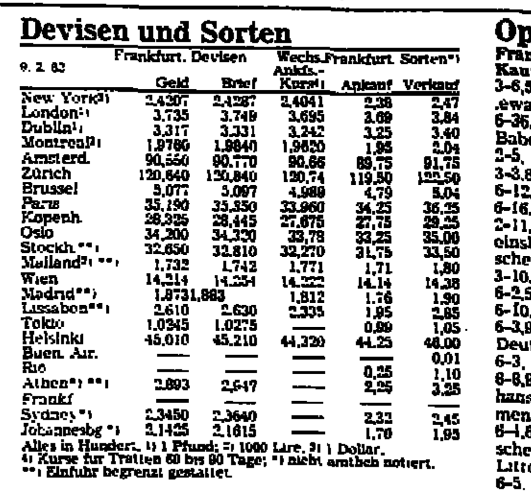
In Frankfurt wurden am 9. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1430,00	1734,55
10 US-Dollar (Indian)**)	998,00	1263,34
5 US-Dollar (Liberty)	418,00	568,39
1 £ Sovereign alt	274,00	332,22
1 £ Sovereign Elizabeth II	271,00	326,83
20 belgische Franken	207,00	267,81
10 Rubel Tscherwonez	290,00	355,96
2 südafrikanische Rand	273,00	331,09
Krüger Rand, neu	1210,00	1412,50
Maple Leaf	1210,00	1412,50
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	278,00	348,04
20 schweiz. Franken „Vreneli"	240,00	296,06
20 franz. Franken „Napoléon"	240,00	296,06
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1125,00	1339,05
20 österr. Kronen (Neuprägung)	227,00	279,11
10 österr. Kronen (Neuprägung)	119,00	151,42
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	521,00	628,28
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	124,00	162,72

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Hektisch verlief am 9. 2. das Geschehen an den Devisenmärkten. Der US-Dollar konnte sein Tageshoch von 2,4440 nicht halten, nachdem verschiedene Gerüchte, die positiv für die D-Mark ausgelegt wurden, durch den Markt gingen, so kam es zu einem Rückgang bis 2,4210 und zu einer amtlichen Notiz von 2,4247, wobei keine Aktivitäten der deutschen Bundesbank zu notieren waren. Nach einer leichten Geschäftsberuhigung wurde ein Schlußkurs von 2,4270 erreicht. Von den großen Währungen gab der holländische Gulden um 19 Pf auf 90,66 und der Schweizer Franken um 21 Pf auf 120,74 sowie der japanische Yen um 35 Punkte auf 1,0260 nach. Stabil mit 35,27 notierte der französische Franc, obwohl erneut Diskussionen über eine Abwertung nach den Kommunalwahlen aufkamen. Dollar in: Amsterdam 2,6745; Brüssel 47,67375; Paris 6,8720; Mailand 1396,05; Wien 17,020; Zürich 2,0082. Pfund/Dollar: 1,5433.



Devisenterminmarkt

Die Dollar-Deports wurden am 9. Februar etwas enger gehandelt, eine zögernde Abschwächung der Dollar-Zinssätze lag zugrunde.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,63/0,53	2,11/2,01	4,40/4,20
Pfund/Dollar	0,28/0,23	0,63/0,59	0,86/0,81
Pfund/DM	2,20/0,8	5,30/3,90	9,30/7,90
FF/DM	37/21	139/123	244/228

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,75 (6,62) – 8,50 (6,88). Ausgabe 1983/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,50 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,75 (6,70) – 8,50 (6,99) – 8,50 (7,21).

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,60, 2 Jahre 6,48.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 98,8, Rendite 7,55.

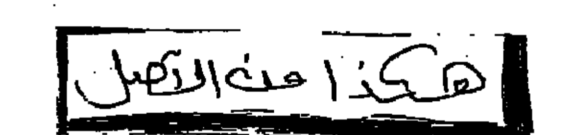
Devisen und Sorten

9. 2. 83	Frankfurt Devisen Geld	Brief	Wechs. Ankfs.-Kurs⁴)	Frankfurt Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York²)	2,4207	2,4287	2,4041	2,38	2,47
London¹)	3,735	3,749	3,695	3,69	3,84
Dublin¹)	3,317	3,331	3,242	3,25	3,40
Montreal²)	1,9780	1,9840	1,9820	1,95	2,04
Amsterd.	90,550	90,770	90,66	89,75	91,75
Zürich	120,640	120,840	120,74	119,50	122,50
Brüssel	5,077	5,097	4,989	4,79	5,04
Paris	35,190	35,350	33,960	34,25	36,25
Kopenh.	28,325	28,445	27,675	27,75	29,25
Oslo	34,200	34,320	33,78	33,25	35,00
Stockh.**)	32,650	32,810	32,270	31,75	33,50
Mailand²) **)	1,732	1,742	1,771	1,71	1,80
Wien	14,214	14,254	14,222	14,14	14,38
Madrid**)	1,873	1,883	1,812	1,76	1,90
Lissabon**)	2,610	2,630	2,335	1,95	2,85
Tokio	1,0345	1,0275	—	0,99	1,05
Helsinki	45,010	45,210	44,320	44,25	46,00
Buen. Air.	—	—	—	—	0,01
Rio	—	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	2,893	2,647	—	2,25	3,25
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,3450	2,3640	—	2,32	2,45
Johannesbg.*)	2,1425	2,1615	—	1,70	1,95

Alles in Hundert. ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar. ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Optionshandel

Frankfurt: 9. 2.: 391 Optionen, 21 350 (21 550) Aktien. Kaufoptionen: AEG 6-3,85, 2-2,50, BASF 6-[illegible] 3-6,50, 2-5, Bayer 6-9,80, 3-5,60, BMW 3-15, 2-11, [illegible]ewag 2-4,35, BBC 2-10, Conti 6-6,60, 2-4,40, Daimler 6-36, 3-24, Deutsche Babcock 6-15,60, 3-13, Deutsche Babcock Vorzüge 6-15,60, 2-10, Hoechst 6-7,80, [illegible] 2-5, Hoesch 6-4,80, 3-3,20, 2-2,60, Klöckner 6-[illegible] 3-3,80, 2-3,20, Lufthansa 6-6,50, 2-4, Mannesmann 6-12,50, 3-7,80, 2-5,90, RWE 6-16, 3-10, RWE Vorz. 6-16,50, 3-10,40, Rütgers 2-15, Siemens 6-17,50, 3-1[illegible] 2-11,50, Thyssen 6-6,60, 2-4,40, VW 6-13,80, Bay. Vereinsbank 2-10,50, Commerzbank 3-8,40, 2-6,40, Deutsche Bank 6-19,60, 2-11, Dresdner Bank 6-12, 3-10,50, General Motors 6-15,50, Xerox 6-10, Phil[illegible] 6-2,50, 2-1,40, Royal Dutch 6-6,60, Norsk Hydro 6-10,40. **Verkaufsoptionen:** AEG 2-1,70, 6-3, Ba[illegible] 6-3,90, BMW 2-7,50, 6-9,80, Conti 2-3,40, 6-[illegible] Deutsch Babcock 6-8, 3-9, Harpener 2-7,50, Hoechst 6-3, Hoesch 2-1,80, 3-2, 6-2,60, Karstadt 6-13, Kaufhof 6-8,90, Klöckner 2-2,40, 3-3, 6-4, Lufthansa 6-6, Lufthansa Vorzüge 3-4,80, 6-6,20, Mercedes 2-8,80, Siemens 2-6,50, 6-8,90, Thyssen 6-3,80, Veba 2-3,50, [illegible] 6-4,80, VW 2-5,20, 3-6,20, Commerzbank 2-3,60, Deutsche Bank 2-5,40, Alcan 3-3,60, Chrysler 3-3, IBM 3-[illegible] Litton 2-5,40, 3-6,50, Philips 3-2, 6-2,60, Norsk Hydro 6-5.



Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen die Gold- und Silbernotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex. Fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee uneinheitlich notierte, konnte Kakao zulegen.

Getreide und Getreideprodukte

	8. 2.	7. 2.
izen Chicago (c/bush)		
ärz	340,00	341,00
ai	348,25	349,50
ul	354,50	355,00
izen Winnipeg (can. $/t)		
heat Board cif.	8. 2.	7. 2.
Lawrence 1 CW	–	235,06
mber Durum	–	216,31
ggen Winnipeg (can. $/t)		
ärz	115,80	116,60
ai	119,50	120,10
uli	123,30	123,50
fer Winnipeg (can. $/t)		
ärz	99,90	99,80
ai	98,40	98,40
uli	98,50	98,40
fer Chicago (c/bush)	8. 2.	7. 2.
ärz	156,25	160,25
ai	165,00	168,25
uli	173,00	176,50
ais Chicago (c/bush)		
ärz	265,00	265,50
ai	273,25	274,00
uli	280,75	280,50
erste Winnipeg (can. $/t)	8. 2.	7. 2.
ärz	105,80	106,00
ai	106,80	107,20
uli	109,60	109,70
ais, roh, New Orleans ($/cwt)	8. 2.	4. 2.
ärz	9,63	9,58
ai	9,80	9,77
uli	9,97	9,98
ept.	9,65	9,55
ais, geschält, New Orleans ($/cwt)		
ärz	17,60	17,20
ai	17,80	17,30
ept.	17,20	17,20

Genußmittel

	8. 2.	7. 2.
Kaffee		
New York (c/lb)	8. 2.	7. 2.
Terminkontr. März	126,90	128,56
Mai	122,90	122,95
Juli	121,20	121,40
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. März	1875	1845
Mai	1903	1879
Juli	1925	1891
Umsatz	4750	6042
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	6,72	6,67
Mai	6,98	6,84
Juli	7,30	7,17
Sept.	7,64	7,50
Okt.	7,91	7,52
Umsatz	14 097	7 341
...sa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7. 2.	4. 2.
	6,42	6,23
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	8. 2.	7. 2.
Kontr. März	1698–1700	1703–1704
Mai	1652–1655	1646–1648
Juli	1575–1580	1571–1573
Umsatz	4944	3804
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt März	1336–1337	1353–1354
Mai	1353–1354	1354–1355
Juli	1374–1375	1363–1364
Umsatz	7473	7876
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker März	113,65–113,75	113,50–113,70
Mai	117,00–117,10	116,65–116,75
Aug.	125,30–125,75	124,80–124,90
Okt.	131,30–131,75	130,70–131,00
Dez.	137,50–138,00	136,75–138,00
März	145,00–147,00	–
Umsatz	4234	2902

	8. 2.	7. 2.
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	337,50	305,00
weißer Sarawak	270,00	270,00
weißer Muntok	342,00	337,50
Orangensaft		
New York (c/lb)	8. 2.	7. 2.
März	105,10	105,35
Mai	105,70	106,15
Juli	107,10	107,35
Sept.	108,00	108,55
Nov.	108,60	109,20
Umsatz	7000	–

Öle, Fette, Tierprodukte

	8. 2.	7. 2.
Erdnußöl		
New York (c/lb)	8. 2.	7. 2.
Südstaaten fob Werk	25,50	25,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	24,00	24,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	17,12	17,20
Mai	17,52	17,60
Juli	17,92	17,96
Aug.	18,10	18,15
Sept.	18,23	18,25
Okt.	18,40	18,40
Dez.	18,65	18,60
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	17,25	17,25
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	16,00	16,00
Choise white hog 4% fr. F.	14,375	14,375
Talg		
New York (c/lb)		
top white	15,25	15,25
fancy	14,75	14,75
bleichfähig	14,25	14,25
yellow max. 10% fr. F.	11,75	11,50
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Febr.	58,20	58,97
April	53,35	54,70
Juni	54,95	55,90
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Febr.	78,30	90,30
März	77,87	79,87
Mai	78,02	80,02

	8. 2.	7. 2.
Häute		
Chicago (c/lb)	8. 2.	7. 2.
Ochsen einh. schwere River Northern	38,50	37,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	48,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
März	587,00	589,50
Mai	601,25	604,00
Juli	614,25	616,75
Aug.	618,00	620,00
Sept.	620,00	622,00
Nov.	630,50	631,00
Jan.	642,50	643,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
März	178,30	177,70
Mai	179,50	180,90
Juli	182,80	184,40
Aug.	184,00	185,40
Sept.	184,60	186,50
Okt.	186,00	187,50
Dez.	190,00	191,50
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	8. 2.	7. 2.
März	287,60	289,60
Mai	295,00	297,10
Juli	301,30	303,10
Kokosöl		
New York (c/lb)	8. 2.	7. 2.
Westküste fob Werk	19,75	20,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	9. 2.	8. 2.
jegl. Herk. cif	452,50	452,50
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	387,50	390,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	365,00	360,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	106,00	106,50
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	452,50	452,50
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	257,25	259,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	8. 2.	7. 2.
Baumwolle		
New York (c/lb)	8. 2.	7. 2.
Kontrakt Nr. 2:		
März	66,35	65,63
Mai	66,67	67,00
Juli	67,80	68,07
Okt.	66,75	66,95
Dez.	67,10	67,35
März	68,45	68,70
Kautschuk New York		
(c/lb), Händlerpreis loco RSS-1	46,75	46,00
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2.	8. 2.	7. 2.
März	350-355	350-358
Mai	373-375	370-374
Aug	394-396	391-393
Umsatz	53	22
Wolle		
Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:	8. 2.	7. 2.
Mai	43,40	44,00
Juli	44,00	44,50
Okt.	44,50	45,20
Dez.	45,10–45,20	45,50
Umsatz	22 500	40 500
Tendenz: nominell		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype	8. 2.	7. 2.
März	543,5–543,8	541,0–542,0
Mai	563,0–564,0	561,0–561,5
Juli	573	568,0–570,0
Umsatz	131	53
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	8. 2.	7. 2.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	8. 2.	7. 2.
Febr.	14 140	14 155
März	14 269	14 281
Kautschuk		
London (p/kg)	8. 2.	7. 2.
Nr. 1 RSS loco	61,25–63,00	59,75–60,75
März	61,00–61,50	62,30–62,80
April	62,00–62,50	62,90–63,30
April/Juni	62,90–63,10	64,00–64,20
Tendenz: ruhig		

	8. 2.	7. 2.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	8. 2.	7. 2.
Nr. 1 RSS loco	206,50–207,50	200,00–201,00
Febr.	206,50–207,50	200,00–200,50
März	213,00–214,00	205,00–205,50
Nr. 2 RSS Febr.	200,25–201,25	194,50–195,50
Nr. 3 RSS Febr.	198,75–199,75	193,00–194,00
Nr. 4 RSS Febr.	181,00–192,00	185,50–196,50
Tendenz: stetig		
Jute London (£/lgt)	8. 2.	7. 2.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	390,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg. 1 Fl – 76 WD – (–) BTC – (–). BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	9. 2.	8. 2.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	108,53–108,72	108,56–108,55
drittfolg. Monat	112,66–112,84	113,06–113,15
Zink: Basis London		
laufend. Monat	164,96–165,14	166,26–166,63
drittfolg. Monat	170,02–170,11	171,89–172,08
Produz.-Preis	182,15–184,30	162,72–194,90
Reinzinn 99,9%	3417–3451	3461–3495

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	9. 2.	8. 2.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	392,15–394,40	397,59–399,95
Blei in Kabeln	116,25–117,25	115,25–117,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

	9. 2.	8. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	330-336	335-340
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	368–369	372–376
MS 63	375–375	377–379

Zinn-Preis Penang

	8. 2.	7. 2.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	9. 2.	8. 2.
Leg 225	244–255	234–249
Leg 226	247–257	237–251
Leg 231	290-301	280–295
Leg 233	305–317	295–311

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	9. 2.	8. 2.
Platin (DM je g)	39,80	39,80
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	38 900	39 500
Rücknahmepr.	38 000	38 700
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	38 830	39 330
Rücknahmepr.	37 670	38 150
verarbeiter	40 750	41 270
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	38 410	38 990
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1096,10	1121,00
Rücknahmepr.	1057,70	1081,80
Verarbeiter	1144,70	1170,00

Internationale Edelmetalle

	9. 2.	8. 2.
Gold (US-$/Feinunze)		
London	9. 2.	8. 2.
10 30	492,25	–
15 00	490,50	497,25
Zürich mittags	491,25–492,25	497,50–498,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	109 750	111 500
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	894,55	914,10
3 Monate	917,75	937,95
6 Monate	940,45	961,00
12 Monate	991,35	1014,00
Platin (£-Feinunze)		
London	8. 2.	7. 2.
fr. Markt	304,65	302,75
Palladium (£-Feinunze)		
London		
1 Händlerpr.	83,4	85,20

New Yorker Preise	8. 2.	7. 2.
Gold H & H Ankauf	497,25	490,25
Silber H & H Ankauf	1406,00	1402,00
Platin fr. Händlerpr.	475,00–481,00	475,00–481,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	131,50–133,50	129,00–131,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Febr.	1391,50	1393,00
März	1360,00	1402,00
Mai	1399,70	1411,80
Juli	1415,00	1423,50
Sept.	1438,00	1443,00
Dez.	1457,00	1466,90
Jan.	1485,00	1502,00
Umsatz:	32 000	31 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	8. 2.	7. 2.
Febr.	73,50	73,25
März	74,55	74,00
Mai	76,00	76,80
Juli	77,40	77,95
Sept.	78,35	79,70
Dez.	80,00	80,50
Jan.	80,60	81,50
Umsatz	8 000	11 000

Londoner Metallbörse

	9. 2.	8. 2.
Aluminium (£/t)		
Kasse	748,50–749,50	760,00–761,00
3 Monate	773,00–773,50	785,00–785,50
Blei (£/t) Kasse	289,50–290,00	289,50–290,00
3 Monate	300,50–301,00	300,50–301,50
Kupfer		
Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1033,5–1034,0	1051,5–1052,0
3 Monate	1066,0–1066,5	1083,0–1084,0
abends Kasse	–	1047,0–1048,0
3 Monate	–	1079,5–1080,0
(Kupfer-Standard):		
Kasse	1008,0–1008,5	1022,5–1023,5
3 Monate	1039,0–1040,0	1053,0–1054,0
Zink (£/t) Kasse	440,00–440,50	444,50–445,50
3 Monate	453,50–453,75	460,00–461,00
Zinn (£/t) Kasse	8427–8428	8429–8431
3 Monate	8422–8423	8420–8422
Quecksilber ($/Fl.)	–	325-340
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	77–83

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein, Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.), Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffa (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten: Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg; Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Bundesanleihen

		9. 2.	8. 2.
4 Abl. 57*	4/84	100,45	100,45G
6 Bund 63 II	4/83	99,95	99,95G
8½ dgl. 75	1/83	100,3	100,3
8 dgl. 75 I	6/83	100,6	100,7
8¼ dgl. 75	6/83	100,75G	100,75
8 dgl. 75 II	7/83	100,75	100,75
5½ dgl. 78 I	1/84	99,75	99,7bG
6 dgl. 64 I	1/84	100	100
6 dgl. 76 I	2/84	102,05	102,05
7 dgl. 77	3/84	100,85	100,8
7½ dgl. 76 II	4/84	101,5	101,5
5 dgl. 78	5/84	98,9	99
6 dgl. 78 III	9/84	99,15	99,1bG
8¼ dgl. 76	9/84	102,65G	102,65
6 dgl. 78 IV	12/84	99,15	99,15
6¼ dgl. 79	1/85	99,55bG	99,55
8½ dgl. 73 I	3/85	103,75G	103,75
7 dgl. 79	4/85	100,4	100,4
7½ dgl. 79 II	6/85	100,5	100,55
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,7	101,7
8 dgl. 76 IV	10/85	102,3	102,3
5½ dgl. 78 II	3/86	97,45	97,45
5¼ dgl. 78	5/86	96,65	96,65
7¼ dgl. 76 I	12/86	99,9	99,9
6½ dgl. 79	1/87	97,5	97,65
7¼ dgl. 76 II	1/87	99,9G	99,9
6¾ dgl. 77	4/87	98	98G
6½ dgl. 77	7/87	96,85	96,65
6 dgl. 77	10/87	94,95	94,95
6 dgl. 78 I	1/88	94,9	94,9
6½ dgl. 78 I	9/88	96,4	96,4
6½ dgl. 78 II	12/88	96,4	96,4G
6¾ dgl. 79	1/89	97,45	97,35
7¼ dgl. 79 I	4/89	98,35	98,35
10 dgl. 81	4/89	109,55	109,55
7½ dgl. 79 I	6/89	99,15	98,9
8 dgl. 79 I	7/89	100,15	100,95
8 dgl. 79 II	8/89	101,15	100,8
7½ dgl. 79 II	9/89	99	98,65
7¾ dgl. 79 II	11/89	99,9	99,5
7¾ dgl. 80 I	1/90	99,65bG	99,4
10 dgl. 80	4/90	110,3bG	110,3
5¾ dgl. 78	5/90	92	92
8¼ dgl. 80 I	7/90	101,5bG	101,25
8¼ dgl. 80 II	11/90	101,65bG	101,4bG
7¾ dgl. 82	11/90	99,5	99,25
9 dgl. 81	2/91	106	105,6
10¾ dgl. 81	7/91	112,8	112,8
10¾ dgl. 81	9/91	116,5	116,5
10 dgl. 81 II	12/91	111,85	111,75
9¾ dgl. 82 I	1/92	110,35bG	110,25
9¾ dgl. 82 II	3/92	110,6	110,25
6 dgl. 78 II	3/93	91,9bG	91,8bG
9,5 dgl. 82	4/92	109	109
9 dgl. 82	5/92	106,2	105,95
8½ dgl. 82	6/92	103,25bG	103,05
9 dgl. 82	8/92	106,15	106bG
8¾ dgl. 82	9/92	104,95	104,6
7¾ dgl. 82	12/92	99,3	99
7¾ dgl. 83	1/93	97,85	97,75
7¾ B.Obl. 79 S.1	12/84	102,25	102,25
8 dgl. 80 S.2	2/85	102,45	102,4
8¾ dgl. 80 S.5	2/85	103,3	103,3
9¾ dgl. 80 S.4	3/85	104,15	104,15
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	103,7	103,7
9¼ dgl. 80 S.6	5/85	105	105
8 dgl. 80 S.7	6/85	102,4	102,4
7½ dgl. 80 S.8	8/85	101,15	101,15
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	102,5bG	102,4bG
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	103,9G	103,9
9 dgl. 81 S.11	1/86	104,25	104,2
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	106,5G	106,5
10 dgl. 81 S.13	3/86	106,5	106,5
9½ dgl. 81 S.14	4/86	105,35	105,35
10 dgl. 81 S.15	4/86	106,55	106,53
10½ dgl. 81 S.16	6/86	108,15	108,2
11 dgl. 81 S.17	8/86	109,7	109,7
10½ dgl. 81 S.18	10/86	108,85	108,85
10 dgl. 81 S.19	10/86	107,35	107,3G
9½ dgl. 81 S.20	11/86	106G	106
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	108,35G	108,35
10 dgl. 81 S.22	11/86	107,6G	107,6
7½ dgl. 81 S.23	12/86	105,75	105,9
7¾ dgl. 82 S.24	1/87	106,15	106,15
9½ dgl. 82 S.25	3/87	105,5	105,5
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	104,8	104,8
9 dgl. 82 S.27	4/87	104	104
8½ dgl. 82 S.28	5/87	102,4	102,4
9½ dgl. 82 S.29	7/87	105,95	105,85
9 dgl. 82 S.30	8/87	104,35	104,05
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	103,6	103,4
8½ dgl. 82 S.32	10/87	101,75	101,5bG
8 dgl. 82 S.33	11/87	101,1	100,9
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	100,3	100bG
7½ dgl. 82 S.35	12/87	99,2	99,25
6 dgl. 77	9/87	94,6	94,6
6 dgl. 78 II	7/88	94,15	93,9
6½ dgl. 77	5/89	96,2G	96,2G
8 dgl. 79 I	7/89	101,6	101,6
6 dgl. 78 I	2/90	91,75	91,75
8 dgl. 80 II	7/90	100,8	100,6
9 dgl. 81	3/91	105,95	105,75
10½ dgl. 81	9/91	114,9	115,1
10¼ dgl. 81	11/91	113,3	113,45
8 dgl. 80 I	2/92	100,55	100,4
10 dgl. 82	2/92	112,3	112,4
9½ dgl. 82	7/92	109,3	109,15
8 dgl. 82	11/92	100,5bG	100,2bG
7¾ dgl. 83	1/93	99,5	99,5

Bundesbahn

		9. 2.	8. 2.
4 Abl. 57*	4/84	100,4G	100,4G
5½ Bdbahn 58	10/83	99,9G	99,9
8½ dgl. 75	5/83	100,45	100,45
10 dgl. 73 II	11/83	102,85	102,85
7½ dgl. 72	2/84	101,35	101,35
8 dgl. 72	9/84	102,2	102,2
8¼ dgl. 76	9/84	102,6	102,6
6 dgl. 78 III	11/84	99,1	99,15G
6½ dgl. 79	2/85	99,9	99,9
8½ dgl. 73	2/85	103,7	103,7
7 dgl. 77	2/87	99,2	99,05

Bundespost

		9. 2.	8. 2.
4 Abl. 57*	4/84	100,4G	100,4G
5½ Bdpost 58	10/83	99,9	99,9
6 dgl. 63 II	7/83	100,1	100,1
8 dgl. 72 II	12/85	101,75	101,75
6½ dgl. 68	6/88	99,65	99,45bG
8 dgl. 72 I	9/87	101,4	101,15
10 dgl. 81	3/89	110,3	110,3
10¼ dgl. 81	6/89	111,5	111,45
8 dgl. 80	3/90	101,2	100,9
7¾ dgl. 80	9/90	100,15	100,25
8¾ dgl. 80	12/90	104,85	104,6bG
10½ dgl. 81	10/91	114,7	114,8
9¾ dgl. 82	2/92	110,85	111,2
8¾ dgl. 82	6/92	105	104,65
8½ dgl. 82	10/92	103,4	103,15

Länder – Städte

		9. 2.	8. 2.
5½ Bd.-Wttbg. 58	83	99,5G	99,5G
8 dgl. 71	83	101	101G
8½ dgl. 75	83	100,15T	100,2
6¾ dgl. 78	86	97,25	97,25G
8¼ dgl. 82	92	101,25G	101,25
7 Bayern 66	86	100,25G	100,25G
6½ dgl. 67	87	100,4	100,4G
6 dgl. 68	85	98,5G	98,5G
7½ dgl. 71	85	100,15G	100,15
7 dgl. 72	84	101G	101G
8½ dgl. 75	83	100,25	100,25G
7½ dgl. 76	84	101	101G
6 dgl. 78	88	93,85	93,85bG
8¾ dgl. 80	90	103,75	103,75
8¾ dgl. 82	90	104,15	104,2bG
8½ Berlin 70	85	102,3	102,3G
7½ dgl. 71	83	100,3G	100,3G
8 dgl. 72	85	101,25G	101,25
8½ dgl. 75	83	100,5G	100,5G
7½ dgl. 76	84	101,2G	101,2
7 dgl. 77	85	100,5G	100,5G
6½ dgl. 78	88	97,75G	97,75G
8¾ dgl. 80	88	105,5G	105,5G
7¾ Bremen 71	87	100,75G	100,75G
8 dgl. 72	87	101G	101,25G
8½ dgl. 75	83	100,1	100,1G
8½ Hamburg 70	82	102,25G	102,25G
8¾ dgl. 75	85	100G	100
6¾ dgl. 77	92	94,2G	94G
8 dgl. 80	92	100,3G	100,3
9¾ dgl. 82	92	109,9G	110,3
8 Hessen 71	86	100,5	100,75
6¼ dgl. 78	88	93,6	93,6
6 Nieders. 69		99,8G	99,8G
8½ dgl. 70	85	102,5G	102,5
7½ dgl. 72	87	100,5G	100,65G
8 dgl. 72	87	101,3	100,75
7½ dgl. 79	87	98,25	98,5
7¾ dgl. 82	92	98G	98,75
7½ NRW 71	83	100,85bG	100,95bG
8 dgl. 75	83	100,75bG	100,8
7½ dgl. 83	95	97,75bG	97,75
6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,6G	99,6G
6½ dgl. 68	83	100G	100G
8 dgl. 71	86	99,75	100
6½ Saar 68	83	100G	100G
8½ dgl. 70	85	102,1	102,1
7 dgl. 72	87	98,7	99G
6 dgl. 78	88	93,7	93,7
5½ Schl.-H. 59	84	99,5G	99,5G
6 dgl. 64 II	84	99,9	99,9G
7¼ dgl. 72	87	99,25	99,25G
8½ dgl. 73	85	103	103
7 Essen 72	85	100,4	100,5
7½ Köln 71	83	100	100
6 München 65	83	99,9G	99,9G
6 dgl. 64	84	99,75G	99,75
6 Stuttgart 63	83	100G	100G
7½ dgl. 71	86	101,5bG	101,5bG
7¾ dgl. 72	87	101,25bG	101,25bG

Rentenwerte gut behauptet

Öffentliche Anleihen, die wieder vor allem im Bereich der längeren Restlaufzeiten gefragt waren, konnten sich am Mittwoch gut behaupten, wobei die Notierungen um 0,1 bis 0,2 Punkte heraufgesetzt wurden. Das Geschäft war allerdings kleiner als am Vortag. DM-Auslandsanleihen lagen ruhig und behauptet. Der Pfandbriefmarkt verkehrte bei kaum veränderten Kursen abwartend.

Sonderinstitute

	9. 2.	8. 2.
5 DSLB Pf 35	74,5	74,5
6 dgl. Pf 37	85	85
7 dgl. Pf 65	92	92
8 dgl. Pf 118	102	102
5 dgl. KO 36	97	97
5½ dgl. KO 45	96,5	96,5
7 dgl. KO 58	110	110
6½ dgl. KO 67	100	100
8½ dgl. KO 94	100,75	100,75
8 dgl. KO 119	102	102
8½ dgl. KO 124	100,25	100,25
6 IKB 68	99,5	99,5
6½ dgl. 69	99,75	99,75
6¼ dgl. IS 90	90,95	90,95
7½ K. f. W. 70	100,6	100,6G
8 dgl. 70	101,5	101,5
8½ dgl. 75	100G	100G
8 dgl. 76	101,65G	101,65
7¾ dgl. 79	98,8	98,75
10 dgl. 81	111,6G	111,6
8½ dgl. 82	102,9	102,7
6 Landw.-Rtbk. 20	99,25G	99,25G
6 dgl. 26	99,25	99,25
7½ dgl. 27	100,75G	100,75G
8 dgl. 29	100,35G	100,35G
9½ dgl. 36	103,15	103,15
6¾ dgl. 59	100,65G	100,65G
10 dgl. 120	106G	106G
8½ dgl. 127	103,25G	103,25G
9 dgl. 131	104,75G	104,75G
8¾ LAG 75/15	99,9G	99,9G
7¾ dgl. 76/16	101,4	101,4
8 dgl. 76/17	102,8G	102,8G
6½ dgl. 77/18	96,4G	96,4G
5½ dgl. 78/19	93,3G	93,25
7 dgl. 79/20	97,8G	97,8

Bankschuldverschreib.

	9. 2.	8. 2.
7 Allg. Hyp. Pf 2	100G	100G
6½ dgl. Pf 7	91G	91G
6½ dgl. Pf 98	95G	95G
7 dgl. Pf 99	100G	100G
6¾ dgl. Pf 100	100G	100G
7¼ dgl. Pf 101	100G	100G
6 dgl. KO 1	85G	85G
6¼ dgl. KO 66	100G	100G
6 Bd. Komm.Ldbk. 69	83G	83G
7 dgl. Pf 76	92G	92G
6½ dgl. KO 64	86G	86G
6½ Bay. Hdbk. Pf. 3	87	87
7 Bay. Hdbk. KO 2	100bG	100bG
6 Bay. Hypo. Pf. 30	81bG	81bG
7 dgl. Pf 3	91	91
6½ dgl. KO 6	85	85bG
6 Bayer. Vbk. Pf. 39	81	81bG
6½ dgl. Pf 8	88	88
7 dgl. KO 3	100,25bG	100,25
8 Bln. Pfbr. Bk. 51 fr. Bln. Pfbr.Amt	102,5T	102,5T
7½ dgl. 33	99,75T	99,75T
7½ dgl. 47	99,75G	99,75G
6 Br. H. Hp. Pf 71	81	81
7 dgl. Pf. 72	99,5	99,5
6½ dgl. Pf. 75	87,75	87,75
6½ D.Centrbd. Pf 123	90	90
9 dgl. Pf 190	102,75	102,75
7 dgl. KO 113	100	100
6 DG HYP Pf 48	82G	82G
5½ dgl. Pf 50	76G	76G
7 dgl. Pf 69	99	99G
5¾ D. Gen. Bk. IS 70	91,5G	91,5G
6 dgl. IS 71	98,65G	98,65G
6¾ dgl. IS 73	95,75G	95,75G
6½ dgl. IS 74	93G	93G
6½ dgl. IS 75	99G	99G
7½ D. GiroKO 101	101,10	101,10
10 dgl. KO 125	104,20G	104,20G
9 dgl. KO 179	105,4G	105,4G
9¾ dgl. KO 180	107,7G	107,7G
9½ dgl. KO 181	108,1G	108,1G
9 dgl. IS/K	101,25G	101,25G
6 D.Hyp.Brem. Pf 118	82G	82G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
6½ dgl. KO 125	94,45G	94,45G
6 Dt. Pfbr. A. Pf 92	84G	84G
7 dgl. Pf 130	93	93
6½ dgl. Pf 149	87,5	87,5G
8½ dgl. KO 215	–	–
8½ D. Schiffb. Pf 83	101,6	101,6
7½ dgl. Pf 84	100,8	100,8
6 Fr. Hyp Pf 98	82	82G
7 dgl. Pf. 113	93	93
6½ dgl. Pf 119	88G	88G
10 dgl. Pf 168	102	102G
8 dgl. KO 220	101,7G	101,7G
7¾ dgl. KO 222	101,15G	101,15G
10 dgl. KO 226	105,75G	105,75G
9¾ dgl. KO 228	109,1G	109,1G
8½ dgl. KO 231	102,6G	102,6G
9 dgl. KO 232	103,7G	103,7G
6 Hbg. Ldbk. Pf 48	81	81,25
8½ dgl. Pf 78	100,1	100,1
9 dgl. IS 44	100,75	100,75
10 dgl. IS 46	101,4	101,4
9½ dgl. IS 53	104,35	104,35
8½ dgl. IS 92	102,25	102,25
8 dgl. IS 96	101,6	101,6
9½ dgl. KO 110	101,75	101,75
9 dgl. KO 111	104,75	104,75
5½ H. Ldbk. Pf 43	79G	79G
7 dgl. Pf 54	94,1	94,1
8 dgl. Pf 70	100,1G	100,1G
9 dgl. Pf 76	102,5G	102,5G
6 dgl. Pf 87	99,65G	99,65G
6 dgl. KO 47	81G	81G
6½ dgl. KO 81	81	81
7 dgl. KO 203	94,95G	94,95G
7¼ dgl. KO 204	96,15G	96,15G
6 Hyp.LHbg. Pf 46	82,5	82,5
6½ dgl. Pf 80	90	90
9 dgl. Pf. 117	100,25	100,65
8 dgl. Pf 248	101,75	101,75
9 dgl. KO 125	101,6	101,6
8 dgl. KO 175	101,5	101,5
9 dgl. KO 259	103,75	103,75
9¾ dgl. KO 262	104,9	104,9
6½ Lb.Rh.-Pf. Pf 16	83G	83G
7 dgl. Pf 24	94,5G	94,5G
6 dgl. Pf 26	87G	87G
7 dgl. KO 150	95G	95G
6½ dgl. KO 151	99,5	99,5
6 dgl. KO 152	99,9G	99,9G
6¾ dgl. KO 154	97,75G	97,75G
8 dgl. KO 168	101,25G	101,25G
8¼ dgl. KO 171	100,75G	100,75G
8½ dgl. KO 174	101G	101G
9 dgl. KO 177	102G	102G
9¾ dgl. KO 180	102,4G	102,4G
9½ dgl. KO 181	106G	106G
9 dgl. IS 12	101,4G	101,4G
6¾ dgl. IS 35	99,75G	99,75G
6 Ldbk. Saar Pf 18	87,75G	87,75G
6¾ dgl. KO 69	99G	99G
7 dgl. KO 70	96,35G	96,35G
7 dgl. KO 73	100,7G	100,7G
7¾ dgl. KO 76	99,25	99,25G
7½ dgl. KO 79	101,25G	101,25G
8½ dgl. KO 85	104G	104G
9 dgl. KO 88	107G	107G
9¾ dgl. KO 89	104,3G	104,3G
7¾ dgl. KO 90	101,65G	101,65G
6 Ldbk. S.-H. Pf 87	81	81
7 dgl. Pf 93	90	90,5
8 dgl. Pf 80	102,1	102,1
7¾ dgl. Pf 81	101,5	101,5
7¾ dgl. Pf 83	98	98
8 dgl. KO 98	101	101
9¾ dgl. KO 242	108,5	108,5
7¾ dgl. KO 248	101,25	101,25
7 LKB Pf 27 fr. Bd.Ldkr.	96,5G	96,5G
6½ dgl. Pf 29	92	92
6½ LKB Pf 22 fr. W. Ldkr.		
7 dgl. Pf 45	93,5G	93,5G
8 LKB KO 1	94G	94G
6½ Lüb.Hyp. Pf 62	100G	100G
9 dgl. Pf 92	87	87
8 dgl. Pf 168	102,25	102,4
	101,7	101,7
8½ dgl. Pf 174	101,85	101,85
8½ dgl. Pf 175	102,3	102,3
9½ dgl. Pf 178	104,25	104,25
6 dgl. KO 39	82	82
7¾ dgl. KO 170	97	97
9 dgl. KO 180	103,35	103,35
6½ Mü.Hyp. Pf. 100	87,5	87,5
7½ dgl. Pf 111	97,5	97,5bG
7 dgl. KO 25	94,5	94,5bG
7 Nd.Hyp.W. Pf 28	95	95
6½ dgl. Pf 34	87,5	87,5
6 dgl. KO 27	84,5	84,5
9 Nord.LB IS 20	101,85	101
8 Old. Lbk. IS 75	100,5	100,6
8 dgl. IS 76 I	101,7	101,9
8 dgl. IS 76 II	102	102,4
7½ dgl. IS 77	101,3	101,75
6 dgl. IS 78	96,55	97,2
6 Pfälz. Hyp. 57	89,5G	89,5G
7 dgl. Pf 99	99,15G	99,15G
8½ dgl. Pf 124	102,35G	102,35G
7½ dgl. Pf 191	97,55G	97,55G
9 dgl. Pf 195	102,45T	102,45T
9¾ dgl. Pf 196	103,45G	103,45G
7¾ dgl. Pf 197	100,5G	100,5G
8¾ dgl. KO 169	101,6G	101,6G
8 dgl. KO 173	100G	100G
7¾ dgl. KO 180	100,25G	100,25G
7 Rheinbod. Pf 60	92bG	92bG
6½ dgl. Pf 64	86,5	86,5
6 S.H. Ldsch. Pf 19	84	84
7 dgl. Pf 20	92,5	92,5
6½ dgl. Pf 21	87,25	87,25
8½ dgl. Pf 31	106,5	106,5
6½ St.KrOld. Pf 53	87,9G	87,9G
7½ dgl. Pf 66	100,2G	100,2G
8 dgl. Pf 65	100G	100G
9 dgl. Pf 67	102,75G	102,75G
7½ dgl. KO 33	100,25G	100,25G
6 Südboden Pf 41	90	90
5½ dgl. Pf 57	79,5	79,5
7 dgl. Pf 105	100	100
6 Vbk. I. Nbg. Pf 56	90	90
7 dgl. Pf 102	93,75	93,75
9 dgl. Pf 131	102,25	102,25
10 West LB IS 577	101,6	101,65G
6½ Westhyp. KO 58	95,35	95,35
6 Wf. Ldsch. Pf 12	91,5G	91,5G
7 dgl. Pf 13	96,5	96,5
5½ dgl. Pf 14	86G	86G
6 Württ.Hyp.KO 30	83G	83G
7 W. Ldbk. KO 44	98,2G	98,2G
8½ dgl. 69	100,3G	100,3G
7 Wü. Ko.Lbk. Pf 68	97,7G	97,7G
9 dgl. Pf 83	103,25G	103,25G

Industrieanleihen

	9. 2.	8. 2.
6 Badenwerk 64	98,75G	98,75
6 dgl. 78	94,5T	94,85
5 BASF 59	96,75G	96,75G
5 Bayernw. 59	97G	96,75G
8 Chem. Hüls 71	100T	100T
7¾ Cont. Gum. 71	99,7T	99,8
6 Dt. Texaco 64	98,5G	98,5
6 Gelsenb. 64	98,5T	98,5T
6 GHH Akt. 63	99,6G	99,5G
6 GHH Sterkr. 63	99,6G	99,5G
6 HEW 58	99,25G	99,25G
5¾ dgl. 62	97G	97G
6 dgl. 63	99,25G	99,25G
7½ dgl. 71	100,5G	100,5
7¾ dgl. 71	100,6	100,6G
4½ Harpen 59	1620G	1610G
6 Hoechst 63	99,4	99,4
6 dgl. 64	99,4G	99,25
6 Hoesch 64	98,5G	98,5
7½ dgl. 71	99,25T	99,25T
7½ Karstadt 71	99,25T	99,25T
7½ Kaufhof 71	99G	99G
7¾ dgl. 71	99G	99T
7½ dgl. 76	99,5T	99,25
6 Klöckner W. 63	99G	99G
7½ dgl. 71	98,75T	98,75T
8 dgl. 72	100	99,75G
6 Krupp 64	98,25G	98,25G
6 Linde 64	98,3G	98,3G
5 Mannesmann 59	98T	98G
6 Moselkraft 63	98,25G	98,25G
6 NWK 58	99,25G	99,25G
6 dgl. 61	98T	98T
6 dgl. 62	96,75	96,75
6 ObDon. Krw. 64	94,5G	94,5G
5½ Öst.BeyK. 58	99G	99G
6 Pr. Elektr. 63	99,95G	99,95G
6 Rat.Vdb. Stk. 68	98G	98G
5½ Rh.Brkw. 58	98G	98G
6 dgl. 63	94T	94T
6 dgl. 65	94,25T	94,25T
5½ RWE 59	97,75T	97,75T
6 dgl. 63	94,25bG	94,5T
6 dgl. 65	95bB	94,8T
7½ dgl. 71	99,95bG	100
7 dgl. 72	98,1G	98,1G
6 Rh.-M.-Don. 62	96,75T	96,75T
6½ dgl. 68	98,5	98,75G
8 Schleswag 71	100,25T	100,25T
5 STEAG 59	97,25G	97,25G
6 TWS 63	100G	100G
6 Thyssen 63	99T	99T
7½ dgl. 71	99G	99
8 dgl. 72	100,1	100,05
7¼ dgl. 77	97,75T	97,75T
5 Veba 59	97G	97G
8 VEW 71	100T	99,8G
6¾ dgl. 77	96,25G	96,25
7 VW 72	98	98
5½ Wintersh. 58	98T	98T

Wandelanleihen

	9. 2.	8. 2.
4¾ AKZO 69	84G	84G
3½ All Nippon 78	89,75	89,75
3½ Asahi Opt. 78	96G	96
4¾ Canon Inc. 77	258,5G	262G
3½ Cas. Comp. 78	152,5	152
5 D Bk. Lux. 77	99,7	99,7
5¾ Daiei Inc. 80	110,75	111G
4¾ Fujitsu Lim. 78	385G	385G
5 dgl. 79	257,5G	257
5¼ Hoogovens 68	80G	80G
3½ Izumiya Co 78	90,75	90,25G
3½ Jusco Co. 78	92,75	92,75
4 Kansai El. 79	100,3	100,5
6 Konishiroku Pho.81	108T	107T
6¾ dgl. 82	110	108
6 Komatsu 76	147T	148T
3½ Korakuen 78	90G	90G
7½ Kraft Inc. 70	104,25G	105G
3½ Marudai F 78	93G	93G
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5¾ Minolta 77	133,5G	132G
4 dgl. 79	106G	106G
6½ Mitsub. Ch. 76	176G	176
6,75 Mitsub. H 81	126,5T	126,5T
6 dgl. 81	104,15	104,75
6 Nichi Co Ltd 80	113,75G	113,75G
7 Nippon Sh. Gl. 82	113G	114
3¾ Nippon Sh. 78	160T	165T
3½ NissanMot. 78	90,75	91G
4 Nisshin Steel 78	126G	126G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
3¾ Olympus 78	198G	198G
3¾ Omron Tat 79	158G	158G
4¾ Orient Fin 79	200G	200G
3½ Ricoh Comp. 78	119G	119G
6¾ Rothm. Int. 72	93,5	93,25G
3¾ SankyoElec. 78	93,5T	93,5T
3½ Sanyo Elec. 78	146T	146T
3¾ Seiyu Stores 78	93,25G	93,25G
5½ dgl. 79	100,6G	100,6
6¾ Sekisui 76	141G	147G
3¾ Stanley 78	94,25G	94,25
6 Taiyo Yuden Co. 82	103,5	103,5
5 Texaco Int. 66	94,8	95
3½ Tok. Elec. 78	225G	225G
4¾ Tok. Sanyo 77	205G	205G
4 Tokyu Land 79	97	96,75G
3½ Trio Kenw. 78	93T	92,5T
6½ Uny Ltd. 79	106G	107

Optionsscheine

	9. 2.	8. 2.
11 BASF 82	21,6	22
7¼ Bayer Fin. 79	16,7	17,1
10½ Bayer Fin. 82	21	21
6¾ Ciba-Geigy 75	635	630
3½ Commerzbk. 78	26,5	26,5
4½ Dt. Bk. Comp. 77	80,8	80,2
10 Hoechst 75	87,6	88
6¾ dgl. 79	18,65	19
7½ Jap.Syn.Rubber 82	678	700
6½ Wells F. 73	168	167

Optionsanleihen

	9. 2.	8. 2.
8½ BASF 74 m O	127G	127
8½ BASF 74 oO	102,25G	102,5
3¼ Stumpf 88 mO	95	95
3½ Stumpf oO	72	92

Währungsanleihen

	9. 2.	8. 2.
8 Brasilien 72	99,5G	99,5G
6¼ Kopenhagen 72	92T	92T
7,875 Norwegen 78	97,75G	97,75G
9½ dgl. 79	99G	99G
7¼ Sira-Kvina 68	99G	99G

Optionsanleihen

	9. 2.	8. 2.
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	99,5	99,5
3½ dgl. 78 oO DM	87,25	87,5
4¾ C F DT. Bk. 77 mO $	112	113
4½ dgl. 77 oO $	82,5	83,25
6½ Wells F. 73 mO DM	112G	112G
6½ dgl. 73 oO DM	93,6T	93,6G

Optionsscheine

	9. 2.	8. 2.
8½ BASF 74	35,7	34,3

Wandelanleihen

	9. 2.	8. 2.
5 Bayer 69	100,2	100,2
8 Bay Wa 75	101	100,5
8 Beiersdorf 82	140	138
4½ Commerzbk. 78	98,65bG	98,65bG
9 Gimnes 74	273	273

Anmerkungen:

* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	9. 2.	8. 2.
7¾ AKZO 83	99,75G	99,75G
6 dgl. 84	96,5G	96,5G
6½ dgl. 86	95,5G	95,5G
7¾ Arbed 83	95T	95T
7½ dgl. 86	81T	83T
9 dgl. 87	84,25T	84,25T
6¾ Ardal 89	96,5G	96,5G
10 dgl. 88	104T	104T
8 Austr. 87	103G	103G
8¾ dgl. 87	103/4,25	104,25
7½ BEC 83	100,5G	100,5G
4¾ CFDB 83	99,2/9,7	99,2/9,7
5 dgl. 84	98,5/9,2	98,5/9,2
6½ Estel 84	91,5G	91,5G
6¾ dgl. 85	89G	88,5G
8¾ dgl. 87	88G	88G
6¾ Euratom 91	93,25G	93,25G
6¾ Eurofima 87	98,75G	98,75G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	91G	91G
6½ Lufthansa 86	97G	97G
6 Montanunion 90	92,75G	92,75G
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99G	99G
7½ Parker-H. 87	95G	95G
8 S. A. R. 83 I	100G	100G
8 dgl. 83 II	99,9G	99,9G
7½ Schweden 89	96,25G	96,25G
6¾ Weltbank 83	–	–
6½ dgl. 85	97/8,75	97/8,75
7¾ dgl. 87	99G	99G
7¾ dgl. 90	99,5G	99,5G
9 dgl. 88	102G	102G
8½ dgl. 88	101T	101T
7¾ dgl. 88	100,75G	100,75G
9¾ dgl. 89	104,5	104,5
8 dgl. 90	100,5	100,5
11 dgl. 91	112G	112G

Ausländische Aktien

	9. 2.	8. 2.
F L'Air Liquide	–	–
D Akzo	36,1	36,6
F Alcan	69,5	69bG
F Alcoa	82,5	80,5
F Alg. Bk. Nedld.	268G	270,5
F All Nippon Air	3,6T	3,5T
F Amax	61,2	61,9
F Am. Cyanamid	88G	87
D American Expr.	180G	180G
D Am Motors	19,9	19,2
F Am. T & T	166	169
F Amro Bank	41	39,5
M Anglo Am. Gold	306	305
F Anglo Am.m.O.	51	50,2
F dgl. o.O.	47,5	47,5
F Arbed	52	52G
F Asahi Chem.	2,85bB	2,85bB
M Atl. Richfield	111,4	110,1
H Atlas Copco	42G	36
M Avon	79,1exD	81,3
F Bell Canada	–	16,5
F Banco Central	25,5	25,6
D Beatrice Foods	56G	57G
D Bell Canada	45,5G	45,5G
F Boeing	89,5	91
F Bowater	6,7	6,65
D BP	11,75	11,8
M Broken Hill	15,55B	15,7
F Bull	14,6	14,7
F Cdn. Pacific	84	87
F Canon	11,25	11,5
F Casio Comp.	10,5G	10,5bG
F Caterpillar	110	112
D Ch. Manhattan	117G	118G
F Chrysler	40,4	41,1bG
M Citicorp.	86	85,7
F City Investing	62T	65T
F Coca-Cola	118G	118
D Colgate	48,6	49,5bG
F Cons. Gold F.	21,3	21,5
D Cont. Group	86,5G	88G
F Control Data	109,5	112,8
F Courtaulds	–	–
M CRA	8,85	9,2
M CSR	6,85	6,75
F Dart & Kraft	161	163
M De Beers Cons.	18,5	18,7
F Deere Comp.	81,5	81T
F Diam. Shamr.	57,9	59,8
M Digital Equipm.	282,5	288,5
M Disney Prod.	164,7	163
F Distillers	9G	9G
M Dome Petroleum	8,4G	8,68
D Dow Chemical	72	75,4
F Dunlop	–	–
D DuPont	101	100,5
M East Drief. Gold	90B	90
D East Air Lines	22,5	24,2
F Eastman Kodak	206	208,7
F Elf Aquitaine	41,1	41,1
D Ericsson	121G	122T
D Esmark	142G	142G
D Exxon	72,8	74
D Fiat St.	3,95	3,9T
D dgl. Vz.	2,8T	2,8T
F Finsider	0,11	0,09G
D Fisons	16,9G	17G
M Fluor	55,2	54,3
D Ford	95G	94,5
F Fosseco Minsep	5G	5
F Fujitsu	9,7	9,55
F General Electric	244	249
F General Mining	65	64,5
D General Motors	152,8	155
D Gen. Shopping	562G	566G
M Getty Oil	153,6	156,7
D Gevaert	85G	85G
F Goodyear	73,5exD	82,5
H Grace	102G	105G
D GKN	5,3G	5,2G
F Gulf	74,5	77
F Highveld m. St.	11T	11,5T
F dgl. o. St.	10,5	10,3
F Hitachi	815	810
M Holiday Inns	86	87
F Homestake	145,8	144,5
D Hoogovens	14,7G	15
F IBM	250,1	250bG
F ICI	15,35	15,2
M Imperial Oil	54,5	55,8
F Inco	31,5	31,8
F Int. T & T	79,5	79
D Istituto Fin.	7,2T	6,8T
F Italcementi	64	64
F Izumiya	6,3G	6,3G
F Japan Line	1,6T	1,6
D Jusco	5,8G	5,8G
F Kawasaki Kisen	1,5bB	1,6T
F Kawasaki Steel	1,35	1,35
M Kloof Gold Min.	121,1	125
F Komatsu	5,2T	5,2G
D KLM	139	143
F Kubota	3T	3T
D Laforge	–	–
D Litton Ind.	138,5exD	140
M M.I.M. Hold.	18,75	19,1
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	2,9G	3G
F Marudai Food	6,3	6,3G
D Matsushita El.	12,1G	12,18
M McDonald's	148,5	152
F McDonnell D.	112,5	112
D Minnesota M.	184T	187
D Minolta Camera	4,8G	4,9G
F Mitsubishi Chem.	2,7T	2,7
F Mitsubishi El.	3,7	3,7
F Mitsui Bk.	4,1G	4,1G
F Mitsui & Co.	3,6T	3,7
F Mitsui Engin.	1,7	1,7
F Mitsui O. S. K.	2,1G	2,1
F Mitsumi El.	4	4,15
H Mobil Oil	64,5	66
F Monsanto	214G	217,9
F Montedison	0,21	0,21
M Nat. Semicond.	74,2	77,6
D Nat. Westminster	19,9	20
F Nestlé	4760	4700
D Nikko Sec.	4,2bG	4,2T
F Nippon El.	9,7	9,5
F Nippon Kokan	1,35G	1,35
F Nippon Shinpan	8,5G	8,5G
F Nippon Yusen	2,5G	2,5G
F Nissan Motor	7,7	7,9
F Nisshin Steel	1,55	–
F Nissho - Iwai	2,7G	2,7G
F Norsk Hydro	96,4	94,5
F Norton Simon	53,8	54,5
H Occ. Petroleum	49,5	48
D Océ v. d. Grint	167T	167T
F Olivetti Vz.	4,25	4,25
F Olympus Optical	10,5T	10,8
H v. Ommeren	18	18
F Omron Tateisi	10,4T	10,3
F Pakhoed	38,3	37,6
M PanAm	11,58	11,8
M Pepsi	85,1	84,3
F Pernod-Ricard	140G	139
F Peugeot	50,8	50,1
F Philip Morris	139,5	141
H Philips	30,1	30,7
D Phoenix Ass.	12G	12G
F Pirelli	2,46	2,46
M Polaroid	69,3	74,8
F Procter & G.	269	270G
F Rank Org.	5bG	4,75
F Ricoh	4,8	4,8G
F Rio Tinto NA-St.	20,1	20,4
H Robeco	252,9	252,8
F Rockwell	121	125
H Rolinco	218	219G
F Rorento	166	168
F Rothmans Int.	5T	5T
H Royal Dutch	87,5	86,4
F Sanko Steamship	2,85	2,8
M Santos	11,3	11,4
F Sankyo Electric	4,4G	4,4G
F Sanyo Elec.	4,5G	4,5
F Sanwa Bk.	4,7G	4,7G
M SASOL	8,9	8,7
F Schlumberger	107,1	110,8
F Schw. Alum.	758	737
F Schw. Bankverein	316	317
M Sears, Roebuck	73,6	74
D Seiyu Stores	7T	7T
F Sekisui Prefab.	6,7G	6,8G
F Selected Risk	28,5G	28,5G
H Shell T & T	14,5G	14,3T
F Snia Viscosa	1,6	1,5
D Solvay	109T	109T
D Sony Corp.	34,6	35,7
D Sperry Corp.	90,5	91
F Stanley Elec.	4,6T	4,8T
F Steyr-Daimler-P.	20,1	20,8T
F Sumitomo Heavy	1,6T	1,6
D Sumitomo Metal	1,6G	1,6G
F Sumitomo Shoji	4,4G	4,4G
D Sun	72bG	74T
F Swissair	958	920
F Taisei Kens.	2,25bG	2,3T
M Tandy	135	134,9
F Tenneco	85	85,9
D Thomson-CSF	–	58G
D Thorn Emi	17G	17G
D Tokyo Pac	285G	280G
F Tokyo Sanyo El.	4,3	4,4T
F Trio Kenwood	5,3G	5,3G
F TRW Inc.	158G	159G
D Toray	3,7G	3,7G
D Toshiba	3,4G	3,4G
D UAL	85	89
H Unilever	179,5	179,8
D Uniroyal	29	28G
F United Techn.	152	152,5
F US Steel	51,9	51,9
M Vaal Reefs Expl.	300,2	297,1
F Veitscher Magn.	–	–
D Viel-Stork	56G	56
D Volvo A	112T	112T
D dgl. Nam B	112T	112T
F Warner Commun.	78,5	77
F Warner Lambert	73	76
F Wells Fargo	–	66
M Western Deep L.	155	150,7
M Western Mining	9,2	9,35
F West.-Utrecht H.	78,9	79
D Xerox Corp.	92	93,5

Nach kurzer, schwerer Krankheit ist am 5. Februar 1983 unser hochverehrter Seniorchef

Adalbert Reif

für immer von uns gegangen. Mit unermüdlichem Einsatz hat er bis zuletzt die Geschicke der Firma mitbestimmt.

Seine menschliche Größe und seine unternehmerische Schaffenskraft sind uns Verpflichtung und Vorbild für die Zukunft.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter
der Firma
Adalbert Reif

Paulinenallee 53, Hamburg 50

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, dem 16. Februar 1983, um 11 Uhr auf dem Friedhof Hamburg-Nienstedten.

WIR TRAUERN UM UNSEREN FRÜHEREN DIREKTOR

DR.-ING. PAUL KLUCKHOHN

LANDESBAURAT A. D.

* 29. 11. 1904 † 6. 2. 1983

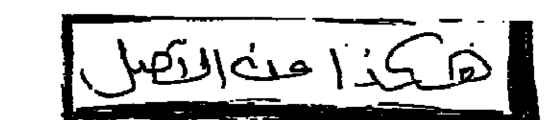
WEGEN SEINES LAUTEREN CHARAKTERS, DURCH DEN ER SICH VIELE FREUNDE ERWORBEN HAT, WIRD ER AUCH IN UNSEREN REIHEN UNVERGESSEN BLEIBEN.

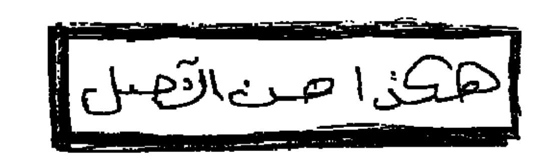
FAMILIE HEITKAMP
UND
AUFSICHTSRAT, GESCHÄFTSFÜHRUNG, BETRIEBSRAT, BELEGSCHAFT DER
BAUUNTERNEHMUNG HEITKAMP

4690 HERNE 2, DEN 6. FEBRUAR 1983

DIE TRAUERFEIER FINDET STATT AM FREITAG, DEM 11. FEBRUAR 1983, UM 12.30 UHR IN HANNOVER, SEELHORSTER FRIEDHOF, NEUE KAPELLE.







SKI ALPIN

Großer Tag für Familie Wenzel

PETER LAND/DW. Garmisch

Schweizer Siege und große Er-
lge für die Liechtensteiner Fami-
Wenzel brachten die beiden
eltcup-Rennen vom Mittwoch.
en 6. Weltcup-Slalom dieser Sai-
n gewann in Maribor (Jugosla-
en) Weltmeisterin Erika Hess,
n Giant-Slalom von Garmisch-
rtenkirchen ihr Schweizer
ndsmann Peter Lüscher. In Ma-
oor belegte die Liechtensteiner
oppel-Olympiasiegerin Hanni
enzel hinter Erika Hess den zwei-
n Platz und übernahm damit mit
0 Punkten die Führung im Ge-
mt-Weltcup vor der Amerikane-
n Tamara McKinney (162) und
ika Hess (160). Vierte wurde
anni Wenzels Schwester Petra.
as war auch die Placierung ihres
ruders Andreas in Garmisch-Par-
nkirchen.

Für Erika Hess war es der 13.
eg in einem Weltcup-Slalom
berhaupt. Damit schloß sie zur
anzösin Perrine Pelen auf, die
enso viele Siege in dieser alpi-
en Disziplin aufweisen kann.
och die Französin hatte in Mari-
or keine Chance und schied be-
its im ersten Durchgang aus.
hnliches Mißgeschick wieder-
ihr Tamara McKinney, der Polin
aria Tlalka, der Italienerin Rosa-
aria Quario, der Österreicherin
oswitha Steiner und Michaela
erg aus Lenggries.

Die anderen deutschen Läuferin-
en schlugen sich überaus achtbar:
laria Epple wurde Siebente. Sie
ar somit in allen bisherigen Welt-
ip-Slaloms dieses Winters nie
chlechter als Zehnte. Die Olym-
iazweite Christa Kinshofer wurde
ach wochenlangem Tief Elfte. Ire-
e Epple hatte auf einen Start ver-
chtet.

In Garmisch-Partenkirchen, wo
er letzte Giant-Slalom – eine Mi-
chung aus Abfahrt und Riesentor-
auf – der Saison auf dem Pro-
ramm stand, feierte das Team aus
er Schweiz wieder einen Doppel-
leg. Diesmal durch Peter Lüscher
nd Pirmin Zurbriggen. Dritter
urde der Österreicher Hans Enn.

Der schwedische Slalom-Spezia-
st Ingemar Stenmark rutschte
her ängstlich den Hang hinunter:
latz 15. Abfahrts-Weltmeister
arti Weihrather (Österreich) ver-
uchte es mit viel Schwung. Doch
a war ein Tor im Weg – aus. Sieger
eter Lüscher, der nun im Gesamt-
/eltcup führt, dazu: „Man muß
ben ein perfekter Skiläufer sein."

FUSSBALL

Streit der Brüder um den Vertrag

dpa, München

Uli Hoeneß hat sich aus dem Staub gemacht. Der Bayern-Manager macht bis Donnerstag Skiurlaub in der Schweiz. „Ich will nicht unbedingt dabei sein, wenn der Dieter um seinen neuen Vertrag streitet", verabschiedete sich Uli und überließ Präsident Willi O. Hoffmann eine heikle Angelegenheit: Die Vertragsverhandlungen mit Dieter Hoeneß.

Manager Hoeneß machte schon vor dem Kurzurlaub klar: „Was das Finanzielle angeht, muß der Dieter ganz erhebliche Abstriche in Kauf nehmen." Und in der Laufzeit des neuen Vertrages soll sich Mittelstürmer Hoeneß der gegenwärtigen Tendenz des Vereins (nur einjährige Verlängerung) beugen. Uli Hoeneß: „Ein Zweijahresvertrag ist für einen 30jährigen zuviel."

Bruder Dieter nimmt die Aussagen Ulis mit Verärgerung auf: „Uli will die Vereinsinteressen vertreten. Aber ich verstehe ihn nicht, daß er sich zu solchen Dingen äußert, denn ich habe mit ihm über meine Angelegenheit nicht gesprochen." Und er sagt: „Ich bin bisher nie mit irgendwelchen Einzelheiten meines Vertrages an die Öffentlichkeit gegangen und ich habe geglaubt, daß sich auch der Verein darüber ausschweigt."

Dieter Hoeneß bricht sein Schweigen nicht, wenn es um Details seines vor drei Jahren abgeschlossenen Vertrages geht. Die Zahlen liegen allerdings auf dem Tisch. Damals machte Uli Hoeneß seinem Präsidenten Wilhelm Neudecker ein unerwartetes Geschenk, als er Dieter zum Billigespreis von nur 175 000 Mark vom VfB Stuttgart zum FC Bayern holte. Von der eingesparten Ablösesumme – damals wurde der Marktwert von Dieter Hoeneß auf eine Million Mark veranschlagt – erhielt dann der Kopfball-Spezialist seinen Anteil. Dieters Jahresgehalt wurde auf 250 000 Mark festgesetzt, dazu kamen pro Jahr 130 000 Mark Zuschlag. Laut Manager Uli soll Spieler Dieter jetzt auf das Niveau der übrigen Bayern (etwa 300 000 Mark) gebracht werden.

Über die Vertragszeit hat Dieter Hoeneß genaue Vorstellungen: „Ich möchte gerne einen Zweijahresvertrag. Denkbar ist aber auch eine einjährige Verlängerung plus Option für ein weiteres Jahr, oder man findet eine Regelung in der Höhe der Ablösesumme."

STANDPUNKT / Das Ende eines Rennstalles

Plötzlich, gleichsam von heute auf morgen, waren sie wer im deutschen Trabrennsport. Eines Tages, das war ihr Ziel, wollten sie die besten Pferde in Deutschland besitzen: Georg Ahlmann, Alwin Schockemöhle und Otto Schulte-Frohlinde. Die Anfangsbuchstaben ihrer Nachnamen „ASS" wurden zur Leuchtreklame für einen ganzen Sport- und Erwerbszweig. Die Partnerschaft zu gleichen Teilen dauerte fünf Jahre, am 16. März endet sie mit einer Auktion auf dem Hof von Olympiasieger Alwin Schockemöhle in Mühlen. Der Trabrennsport erleidet einen Prestigeverlust von noch nicht erkennbarem Ausmaß. „Wir haben keine Lust mehr, in eine Sache zu investieren, die als Gewerbebetrieb von den Steuerbehörden nicht anerkannt wird", erklärte Ahlmann. Schockemöhle: „Bei uns spricht man von Hobby, bei anderen aber von Gewerbe." Was soviel heißt: Nicht jeder ist vor dem Finanzamt gleich.

Die Dreiergemeinschaft steckte zu Anfang viel Geld in das Unternehmen und gewann auf Anhieb 1978 das deutsche Besitzer-Championat. Ihre Traber hatten in dieser Saison 523 565 Mark eingelaufen, was keineswegs mit Gewinn gleichzustellen ist. Denn setzt man pro Pferd die Monatskosten auf 1200 Mark an, für Schmied, Futter, Tierarzt, Training, dann machte der Stall im Jahr des Hochgefühls bei 50 Tieren (600 000 Mark) bereits Verlust. Nicht berücksichtigt in dieser Summe von 600 000 DM ist die Anschaffung von Jährlingen oder Spitzenpferden. Schockemöhle: „Wenn man irgendwann eine Rolle spielen will, muß man zuerst wie in jedem anderen Geschäft investieren."

Das Kulturgut Pferd existiert für den Gesetzgeber offensichtlich nur in Büchern. Vergessen sind bei den meisten die Parolen vor nicht allzu vielen Jahren: Das Pferd muß bleiben. Anders als beispielsweise in den USA, Kanada oder Skandinavien gewährt der Fiskus in Deutschland für Pferderennbetriebe keine Steuererleichterungen. Vielmehr drehten die Finanzbehörden im letzten Jahr die Daumenschrauben enger.

Die Steuerrückvergütung für die Rennvereine wurde um acht Prozent gedrückt, die Rennvereine kürzten die Preisgelder dafür wiederum um 20 Prozent. Zusätzlich gestiegene Unterhaltskosten eines Stalles trieben die Besitzer in den Ruin oder an den Rand des Bankrotts. Ahlmann: „Wir haben doch zum Wettvergnügen anderer keine Pferde, uns aber als Besitzern setzt man die Preisgelder herunter. Und der Staat kommt uns auch nicht entgegen."

Von den Trabern des Stalles „Rex ASS" sind bereits 30 verkauft, am 16. März werden auf der Auktion noch einmal 20 angeboten. Darunter sind die Spitzenpferde Unexpected, Oakland und die für das nächste Derby genannten Herba und Adiantum.

Otto Schulte-Frohlinde, der auch einen Dressur-Stall unterhält, wendet sich ganz ab vom Trabrennsport, Schockemöhle will 15 Mutterstuten halten und züchten. Ahlmann macht mit zehn Trabern in seinem Stall „Tina" weiter und will außerdem in den Turniersport zurückkehren.

Das Ende eines prominenten Rennstalles als Beispiel einer Entwicklung? Der Ruf nach dem Staat und seiner Unterstützung ist sehr oft und leichtfertig der erste Versuch, von eigenen Fehlleistungen abzulenken. Aber gilt das hier auch, wenn nicht einmal Erfolg das Überleben garantieren kann? D. L.

LEICHTATHLETIK / Handverletzung – willkommener Grund für Absage

Reichenbachs Kampf mit Funktionären und den eigenen großspurigen Worten

KLAUS BLUME, Bonn

„Das kaputte Handgelenk", sagt er, „hat mich noch einmal gerettet. Gott sei Dank." Ansonsten hätte sich der Berliner Kneipen-Besitzer Ralf Reichenbach (32) mit einer Ausrede schwergetan. Was wäre denn sonst der Grund gewesen, nicht am Wochenende nach Sindelfingen zu den Deutschen Hallen-Leichtathletikmeisterschaften zu reisen? „Mensch", sagt der Zwei-Meter-Kerl Reichenbach, „ich habe mich doch selber wieder verrückt gemacht mit meinen blödsinnigen Ankündigungen."

Die Ankündigungen gipfelten in hochgesteckten Zielen. Reichenbach wollte in Sindelfingen ein glänzendes Comeback mit einem deutschen Hallenrekord feiern. Der alte, gehalten von dem Gießener Sportjournalisten Gerd Steines, steht bei 19,98 Meter. Reichenbach dachte an eine Weite „von 20 Metern oder mehr", und im offiziellen Pressedienst des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) wurde Reichenbach daraufhin unter der Rubrik „Favorit" geführt.

Der Favorit war allerdings schon vor vier Wochen ins Grübeln gekommen. Bei den Berliner Hallen-Meisterschaften hatte es Reichenbach mit der explosiven Drehstoßtechnik des Amerikaners Brian Oldfield versucht. Das Ergebnis war niederschmetternd: 16,69 Meter. Das ist etwa so, als würde ein Weltklassesprinter auf der 100-Meter-Strecke von heute auf morgen von seinen Konkurrenten um 15 Meter abgehängt. Er sagt dazu: „Bei allem Wohlwollen wird es sehr schwer fallen, dafür noch ein positives Attribut zu finden." So hat sich Reichenbach entschlossen, diesen mißglückten Comeback-Versuch als „lächerlich und peinlich zugleich" abzuqualifizieren.

Er hat es zwar noch einmal mit der herkömmlichen Angleit-Technik versucht. Das brachte dann etwa 19 Meter. Doch für einen wie Reichenbach, der 21,51 Meter als deutschen Freiluft-Rekord zu Buche stehen hat, ein Ergebnis, das höflicherweise eigentlich verschwiegen wird.

Woran es liegt, weiß er nicht. Zur Zeit hat er sein Körpergewicht wieder auf 134 Kilogramm gesteigert. Genug, um die Kugel mit der nötigen Wucht zu stoßen. Im vorigen Jahr war das noch anders. Da flatterten Reichenbach die Hosen, da nahm er ständig ab und beendete vorzeitig die Saison mit einer Jahresbestweite von 18,55 m – fünfter Platz in der deutschen Bestenliste.

Der Mann schien verunsichert. Doch Reichenbach, der 12 Jahre lang in der deutschen Nationalmannschaft startete, der 1981 noch zur Europa-Auswahl gehörte, meldete sich auf einmal als Kritiker der Verbandsfunktionäre zu Wort. Präsident Kirsch und vor allem Sportwart Klappert bescheinigte er nur so viel Organisationstalent, daß sie „in Höchstform allenfalls eine Klassenfahrt nach Berlin halbwegs bewerkstelligen" könnten. Als die beiden den Sprinter Haas sperrten, nur weil der bei schlechtem Wetter aus der völlig begründeten Angst vor Verletzungen keine Testrennen laufen wollte, nannte Reichenbach das „ein Affentheater, das mich davon abhalten könnte, wieder richtig anzufangen". Mit Professor Kirsch hat sich Reichenbach inzwischen ausgesprochen, doch Klappert hält er weiterhin für unfähig. „Und damit sind alle Türen zu", sagt er.

Was er damit meint, ist vielleicht dies: Als Reichenbach an Gewicht und an Leistung verlor, fand er sich urplötzlich im Niemandsland des Leistungssports wieder – er gehörte keinem Kader, keiner Leistungsgruppe mehr an. Niemand im Verband nahm mehr von ihm Notiz, von der Sporthilfe gab es kein Geld mehr. Dabei gibt es den sogenannten S-Kader für jene, die auf irgendeine Weise gestrauchelt sind. Doch dafür schlug im Verband niemand Reichenbach vor. Reichenbach, dem es nicht ums Geld, sondern nach 12jähriger Zugehörigkeit zur Nationalmannschaft ums Prinzip ging, machte den Vorschlag: „Wenn mir die Sporthilfe 800 Mark im Monat überweist, bin ich bereit, ihr monatlich 900 Mark zu spenden." Reaktionen gab es darauf keine, und Reichenbach bilanzierte: „Das ist eine unsportliche Schweinerei."

Nun wollte er es allen in Sindelfingen zeigen, doch einige Funktionäre werden sich wohl jetzt die Hände reiben. Reichenbach hat aber noch nicht aufgegeben – er will im August zu den Weltmeisterschaften nach Helsinki. Auch, wenn er dann „diesen Leuten vom Verband ausgeliefert ist".

SPORT-NACHRICHTEN

Schach: Hübner in Velden

Klagenfurt (dpa) – In Velden am Wörthersee findet der Viertelfinal-Kampf im Schach-Kandidatenturnier zwischen dem deutschen Großmeister Robert Hübner und dem Sowjetrussen Walerij Smyslow, Weltmeister von 1957–1958, statt. Die Spiele beginnen am 20. März.

King erwägt Rücktritt

Boston (sid) – Billie-Jean King (39) will in diesem Jahr ihre Karriere beenden. Die Rekordgewinnerin von Wimbledon (20 Titel, sechs im Einzel) wird in der aktuellen Weltrangliste immer noch auf Platz 15 geführt.

Franzose pfeift

Düsseldorf (sid) – Der Franzose Joël Quiniou (32) ist Schiedsrichter des Fußball-Länderspiels Portugal – Deutschland am 23. Februar in Lissabon.

Wunderlich gewählt

Berlin (sid) – Erhard Wunderlich wurde zum zweiten Mal hintereinander zum „Handballspieler des Jahres" gewählt. In einer Leser-Umfrage der Fachzeitung „Deutsche Handballwoche" belegte der Weltklassespieler mit 662 Stimmen Platz eins vor seinem Gummersbacher Vereinskollegen Heiner Brand (544). Bei den Frauen belegte Dagmar Stelberg (Engelskirchen) Platz eins.

Dürnberger verletzt

München (sid) – Bernd Dürnberger (29) von Bayern München zog sich im Training einen Innenbandabriß im Knie zu. Er kann frühestens in sechs Wochen wieder eingesetzt werden.

Elter ausgeschieden

Richmond (sid) – Peter Elter aus Neuss unterlag in der ersten Runde des Tennisturniers von Richmond/Virginia dem an Nummer vier gesetzten Südafrikaner Kevin Curren mit 4:6, 2:6.

Pokalspiel fiel aus

Köln (sid) – Das Viertelfinalspiel im deutschen Fußball-Pokal zwischen dem 1. FC Köln und Schalke 04 mußte gestern abend ausfallen. Im Kölner Stadion lagen fünf Zentimeter Schnee. Das Spiel soll jetzt – wie die restlichen drei Pokalspiele – am Samstag (15.30 Uhr) stattfinden.

ZAHLEN

SKI ALPIN

Weltcup Super-Riesenslalom der Herren in Garmisch-Partenkirchen: 1. Lüscher 1:36,45 Minuten, 2. Zurbriggen (beide Schweiz) 1:36,65, 3. Enn (Österreich) 1:37,60, 4. Wenzel (Liechtenstein) 1:37,88, 5. Strolz (Österreich) 1:37,89, 6. Kerschbaumer (Italien) 1:37,93.

Stand im Gesamt-Weltcup: Lüscher 160 Punkte, 2. Mahre (USA) 146, 3. Zurbriggen 138, 4. Müller (Schweiz) 123, 5. Stenmark (Schweden) 107, 6. Weirather (Österreich) 100. – Stand im Riesenslalom-Weltcup: 1. Zurbriggen 79, 2. Enn 74, 3. Lüscher 47, 4. Franko (Jugoslawien) 45, 5. Julen 42, 6. Luthy (Schweiz) 33, 7. Stenmark (Schweden) 29.

6. Weltcup-Slalom der Damen in Maribor: 1. Hess (Schweiz) 1:42,68 Minuten, 2. Hanni Wenzel (Liechtenstein) 1:42,96, 3. Kronbichler (Österreich) 1:43,10, 4. Petra Wenzel (Liechtenstein) 1:43,62, 5. Zini (Italien) 1:44,23, 6. Tlalka (Polen) 1:44,25, 7. Epple (Deutschland) 1:44,45 ... 11. Kinshofer 1:45,46 ... 24. Lazak 1:48,06 ... 36. Hofmann (alle Deutschland) 1:50,21.

Höchst umstritten: die Untersuchungen des US-Medienforschers Gerbner über Vielseher

Die Legende von den wehrlosen TV-Marionetten

Alle Jahre wieder gelangen über den großen Teich die höchst umstrittenen Enthüllungen des US-Medienforschers George Gerbner über das amerikanische Fernsehen zu uns und werden nur allzu bereitwillig von denen verbreitet, die schon immer wußten, daß öffentlich-rechtlich die Welt noch in Ordnung ist. Der Gelehrte von der Universität Philadelphia beansprucht für sich nicht weniger, als mit einer (scheinbar) hochoriginellen Methode das Pantoffelkino endgültig als die große Manipulationsagentur der Nation entlarvt zu haben.

Zu diesem Zweck führt Gerbner immer wieder aufs neue umfassende Inhaltsanalysen des amerikanischen TV-Programms zur Hauptsendezeit durch. Chronisches Fazit der „Volkszählung" im Wunderland der Mattscheibe: Das Fernsehen im Land der Cowboys trägt ein völlig falsches Bild der Wirklichkeit zur Schau, in dem z. B. Männer kraß überrepräsentiert sind, Farbige nur als Statisten fungieren und hinter jeder Ecke brutale Kapitalverbrecher lauern. Der kritische „Bilderstürmer" präsentiert diese Daten so, als sei die „Röhre" schon damit der gemeingefährlichen Volksverhetzung überführt – und unterliegt dabei einem fundamentalen Denkfehler: Kein lebendiger Film, kein gutes Buch, kein Werk der „hohen" Kunst spiegelt je sozialstatistisch exakt die Wirklichkeit wider. Um dies überhaupt zu bewerkstelligen, müßte man den sozialwissenschaftlichen Fliegenbeinzähler zum Vormund des Künstlers erheben.

Hier soll keiner böswilligen Verleumdung von Minderheiten das Wort geredet werden, aber die „Verzerrungen" der populären Kultur gehorchen eben einer eigenen Dramaturgie, in der sich zuallererst die kollektiven Träume und Ängste des Massenpublikums spiegeln – wer wollte darüber richten? So hat schon 1799 Novalis der Literatur freundschaftlich bescheinigt: „Die Bücherwelt ist in der Tat nur die Karikatur der wirklichen Welt ... (In ihr) sind alle Farben greller, weniger Mitteltinten, die Bewegungen lebhafter, die Umrisse daher frappanter ...."

Bedenklich würden solche dramaturgischen „Eigenmächtigkeiten" erst, wenn das Publikum sie unkritisch für bare Münze nehmen sollte. Genau dies will Gerbner bewiesen haben: Er verglich die Weltanschauung von hartgesottenen Vielsehern mit der von visuellen Kostverächtern und kommt zum Schluß, daß die TV-Enthusiasten der schiefen Optik ihrer Flimmerkiste aufgesessen sind. Sie überschätzen demnach z. B. das Ausmaß der Gewalt in unserer Welt, und sind generell ängstlicher als ihre Zeitgenossen.

Doch ist Gerbner auch hier selbst einem Trugschluß aufgesessen: Wenn Vielseher tatsächlich abgrenzbare Eigenschaften haben sollten, könnten die ebensogut der Anlaß, und nicht die Folge ihres hohen TV-Konsums sein. So weiß man ja auch, daß Raucher risikofreudiger sind als Nichtraucher – wer wollte das den Glimmstengeln anlasten? In der Tat weisen daher auch mehrere Kontrolluntersuchungen nach, daß Vielseher sich deshalb vor die Mattscheibe setzen, um sich von ihren sozialen Ängsten abzulenken, die aus ganz anderen Quellen stammen.

Es könnte aber auch gut sein, daß Gerbner seine Daten kräftig „aufgemöbelt" hat: Eine Diskussion *zu diesem Vorwurf, die er in* einer amerikanischen Fachzeitschrift mit Kollegen führte, artete zuletzt in peinliche Unterstellungen aus. Der Medienforscher P. Hirsch kommt nach einer erneuten Analyse von Gerbners Ergebnissen zu dem Schluß, daß das Fernsehverhalten sogar zusammen mit den Faktoren Ausbildung, Geschlecht und Rasse für nur 10 Prozent der abgefragten Meinungen verantwortlich zeichnet; damit sei die These im Grunde widerlegt. Gerbner habe sich somit selbst einer Verzerrung der Wirklichkeit, der Daten schuldig gemacht.

Obendrein ist das Verfahren des Fernseh-Professors auch gar nicht so originell, wie es den Anschein hat: Mit ganz genau der gleichen doppelten Methodik wollten vor mehr als einem halben Jahrhundert hochanständige Sittenwächter nachweisen, daß die „unmoralische" Traumfabrik Hollywood, die damals noch in ihren Kinderschuhen steckte, ihrem jugendlichen Publikum den Kopf verdrehe. Ärgerliche Quintessenz ihrer Studie: Viel- und Wenigkinogänger der goldenen Zwanziger unterschieden sich in ihren Einstellungen nur geringfügig voneinander. Trotzdem scheint das Vorurteil, die anderen Menschen – nie man selbst – seien wehrlose Marionetten einer gigantischen „Beeinflussungsmaschinerie", nicht totzukriegen – ein „eingebautes" Vorurteil des Intellektuellen?

Sorgsam kultiviert wird es natürlich von denen, die die Macht über die Programme am liebsten in der Hand von „verantwortungsbewußten" öffentlich-rechtlichen „Aufpassern" sehen wollen. Dabei ist die Gefahr der Bevormundung des Zuschauers doch dann am geringsten, wenn dieser selbstbestimmt aus einer Vielfalt konkurrierender Angebote auswählen kann. Erst dann, wenn ein paar selbstherrliche Mediengewaltige genau wissen, was gut fürs Volk ist, ist Manipulations-Gefahr im Verzug.

ROLF DEGEN

KRITIK

Insidergespräch zweier Kumpel

Das ZDF-Interview mit Simenon in der vergangenen Woche, durchgeführt von Pivot, war aufschlußreich und spannend. Das ARD-Interview (**„Das Kino im Kopf"**) mit dem Dichter, in welchem er von dem Filmregisseur Claude Chabrol befragt wurde, war eine Pleite. Das lag nicht nur daran, daß es mit aus dem Zusammenhang gerissenen Ausschnitten aus Simenon-Verfilmungen unnötigerweise auf eine Stunde gedehnt wurde.

Vor allem war der Interviewer völlig falsch gewählt. Pivot hatte spitz von außen gefragt und dadurch Simenon zu aufschlußreichen Aussagen provoziert. Chabrol hingegen war ein Kumpel, der mit Simenon in allem einig war. Über weite Strecken hatte man das Gefühl, dem Insidergespräch von zwei Kriegskameraden beizuwohnen, die sich über gemeinsame ferne Abenteuer unterhalten. Doch dann rappelte sich Chabrol wieder auf und suchte krampfhaft nach einer Frage, die er seinem Partner stellen konnte. Profis wie Pivot können das eben besser.

Simenon-Interviews sind nur sinnvoll, wenn sie sich auf Fragen nach seiner Arbeitsweise beschränken. Aber man weiß ja nun schon ganz ausführlich, daß dieser Autor sein Leben lang gierig Lebensstoff in sich hineinschlang und dann in wenigen Tagen, wie in Trance, einen Roman herunterschreiben konnte. Einschlägige Zitate aus dem Chabrol-Interview: „Ich habe immer mit dem Instinkt geschrieben ... Wenn ich einen Roman beginne, kenne ich nur die Figuren, weiß noch nicht, was sie tun werden ... Bei mir besteht die Handlung aus den Personen ..."

Wer Simenon hingegen über Allgemeines befragt, bekommt nur Banalitäten zu hören und Widersprüche. Ein Beispiel für letzteres: Auf der einen Seite spricht Simenon dem Menschen jeden eigenen Willen und die Fähigkeit, schuldig zu werden, ab. Der Mensch sei nur ein Produkt seiner Gene. Und im gleichen Atemzug glaubt er dann, „den kleinen Mann" gegen „die Mächtigen" in Schutz nehmen zu müssen. Die Aussagen zur Zeitgeschichte waren geradezu albern.

Der Rezensent ist ein großer Bewunderer Simenons. Die große französische Gesamtausgabe der Simenonschen Romane ist der meistbenutzte Teil seiner Bibliothek. Um so mehr schmerzte es ihn, in diesem Interview feststellen zu müssen, daß sich bei dem 80jährigen Zeichen von Senilität bemerkbar machen. War es nötig, das bei einem so großen Autor so ausführlich vorzuführen?

ARMIN MOHLER



Der Fernsehpreis der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) geht in diesem Jahr zu gleichen Teilen an **Michael Verhoeven** und **Helmut Pigge**. Wie die DAG in Hamburg mitteilte, sollen mit der Auszeichnung die Autoren der Fernsehspiele „Die Mutprobe" (Verhoeven) und „Hambacher Frühling" (Pigge) gewürdigt werden.

Der mit 15 000 Mark dotierte Preis wird alljährlich für Fernseh- oder Dokumentarspiele verliehen, die „unter Wahrung künstlerischer Gesichtspunkte zeitkritische, gesellschaftspolitische oder historische Stoffe behandeln". Die Preisübergabe findet am 26. März in Mainz statt.

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Angst vor dem Leben
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Sie – er – Es
Geplant sind folgende Beiträge: Kinder begegnen dem Tod / Travestie-Künstler / „Frauen sind einfach besser"
Moderatorin: Monika Mösslang
17.00 Tom Sawyer und Huckleberry Finn
Unter falschem Namen
17.25 Die Ferien des Herrn Rossi
Letzte Folge: Anglerglück am See
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend:
Parteien zur Wahl
Anschließend:
Der 7. Sinn
20.18 Deutschland vor der Wahl
Splitterparteien
Anschließend:
Parteien zur Wahl
21.15 Musikladen
22.00 Es ist angerichtet (3)
Komische Geschichten mit Eddi Arent u. a.
Regie: Heinz Liesendahl
In der dritten Folge der heiteren Serie mimt Komödiant Eddi Arent einen *Piloten, muß als Kriminalbe*amter bei einem Banküberfall eingreifen und in einem weiteren Fall einen Mord aufklären.
22.30 Tagesthemen
23.00 Claudio Arrau
Film von Wolf-Eberhard von Lewinski
Seit 1913 konzertiert der chilenische Pianist Claudio Arrau, zunächst als vielgefeiertes Wunderkind, dann als herausragender Interpret der großen Werke der Klavierliteratur von Mozart bis zur Moderne.
24.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Faszinierendes Weltall
Astronomen und Fernrohre
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Mumins
13 neue Folgen der Trickfilmserie
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Die Sängerin Kiz
17.50 ... und die Tuba bläst der Huber
Letzte Folge: Das prämierte Dorf
Anschließend:
heute-Schlagzeilen
18.20 Sherlock Holmes und Dr. Watson
Ein Mord in feinen Kreisen
19.00 heute
Anschließend:
Parteien zur Wahl
19.30 Varieté, Varieté
Treffpunkt internationaler Artisten
Präsentation: Lou van Burg
Orchester Siggi Gerhard
Ballett und Choreographie:
Oliver Briac
21.00 heute-journal Anschließend:
Parteien zur Wahl
21.20 Die Bonner Runde
Thema: Form und Inhalt des Wahlkampfes
Gesprächsleitung:
Johannes Gross
22.20 Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui
Hitler-Persiflage von Bertolt Brecht
Mit Ekkehard Schall, Michael Gerber, Dieter Knaup u. a.
Regie: Manfred Wekwerth, Peter Palitzsch
Aufführung des Berliner Ensembles (Wh. v. 1975)
Am Beispiel Arturo Ui, eines Gangsterbosses aus Chicago, karikiert Brecht den Aufstieg Hitlers.
00.40 heute



Ekkehard Schall (M. o.) in der Titelrolle von Bertolt Brechts Parabel „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui", 22.20 Uhr im ZDF
FOTO: TELEBUNK

III.

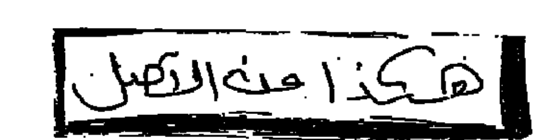
WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Eine Sache unter Freunden
Kanadischer Spielfilm, 1973
21.45 Landesspiegel
Schauplatz: Abbruch
Vom Ende eines Stahlwerks
Film von Gernot Steinweg
Bernhard Krieg
22.15 Der Untergang der „Lusitan
23.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Bauernmalerei (4)
18.45 Follow me (14 und 15)
19.15 Was tun?!
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Familiengrab
US-Spielfilm, 1976
22.10 Bücherjournal
Leitung: Dieter Zilligen
22.55 Jazz Fest Berlin 1982
23.55 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Moby Dick
19.15 Teletechnikum
20.00 Tagesschau
20.15 Filmstudio
21.50 Drei aktuell
22.05 Kulturkalender
22.35 Titel, Thesen, Temperamente
23.05 Vor vierzig Jahren
Dt. Wochenschau, Februar 19

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg I
Physik (6)
19.00 Ein Fremder an meiner Seite
Amerik. Fernsehfilm von I. Nemec
20.35 Bilderbogen:
Ich habe es satt, daß es m geht
Das Glaubensbekenntnis des densreich Hundertwasser
21.00 Literaturmagazin
Filmbericht: Stendhal, Schmidt, Buchzensur
Nur für Baden-Württemberg
21.45 Zu Gast:
Baseler Pfeffer
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 Magazin regional Sport
22.15 Zugabe
Nur für das Saarland
21.45 Wir spielen auf:
Jacoby & Schorsch

BAYERN
18.15 The Sodrina Project
18.35 Saturniden:
Die Entwicklung eines Nachters
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
Das ganz große Ding
20.45 Rundschau
21.00 Heut abend ...
Zu Gast: Margot Werner
21.45 Europa nebenan
22.30 Sperrfrist
23.15 Rundschau



Mazurka der Mäzene

Bth. – Er muß ein wohlsituierter Herr sein, mit viel Liebe zur Iusik, besonders zu Chopin, und inem Herzen für arme Studenen dazu, jener Herr Aschenbrenner, der der Kölner Musikhochchule einen Chopin-Wettbewerb estiftet hat. Der wird nun gerade nter 14 Bewerbern ausgespielt, nd am 1. März wird es einen rsten, zweiten und dritten Choin-Preisträger mit 5000, 3000 nd 1000 Mark in der Tasche geen. Sehr schön soweit.

Dieses Unternehmen jedoch arf nicht verwechselt werden nit dem „I. Bundesdeutschen Chopin-Klavierwettbewerb", der n Oktober in Darmstadt ausgeragen wird. Der wird von einer Chopin-Gesellschaft in der Bunesrepublik Deutschland" veranstaltet, und auch deren Mitglieder ieben gewiß Musik sehr, und beonders Chopin, und haben ein Herz für junge Pianisten dazu.

Man möchte dem Herrn Aschenbrenner und auch der Chopin-Gesellschaft wie auch all enen, die in den nächsten Jahren uch noch auf die Idee kommen, inen Chopin-Wettbewerb ins Leen zu rufen, in Itzehoe, Salzgitter oder Landsberg am Lech, von Herzen gutes Gelingen wünschen, käme da nicht auch Unbehagen auf.

Alle fünf Jahre wird in Warschau ein Chopin-Wettbewerb ausgetragen, neben Moskaus Tschaikowskij-Concours der edelste Pianisten-Wettstreit der Welt. Wer dort Lorbeer gewinnt, hat den Freifahrschein für eine große Karriere. Die Argerich und Pollini, Harasiewicz und Zimerman sind dort berühmt geworden. Wer sich künftig als Chopin-Preisträger vorstellt, muß sich wohl die peinliche Frage gefallen lassen: Warschau, Köln oder Darmstadt? Und wer nicht „Warschau" antworten darf, steht ein bißchen blamiert da. Eben das kann wohl kaum der Sinn der Förderung sein.

Klavierwettbewerbe schießen wie Pilze aus dem Boden. Man muß schon sehr schlecht sein, nicht irgendeinen von ihnen zu gewinnen. Ein Wettbewerbssieg zählt durch solche Inflation immer weniger. Und daß es dem Ausbildungsgang mehr schadet als nützt, wenn er dauernd durch gezielte Wettbewerbs-Vorbereitungen unterbrochen wird, liegt auch auf der Hand.

Es ist also nicht bloß der Etikettenschwindel mit Chopin, der hier stört, sondern die ganze Olympiomanie. Nach persönlichem Gutdünken und ohne Wettbewerb einen jungen Musiker zu sponsern, der einem sympathisch und talentiert erscheint, das wagt in der totalen Demokratie offenbar kein Mäzen mehr. Da müssen erst Jury-Mehrheiten her, um Edelmut zu legitimieren.

EITSCHRIFTENKRITIK: Criticón

Alle sind konservativ

Dem Zeitschriftenrezensenten hat selten eine beiläufige Bemerkung so viel Fragen (und Bissigkeiten) eingetragen wie der Hinweis auf eine Prognose Rohrmosers, „daß die künftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen bei uns im Namen von verschiedenen Auslegungen des Konservativen durchgefochten werden" (s. WELT 30. 12. 82). Es handelte sich dabei um eine vom Rezensenten stammende Raffung der Gedankengänge des Politologie-Professors aus Stuttgart-Hohenheim, aber keineswegs um eine Fälschung. Günter Rohrmoser hat sich in einem Aufsatz zum 6. März mit dem Titel „Regierungs- oder Epochenwechsel?" sogar noch direkter ausgedrückt.

Der Aufsatz findet sich in Nr. 74 der konservativen Tribüne „Criticón" (neue Anschrift: München 22, Knöbelstraße 36), in der Katholisch-Konservative, Liberalkonservative und Nationalkonservative sich kunterbunt miteinander leben. Die Prognose im Rohrmoser-Originalton: „Der Zusammenbruch des progressiv-utopischen Glaubens hat zur Folge, daß es ideologisch nur noch um die Konkurrenz unterschiedlicher Konservatismen geht. Auch in der Bundesrepublik."

Daß Rohrmoser damit keine bloßen Intellektuellen-Streitigkeiten meint, sagt er ebenfalls ohne Umschweife: „Faktisch stehen einander gegenüber der Konservativismus der Schmidtschen SPD, der eine Erhaltung der Industriegesellschaft will, ein anarchistischer Konservativismus der grünen und alternativen Bewegung, die eine an prämodernen Vorstellungen ausgerichtete Kulturbasis demokratisch verwirklichen wollen, und der populistische Konservativismus der CDU und CSU, der eine vielleicht flüchtige mehrheitliche Stimmungslage, eine an der Verteidigung bestehender Besitzstände ausgerichtete Erwartung widerspiegelt."

Angesichts dieses Zitates muß festgestellt werden, daß Rohrmoser keineswegs zu jenen Konservativen zählt, die auf gleiche Distanz zu SPD und CDU/CSU halten. Man weiß, daß er von CDU-Landesfürsten und gelegentlich auch im Umkreis der Bundesleitung dieser Partei konsultiert wird. Allerdings ist er der Meinung, „daß die Stabilisierung der Bundesrepublik ohne auch strukturelle Reformen nicht gelingen kann". Hauptziel ist ihm, „die geistig-ethischen Grundlagen unseres Gemeinwesens von der fast totalen Abhängigkeit von ökonomischen und konjunkturellen Krisen zu lockern", um es so widerstandsfähiger zu machen.

Damit ist er nicht so weit weg von dem Criticón-Herausgeber C. v. Schrenck-Notzing (Verfasser eines sehr kritischen Buches über die CDU), der in seinem Leiter die Formulierung der CDU-Zeitschrift „Politische Meinung", wir hätten jetzt eine bürgerliche Regierung in einem sozialliberalen Land, zustimmend aufnimmt und hinzufügt: „Ein Land zu ändern dauert länger als eine Regierung zu bilden." Die Parole „Wandel in Kontinuität" sei jedoch ein Widerspruch in sich. Die Wahl vom 6. März werde von derjenigen Seite gewonnen, welche die einleuchtendere Antwort finde auf „Fragen der Sinnfindung, der deutschen Identität, der geistigen Wende".

ANTON MADLER

Theaterbrief aus Paris: Dramatisierte Romane

Galliens Blechtrommler

Als gäbe es keine Stoffe mehr fürs Theater, werden zunehmend Bearbeitungen von Romanen, ja selbst von Gedichten in Frankreich auf die Bühne gebracht. Dabei geht es weder um „Dramatisierungen" noch darum, die Handlung in Dialogform darzustellen. Die ausgewählten Texte werden lediglich in Monologen zu Gehör gebracht und durchs Bühnenbild illustriert.

Nachdem Irène Lambelet in dieser Form Texte von Michaux, Trakl und Céline bearbeitet hat, zeigt sie nun mit ihrer Truppe des Orbe Théâtre in der Cartoucherie von Vincennes Michel Tourniers Goncourtpreis-Roman „Der Erlkönig", dessen finsterer und schrecklicher Held Abel Tiffauges, ein moderner Gilles de Rais, in Frankreich die gleiche Berühmtheit erlangt hat wie in Deutschland der Blechtrommler Oskar Matzerath. Auch Tourniers Romangestalt erblickt die Geschehnisse des Zweiten Weltkriegs, als französischer Kriegsgefangener in Deutschland, aus der Perspektive eines Wesens, dessen geistige und sexuelle Entwicklung im Kindesalter unterbrochen wurde.

Was im Roman jedoch als universelle Analogie der Geschehnisse deutlich wird, verwandelt sich in der szenischen Darbietung zu einer Ästhetisierung der verbrecherischen Wirklichkeit. Das wachsende Gefühl des Unbehagens beim Hören der barocken Sprache des Autors stellt plötzlich den Roman selbst in Frage. Der Vortrag scheint dem Ohr zu enthüllen, was deutsche Kritiker dem Roman bereits vor zehn Jahren zum Vorwurf gemacht haben: „eine gefährliche Nähe zur Nazi-Ideologie".

Eine erneute Lektüre des Romans belehrt uns freilich eines Besseren. Ungestraft zerstört man eben nicht durch Auswahl das Gleichgewicht der genauen Komposition eines großen Werkes der Gegenwartsliteratur, gerade wenn es dem rational nicht Faßbaren eine irrationale Deutung zu geben versucht. Nicht Betroffenheit also löste das Stück aus, sondern Peinlichkeit, und dies umso stärker, als die Fotos und Filmausschnitte, deren sich der Regisseur Jean-Philippe Guerlais bediente, dem Zuschauer Deutungen aufdrängen, die der Roman ausspart.

Einen vergleichbaren Erfolg wie Tourniers Roman von 1970 hatte in Frankreich die Übersetzung von Fritz Zorns autobiographischem Bericht „Mars". Das Manuskript des Buches war von Adolf Muschg einer Reihe von deutschen Verlagen angeboten worden und konnte erst nach dem Tode des Autors, der mit bürgerlichem Namen Friedrich Angst hieß, 1977 im Kindler-Verlag erscheinen. Sein Thema ist des Autors Krankheit, die zum Tode führt: Krebs.

Das Buch wurde in Deutschland zur Vorlage für ein Ballett (in Heidelberg unter Kresnik), in Frankreich gelangte es im Kulturhaus von Vitry zur Aufführung. Man versuchte, expressiv hörbar zu machen, was im Buch gerade durch seine Intimität den Leser berührt. Man stellte den Autor auf der Bühne dar, der von sich selbst im Buch ein abstraktes Bild gibt und anonym bleibt. Der Buchtext erhält Gewicht gerade durch den extremen Gegensatz zwischen dem Ungeheuerlichen der Krankheit und der Kühle und Diskretion der Beobachtung. Die geringste Steigerung des Tons mußte diese Wirkung zerstören.

Diese beiden mißlungenen Versuche zeigen, daß sich Bucherfolge nicht automatisch auf die Bühne übertragen lassen. Sie weisen hin auf die Grenzen des monologischen Theaters, in dem das Dramatische im Leben als innerer Konflikt dargestellt wird. Man hat das Tragische und das Komische, den Dialog und die Spannung von der Bühne verbannt, jedoch das Publikum erkennt sich nicht wieder in diesen verdünnten Gefühlen. Die neue großzügige Subventionspolitik der Regierung wird am Wesen der Theaterkrise nichts ändern. Die Frage bleibt: Gibt es wirklich keine Stoffe mehr fürs Theater?

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

Zum Erscheinen der Tagebücher von Ramuz

Geheime Botschaft an Monsieur Paul

Der große, in Deutschland immer noch viel zu wenig beachtete Erzähler der französischen Schweiz Charles Ferdinand Ramuz (1878–1947) begleitete seinen Lebensweg und die Stadien seines Schaffens seit seinem achtzehnten Jahr mit Eintragungen, in denen er sich Rechenschaft über Geleistetes und Verpaßtes, über Zeitumstände und deren Erklärbarkeit (oder auch Unerklärbarkeit) gab. Das haben viele Denkende getan. Was aber Ramuz vor ihnen auszeichnet, ist eine Rapidität der Ehrlichkeit, die sich durch Genauigkeit ergänzt. Die Tagebücher eines André Gide zum Beispiel, denen die seinen etwa zu vergleichen wären, sind nicht ohne Koketterie, wenn auch auf höchst anmutige Weise. Die Tagebücher Franz Kafkas wiederum sind Zeugnisse einer Selbstverschattung, die schon fast an klinische Befunde erinnern. Beides trifft für Ramuz nicht zu. Man kann das jetzt nachprüfen, da die Ramuzschen Tagebücher auf deutsch erschienen sind (C. F. Ramuz: „Tagebuch 1896–1947", aus dem Französischen von F. Hardekopf, Ursula von Wiese und Christine Maeder-Viragh, Verlag Huber, Frauenfeld, 432 S., 38 Mark).

Ramuz nimmt zur Kenntnis und entwickelt daraus gleichsam philosophische Exkurse. So umgreifen seine Notizen die zwei Weltkriege, die er aus der Position eines nahe der Grenze wohnenden Schweizers wahrnimmt. Man hält Wache in einem winzigen, gleichsam ausgesparten Bereich des Friedens und beobachtet, was vis-à-vis geschieht und den gleichsam anbrandenden Rand eines höchst gewaltsamen Geschehens bildet, das sich momentan heran- und mit unabsehbaren Konsequenzen über die Grenze wälzen könnte. Eine Situation, die sich, ins Symbolische umgedacht, auch als Charakterbild des Menschen Ramuz deuten läßt.

Sein erstes Tagebuch endet mit dem deutschen Zusammenbruch 1919. Das zweite beginnt 20 Jahre später mit dem 2. September 1939. Was lag dazwischen? Die Vollendung und Veröffentlichung jener Romane, die ihn zu einer unvermißbaren Gestalt auch des französischen Schrifttums machten, ja, eigentlich zu einem Weltbegriff der neueren Literatur. 1926 erschien „Das große Grauen in den Bergen"; 1927 „Die Schönheit auf Erden"; 1932 „Farinet oder das falsche Geld"; 1934 „Derborence"; 1938 „Wenn die Sonne nicht wiederkehrt".

Davor lagen längere Aufenthalte in Paris, die für Ramuz die endgültige Entscheidung für seine Kunsttendenz brachten: Er wollte, was ihm ohnehin schon zur Natur geworden war, sein Herkommen, seine Heimat zum Stoff seiner schriftstellerischen Arbeit machen. So wurde er zum Prototyp einer neuen poetischen Heimatergründung, die in der Qualität weit über die sogenannte „Heimatdichtung" hinausging.

Ramuz blieb trotzdem, vom Erfolg her beurteilt, ein Ausnahme-Autor. Vielleicht war sein Pessimismus daran mit schuld. „Wir lieben die Welt", sagt er, „aber die Welt liebt uns nicht. Das ist die Tragödie."

In einer Tagebuchnotiz hat er es treffend begründet: „Ich bin als Ramuz geboren – und als sonst nichts. Man hat mich nach meinem Milieu beurteilt; aber ich glaube, daß mich bisher niemand gekannt hat, daß niemand ahnte, wer ich war. Meine Umgebung hat mich nach sich selbst beurteilt, aber ich bin nicht, was sie ist: das ist das ganze Mißverständnis ..."

Und der Autor fährt fort: „Ich denke an das, was ich tun muß und dessen ich mich zu entledigen habe, nicht allein, was das von mir selbst Erworbene angeht (Erworbenes ist eigentlich nicht der richtige Ausdruck dafür, da es mir auferlegt wurde), sondern auch das von meinen Eltern Erworbene, das, wofür sie schwer gearbeitet haben ... Ich bin willens, in einen Naturzustand hinabzusteigen, der tiefer liegt: diese Haltung hat nichts Künstliches, wie man vielleicht denken könnte. Sie ist, ganz im Gegenteil, ein äußerst natürliches Verhalten der Natur gegenüber."

Und doch gab es einen Lichtstrahl, in seinen späten Leidensjahren, als ihn das Gefühl, nicht mehr schreiben zu können, bis zur Selbstvernichtung plagte: Ramuz hatte Frau und Kind (selten ist in den Tagebüchern die Rede von ihnen ...). Die Tochter hatte geheiratet. Ein Kind war entstanden: „Monsieur Paul", wie Ramuz seinen Enkel von Anfang an respektvoll titulierte.

Da die Eltern des Kindes anscheinend ein Leben führten, das sich zum Teil im kriegsverworrenen Ausland abspielte, wurde „Monsieur Paul" oft für Monate beim Großvater abgelegt. Und wie dieser nun in seinen Tagebucheintragungen das Werden von „Monsieur Paul" schildert, ist schlechthin noch nicht dagewesen. Es ist eine Einmaligkeit in der Literatur. Die verliebte Sorgfalt, mit der hier ein Kind von den ersten Atemzügen an beobachtet, gepflegt und beschrieben wird, hat ihresgleichen nicht in der Bücherwelt. Und dann der Gegensatz: hier das Licht über dem Aufblühen eines kleinen Erdenbürgers, dort die zunehmende Untergangsgewißheit eines großen Dichters. Das gewährt einen ganz eigenen, zusätzlichen Reiz. Man wird bei der Lektüre fast zum Mitspieler der Situation, zum Selbstbetroffenen.

Das Tagebuch endet damit, daß der Friede ausbricht und die Eltern den nun sechsjährigen „Monsieur Paul" abholen. „Ich hörte das Auto nicht wegfahren. Es kam mir vor, als würden mir die Eingeweide zerrissen." Als ob Ramuz damit an seine „Grenze" gelangt wäre, erlischt sein mühevolles Leben ein Jahr später. Seine letzte Eintragung: „Ich suche mir zu beweisen, daß ich bin ..."

Zur Edition: Das „Tagebuch", an sich als selbständiger Band vorliegend, läßt einiges vermissen, was ein Nachwort der Herausgeber hätte bringen sollen. An welchen Leiden starb Ramuz? Der Dichter war ja von früh an von Krankheiten gequält. In der Eintragung vom 20. Juli – 4. August 1946 lesen wir: „Wieder 14 Tage in der Klinik. Die Steine, ich halte mich gerade noch aufrecht ..." Auch wüßte der Leser gerne etwas über die Ehejahre des so konsequent Einsamen. Denn die wunderbare Tröstlichkeit des Vorhandenseins von „Monsieur Paul" macht neugierig auf Vorangegangenes. Und was hat es wirklich auf sich mit jener 20jährigen Pause zwischen Tagebuch I und Tagebuch II? Wir bleiben im ungewissen.

Trotzdem: Das „Tagebuch" enthält, auch neben der Welt von „Monsieur Paul", in vielen Anmerkungen Wichtiges zum Werk, das geeignet ist, das Interesse an dem Romancier Ramuz neu zu beleben und uns den Dichter nahezubringen.

WERNER HELWIG



Dichter und Großvater: Charles Ferdinand Ramuz (1878–1947) FOTO: DIE WELT

Ballett nach G. Mahler an der Mailänder Scala

Abels Liebe, Kains Leid

Für das Publikum der Scala heißt Tanz Tradition auf Spitze. Eine Ballett-Uraufführung ist hier daher ein Ereignis zum Gruseln. Daß „Lieb' und Leid" nach Musik von Gustav Mahler (Adagio aus der 10. Symphonie und Teile aus dem „Klagenden Lied") in der Choreographie von Joseph Russillo dennoch ein Erfolg wurde, liegt wohl daran, daß der junge Amerikaner italienischen Ursprungs, Leiter einer eigenen Truppe in Paris, seine Herkunft von Jazz und Modern Dance mit klassischer Harmonie verbrämt.

Dazu kommen mehrere Glücksfälle: Luciana Savignano, Italiens erregendste Primaballerina, tanzt die einzige große weibliche Solo-Rolle. Luigi Veronese, einer der besten abstrakten Maler des Landes, schuf die schönen, streng geometrischen Bühnenbilder. Der seit zwei Jahren regelmäßig für Ballettaufführungen aus Amerika berufene Dirigent Michel Sasson führte das Orchester und drei gute Solostimmen so sicher, daß die abstrakten Bilder sich mit Mahlers spätromantischer Musik und das reife Spätwerk der unvollendeten 10. Symphonie sich wiederum mit dem ersten und einzigen von Mahler nicht zerstörten Jugendwerk, dem 30 Jahren zuvor komponierten „Klagenden Lied", harmonisch verbanden. Exzellent war auch Romano Gandolfis Chor auf der Bühne. Nur die Kostüme des berühmten Modeschöpfers Gianni Versace lenkten mit zu vielen Farben und zu vielen ausgefallenen Einfällen von der Essenz des Balletts ab.

Am Anfang stehen das Adagio und der Brudermord von Kain und Abel, den Eva, Mutter und Geliebte, vergeblich zu hindern versucht. Schritte und Bewegungen der Savignano sind so ausdrucksvoll wie ihre Körper und ihre Mimik.

Das Corps de Ballet wiederholt den Mord der Brüder und wächst im letzten dunklen Bild des ersten Teils zu einem Totenbaum empor. Nach der Schönheit und Perfektion der Adagio-Partie verwirren sich dann Handlung und Choreographie. Da steht wieder der Baum aus Tänzern, diesmal ein grüner Lebensbaum, um den grün gewandete Mädchen tanzen und ein Liebespaar im Pas de Deux der Lebensfreude schwelgt; Kain ist ein Prinz am Königshof geworden, aber das Fest, das glänzend anhob, verebbt im Schmerz. Kain erschlägt den als Geist wieder zum Leben erweckten Bruder abermals und reißt die klagende Eva von dem Toten fort.

Russillo ist hier offenbar mit der Fülle der Ideen des Regisseurs Madau Diaz nicht fertig geworden, trotz einiger Sequenzen, die seine choreographische Begabung verraten.

MONIKA von ZITZEWITZ



Der Hermannstädter Waffenmeister Conradt Haass – Fiktives Porträt nach biographischen Studien von Erwin Kuttler FOTO: DIE WELT

Atelierbesuch bei dem Porträtmaler E. Kuttler

Gesichter als Puzzles

Er kommt aus Siebenbürgen, heißt Erwin Kuttler, ist Porträtmaler, Bühnenbildner, Regisseur, Illustrator, sein Atelier hat er seit kurzem in Bergisch Gladbach. Hier will er fortsetzen, was er in Hermannstadt, wo er 1928 geboren wurde, begann, Erinnerungen wachzuhalten, die Gegenwart aus der Vergangenheit zu entdecken, die Vergangenheit für die Gegenwart bildhaft werden zu lassen.

Ein Weg dazu ist für Kuttler die Malerei. „Mich fasziniert die Porträtmalerei auf zweierlei Weise! Zum einen schält sich für mich wie ein Puzzle aus dem Studium der Geschichte das lebendige Antlitz dessen heraus, der es im Wandel der Generationen verloren zu haben schien. Das sind meine geschichtlichen Porträts, so wie sie auch in meinen Inszenierungen fürs Theater auftauchen. Zum anderen suche ich mir mit Vorliebe jungen Gesichter von heute, die ich in ihr Milieu stelle, so wie ich es anhand ihres Typs und ihrer Anlagen voraussehe."

Wenn man den Künstler in seiner Arbeitskluft staubbedeckt und farbbekleckst schuften sieht, ist sein Spiel ziemlich harte Arbeit. In diesem Atelier wird alles im Einmannbetrieb gemacht. Bei Porträts auch der Rahmen, bei den Theaterfigurinen Entwurf und Maske, bei den Handpuppen und den Marionetten der Leib mit den an Scharnieren geschmeidig agierenden Gelenken bis zum Make-up der Styroporköpfe, bei den Versatzstücken für Bühnenbilder der Hintergrundprospekt aus bemaltem Nessel und der gesamte Mechanismus, der das Bild vor den Augen des Zuschauers entstehen, sich verwandeln und wieder verschwinden läßt.

Was Kuttler an Verwandlungsvielfalt an einem einzigen Versatzstück zustandebringt, grenzt an Zauberei und dürfte das Herz des rechnerisch denkenden Disponenten höher schlagen lassen. Der Baum, der sich durch einen Seilzug in dürres Laub auflöst, ein wasserspendender Brunnen, der im Handumdrehn zum Backofen wird: das sind Wohltaten für geplagte Spielleiter auf unzulänglichen Schulbühnen mit ihren knarrenden Abläufen, für die Schrumpfetats von Großbühnen.

Die bohrenden Fragen nach dem Mechanismus der kleinen Wunderwerke tut Kuttler schmunzelnd ab. Er plaudert nicht aus der Trickkiste seiner Verwandlungsideen. Wer ein Vielzweckbühnenbild brauche, könne es ja bei ihm bestellen. Der Einmannbetrieb macht's (preislich) möglich. Für den Regisseur Kuttler ist das perfekt gebaute Requisit mehr als nur die Voraussetzung für den zügigen Ablauf der Inszenierung. Für ihn ist es nicht nur Dekor, sondern Teil des Ensembles.

Kuttler vertritt diese These immer wieder auf Tagungen, denn er hat sie in mehr als 100 Inszenierungen erprobt, die dem Hermannstädter Theater vier Landesprämien eingebracht haben. Etwas von dieser eindringlichen Präsenz seiner Bühnenbilder strahlt auch auf seine Objekte zur Kirchenausstattung und auf seine Buchillustrationen aus, die in ihrer satten Farbigkeit an die siebenbürgischen Hinterglasikonen erinnern.

Von dem, was Kuttler in Rumänien schuf, sind ihm meist nur Erinnerungsfotos geblieben. Aber solcher Gedächtnisstützen bedarf er eigentlich nicht. Seine Bilder hat er im Kopf. Deshalb hält er sich auch nicht mit Repliken der verlorenen Stücke auf. Er arbeitet weiter und versucht, in der alt-neuen Heimat, die sein Urgroßvater vor hundert Jahren verließ, die Traditionslinien fortzusetzen, indem er sich – ausgehend von der Basis des Überlieferten – neue Felder zu erschließen trachtet.

INGRID ZAHN

Fest für die Augen: „Who's Who in Graphic Art"

Dank sei Trump und Zapf

Mit Goldschnitt kommt der voluminöse Band daher. Aber sonst hat er nichts Gravitätisches an sich. Und wer des „Who's Who" im Titel wegen meint, da gebe sich eine Bleiwüste für Archivare und andere Wissenswütige nur äußerlich ein wenig Ansehen, sieht sich schon auf den ersten Seiten getäuscht. Das „Who's Who in Graphic Art" von Walter Amstutz (De Clivio Press, Dübendorf, 892 S., 4051 Abb., 370 Mark) ist ein Fest für die Augen und ein praktisches Buch noch dazu.

Der Band versammelt die wichtigsten Gebrauchsgraphiker der Welt mit einer kurzen Biographie und typischen Arbeitsproben. Insgesamt 544 Künstler aus 42 Ländern wurden dafür ausgewählt.

Obwohl die Biographien länderweise angeordnet wurden, lassen sich nationale Stile nur partiell ausmachen. So sind in Mexiko die Einflüsse der Muralisten und des populären Holzschnitts eines Posada, untermischt mit Anklängen an aztekische Codices, nicht zu übersehen. Bei den Polen ist eine Vorliebe für alte graphische Techniken zu erkennen, die jedoch in surrealistischer Manier variiert und mit Bildzitaten ironisiert werden. Ähnliches läßt sich auch bei den tschechischen und slowakischen Graphikern feststellen, jedoch mit einer stärkeren Hinwendung zur Typographie und mit oft recht witzigen Akzenten.

Die Japaner verstehen es, ihre überlieferten Stil- und Ausdrucksformen auf raffinierte Weise mit westlichen Werbetechniken zu verbinden, die vor allem den Plakaten etwas „typisch Japanisches" geben. Dabei spielt oft – was der Band mit seinen wenigen Farbseiten nicht vermitteln kann – die Farbkultur eine besondere Rolle.

Bei den Ländern, die mit den meisten Künstlern vertreten sind – die Bundesrepublik Deutschland, die Schweiz, Italien, Frankreich und die USA – lassen sich kaum nationale Eigenheiten herausfiltern. Bei den Amerikanern fällt allenfalls der sichere Umgang mit ungewöhnlichen Schriften, insbesondere bei Markenzeichen und -namen auf (Herb Lubalin, Ernest R. Smith, Alan Peckolick). Bei den Briten ist es die Vorliebe für die Karikatur (Emett, Him, Searle, Osborn, Steadman) und bei uns die Kombination von Fotos mit anderen graphischen Techniken, besonders bei den eindrucksvollen Plakaten von Urban, Matthies und Rambow/Lienemeyer/Van de Sand.

Trotz dieser Ähnlichkeiten fallen aber vor allem die Unterschiede ins Auge. Denn anders als in den „freien" Künsten mit ihren ausgeprägten Moden, die es einem Einzelgänger oft schwermachen, sich Anerkennung zu verschaffen, huldigen die angewandten Künste einem faszinierenden Pluralismus mit sehr eigenwilligen Handschriften. Das äußert sich in diesem Band in einem Bogen, der sich von den anerkannten Schriftentwerfern wie Trump oder Zapf bis zu Zeichnern spannt, die ungeachtet der spezifischen Werbeaufgabe vor allem ihren eigenen Stil in den Vordergrund rücken. Leupin, Lenica, Folon, Ungerer oder Prechtl sind typische Beispiele dafür.

Da der Band mit einer hundertseitigen Kurzgeschichte der Werbegraphik beginnt, und jedem Länderkapitel außerdem eine knappe Abhandlung über die nationale Entwicklung der graphischen Künste vorangestellt ist – für die Kubaner beginnt diese Geschichte erst mit der „Revolution von 1959", für Bulgarien mit einer Chronik von 1356 und für die Griechen mit attischen Vasenmalereien –, ist dieses „Who's Who in Graphic Art" gleichermaßen Geschichtsbuch, Künstlerbiographie und Bestandsaufnahme gegenwärtigen Könnens.

PETER DITTMAR

JOURNAL

Nationalbibliothek nach Behnischs Entwurf

dpa, **Frankfurt**

Der Verwaltungsrat der Deutschen Bibliothek in Frankfurt hat sich einmütig dafür ausgesprochen, den Neubau der Bibliothek nach dem Entwurf des Architekturbüros Prof. Behnisch und Partner (Stuttgart) zu verwirklichen. Der Verwaltungsrat der Bibliothek richtete an die Bundesregierung die Bitte, auf dieser Grundlage den Neubau „baldmöglichst in Angriff zu nehmen". Im Wettbewerb um die Gestaltung des Neubaus der Deutschen Nationalbibliothek war Behnischs Entwurf bereits mit einem Preis bedacht worden.

„Achterloo", ein neues Stück von Dürrenmatt

dpa, **Zürich**

Das neueste Bühnenwerk des Schweizer Dramatikers Friedrich Dürrenmatt, „Achterloo", wird am 6. Oktober in Zürich uraufgeführt. Schauspielhaus-Direktor Gerd Heinz wird Regie führen. Über das Thema des Werkes war beim Schauspielhaus nur zu erfahren, daß es sich um „Gestalten der Weltgeschichte" handelt. Im übrigen liege bisher nur eine Rohfassung vor. Dürrenmatt selbst wollte in seiner Wohnung in Neuchatel keine Auskunft über den Inhalt des Stückes geben.

Preußischer Kulturbesitz befürchtet Baustopp

PHG. **Berlin**

Der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Knopp, hat energisch an die Verantwortlichen appelliert, möglichst bald und wie geplant mit dem 2. Bauabschnitt der Museen europäischer Kunst am Berliner Tiergarten zu beginnen. Nachdem zunächst die Internationale Bauaustellung IBA die ursprünglichen Planungen mit der Forderung irritierte, das künftige Kulturforum mit Wohnbebauungen zu durchsetzen, fürchtet die Stiftung jetzt weitere Verzögerungen aus der Richtung des Senators für Stadtentwicklung. Neue Änderungen und monatelange Diskussionen könnten nach Ansicht Knopps tödliche Folgen für die neue „Museumsinsel" haben. Im schlimmsten Falle könnte der Bund seine Gelder für andere Vorhaben abziehen.

Ossian-Preis an Luis Michelena

DW. **Hamburg**

Der Ossian-Preis der Hamburger Stiftung F. V. S., der Verdiensten um die Erhaltung und Förderung kleinerer europäischer Sprach- und Kulturgemeinschaften gilt, wird in diesem Jahr dem spanischen Sprachforscher Luis Michelena zuerkannt. Michelena widmet sich vor allem der baskischen Sprache.

Tagung über Sprache der Indogermanen

DW. **Berlin**

Zur siebten Fachtagung für Indogermanische und allgemeine Sprachwissenschaft lädt die Indogermanische Gesellschaft für die Zeit vom 21. bis 25. Februar nach Berlin (Freie Universität). Innerhalb des Rahmenthemas „Grammatische Kategorien: Funktion und Geschichte" werden Gegenstände aus den verschiedensten indogermanischen Sprachen – vom Keltischen bis zum Hethitischen – behandelt.

Zeugen des Untergangs der „Arandora" gesucht

DW. **Dublin**

Die irischen Autoren Des Hikkey und Gus Smith arbeiten an einem Buch über die Versenkung des Passagierdampfers „Arandora" durch U-47 im Juli 1940 im Atlantik. Dafür suchen sie als Augen- und Zeitzeugen Überlebende sowie Besatzungsmitglieder des U-Bootes, außerdem deutsche Internierte, die von der britischen Regierung nach Kanada transportiert wurden. Außerdem bitten sie jeden, der Genaueres über die Schiffsreise und die Versenkung weiß, um Kontaktaufnahme (31 Elm House, Mespil Road, Dublin 4, Irland).

Sechstes „Testimonium" der Neuen Musik

I. B. **Jerusalem**

Zum sechsten Male fand jetzt in Jerusalem das von Recha Freier begründete „Testimonium" statt, eine Woche der Avantgarde-Musik, deren Symbolik eng mit der Leidens- und Hoffnungsgeschichte der Juden im Exil verbunden ist. Fünf Uraufführungen standen auf dem Programm: Von Iannis Xenakis „Die schreckliche Tat des Josef de la Reina", Tomas Marcos' „Konzert der Seele", Leon Schidlowskys „Ode", Hans-Joachim Hespos' „Pleuk" und ein Singspiel „Süßkind von Trimberg" mit der Musik von Mark Koptyman.

Clara Menck tot

Wie nur wenige „Reigschmeckte" hat sie Mentalität, Stärken und Schwächen der Schwaben verstanden, ohne in billige Folklore abzugleiten: Die Berlinerin Clara Menck, die jetzt im Alter von 81 Jahren in Stuttgart gestorben ist. Meisterin der knappen Formulierung und der kleinen Form, Gegnerin jedes Wortgeklingels und scharfe Beobachterin, war sie über Jahrzehnte hinweg für viele junge Journalisten-Kollegen Vorbild, für Leser Freude. Sie wird so lange nicht vergessen sein, so lange ihre treffenden Formulierungen (eine von vielen: „Volksliedbunker" für die modernistisch wiederaufgebaute Stuttgarter Liederhalle) weiterleben.

ohn

Spaß an der Freud' – geprägt von Sparsamkeit

WILM HERLYN, Düsseldorf

Sie ist angebrochen – die hohe Zeit für Narren und Jecke, auf die sie Jahr für Jahr sehnsüchtig warten. Wenn die Weiber heute die Rathäuser gestürmt haben, die sie bis Aschermittwoch halten, wenn sie heute den Männern die Krawatten abgeschnitten haben, dann hat es sich gelohnt, der tierische Ernst am Spaß.

Gelacht wäre es, wenn die Narren in dieser Session ungeschoren durch einen Skandal davongekommen wären. In diesem Jahr war Köln an der Reihe. Schon im Sommer quälten sich dort die Karnevalisten zu einer neuen Präsidenten-Kür des „Festkomitees des Kölner Karnevals" – neben dem Oberbürgermeister der Domstadt einer der einflußreichsten Posten. Der „alte" Chef, Heiner Mühr, warf nach endlosen Querelen das Handtuch.

Aber auch der Sieger, der bisherige „Zugleiter" Bernd Assenmacher, hatte wenig Spaß an seinem Thron. Denn schreckensstarr mußten er und sein Gefolge erleben, daß ihr bereits gekürter Prinz Rudi I. in letzter Sekunde zurücktreten mußte: Affären im Privatleben wurden der Hoheit nachgesagt. Selbst die ältesten Brauchtumsväter konnten sich eines ähnlichen Vorganges nicht erinnern.

Ein Imperium war in Gefahr. Und nicht nur das der Narren – am Karneval hängt die Existenz einer vielfältigen Schar von Gewerbetreibenden im Dienstleistungsbereich und im Mittelstand. Denn Karneval ist eine todernste und perfekt durchorganisierte Schau, an der viele verdienen. Der Hallenvermieter wie der Sektproduzent, der Kostümverleiher wie die Hersteller von kopfschmerzlindernden Tabletten. Wer weiß schon, daß sich Alka-Seltzer in den Faschingstagen um 40 Prozent besser verkauft als in den „traurigen" Monaten.

„Es war einmal" in Köln

Vergessen sind die finsteren Drohungen der Jecken, keine Rosenmontagszüge mehr fahren zu lassen, wenn aus den Stadtsäckeln nicht wieder kräftige Zuschüsse kämen. Sparsamkeit hat sich allerorten durchgesetzt, doch wollen sich die Karnevalisten ihren Spaß dadurch doch nicht verderben lassen. Die Hochburg Köln hat sich auf einen märchenhaften Zug eingerichtet: „Es war einmal." Der feindliche Nachbar im Norden geht mit dem Motto „Lot d'r Mot nit senke" (Laß den Mut nicht sinken) auf die Straße, ein Spruch, der längst schon seine Fortsetzung gefunden hat: „... jetzt jomm'r eene drinke."

Am Beispiel Düsseldorf sind auch die Kosten abzulesen: 257 000 Mark – das sind 21 000 weniger als im Vorjahr (die Eigenleistung der Vereine nicht mitgerechnet). Dafür wälzt sich ein 2,5 Kilometer langer Zug durch die Innenstadt mit 45 Gesellschaftswagen, acht „Motto"-Wagen, vier Teneriffa-, 58 Fußgruppen, 54 Kapellen, auch aus den benachbarten Benelux-Staaten. Bewegt wird der närrische Wurm über 7,4 Kilometer von 70 Traktoren, 30 Bagagewagen, 150 Pferden – begleitet von 800 Polizisten und 650 Sanitätern.

„Miß Tokyo" am Rhein

Als „Wurfmaterial" stehen bereit: 120 000 Beutel Popcorn, 50 000 Gummibälle und mehr als 20 Tonnen Bonbons (Kamelle). Das sind – mundgerecht umgerechnet – 400 Zentner oder 40 000 Pfund. Eine versöhnliche Geste ist auch eingeplant: Nach dem Eklat, den sich die Düsseldorfer Narren vor einigen Jahren leisteten, als sie eine Faschingsprinzessin aus der japanischen Kolonie brüsk ablehnten, werden nun „Miß Tokyo" und „Miß Kirschblüte" als Botschafterinnen des Gouverneurs von Tokio an den Rhein kommen.

Im benachbarten Duisburg werden zum 1100jährigen Stadtjubiläum die „Wikinger" außer Rand und Band sein, die hier in grauer Urzeit schon einmal alles in Schutt und Asche legten. Am Dreiländereck hat man traditionell eine „Närrische Kur in Bad Aachen" verordnet und „Ganz Münster ist ein Freudenthal" verspricht die westfälische Metropole: Dort wird die Karnevalsgesellschaft dieses Namens 150 Jahre alt.

Zeit- und einfallslos präsentieren sich die Mainzer mit „Das Mainzer Rad auf Narrenfahrt". Wenn sie gewußt hätten, daß Rheinpfälzer seit Herbst in Bonn regieren ...

Eine löbliche Ausnahme bilden die Stuttgarter: Wegen eines fehlenden städtischen Zuschusses von 15 000 Mark verzichteten sie für Faschingsdienstag auf einen eigenen Zug. Sie wollen in Karlsruhe mitziehen. Auch die Schwestern Mannheim und Ludwigshafen bescheiden sich und legen ihren Zug – schon zum 32. Mal – für den Sonntag zusammen. Veranstaltungsort ist nach der Regel diesmal Ludwigshafen: „Emol hiwwe, emol driwwe" – einmal hüben, einmal drüben. Kosten spart das allemal.



Das Pferd kommt: Spitzensport und Pferdebegeisterung im Volk verhelfen den deutschen Vierbeinern zu neuen Höhenflügen FOTO: SVEN SIMON

Deutsche Pferde zeigen neue Stärken

Trend zur Qualität und sportliche Erfolge machen deutsche Tiere zum Exportschlager / Nicht länger groß und klobig

ULRICH BIEGER, Bonn

Das deutsche Pferd gewinnt zunehmend Boden unter den Hufen. Immer mehr Bundesbürger suchen das Glück dieser Erde auf dem Rücken der Pferde. Mehr noch: Weil die Zuchtverbände streng auf Qualität achteten, wurden die Vierbeiner „made in Germany" sogar zum Exportschlager.

Noch vor wenigen Jahren war das Pferd, im Verdrängungswettbewerb gegen mechanisierte Pferdestärken und Kilowatt unterlegen, meist nur noch Gegenstand nostalgischer Rückschau. Das hat sich gründlich geändert. Wurden noch 1980 11 000 Pferde für rund 36 Millionen Mark aus dem Ausland eingeführt, sank die Zahl im vergangenen Jahr deutlich auf 6000 Tiere für 20 Millionen Mark. Der Export deutscher Pferde stieg dafür im gleichen Zeitraum von 12 000 Tieren im Wert von 30 Millionen Mark auf knapp 19 000 Tiere für 56,7 Millionen.

Während sich deutsche Pferdenarren hauptsächlich in Großbritannien und Irland eindecken, gehen deutsche Tiere „querbeet nach ganz Europa", weiß Reinhard Wendt, bei der Deutschen Reiterlichen Vereinigung in Warendorf zuständig für den nationalen Turniersport. Seit etwa zwei Jahren wachse aber auch das Interesse in Übersee kontinuierlich. Im übrigen könne sich die Bundesrepublik durchaus mit England, der Pferdenation Nummer eins, messen.

Großen Anteil an dieser Entwicklung haben nicht zuletzt die internationalen Erfolge der deutschen Reitersleut'. So holten die Springreiter bei der Weltmeisterschaft im vergangenen Jahr Gold im Einzel und Silber als Mannschaft. In der Dressur gab es gleich zweimal Gold und bei der Vielseitigkeit zweimal Silber. Im Gold- und Silberregen standen auch die Junioren – was Gewähr dafür bieten dürfte, daß deutsche Hufe auch in Zukunft über den Weg zum Erfolg trappeln.

Die Grundlage dafür allerdings wird durch ein neues Qualitätsbewußtsein geschaffen. Von den rund 365 000 in der Bundesrepublik registrierten Pferden, sind rund 142 000 bei den vier überregionalen und 17 regionalen Zuchtverbänden eingetragen. Diese Eintragungen, Voraussetzung für die Teilnahme der Tiere an Turnieren, nahmen allein im vergangenen Jahr um 15 858 zu und die Tendenz, so Reinhard Wendt, ist weiter steigend. Ebenso nimmt auch die Zahl der Reiterausweise jährlich um rund 5000 auf inzwischen 55 000 zu. Der Ausweis berechtigt den Reiter zur Teilnahme an Turnieren.

Dieses alles ist Folge eines langjährigen Prozesses, bei dem sich die Züchter bemühten, durch Veredelung den Vollblutanteil der Tiere zu steigern. Aus diesem Grunde gehört das Bild vom großen, klobigen deutschen Pferd der Vergangenheit an.

Eine weitere Konsequenz aus dieser Entwicklung: Die Zahl der bei der Reiterlichen Vereinigung unter „Liste 1" (volle deutsche Abstammung) geführten Pferde ist im vergangenen Jahr „deutlich angestiegen" (Wendt), während die Zahl der unter Liste 2 und 3 (teil-deutsche und ausländische Abstammung) eingetragenen Tiere rückläufig ist.

Bei all dem ist das große Vergnügen mit Sicherheit kein billiges. Neben den monatlichen Unterhaltskosten, die kaum unter 500 Mark liegen, errechnete die Reiterliche Vereinigung einen Durchschnittskaufpreis von 13 867 Mark. Darüber kann der „Spitzenreiter" der Auktionssaison des letzten Jahres nur wiehern: Das Springpferd wechselte für 83 000 Mark den Besitzer.

Teuerster Hengst der Welt in Irland entführt

sid, Dubl[in]

Das teuerste Renn- und Zuch[t]pferd der Welt, der fünfjährige Vo[ll]bluthengst Shergar, ist vorgeste[rn] nacht aus seinem Stall in Ne[w]bridge in der irischen Grafsch[aft] Kildare entführt worden. Für d[ie] Rückgabe des auf zehn Millione[n] Pfund (knapp 38 Mill. Mark) g[e]schätzten Pferdes fordern die bi[s]her unbekannten Gangster zw[ei] Millionen Pfund. Die beiden [be]waffneten Männer hatten zunäch[st] auch den Gestütsmeister gek[id]nappt und ihn vier Stunden in e[i]nem verdunkelten Lkw festgehal[ten], dann aber wieder freigelasse[n]. Shergar, 1981 zum europäisch[en] Rennpferd des Jahres gewäh[lt], brachte seinem Besitzer Aga Kh[an] Preisgelder in Höhe von 1,5 Milli[o]nen Mark ein. Seit 1981 wird Sherg[ar] nur noch zu Zuchtzwecken verwe[n]det.

105mal verheiratet

AP, Phoen[ix]

Mit einer Gefängnisstrafe bis [zu] 34 Jahren muß ein Amerikaner w[e]gen Bigamie rechnen. Der 53jähri[ge] Giovanni Vigliotto wurde für schu[l]dig befunden, während der verga[n]genen 33 Jahre 105 Ehen geschlo[s]sen zu haben. Die Sache flog i[m] Januar 1982 auf, als ihn seine letz[te] Angetraute wegen Unterschlagu[ng] von 36 600 Dollar anzeigte.

28 Kilo Geld gefunden

rtr, New Yo[rk]

Einen Müllsack mit 28 Kilo P[a]piergeld hat die US-Bundespoliz[ei] FBI in der Toilette einer New Yo[r]ker Wohnung sichergestellt. D[as] Geld, wahrscheinlich mehr als ei[ne] Million Dollar, stammt vermutli[ch] aus dem Coup gegen eine Gel[d]transportfirma, bei dem im Dezem[]ber rund elf Millionen Dollar gesto[h]len wurden.

Drei Millionen für Arbeit[er]

dpa, Biberac[h]

Ein 45jähriger Arbeiter aus Bib[e]rach hat im Lotto „6 aus 49" bei d[er] Ausspielung vom 29. Januar d[rei] Millionen Mark gewonnen. Kom[]mentar des Familienvaters: „Es [ist] ein wahnsinniges Gefühl, auf ei[n]mal so viel Geld zu besitzen u[nd] nicht als einfacher Arbeiter um s[ei]nen Arbeitsplatz zittern zu mü[s]sen."

Der schlimmste Romananfa[ng]

SAD, Lond[on]

Ein mehr im Scherz gemacht[er] Vorschlag eines amerikanischen [Li]teraturprofessors ist in den U[SA] und Kanada auf unerwartet gro[ße] Resonanz gestoßen. Scott Rice v[on] der San José State University re[gte] vor einiger Zeit einen internatio[na]len Wettbewerb für den mieses[ten] ersten Satz eines auf englisch [ge]schriebenen Romans an und erhi[elt] bisher 200 Einsendungen.

Hilfe vom Staat

lz. Würzbu[rg]

Die Opfer des Würzburger G[...] Attentats erhalten eine staatlic[he] Entschädigung, die nach Auskun[ft] des bayerischen Sozialministe[rs] Fritz Pirkl Maßnahmen der medi[zi]nischen und beruflichen Rehabi[li]tation sowie bei bleibenden G[e]sundheitsschäden auch Rentenza[h]lungen umfassen kann. Ein 23jäh[ri]ger Student schwebt weiterhin [in] akuter Lebensgefahr.

13jähriger tötete Schweste[r]

dpa, Kemp[en]

Ein 13jähriger Schüler aus Ke[m]pen am Niederrhein hat seine elfjä[h]rige Schwester mit einer hufnag[el]bespickten Holzkeule erschlage[n]. Nach der Tat am Dienstag hatte [er] die Leiche im Müllcontainer i[m] Keller versteckt. Als Tatmotiv v[er]mutet die Polizei Eifersucht.

Prahlt sich Sex-Protz Schärmer lebenslänglich hinter Gitter?

Wissenschaftler machen Schwurgericht den Weg frei, das erste Urteil voll zu übernehmen

PETER SCHMALZ, München

Mit den Prahlereien über seine extremen sexuellen Erfahrungen hat sich der zweifache Frauenmörder Elmar Schärmer mit hoher Wahrscheinlichkeit erneut die Höchststrafe von zweimal lebenslanger Haft herbeigeredet. Aufgrund der Aussagen Schärmers im Gerichtssaal bezweifelte der Hamburger Sexologe Professor Hermann Witter gestern, bei dem 43jährigen Angeklagten könne eine „progressive Entwicklung" seiner sadomasochistischen Triebe vorliegen. Damit aber ist für das Münchner Schwurgericht der Weg frei, das Urteil gegen Schärmer aus dem Jahr 1981 weitgehend, wenn nicht in vollem Umfang, zu übernehmen.

In diesem ersten Verfahren wurde Schärmer bereits der Sexualmorde an der Münchnerin Sonnhilde Wienold und der Grünwalder Unternehmerin Karin Schubert-König überführt. Schärmer beteuert zwar noch heute seine Unschuld, doch auch der von seinem Verteidiger Steffen Ufer angerufene Bundesgerichtshof sieht in ihm zweifelsfrei den Täter. Anstoß nahmen die Karlsruher nur am Strafmaß, weil das erste Gericht den Wunsch der Verteidigung nach einem sexologischen Gutachten abgelehnt hatte. Sie beauftragten die 24. Große Strafkammer in München, in einer neuen Verhandlung zu prüfen, ob bei Schärmer zur Tatzeit „eine sexuelle Triebentgleisung vorlag, die sein Hemmungsvermögen einschränkte". Der Bundesgerichtshof zog die Grenzen für die Münchner Richter eng, indem er einschränkend feststellte, Willensschwäche aufgrund von Charaktermängeln reichten für eine verminderte Zurechnungsfähigkeit nicht aus, es müsse sich vielmehr um eine Persönlichkeitsentartung handeln, „die in Zusammenhang mit Triebanomalien sich entwickelt hat".

Nachdem Schärmer, der auf den Gutachter bei der ersten Begegnung den Eindruck eines „gebildeten und gewandten Mannes" gemacht hatte, Gespräche ablehnte, kam Professor Witter bei Durchsicht der Akten zu der Überzeugung, daß eine „progressive Entwicklung der sadomasochistischen Entfaltung klar belegt" sei. Als Zuhörer im Gerichtssaal änderte er jedoch seine Meinung.

Schon als 15jähriger habe Schärmer nach eigenem Erzählen mit einer Dirne in Innsbruck alle perversen sexuellen Praktiken geübt, sei später auf Sexpartys gewesen, „wo alles möglich war", und habe auch lange vor den beiden Morden davon geschwärmt, reiche Frauen in Höhlen zu lieben und sie dann umzubringen. Witter: „In Grundzügen waren sadomasochistische Praktiken schon frühzeitig erkennbar."

In dem „Schmierentheater" des Angeklagten während des Prozesses sieht Professor Witter keinen Hinweis auf eine möglicherweise schon zur Tatzeit vorliegende Persönlichkeitsveränderung. Wenn sich Schärmer vor Gericht geriere wie ein nicht voll verantwortlicher Mensch, sei dies nur der Ausdruck einer drohenden Haftpsychose.

Der Münchner Psychiater Hans Ludwig Bischof bezeichnete Schärmer als einen „Lehrbuchfall des hysterischen Charakters mit stark narzißtischem Einschlag", mit oberflächlicher Affektivität und demonstrativ theatralischem Verhalten. Er sei unreif und infantil, habe einen ausbeuterischen, parasitären Charakter und leide unter narzißtischen Omnipotenz-Phantasien.

Das Urteil wird voraussichtlich am Aschermittwoch verkündet.

Berlin bleibt weiter eine Reise wert

Umfrage förderte viel Erfreuliches für die Stadt zutage

H. R. KARUTZ, Berlin

Den „Langen Lulatsch" oder Funkturm kennen sie alle, und am liebsten genießen sie den Frühling in Berlin: 77 Prozent der Bundesbürger gaben der Stadt wegen ihres Flairs das Prädikat „Weltstadt".

Jeder zweite Bundesbürger war bereits irgendwann in seinem Leben an der Spree. Nur 13 Prozent der Bundesrepublikaner sind ausgesprochene „Berlin-Muffel". Das ergab eine Repräsentativbefragung unter 2000 Bundesbürgern, die der Senat durch das Münchner Marktforschungsunternehmen Roland Berger vornehmen ließ.

Spontan fallen den meisten beim Wort „Berlin" vor allem ein: „Mauer", „geteilte Stadt" und „Ost-Berlin". 68 Prozent der Touristen halten einen Abstecher in den anderen Teil der Stadt für „wichtig" oder „sehr wichtig". Jeder zweite erklärte ausdrücklich, er suche in Berlin das Erlebnis der „Gegensätze zwischen Ost und West".

Wer nach Berlin reist, ist nach den Aufzeichnungen der Marktforscher „eher jung, gehört zur mittleren und höheren Sozialschicht, ist weltoffen und flexibel". Von zehn Bundesbürgern, ohne Berlin-Erfahrung können sich sieben eine Visite vor Ort vorstellen. Am höchsten schlagen die Herzen der Hamburger für die Berliner. Von der Alster kommen überdurchschnittlich viele Besucher. Auch Niedersachsen, Bremer, Hessen und Schleswig-Holsteiner besitzen ein ausgesprochenes Berlin-„feeling".

Von den Berliner Sehenswürdigkeiten sind, in dieser Reihenfolge, am bekanntesten: Kurfürstendamm, Brandenburger Tor, Gedächtniskirche und Funkturm. Offenbar wirken die meisten Berliner ausgesprochen sympathisch. Viele nennen jedenfalls die Berliner selbst und das „Milieu" als Reisegrund. Aber auch, was von einem Berlin-Besuch abhält, wurde ermittelt: „Krawalle, Demonstrationen – Drogenszene – Hausbesetzungen – Ausländer, Türken." Warnend heißt es im Kommentar der Meinungsforscher dazu: „Diese Ereignisse dürfen in ihrer Wirkung nicht unterschätzt werden. Sie sind durchaus geeignet, das ansonsten sehr positive Berlin-Image empfindlich zu stören."

Noch etwas Positives: Drei Prozent der Befragten empfanden die „Berliner Schnauze" als „besonders angenehm" – diesen Wert erreichten auch Ausstellungen, Konzerte und das Verkehrssystem.

„Landsat 4" macht sehr feine Unterschiede

AP, Washington

Der neueste amerikanische Satellit zum Aufspüren von Bodenschätzen übermittelt aus dem Weltraum so brillante Bilder, daß die Möglichkeiten zur Vorausberechnung der Ernteerträge, zum Aufspüren von Mineralien und zur Regulierung der Bewässerung erheblich verbessert worden sind. „Der wahre Wert der Bilder liegt aber nicht darin, daß sie so schöne Abbildungen der Erde sind, sondern besteht darin, was sie uns über die Erde erzählen können", erklärte Samuel Keller von der amerikanischen Raumfahrtbehörde Nasa.

Die Bilder werden aus dem Weltraum von einem thermischen Kartographen übermittelt, der sich an Bord des im Juli gestarteten Satelliten „Landsat 4" befindet. Das Gerät zeichnet Ackerland, Gebirge, Wüsten, Gewässer und andere geographische Erscheinungen durch sieben Filter des elektromagnetischen Spektrums auf. Von einem Computer werden die Daten dann zu hochqualifizierten Bildern zusammengesetzt.

Die Vorteile gegenüber früheren „Landsat"-Satelliten bestehen in der breiteren Abtastung des Spektrums. Ein Bild von Washington, aus 705 Kilometer Höhe aufgenommen, zeigt deutlich das Pentagon, das Washington-Monument, das Capitol und das Weiße Haus. Das Foto war eines von vielen, die die Nasa jetzt auf einer Pressekonferenz vorstellte, auf der über die ersten sechs Monate der Arbeit von „Landsat 4" berichtet wurde.

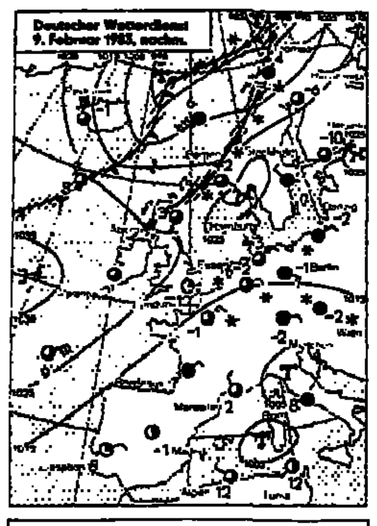
Henry Mannheimer, Leiter des „Landsat"-Projektes, erklärte, der thermische Geograph sei viel wirksamer als die Multispectral-Scanner an Bord der früheren „Landsat"-Satelliten. Auch „Landsat 4" verfügt über einen solchen Scanner, dessen Daten mit jenen des Geographen verglichen werden.

Der Geograph läßt Erscheinungen noch bis zu 27 Metern Durchmesser klar erkennen, der Scanner nur bis zu 76 Metern Durchmesser. Der Scanner kann oft zwischen den verschiedenen Feldfrüchten oder Getreidearten nicht unterscheiden. Mit dem Geographen ist die Unterscheidungsmöglichkeit um 25 Prozent verbessert worden. Dadurch ist auch die besonders wichtige Unterscheidung zwischen Sojabohnen und Reis jetzt möglich geworden.

„Landsat 4" hat sich auch bei der Analyse verschiedener Ton- und Lehmschichten als besonders wirksam erwiesen, was den Schluß auf Lagerstätten bestimmter Bodenschätze möglich macht. Der Satellit tastet den gesamten Globus ab. Alle 16 Tage überfliegt er das gleiche Gebiet. Seine Daten werden an Bodenstationen in zwölf Ländern übermittelt und von der Nasa an Regierungen und Unternehmen in mehr als 100 Ländern verkauft.

WETTER: Überwiegend trocken

Wetterlage: Zwischen einer Hochdruckbrücke, die von den britischen Inseln nach Südskandinavien reicht, und einem Mittelmeertief wird aus Osten kalte Luft nach Deutschland geführt.



Vorhersage für Donnerstag ganz Deutschland:

Überwiegend stark bewölkt und nur im Südosten Deutschlands zeitweise leichter Schneefall. Tageshöchsttemperaturen um Minus zwei Grad. Tiefsttemperaturen in der Nacht Minus 3 bis Minus 8 Grad. Im Süden schwacher, im Norden auch mäßiger Wind aus Nordost.

Weitere Aussichten:

Stark bewölkt und kalt.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	-1°	Kairo	18°
Bonn	-1°	Kopenh.	-2°
Dresden	1°	Las Palmas	17°
Essen	-2°	London	1°
Frankfurt	-1°	Madrid	-1°
Hamburg	-3°	Mailand	1°
List/Sylt	-1°	Mallorca	8°
München	-2°	Moskau	-7°
Stuttgart	-1°	Nizza	8°
Algier	12°	Oslo	-10°
Amsterdam	-1°	Paris	-1°
Athen	17°	Prag	-3°
Barcelona	5°	Rom	8°
Brüssel	-1°	Stockholm	-9°
Budapest	9°	Tel Aviv	17°
Bukarest	9°	Tunis	12°
Helsinki	-10°	Wien	-2°
Istanbul	15°	Zürich	-1°

Sonnenaufgang* am **Freitag:** 7.44 Uhr, Untergang: 17.29 Uhr, **Mondaufgang:** 7.23 Uhr, Untergang 15.40 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort in Kassel

Britisches auf Grab und Gruft

JOCHEN ZWIKIRSCH, London

England, die klassische Heimat des schwarzen Humors, ist um eine Variante reicher: Humor auf Grabsteinen. Dies ist der Inhalt eines Buches, das der englische Journalist österreichischer Abstammung Fritz Spiegl jetzt veröffentlicht hat. 100 Beispiele unfreiwilliger Komik, aber auch puren Ingrimms sowie tiefempfundener Erleichterung über den Tod eines von Herzen verabscheuten Menschen auf den Grabsteinen haben Spiegl zu seinem Werk inspiriert.

Da liegt beispielsweise in Liverpool die Jungfer Sarah Young, die mir nichts, dir nichts „am 6. Januar 1741 mit Christus schlafen gegangen ist". Noch viel unverhüllter und keineswegs mehr christlich auch der Nachruf in Tetbury in Mittelengland: „In dieser Gruft ruhen mehrere verstorbene Dorftrottel. Weitere Einzelheiten am Jüngsten Tag", heißt es lapidar.

Geradezu giftig, was der unbekannte Verfasser der mit 70 Jahren verblichenen Martha Dias aus der südenglischen Grafschaft Shropshire bescheinigte: „Sie war stets lautstark, nicht gerade fromm, und was sie den Männern versagte, hat sie nun schließlich den Würmern gegeben." Immerhin, die zickige Martha – Friede ihrer Asche – ist wenigstens noch unter ihrem wirklichen Namen zu Grabe getragen worden.

Mr. Charles Ward, der getreue Sohn, liebevolle Bruder und zärtliche Ehemann" aus dem ostenglischen Lowestoft, konnte sich kurz nach seiner Bestattung anno 1770 über ein „PS" auf seinem Grabstein freuen: „Dieser Grabstein ward nicht etwa von Susan, seinem Weibe, errichtet. Sie setzte vielmehr lediglich ihrem zweiten Mann John Salter einen Stein und hatte die Liebe ihres ersten völlig vergessen." So ist das Leben, ist offenbar immer so gewesen.

Großes Pech hatte der Shetland-Insulaner Donald Robertson am 4. Juni 1848, als er durchaus unfreiwillig das irdische Jammertal verließ. Sein „Sterbehelfer" hieß Lawrence Tulloch, wie noch heute nachzulesen ist. Dessen „Dämlichkeit nämlich" verdankte Robertson sein Ende, starb er doch an der Einnahme des Salpeters, das Lawrence ihm an Stelle des Abführsalzes verabreicht hatte.

Eines wahrhaft britischen, nämlich sportlichen Todes starb dagegen Bryan Tunstall aus der nordenglischen Grafschaft Yorkshire. „Er war ein exzellenter Angler", berichtet sein Grabstein, „bis daß der Tod – neidisch auf seine Fänge – die eigene Angel auswarf, ihn an den Haken bekam und allhier (auf dem Friedhof) an Land zog". Erheblich prosaischer liest sich das Ende eines Stephen Jones, der zur letzten Ruhe auf dem St. John's-Friedhof zu Chester gebettet wurde: „Er ließ sich ohne Zustimmung von Frau und Freunden das Bein abschneiden" – eine einsame (Fehl-)Entscheidung offenbar. Richards aus Banbury (Oxfordshire) „verabschiedete" sich Stück für Stück. Er verlor zunächst eine Zehe, dann ein Bein, schließlich das Vertrauen zu den Ärzten, endlich das Leben".

Nicht anders erging es Hall Dikkie Taylor aus Cheltenham, der von seiner Frau auf seinen Grabstein meißeln ließ: „Zuerst ließ ich mir meine Schmerzen von zwei Ärzten behandeln – vergebens. Dann holte ich mir einen dritten und starb."

Hintergründig zweideutig eine Inschrift in Alverstone: „Hier liegt mein Weib, hier lieget sie – hallelujah, hallelujah." Aber der britischste aller Sprüche ist Stephen Rumbold in Oxfordshire gewidmet. Er wurde 101 Jahre alt. „Hundert zu eins", heißt es da in englischer Wettmanier, „so lange lebst du nicht." Die Wette wurde verloren.

(SAD)

ZU GUTER LETZT

„Ich trage Pyjama Gr. 53–54 nu[r] das Oberteil, wer trägt nur Unte[r]teil und kauft mit mir ein: Tel ...
Aus „Celler Sonntag"